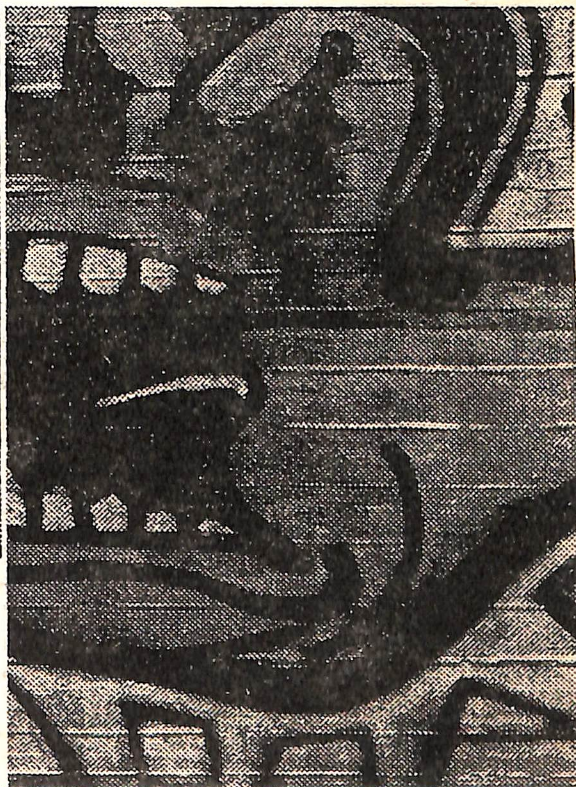
BR-W2

reader

zum bundesweiten BesetzerInnenkongreß vom 12.-14. Mai in Leipzig

Inhaltsverzeichnis

Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03

Einführung

Vorliegend der Reader zum BesetzerInnenkongreß in Leipzig. Im Prinzip stellt er das Ergebnis einer Literaturstudie in Zeitschriften, Büchern und Zeitungen dar, welche im „Verdacht" standen, sich mit der Kongreßproblematik in irgendeiner Weise beschäftigt zu haben. Der Rückgriff auf ein relativ umfangreiches Infoladen-Archiv erleichterte diese Herangehensweise. Eigentlich war jedoch eine andere Readerzusammenstellung vorgesehen, es wurde in den Einladungsschreiben, wie auch in extra (kurz vor Redaktionsschluß allerdings) verfaßten „Bittschreiben" um Beiträge aus Häusern, von Projekten, Verlagen und Gruppen gebeten. Diese Aufforderungen, sich an dem Reader mit zum Beispiel speziellen und vor allem aktuellen Städteberichten oder als besonders disskussionswürdig angesehenen Texten oder mit Reaktionen auf die in den Einladungspapier genannten Thesen zu beteiligen, wurde nicht angenommen. Durch das recht umfangreiche Quellenangebot mußten dann leider auch noch eingeschickte Beiträge herausfallen. An dieser Stelle also Entschuldigung für nichtveröffentlichte Sachen und danke für die Mitarbeit. Trotz des relativ umfangreichen Heftes, sind wir uns sicher, damit keinen vollständigen Überblick über die Geschichte, den Stand, die Perspektiven und „szenespezifischen" Probleme der BesetzerInnenbewegung oder dem, was dafür gehalten wird, geben zu können. Wichtige Ereignisse, Problemlinien und unterschiedliche Denkansätze werden unseres Erachtens aber deutlich. Die Gliederung wurde entsprechend dem vorgesehenen Ablauf des Kongresses gewählt, d.h. die Quellenrecherche erfolgte im wesentlichen in Anlehnung an die angedachten Arbeitsgruppen des Kongresses. Zur Vertiefung des Themenkomplexes „Verweigerungshaltung und Freiraumkultur" haben wir uns zwei Exkurse in Richtung Sexismus in der autonomen Szene und linke Drogen"politik" erlaubt, um exemplarisch zu hinterfragen, inwieweit in den erkämpften Freiräumen bestehende Strukturen nur wieder reproduziert werden oder sich deren wirklich verweigert wird.

Andere Themen dagegen kamen sicher zu kurz weg (und wenn es daran lag, daß der einzige Text, der uns dazu vorlag, schlichtweg zu lang war - wie bei Öffentlichkeitsarbeit der Fall). Die Literaturliste am Ende sollte es aber ermöglichen, sich noch weiter zu informieren...

Natürlich liesen sich auch nicht alle Texte eindeutig zuordnen, so finden sich z.B. in den Städteberichten auch einige Anregungen zu den thematischen Komplexen.

Bauwagenplätze- und kämpfe, Landbesetzungen zur Verhinderung großindustrieller Vorhaben (wie z.B. Anatopia, Gorleben) und die „stillen Besetzungen" (d.h. das unbemerkte Einziehen in einzelne leerstehende Wohnungen, was z.B. in Leipzig viel mehr Menschen praktizieren als „echte" Besetzungen) blieben im vorliegenden Reader fast völlig außen vor - aufgrund von Platzmangel und fehlendem Material zu diesen „Spezialthemen". Das soll aber nicht heißen, daß wir nicht daran interessiert wären, um darüber während des Kongresses zu diskutieren.

Über das Layout gab es unterschiedliche Ansichten, aufgrund der üblichen Hektik vor einem Drucktermin konnten sich jedoch die Vertreter der Punk-Art teilweise durchsetzen. Warum solche historischen Gestaltungsmethoden immer noch akzeptiert und leider auch noch verwendet werden und inwiefern sie mit einer generellen „Verstaubtheit" in den Ausdrucksformen links-subkultureller Szenezusammenhänge einhergehen, wäre doch Thema für eine Arbeitsgruppe. Die Ambivalenz in der Betrachtung von Besetzungen schlägt sich also auch in den Äußerlichkeiten des Readers wieder...?

Dem allgemeinen Interesse an einer theoretischen Beschäftigung mit Besetzungen und einem Erfahrungsaustausch darüber müssen noch ein paar Bemerkungen zu den Umständen, welche hier in Leipzig dazu führten, einen BesetzerInnenkongreß zu organisieren, hinzugefügt werden. Mit der Räumung der Aurelienstraße, der Aufgabe der „Guten Quelle" und der Unfähigkeit, darauf wirksam zu reagieren, zeigte sich die Notwendigkeit, sowohl die „eigene" Szene als auch potentielle SymphatisantInnen mit Geschichte und Perspektiven von Besetzungen im bundesweiten (und darüber hinaus) Rahmen zu konfrontieren. Damit verbunden die Idee, mit solch einer „Erweiterung" die Herausbildung effektiver Widerstandsformen gegen „Leipziger Linie" und Dezentralisierungtaktik zu unterstützen (siehe Leipzig - Teil im Reader). Ziemlich schnell zeigten sich die unterschiedlichen Ansätze bei der Betrachtung der Geschichte und vor allem bei der Relevanz von Besetzungen in der „Jetzt - Zeit". Die Leipziger Realität sorgte weiterhin für einen aktuellen regionalen Background zur Kongreßveranstaltung. Innerhalb von einer Woche sollten drei Projekte im „Kiez" geschlossen bzw. stark in ihrer Arbeitsweise beeinträchtigt werden. Diese Tatsache an sich und die Beobachtung, daß ein SymphatisantInnenspektrum eines Techno-Clubs mehr und wirksamer Widerstand gegen die Schließung ihrer Location leistet, als ein eher im BesetzerInnenspektrum verankertes, autonomes Publikum gegen die Zerstörung „Ihres" Konzertveranstalters, zeugen von der besonderen „Leipziger" Dimension des Kongresses. Die ersten und nachtrüglichsten Reaktionen kamen demzufolge von der Leipziger CDU-Fraktion, welche die Etablierung eines neuen „Hausbesetzermekkas" in der Stadt befürchtet und zusammen mit der sächsichen Polizei versuchen wird, die Veranstaltung und deren TeilnehmerInnen im voraus zu kriminalisieren. Die Stadt Leipzig (SPD-regiert) hat sich noch nicht eindeutig positioniert, könnte sich aber durchaus, zumindestens öffentlich, hinter den Kongreß stellen, da sie ehemals besetzte Objekte als alternative Vorzeigebeispiele in einer „weltoffenen" Stadt unterstützt und mitfinanziert.

Zum Abschluß: Alle Texte die im Reader verwendet wurden, können in vollständiger Länge im Infoladen bestellt werden. Die Kontaktadresse für Fragen und Anmeldungen bleibt wie gehabt:

BesetzerInnenkongreß
c/o Conne Island
Koburgerstr. 3
04277 Leipzig

eine fraktion aus der vorbereitungsgruppe

Hausbesetzungen in der BRD - Geschichte und Gegenwart

aus: Projektil Nr. 13

In zwei aufeinanderfolgenden Teilen wollen wir im PROJEKTil die Auseinandersetzung mit der 20jährigen Geschichte der HausbesetzerInnenbewegungen in der BRD forcieren. Da wir dabei nicht zu ungenau werden wollten, wurde dieser Artikel sehr lang, so daß wir ihn kurzerhand zerteilt haben. Teil I beschreibt grob die Entwicklungslinien von 1969 bis heute, wobei sich vorrangig an den herausragenden Kämpfen in den Metropolen Frankfurt, Hamburg und Berlin orientiert wurde. Der in der nächsten Ausgabe erscheinende Teil II schaut dann näher in die Provinz, wobei wir dann den Schwerpunkt auf Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen gelegt haben.

Vorgeschichte

Mit dem Zerfall des SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) 1969 setzte Anfang der 70'er Jahre auch die Zersplitterung der gesamten, vorwiegend von StudentInnen und Intelektuellen getragenen, APO ein. Auf der einen Seite versuchten Kadergruppen leninistischer Orientierung jeweils »die« revolutionäre Partei aufzubauen, woraus die verschiedenen sich gegenseitig enorm bekämpfenden K-Gruppen resultierten. Als Gegenpol dazu standen die ehemaligen antiautoritären Teile des SDS, die anstelle von Parteiaufbauorganisationen sich eher in informellen Zusammenhängen wiederfanden. Organisierung der Antiautoritären (später Spontis, noch später Autonome) fand in den subjektiv als wichtig empfundenen »Alltags«bereichen statt, was seinen Ausdruck in Kinderläden, Jugendzentren, Happenings und Festivals etc. fand.

Ein anderer Teil der Antiautoritären versuchte in den frühen 70'ern sich in Betriebsgruppen zu organisieren, was hauptsächlich vor dem Hintergrund der italienischen Klassenkämpfe derzeit geschah, die kurz aber heftig eine Perspektive für eine umfassende Revolutionierung der westeuropäischen Gesellschaften zu versprechen schienen. Doch waren diese brdeutschen »Betriebsinterventionen« wesentlich von Intellektuellen getragen und mußten aufgrund ihrer aufgesetzten Herangehensweise scheitern.

Nach dem Ford-Streik 1973 mußten sie sich ihr Scheitern eingestehen und die Betriebsgruppenprojekte verschwanden recht schnell von der politischen Bildfläche. Die Differenzen zu den Arbeitern waren zu groß, der Alltag zu verschieden und die Ziele völlig anders gelagert, als daß die gemeinsame Errichtung von Fabrikräten, wie von den Antiautoritären gefordert, eine reale Chance gehabt hätte.

1. Die ersten Hausbesetzungen in den 70'ern

Aus dieser Erfahrung heraus entstanden die ersten Hausbesetzungen der 70'er Jahre in der BRD. Das Ziel war dasselbe geblieben, nur wurde der Hebel für die Revolution nicht mehr im Produktionsbereich gesucht, sondern im Reproduktionsbereich, in dem man glaubte bessere Chancen für Bewußtseinsbildung der Leute zu haben, da hier die zumeist intelektuellen Spontis (Mittelschicht !), wie die ArbeiterInnen in den Wohnvierteln, ähnliche Ausgangsbedingungen und ähnliche Erfahrungen hätten, aus denen heraus eine Revolutionierung ganzer Wohnviertel und Lebenszusammenhänge mit dem Ziel einer klassenbewußten Organisierung und Revolution denkbar schien.

Dahinter steht die für damalige Verhältnisse recht neue Erkenntnis, daß das Kapital nicht nur die Fabriken regiert, sondern auch die gesamte Reproduktionssphäre der Menschen unter Kontrolle hat, in sie nach Verwertungsgesichtspunkten eingreift und sie entsprechend neu zu strukturieren vermag.

"Dabei wollten sie mit der Form der Häuserkämpfe in zugespitzter Weise eine Einheit zwischen den Interessen von Studenten und Arbeitern gegen einen gemeinsamen Gegner herstellen." (Geronimo)

Die politischen Zentren dieser ersten Häuserkämpfe waren die sozialdemokratisch regierten Metropolen Frankfurt und Hamburg.

Die Umstrukturierung der Innenstädte (Frankfurt im Interesse des Finanzkapitals u. Hamburg im Interesse der Handelsbougeoisie) stand im Mittelpunkt des Angriffes. Traditionelle Wohn- und ArbeiterInnenviertel wurden massiv entwöhnt und Ghettosiedlungen an den Stadträndern hochgezogen.

Die Bewegungen in FFM und HH waren beide von ungeheurer Militanz(bereitschaft) geprägt. Die Einrichtung der berüchtigten Frankfurter »Putztruppe«, eines militanten Zusammenhangs, der tatsächlich eine zeitlang die Fähigkeit besaß, Massendemos vor Bullenangriffen zu schützen, war der deutlichste praktische Ausdruck für eine damals intensiv und konstruktiv geführte Militanzdebatte. Die Militanz, war zunächst auch Motor der Bewegung, d.h. daß sich diverse Mietstreiks und weitere Besetzungen der Bewegung aus einem Gefühl gemeinsamer Stärke heraus anschlossen. Das eigentliche Ziel aber wurde nur z.T. erreicht. In der Regel blieben die Spontis unter sich, d.h. breitere Bevölkerungsgruppen, die nötig gewesen wären für eine kontinuierliche Politik mit Massencharakter, konnten lediglich als UnterstützerInnen, aber nur selten als Aktive gewonnen werden. So verwundert es auch nicht, daß nach anfänglicher Verunsicherung die Bullen das Problem Hausbesetzungen in beiden Städten letztenendes militärisch im Interesse der Herrschenden zu lösen wußten.

Es fanden zwar vereinzelt noch Versuche von Besetzungen statt, doch als politisches Mittel waren sie zunächst gescheitert.
Eine Ausnahme war die Besetzung eines Hauses von Frauen in Heidelberg, die mit staatlicher Unterstützung daraus eines der ersten Frauenhäuser errichten konnten. Das Ziel der Frauen war auch ganz anders gelagert: Sie versuchten mit dieser Besetzung nicht eine wie immer geartete Revolution anzuzetteln, sondern erkämpften sich aus persönlicher Betroffenheit heraus einen Rückzugsraum vor alltäglicher Männergewalt. Die "Gefährlichkeit" einer solchen Aktion schien dem System wohl eher begrenzt.
Zu einer Erklärung reicht dies zwar nicht aus, doch gab es die Erfahrung, daß auch in Köln Häuser, die seit 1969 vom SSK (Sozialistische Selbsthilfe Köln) besetzt wurden schnell legalisiert und nicht geräumt wurden.
Es scheint also, daß zumindest für diese Zeit die Erfahrung gültig war, daß der Selbsthilfeansatz (ohne explizite Kampfansage an das ganze System) für die Herrschenden ein Grund für eine Legalisierung der Projekte beinhaltete.
Das Thema "Hausbesetzungen" als globalpolitische Kampfform war allerdings nach den gescheiterten Versuchen in den frühen 70'er Jahren erst einmal vom Tisch. Die in der Folgezeit stärker auftretenden "neuen Sozialen Bewegungen", allen voran die Anti-AKW-Kämpfe, bildeten ein neues Feld der Auseinandersetzungen zwischen Staat und autonomen, anarchistischen Kräften. Nach der Etablierung der GRÜNEN als Bundespartei (1979), flauten diese Kämpfe erneut wieder ab, woran die gerade von herausragenden GRÜNEN (Fischer, Cohn-Bendit) angezettelte Gewaltfrage nicht ganz schuldlos war.

2. "Neuentdeckung" der Häuserkämpfe - Berlin 80/81

Anfang der 80'er, gerade als die von sich im System profilierenden "Altlinken" inszenierte Gewaltdebatte in vollem Gang war, kam es dann, "wie aus dem Nichts" europaweit zu militanten Auseinandersetzungen (sogenannte Jugendprotestbewegung), die sich vor allem an der Frage zu erkämpfender Freiräume entfachten. Angefangen in Zürich, wo der Kampf um ein autonomes Jugendzentrum die größten Staßenschlachten in der sauberen eidgenössischen Geschichte entfachte (empfehlenswert dazu der Film: »Züri brännt«), bis hin nach Berlin wo am 12.Dezember 1980 nach einer von den Bullen verhinderten Hausbesetzung die berüchtigte Straßenschlacht vom 12.12. stattfand, rumorte es eigentlich in ganz Europa.
Bis zu diesem Zeitpunkt waren in Berlin über 150 Häuser besetzt und gehalten, z.T. sogar legalisiert worden, ohne daß es Auseinandersetzungen gegeben hätte.
Angefangen hatte in Berlin alles als klassische BürgerInnenbewegung. Die BI "SO 36" besetzte am 3.11.79 drei leerstehende, als Spekulationsobjekte dienende Häuser. In dieser Besetzung wurde der Begriff "Instandbesetzung" kreiert, der die eindeutige Zielrichtung der Aktion schon andeutet: Protest gegen die Wohnraumzerstörung im Interesse von Spekulanten und die Zerstörung der Kiezstruktur durch Abriss erhaltenswerten Wohnraums. Ziel war also zunächst nicht das kapitalistische System als solches anzugreifen, sondern gegen seine Auswüchse und Ungerechtigkeiten demonstrativ zu protestieren. Es verwundert auch nicht vor den oben geschilderten Erfahrungen, daß diese sehr stark projektbezogene Aktionsform mit ausdrücklichem Selbsthilfecharakter erstmal nahezu unbehelligt von der Staatsmacht blieb. Die Aktion der BI "SO 36" stieß auf eine riesige Symphatiewelle in der Bevölkerung, v.a. in Kreuzberg.
Etwas mehr als ein Jahr später, mittlerweile waren über 150 Häuser in ganz West-Berlin besetzt, erhielt die InstandbesetzerInnenbewegung nach der riesigen Straßenschlacht vom 12.12. einen unvorstellbaren Radikalisierungsschub, in dem sie sich von der klassischen BürgerInnenrechtsbewegung hin zu einer revolutionären, autonomen Bewegung entwickelte. Alleine der Zwang sich mit der einsetzenden Repression und Kriminalisierung auseinandersetzen zu müssen (im folgenden Jahr gab es in Berlin nach Aussage des EA über 5000 (!) Ermittlungsverfahren, die zum Teil in übertriebenen Knaststrafen für die Betroffenen endeten) brachte die bislang weitgehend 'demokratische Bewegung" dazu hinter die demokratische Fratze des Systems zu schauen. An der Einpunktkampagne gegen Wohnraumzerstörung entwickelte sich eine revolutionäre Bewegung mit neuen revolutionären Forderungen:

"Bis zum 12. Dezember hatte es ja eigentlich recht brave Forderungen gegeben, danach sind die Leute radikalisiert und politisiert worden. Viele BesetzerInnen wollen jetzt nicht mehr legalisiert werden. Und dann haben sie ja gesehen, daß Steine die besten Argumente sind: Denn das was wir heute angeboten bekommen vom Senat, hätten wir damals nicht einmal zu fordern gewagt." (Mitglied von SO 36, Anfang 1981)

Die neuen Forderungen beinhalteten im wesentlichen die Freilassung aller Gefangenen, die Einstellung aller Verfahren, Nutzungsverträge ohne Bedingungen für alle besetzten Häuser, zuweilen auch Enteignungsforderung von Banken und Spekulanten.
Aber auch die Forderung nach "Verhandlungen statt Bürgerkrieg" wurde in der Folgezeit immer deutlicher von einer Gruppe, die zunächst mehrheitlich den häuserübergreifenden BesetzerInnenrat stellte, formuliert.
Als es dann Anfang 1981 zu Verhandlungen kam, verstand es der Apparat eine Spaltung, die sich innerhalb der Bewegung in Berlin andeutete, geschickt auszunutzen. Die beiden sich herauskristallisierenden Parteien wurden in Berlin als "Verhandler" und "Nicht-Verhandler" benannt.
Nicht ganz unwichtig ist, die beiden Gruppen weiter zu bestimmen, weg von der pragmatischen Einteilung hin zu einer sozio-politischen: die Gruppe der "Verhandler" rekrutierte sich im wesentlichen aus einem (studentischen) Intelektuellenmilieu, und vertrat zumeist den beschriebenen projektbezogenen Ansatz der Eroberung von Freiräumen. Auf einem hohen politischen Niveau und starker kommunalpolitischer Orientierung sind diese den neuen sozialen Bewegungen der 70'er Jahre zuzuordnen und standen vielfach der Berliner AL politisch nahe.
Die "Nicht-Verhandler" rekrutierten sich dagegen vorrangig aus von der Krise betroffenen Klassen (Stichwort "Neue Armut"). Aus dem "no future feeling" und der daraus entstandenen Punk-Bewegung, die als der radikalste politisch soziale Ausdruck der ökonomischen Krise der frühen 80'er gelten kann, wurden Häuser als reine "Dach-über-dem-Kopf-Politik" besetzt. Eine Auseinandersetzung mit den Herrschenden war dieser Gruppe zunächst rein emotional zuwider. Sich mit denen, die für ihre Armut insgesamt verantwortlich waren an einen

Verhandlungstisch zu setzen erst recht. Ausdrückliche Strategie der "Nicht-Verhandler" war: "Täglich eine Millionen Sachschaden zur Durchsetzung der Häuser!"
"Teile der Hausbesetzerbewegung übersetzten den Autonomiebegriff kurzerhand als individualistischen Rückzug von jeder Form kapitalistischer Lohnarbeit. Abgesehen davon, daß diese Vorstellung unter den 'objektiven' ökonomischen Bedingungen des Kapitalismus illusorisch ist, ging im Prinzip damit auch jeder Anspruch auf die Vermittlung der eigenen Vorstellungen in die Wirklichkeit anderer gesellschaftliche Bereiche verloren." (Geronimo)
Die Spaltung der Berliner Bewegung war perfekt, als die Verhandlungen zwischen dem Spd/Fdp-Senat und dem BesetzerInnenrat begannen. Die "Nicht-Verhandler" verließen den BesetzerInnenrat.
Wesentliche Motivation des Senats sich überhaupt auf solche Verhandlungen einzulassen, waren die Wahlen im März 81, die durch die Krawalle seit dem 12. Dezember 80 ernsthaft für die Spezialdemokraten gefährdet schienen. Außerdem erhoffte sich der Senat den Weg frei machen zu können für eine Politik nach dem Motto: "Die Guten ins Häuschen, den Schlechten auf's Köpfchen."

Innerhalb weniger Wochen war dann auch ein perfekter Vertragsentwurf in Worte gegossen, dem beide Verhandlungsparteien zustimmen wollten. Dieser Vertrag sah vor eine Treuhandgesellschaft zu gründen, in deren Besitz alle besetzten Häuser übergehen sollten, und die per Satzung dazu verpflichtet sein sollte diese Häuser im Interesse der BewohnerInnen zu verwalten. Die Forderung nach Amnestie und Entkriminalisierung wurde von der "Verhandler"-Fraktion allerdings dafür über Bord geworfen.
Trotz aller "Bemühungen" verlor die scheinheilige Spd die Wahlen zum Senat und zeigte daraufhin keinerlei weitere Motivation auf administrativem Weg diesen Vertrag zu ratifizieren. Im Juni übernahm Weizäcker die Regierung und Lummer (neuer Innenminister) verfolgte in der Folgezeit, wie im Wahlkampf versprochen, die harte Linie (keine Besetzung länger als 24 Stunden) gegenüber dem "Problem" Hausbesetzungen.

Die Fraktion der "Nicht-Verhandler" erhält kurz nochmal einen enormen Zulauf, die Bewegung radikalisiert sich ganz stark, was vor allem die militanten Auseinandersetzungsformen betrifft, kann sich aber nicht ausweiten, was z.B. neue Mietstreiks, oder Neubesetzungen betrifft. Die ehemaligen "Verhandler" ziehen sich zu einem Großteil frustriert aus den Kämpfen zurück.
Mit der Räumung von 8 Häusern am 22.9.81, in deren Folge Klaus Jürgen Rattay von Bullen vor einen Bus gejagt und ermordet wird, beginnt die militärische Zerschlagung der gesamten Bewegung. In drei Monaten bis Ende des Jahres 1981 sind über 100 Häuser von Lummers Schergen geräumt worden.

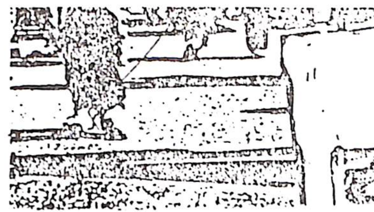
3. Die Hamburger Hafenstraße: autonomes Projekt mit Dauerwirkung

In Folge der Berliner HausbesetzerInnenbewegung gab es in Hamburg Überlegungen eben diesen gesellschaftlichen Widerspruch zwischen Wohnraummangel und gleichzeitiger Zerstörung desselben durch Sanierung und Spekulation zu einem politischen Kristallisationspunkt zu machen. Das heißt, daß die Menschen, die im Herbst 81 die Hamburger Hafenstraße besetzten sich hauptsächlich aus politischer Motivation und weniger aus konkreter Wohnungsnot die Häuser am Hafen nahmen. Die Besetzungen waren durch und durch geplant, was sich in der Öffentlichkeitsstrategie zeigte. Zunächst war es eine stille Besetzung, die von den BesetzerInnen erst im Frühjahr 82 zum öffentlichen Politikum gemacht wurde. Der Zeitpunkt war gewählt, denn er befand sich wenige Monate vor den Hamburger Bürgerschaftswahlen. Die Rechnung der BesetzerInnen ging auf: Den ebenfalls in Hamburg regierenden Spezialdemokraten saß die Berliner Erfahrung, daß eine Auseinandersetzung mit HausbesetzerInnen ihnen von den BürgerInnen mit Abwahl gedankt wurde, noch bedrohlich im Nacken. Aus dieser Angst heraus und aus der Erwägung, daß die Umstrukturierung des Hafengebiets erst Ende der 80'er zum 700jährigen Hafenjubiläum abgeschlossen sein sollte, gab es für die BesetzerInnen befristete Mietverträge bis 1986.

In Folge der zerschlagenen Bewegung in Berlin wird der Hafen zum bedeutendsten Bezugszentrum verschiedener norddeutscher, autonomer und antiimperialistischer Gruppenzusammenhänge.
Dies war aber nicht eine etwa zufällige Konzentration, sondern ging im wesentlichen vom Hafen aus. Die Menschen haben aus den Häusern heraus nicht alleine eine Freiraumpolitik gefahren, sondern über die Initiierung und Koordination vielfältiger verschiedener Aktionen ihre konsequente Systemkritik deutlich gemacht. Angefangen von der Herstellung des Bezugs Hamburger Hafenplanung zu den Plänen der Nazis ("das deutsche Tor zur Welt"), über die norddeutsche Koordination der Anti-AKW-Kämpfe (v.a. Brokdorf '86) bis zur Initiierung radikaler (Anti)-Knastkämpfe und zuletzt der Initiative zur Zusammenlegung politischer Gefangener, hat der Hafen nie diese Eindimensionalität gezeigt, die in vielen Häuserkämpfen sich an der Freiraumfrage festgebissen hat.
Berliner Autonome kritisierten eine reine Freiraumpolitik schon 1981:
"Wir kritisieren nicht unsere relativen Freiräume an sich, sondern Freiräume als Ziel. Für uns sind sie Ausgangspunkte in unserem Kampf. 'Freiräume' erobern, absichern ... das ist klassischer Reformismus! das bringt kein System ins Wanken - auch das kapitalistische System reagiert sehr flexibel: darauf: 'Freiräume' können integriert, Widerstand kanalisiert werden, Ghettos ohne Sprengkraft - Spielwiesen." (nach Geronimo)
Die Bedeutung der Hafenstraße als Freiraum, wurde immer durch die Möglichkeiten, die dadurch nutzbar wurden deutlich gemacht.
Die Einrichtung der 'Hafentage' ab Sylvester 85/86 entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einem wichtigen Forum des Austauschs überregionaler Zusammenhänge von Dänemark bis Bayern, in denen der Freiraum in der Kombinierung von Spaß/Leben und politischer Aktion eine solche Bedeutung erhielt, daß die dadurch geschaffene konzentrierte Solidarität die Hafenhäuser auch über 1986 hinaus gemeinsam halten konnte.
Ein weiterer wichtiger Aspekt 'gelungener' Politik des Hafenzusammenhangs ist der Umgang mit Bündnispolitik und die Abstufung von deutlicher Militanz(bereitschaft) zu Ansätzen Ergebnisse auf dem Verhandlungsweg zu erzielen.

Über den Initiativkreis Hafenstraße (seit der vorläufigen Teilräumung 86 und der Wiederbesetzung 87) konnten weite (bürgerliche) Teile sich mit den BesetzerInnen solidarisieren, ohne insgesamt deren Inhalte in ihrer gesamten Radikalität unterschreiben zu müssen. In den 'Barrikadentagen' 87 wurde die Fähigkeit deutlich, Strategien zur Durchsetzung der Häuser abzustufen und den Grad der Militanz der jeweiligen Situation am Verhandlungstisch entsprechend auszurichten. Die Position "Militanz um jeden Preis", die durchaus in autonomen Zusammenhängen immer wieder auftritt, wurde vor dem Hintergrund der Berliner Erfahrungen, daß in einer geplanten militärischen Auseinandersetzung der Staat immer der stärkere bleibt - egal wie stark die Bewegung auch ist - abgelehnt.

"*Im Verlauf eines oft qualvollen Lernprozesses haben sie (die BewohnerInnen der Hafenstraße) ein fein abgestuftes System der Gegenwehr entwickelt, mit dem sie auf die alltäglichen Schikanen ihrer administrativen Gegner geantwortet haben. (...) Die Stärke der Besetzerbewegung lag darin, daß sie auch in der Zuspitzung (während der Barrikadentage) die Machtverhältnisse realistisch einschätzte und die eigenen bescheidenen Gewaltmittel auch jetzt als flexiblen Bestandteil im politischen Machtkampf handhabte. Die Gegengewalt blieb kalkuliertes Mittel zum Zweck.*" (»1999« Zeitschrift für Sozialgeschichte, 1/88)



Nochmal zusammengefaßt heißt das: Die Hafenstraße konnte sich bis heute (fast ein Jahrzehnt) als besetztes Projekt halten, weil zum einen nie ein Teilbereichs- oder reduzierter Freiraum-Kampf geführt wurde, zweitens unter anderem dadurch erreicht werden konnte, daß der Hafenzusammenhang eine große überregionale Bedeutung für autonome und antiimperialistische Zusammen- BürgerInnen die ihr Recht fordern gegen "Kriminelle" - solidarisch verhindert werden konnte. Das führte auch dazu, daß sich keine (wie in Berlin) stumpfe »Randale-Fraktion« innerhalb der Autonomen herausgebildet hatte. Militante Aktionen im Zusammenhang mit dem Hafen wurden auch immer wieder sehr selbstkritisch beleuchtet und einer möglichst breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht (Bsp.: Die Aktionen und die selbstkritische Reflexion der »Revolutionäre für ein flammendes Fest«, die die taz als öffentliches Forum zu nutzen wußten).

hänge erlangte, und drittens weil sie durch die Form ihrer Bündnispolitik und die Abstufung von Kampf- und Verhandlungswegen zugleich nie eine Spaltung der öffentlichen Solidarität oder gar der Bewegung (wie in Berlin) zuließ.

Als »glücklicher Zufall« ist es zu werten, daß gerade in der Zeit 1986/87, als die ersten befristeten Verträge ausliefen, die Linke in der BRD unter dem Eindruck der Alltagsgewalt des Staates (nach dem GAU von Tschernobyl) kurzzeitig eine solidarische Gewalt- und Militanzdebatte führte, in der Gewaltfreie und Militante ihre Aktionsformen gegenseitig anerkannt und akzeptiert hatten, wodurch die übliche Spaltungspolitik -

Der deutlichste Ausdruck dieses solidarischen Verhaltens kann wohl in der 'Demonstration zum Hafen am 20.12.86 gesehen werden, als die Bullen massiv versuchten ca. 3.000 Menschen im schwarzen Block aus der 10.000 Leute-Demo herauszulösen und einzukesseln, was aber durch die Solidarität der übrigen verhindert werden konnte.

- störtebekker -



Die Häuserkämpfe der 70er Jahre

aus: Geronimo: Feuer und Flamme

Bereits 1970 Jahre organisierten Aktivisten aus dem antiautoritären Flügel der Studentenbewegung erste demonstrativen Hausbesetzungen, u.a. in München, Köln, Frankfurt, Göttingen und Hamburg

Für die linksradikalen Betriebsprojektgruppen aus dem WWA-Zusammenhang bot sich das Mittel der Hausbesetzungen aus mehreren Gründen als Kampfform an: Einerseits ließ sich damit der "proletarische Lebenszusammenhang" mit einer politischen Praxis thematisieren, andererseits konnten damit die Mobilisierungsschwierigkeiten aus den - kaum stattfindenden - Betriebskämpfen zunächst überwunden werden.

Ausgehend von der Annahme, daß immer größere Bereiche der Gesellschaft der Kontrolle des Kapitals unterstellt werden - dabei illustrierte der damals von den WWA-Gruppen benutzte Begriff der 'Wohnfabrik' die Ausdehnung des Kapitalkommandos auf die Gesellschaft - werden Wohnheimagitationen, Mietstreikbewegungen und Häuserkämpfe zu Kristallisationspunkten des antikapitalistischen Kampfes in der Reproduktionsphäre:

"Häuser besetzen bedeutet, den kapitalistischen Plan in den Vierteln zu zerstören. Bedeutet keine Miete zu zahlen, bedeutet die kapitalistische Schuhkartonstruktur aufzuheben. Bedeutet Kommunen und Zentren zu bilden, bedeutet das gesellschaftliche Leben des Stadtteils zu reorganisieren, bedeutet die Ohnmacht zu überwinden. Im Besetzen der Häuser und in Mietstreiks liegt der Angelpunkt für den Kampf gegen das Kapital außerhalb der Fabriken." (Proletarische Front in WWA Nr.4 Mai 1973)

Die WWA-Gruppen gingen davon aus, der kapitalistischen Aufteilung des Lebens in Arbeit und Freizeit im Häuserkampf das Bedürfnis der proletarischen Massen nach Kollektivität gegenüberstellen zu können. Dabei wollten sie mit der Form der Häuserkämpfe in zugespitzter Weise eine Einheit zwischen den Interessen von Studenten und Arbeitern (Lebenszusammenhänge, Kommunikationsstrukturen) gegen einen gemeinsamen Gegner herstellen. Dies sollte zugleich noch mit der wechselseitigen Erfahrung von Staatsgewalt und Militanz verbunden werden. Diesem anspruchsvollen theoretischen Ansatz stand aber die Realität der Häuserkämpfe zu Beginn der 70er Jahre gegenüber. Ihre wesentlichste Zuspitzung erhielten diese Kämpfe in den sozialdemokratisch regierten Metropolen Frankfurt und Hamburg. Die Hausbesetzungen stießen dort zum Teil in relative politische Freiräume, die der bürgerliche Staat gewähren mußte, da er in diesen Städten mit einem reformistischen Anspruch auftrat. So hatte es die Hausbesetzerbewegung in Frankfurt mit einer 'linken SPD' zu tun, die ebenfalls den Kampf gegen die Bodenspekulation auf ihre Fahnen geschrieben hatte.

In Frankfurt entwickelte sich so etwas wie eine breite soziale Bewegung, während in Hamburg mit der Hausbesetzung in der Eckhoffstr. 39 eine politische Zuspitzung des Kampfes stattfand, die zu einer folgenreichen Niederlage der radikalen Linken in der Stadt wurde. Die Debatten gingen zum Teil weit über die unmittelbare Praxis des Aneignens von leerstehenden Wohnraum hinaus. Sie erhalten mit ihren jeweiligen Auswirkungen für die darauf folgenden Jahre eine strategische Qualität für die Diskussionen über eine linksradikale Politik in der Bundesrepublik.

Die Häuserkämpfe der 70er Jahre zeigten auf, daß es auch in dem Reproduktionsbreich möglich war, neue radikale Kampfformen zu entwickeln, die trotz ihres bewußten Durchbrechens von legalistischen Politikformen zu teilweise breiten Solidarisierungen innerhalb der Bevölkerung führten.

Die Autonomen

Usprünge und Entwicklungen der autonomen Bewegung, Teil 3

stark gekürzt aus: 17°C Nr. 9 (fortlaufende Chronologie am Rand)

Der Frankfurter Häuserkampf

Ende der 60er wurden von den Großbanken in Frankfurt Konzepte zu einer Umstrukturierung der Stadt in eine Banken- und Dienstleistungsmetropole entworfen. Die Banken entschlossen sich, in das zur City verkehrsgünstig gelegene Westend-Viertel zu expandieren. Die Sanierung dieses ehemaligen Sitzes der

Anfang der 70er Jahre: Spontis und Anarchos entstehen in Abgrenzung zu dogmatischen K-Gruppen [vgl. Geronimo 1990]; Beginn der Randgruppen- und Stadtteilarbeit. Alternative Milieus und Treffpunkte entstehen [Wildcat 38-40/1986]; starkes Interesse an autonomen Fabrik- und Häuserkämpfen in Italien [Autonomie NF 1975, Kursbuch 26 1971]

Frankfurter Bourgeoisie erfolgte in mehreren Schritten. Mit Hilfe von Spekulanten wurden ganze Grundstückskomplexe aufgekauft, bei dem im zweiten Schritt eine massive Einquartierung von Arbeitsemigranten in die Häuser erfolgte. Dieser Prozeß beschleunigte zum einen die Abwanderung der eingesessenen bürgerlichen Westend-BewohnerInnen und ermöglichte zum anderen riesige Profite durch Wuchermieten. Zugleich kam es teilweise zu einer katastrophalen Überbelegung ganzer Straßenzüge. Die Situation wurde noch durch spekulativen Leerstand von Häusern und der katastrophalen Wohnsituation verschärft. Zudem war es für Leute aus der Studentenscene in Frankfurt so gut wie unmöglich, große Räume für Wohngemeinschaften zu mieten.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich in den Jahren Ende 1970 bis Anfang 1974 der Frankfurter Häuserkampf, der in der sozialen Zusammensetzung seiner Träger für die Herrschenden geraume Zeit ein brisantes Gemisch bedeutete. Die Initiativen des Häuserkampfes wurden von dem sich antiautoritär verstehenden Teil der Studentenbewegung getragen, der schon zu SDS-Zeiten in Frankfurt bundesweit eine seiner Hochburgen hatte. Aus dem Zerfall des SDS war in dieser Stadt eine zahlenmäßig starke Sponti-Fraktion hervorgegangen. Sie arbeiteten u.a. mit Emigranten zusammen, die zum Teil vorher bei der linksradikalen 'Lotta Continua' mitgearbeitet hatten. Zwischen Frühjahr 1972 und Frühjahr 1973 verbanden sich die Mietstreiks, die von vorwiegend von türkischen und italienischen Emigranten getragen wurden, mit den Hausbesetzungen der Spontiscene. Allerdings enstanden in der konkreten Zusammenarbeit Probleme: Einer mangelnden politischen Autonomie auf der Seite der Mietstreikenden stand auf Spontiseite eine teilweise 'Sozialarbeiter- und Juristenmentalität' gegenüber, die lediglich dazu führte sich gegenseitig zu funktionalisieren anstatt den Prozeß der Selbstorganisation in den laufenden Auseinandersetzungen voranzutreiben. Viele SpontigenossInnen rieben dann auch sich in derartigen Formen der Emigrantenarbeit auf.



1970-1974: Hausbese[illegible] in Frankfurt d Verei[illegible] in ander[illegible] -Hohen-le),

In den Jahren 1971 bis 1974 gelang es der Frankfurter Spontiscene, mit dem 'Revolutionären Kampf' als wichtigster Gruppe, durch eine Verbindung der verschiedensten Aktionen, Besetzungen und Demonstrationen den öffentlichen Ausdruck und die Dynamik des Häuserkampfes zu bestimmen. Insbesondere in dem Gebrauch der Militanz in diesen Kämpfen kommen ihre widersprüchlichen Seiten zum Ausdruck: Während der ersten größeren Straßenschlacht Ende September 1971 bei einem gescheiterten Besetzungsversuch kam es zu einer Solidarisierung der Bevölkerung mit den Hausbesetzern. Der Erfolg konnte von der Bewegung in der Folge durch eine steigende Anzahl von Mietstreiks und Hausbesetzungen genutzt werden. Der Frankfurter SPD-Magistrat konnte so zunächst dazu gezwungen werden, seine ursprüngliche Verfügung zu revidieren, alle besetzten Häuser sofort räumen zu lassen.

Nachdem die Mietstreikbewegung der ausländischen Imigranten im Frühjahr 1973 zum Erliegen kam, konzentrierten sich die Diskussionen der Bewegung um die Verteidigung der besetzten Häuser und den militanten Schutz von Massendemos. Bei der drohenden Räumung des Kettenhofweges im Frühjahr 1973 beschloßen die Spontis in die politische Offensive zu gehen. Darauf erfolgte ein brutaler und in der Öffentlichkeit als überhart empfundener Bulleneinsatz, der in der Frankfurter Innenstadt mehrere Straßenschlachten auslöste. Aufgrund der breit getragenen Solidarität und der Entschlossenheit zur militanten Verteidigung des besetzten Hauses im Kettenhofweg konnten mehrere Räumungsversuche der Bullen zunächst abgewehrt werden. In den Auseinandersetzungen drückte sich eine gelungene Verbindung von einer propagandistischen Massenarbeit mit einer Massenmilitanz aus, die sich nicht als Selbstzweck von den Inhalten des Kampfes ablöste. In der bürgerlichen Presse las sich das so:

"Inmitten der Großstädte entstehen Bürgerkriegsnester.(...) Es ist nicht auszuschließen, daß sich nach dem Frankfurter Beispiel inmitten der Großstädte eine Art Nebenregierung bildet, gestern Uni-Räte, heute die Häu-

serräte, morgen vielleicht die 'Räte der besetzten Fabriken'." (Frankfurter Neue Presse, April 1973)

Aufgrund der bei der Räumung des Kettenhofweges erlebten Bullenbrutalität konzentrierten sich die Überlegungen der Frankfurter Spontis in der Folgezeit auf die Organisierung eines militanten Schutzes von Massendemos. Es entstand die sogenannte 'Putzgruppe', die ein Ausdruck einer zu damaliger Zeit breit geführten Diskussion über die Probleme der Militanz und der organisierten Gegengewalt war. Die Debatte war dabei stets organisatorisch und politisch in die Bewegung zurück vermittelt, was vermutlich einer der Gründe dafür war, daß eine Kriminalisierung der Militanten zu jenem Zeitpunkt nicht stattfand.

Nach der Kettenhofweg-Räumung setzt allerdings auch eine weitgehende defensive Fixierung auf die Verteidigung des 'Blocks' (Bockenheimer Landstr./ Schuhmanstr.) auf Fragen der "militärischen Verteidigung" ein, die die Diskussionen um eine inhaltliche Ausweitung der Bewegung in den Hintergrund drängte. Zum Teil war das auf die praktische Erschöpfung vieler BewegungsaktivistInnen aufgrund der permanenten Repression zurückzuführen. Auf der anderen Seite schlugen in dieser Zeit bestimmte interne Führungsstrukturen des Revolutionären Kampfes auf den weiteren Kurs der Bewegung zurück. Der 'Block' wurde schließlich von 2500 Bullen Ende Februar 1974 in einem Überraschungsüberfall geräumt und sofort durch Bagger in Schutt und Asche gelegt. Auch die am 23. Februar nachfolgende Putzdemo mit 10000 Leuten, die zu den heftigsten Straßenschlachten in Frankfurt in den 70er Jahren führte, änderte an dem Erfolg des Frankfurter SPD-Magistrates nichts mehr.

Nach der Räumung des 'Blocks' war die Bewegung in Frankfurt weitgehend am Ende. Die politische Orientierungslosigkeit nach dem Ende des Häuserkampfes wurde zudem noch durch die internen Machtstrukturen des RK verstärkt:

"*Da sind einfach die alten Machtstrukturen politisch umgeschlagen und die Leute wußten nicht mehr, was sie machen sollten. Wenn du Leute teilweise von den politischen Entscheidungsstrukturen fern hältst, dann brauchst du dich hinterher nicht zu wundern, daß wenn du nichts mehr vorgibts, auch nichts mehr nachkommt.*"(aus einem Interview mit einem Sponti-Genossen in der 'Wildcat' Nr. 40/1986)

Über Militanzdebatten und andere Rückzüge

Nach dem Abflauen des Häuserkampfes versuchte die Spontibewegung, ihren Zusammenhalt und ihre politische Identität über den Aufbau eines 'Gegenmilieus', punktuelle Kampagnen und militante Aktionen aufrecht zu erhalten. (Sommer 1974 Fahrpreiskämpfe gegen den Frankfurter Verkehrsverbund; September 1975 Angriff auf das Spanische Generalkonsulat; im Mai 1976 militante Demonstrationen von 3000 Leuten zum Tod von Ulrike Meinhof).

Die Entwicklung wurde zugleich mit einer Effektivierung der Straßenmilitanz in sogenannten 'Kleingruppen' und eine teilweise klandestine Organisierung verbunden. Zwar waren diese Kleingruppen zunächst in der Lage, den Bullen auf der Straße besser zu begegnen, allerdings setzte sich damit auch eine beschleunigte Zersplitterung der ehemals übergreifenden politischen Zusammenhänge durch. Das erleichterte in den folgenden Jahre ein paar Wortführern des RK das Geschäft ihre politischen Vorstellungen umzusetzen.

Die zerschlagene Häuserkampfbewegung mündete als soziale Bewegung in die Anfänge der Alternativbewegung. Vor diesem Hintergrund begann innerhalb der Scene die von Fischer und Cohn-Bendit entfaltete 'Anti-Militanz Debatte' zu wirken. Die Anfänge dieser Debatte lagen zunächst in der Gegenüberstellung der RK-Wortführer von 'Massenmilitanz contra Guerilla', die einen ersten Höhepunkt in den Auseinandersetzungen bei der Erschießung des Richters Drenkmann durch die 'Bewegung 2. Juni', aus Anlaß der Ermordung Holger Meins im November 1974, erfuhr. Die Auseinandersetzungen gewinnen im

1971: die letzten Mietpreisbindungen in der BRD fallen, italienische ArbeitsemigrantInnen werden in den Frankfurter Häuserkampf mit einbezogen und bringen ihre autonomen Erfahrungen in die Kämpfe ein [Wildcat 8/1986];

1979: in der BRD sind 250.000 Jugendliche bis 25 Jahre erwerbslos [Autonomie NF 11/1982]; erste Hausbesetzungen in Freiburg/Breisgau [Interview] und vereinzelte in Berlin [Kursbuch 65, 1981];

1980: in Amsterdam, Zürich, Freiburg und Berlin kommt es zu massenhaften Hausbesetzungen und beim Eingreifen der Polizei zu schweren Straßenschlachten: der Kampf geht jeweils um „Freiräume" (Jugendzentren und Häuser), gegen Spekulantentum und Leerstand von Wohnraum, das Motto ist „Die Häuser sind sowieso schon abbezahlt" und „Legal, illegal, scheißegal";

; nachdem es im September in Zürich „brennt", liegen die Schwerpunkte in der BRD in Freiburg mit der Auseinandersetzung um das Dreisameck und in West-Berlin mit den Bezirken Kreuzberg und Schöneberg (s.o.), auch in anderen Städten kommt es zu Hausbesetzungen;

; am 12.12. kommt es zu den bis dahin schwersten Auseinandersetzungen in West-Berlin nach einer verhinderten Hausbesetzung [radikal 87, 1/1981];

1981

findet in Gießen ein Kongreß der autonomen HäuserkämpferInnen statt; Mitte Mai sind in Berlin 168 Häuser besetzt [Langguth 1983]; am 26.5. kommt es in West-Berlin im Rahmen von Hausbesetzungen am Winterfeldtplatz zu schweren Straßenschlachten [radikal 93, 6/1981]; ebenfalls in West-Berlin kommt es dann zur Konfrontation zwischen VerhandlerInnen mit dem Senat und Nicht-VerhandlerInnen (besetzte Häuser als eigene Nische oder als Ausgangspunkt für die soziale Revolution?) [radikal 100, 1/ 1982]; am 16./17.5.

Laufe der nächsten Jahre innerhalb der Bewegung einen immer größeren denunziatorischen Charakter, bei der es nicht mehr nur bei einer Absage an die Politik der Guerilla bleibt, sondern diese demonstrativ aufgefordert wird, ihren Kampf aufzugeben. Stationen dieser Entwicklung sind u.a. Redebeiträge von Cohn-Bendit und Fischer auf dem Pfingstkongreß des Sozialistischen Bundes im Jahre 1976 gegen politische Repression in der BRD. Den Höhepunkt erreichte diese Entwicklung schließlich in der maßgeblich vom "Pflasterstrand" unter Leitung von Cohn-Bendit organisierten Kampagne, um das Denunziationsmachwerk "Rückkehr in die Menschlichkeit" von H. J. Klein.

Klein kam aus der Frankfurter Sponti-Scene und war als Mitglied der RZ im Jahre 1975 bei einem Überfall auf die OPEC-Oelministerkonferenz in Wien beteiligt. Im Mai 1977 gab er über einen Leserbrief an den SPIEGEL seinen Austritt aus der RZ bekannt, nicht ohne sich dabei als "Verfolgter" darzustellen, der angeblich von seinen Genossen hingerichtet werden solle. In diesem Zusammenhang wird von einem "Jemand" in einer Ausgabe des Pflasterstrand damit gedroht, für den Fall, daß Klein etwas zustoßen sollte, eine Liste von bis zu 150 Namen aus der Frankfurter Sponti-Scene an die Bullen weiter zu reichen.

Die Militanzdebatte, die ursprünglich einmal dafür funktionalisiert worden war, sich gegen die Konzeptionen des bewaffneten Kampfes abzugrenzen, endete schließlich seitens ihrer Initiatoren Fischer und Cohn-Bendit mit einer völligen Absage an jegliche Form der Gegengewalt. Damit wurde zugleich auch jede Vorstellung von einer revolutionären Politik aufgegeben. Konsequent vollziehen schließlich die ehemaligen RK-Wortführer Ende der 70er Jahre ihre politische Reintegration in das herrschende politische System der BRD. Dabei bringen sie ihr Bewegungs-Know-How in den Entstehungsprozess der reformistisch-parlamentarischen Grünen Partei ein.

Es stellt sich also die Frage nach den Gründen dieser Wende zweier wichtiger Figuren aus der Spontiscene, deren politische Auswirkungen bis in die Gegenwart reichen. Die Gründe dafür laßen sich vermutlich nur aus dem Kontext einer zerfallenden Bewegung mit einer bestimmten Verarbeitungsform von individuell erlittenen Repressionserfahrungen suchen, die sich zu einer subjektiven Perspektivlosigkeit verdichten. Der Schnittpunkt dieser Entwicklungen in den Erfahrungen des J. Fischer ist dabei in den Erlebnissen im Zusammenhang mit der Ulrike Meinhof-Demonstration im Mai 1976 zu suchen, nach der er in Folge unter dem - später fallen gelassenen - Verdacht des Mordversuchs an einem Bullen kurz inhaftiert wurde. In einem Artikel der Zeitschrift 'AUTONOMIE' aus dem Februar 1977 befaßte sich Fischer noch einmal mit den Auswirkungen und Konsequenzen dieser Demonstration. Dabei wirft er die Frage auf, *"was (ist) wenn die Revolution so, wie wir sie aus der Geschichte oder aus der Dritten Welt kennen, überhaupt NIE MEHR kommen wird, schlichtweg ÜBERHOLT ist, der VERGANGENHEIT angehört und was ganz anderes vonnöten ist ????"* (Hervorhebungen von Fischer). Der Sozialwissenschaftler Kraushaar benennt für den politischen Bruch Fischers mit seinem bewegt revolutionären Spontidasein folgende Gründe:

> *"Aus der Krise dessen, was er bislang als revolutionäre Gewalt begriffen hat, problematisiert er die gesamte Vorstellung einer proletarischen Revolution. Indem er die von ihm als existentiell bestimmte Dimension der Gewalterfahrung als Krisenzusammenhang auf sein gesamtes Revolutionsverständnis überträgt, zerfällt ihm sogleich sein politisches Selbstverständnis."*

Die innerhalb der Frankfurter Sponti-Bewegung praktizierte unmittelbare Verknüpfung von praktischer Straßenmilitanz mit einem Begriff von Revolution, wendete sich an dem Punkt gegen jede revolutionäre Vorstellung, als Formen von Straßenmilitanz unmittelbar nicht mehr praktizierbar waren und jeder abstrahierende Begriff von Revolution verloren geht.

1981

am 22.9. wird ein Hausbesetzer im Zusammenhang von Auseinandersetzungen mit der Polizei von dieser vor einen Bus getrieben und stirbt [radikal 98, 10/1981];

1982: am 23.2. werden in Hamburg erstmals Häuser an der Hafenstraße besetzt [Herrmann u.a. 1987];

1983

[illegible]; am 30.11. erhalten die BewohnerInnen der Hamburger Hafenstraße auf drei Jahre befristete Mietverträge [Herrmann u.a. 1987];

militante Auseinandersetzungen an der Hamburger Hafenstraße [Herrmann u.a. 1987];

keit fanden, als auch ihre erklärte Absicht das Haus militant zu verteidigen, machten es dem Hamburger SPD-Senat, der Bewobau und den Bullen zunächst unmöglich, das Haus im Handstreich zu räumen. Sie verlegten sich deshalb zunächst auf eine politische Isolierung der Besetzer sowie deren Kriminalisierung. Der eine Teil dieses Konzeptes wurde von der Hamburger Springer-Presse besorgt, die die Hausbesetzer permanent als "Reisende Radikale", "Maskenmänner", "Politrocker", "Terroristen" und "Gangster" bezeichnete. Zu dieser Propaganda gehörten natürlich auch erfundene Geschichten über vermeintliche Überfälle der Hausbesetzer auf BewohnerInnen im Viertel. Den anderen Teil des Konzeptes besorgten die Bullen mit permanenten Provokationen. Sie zielten durch ständige Übergriffe und die Behinderung aller Besetzeraktivitäten darauf ab, deren Handlungsspielraum möglichst einzuengen. Sämtliche Besetzer, Sympatisanten oder Anwohner, die sich in der Eckhoffstraße aufhielten wurden an der nächsten Straßenecke angehalten, überprüft und zum Teil in das Polizeipräsidium geschleppt und erkennungsdienstlich behandelt. Die Besetzer versuchten sich gegen diese Schikanen durch organisiertes militantes Auftreten zur Wehr zu setzen und ließen sich dabei auf einen Kleinkrieg mit den Bullen ein, dem sie aber auf Dauer nicht gewachsen waren. Dabei traten andere politische Aktivitäten in den Hintergrund und erlahmten schließlich völlig. Die militärische Konfrontation mit den Bullen begann sich im Laufe der Besetzung zu verselbstständigen. Mit der Verlagerung der Besetzeraktivitäten von der politischen auf die militärische Ebene verringerte sich zugleich die Solidarität der Bevölkerung, die durch den ständigen polizeilichen Belagerungszustand in Auseinandersetzungen mit hereingezogen wurde.

Am 23. Mai 1973 wurde die Eckhoffstraße in den Morgenstunden von 600 Bullen abgeriegelt und von einem mit Maschinengewehren bewaffneten MEK-Kommando überfallen. Über 70 BesetzerInnen wurden festgenommen, gegen 33 (!) von ihnen wurden erstmals in der BRD Haftbefehle unter dem Vorwurf der "Mitgliedschaft oder Unterstützung in einer kriminellen Vereinigung" (§ 129) erlassen, der später auch zu einer Reihe von Verurteilungen führte.

Die Ereignisse um die Eckhoffstraßenbesetzung wurden für die Hamburger Spontilinke zu einem wichtigen Schnittpunkt ihrer weiteren politischen Aktivitäten: Mit der polizeilichen Zerschlagung der Besetzung scheiterte zugleich auch die 'Proletarische Front' als Organisation. Sie hatte die Hausbesetzung unterstützt, obwohl sie zuvor auf Grundlage ihrer eigenen Diskussionen den Häuserkampf nur in Arbeitervierteln, bei genügender propagandistischer Vorbereitung, nach außen tragen wollte. Diese Bedingungen waren jedoch für die Eckhoffstraßenbesetzung nicht gegeben, da der Stadtteils zuvor bereits weitgehend von seiner ursprünglichen Bevölkerung geräumt worden war. Damit waren die Möglichkeiten, das Haus zum Ausgangspunkt weiterer Aktivitäten im Stadtteilkampf in Hohenfelde zu machen stark begrenzt. Zudem eskalierte für die 'Proletarische Front' während der Besetzung das 'Militanz-Problem', das zu einer Frage der individuellen moralischen Bewährung oder des Versagens der einzelnen GenossInnen wurde, und an dem sich die Gruppe schließlich aufrieb.

Einige EckhoffstraßenbesetzerInnen entschlossen sich unter dem Eindruck der Räumung und der gegen sie durchgeführten staatlichen Repressionsmaßnahmen dazu, in den Untergrund zu gehen. Zwei von den Genossen (Karl Heinz Dellwo und Bernhard Rössner) gehörten im Februar 1975 zu einem RAF-Kommando, das mit dem Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm, die Freilassung der Stammheimer RAF Häftlinge durchzusetzen versuchte. Die Beteiligung von ehemaligen Hausbesetzern an der Aktion einer bewaffnet kämpfenden Gruppe diente in der Folge staatlichen Instanzen dazu, die Kampfform Hausbesetzungen beständig als eine "Durchgangsstation" für "Terroristen" zu denunzieren.

Unter dem Eindruck des 'Traumas' der Eckhofstraßenbesetzung verliert die Hamburger Spontilinke für mehrere Jahre die Kraft zu größeren politischen Initiativen. Diese Situation änderte sich erst wieder ab 1976 in dem Kampf gegen das geplante AKW in Brokdorf.

Verwendete Literatur:
Die meisten Einschätzungen inklusive einer vorzüglichen Chronologie wurden aus dem Buch "Wohnungskampf in Frankfurt", das im Jahre 1974 vom Frankfurter Häuserrat verfaßt worden ist, entnommen. An die dort fomulierten Einschätzungen lehnt sich sehr stark ein Artikel der Zeitschrift 'Wildcat' Nr 38 aus dem Jahre 1986 unter dem Titel: " Die militante Geschichte Frankfurts - Die Häuserkämpfe" an. In der Ausgabe Nr. 40/86 der gleichen Zeitschrift erschien auch ein zweiter Teil über die linksradikale Geschichte Frankfurts in den 70er Jahren unter dem Titel: "Militanz, bewaffneter Kampf, Reformismus und Repression"
Über den Lebensweg des J. Fischers, insbesondere unter dem Blickwinkel des politischen Bruchs zwischen der Spontibewegung hin zum realpolitischen Exponenten der grünen Partei, wurden wesentliche Anregungen aus dem Aufsatz von W. Kraushaar "Realpolitik als Ideologie - Von Ludwig August von Rochau zu Joschka Fischer " abgedruckt in Heft 3/1988 in "1999" Zeitschrift für Sozialgeschichte, entnommen.
Zur Hausbesetzung in der Eckhoffstr. 39 in Hamburg wurde besonders auf die Dokumentation der Stadtteilgruppe Hohenfelde Ende des Jahres 1973 unter dem Titel: "Wir greifen an: Springer, Senat, Neue Heimat" zurückgegriffen. Eine übersichtliche Darstellung über die politische Vorgeschichte, den Verlauf und die Konsequenzen dieser Hausbesetzung findet sich im Buch von Michael Grüttner: "Wem gehört die Stadt", Hamburg 1976. Über die Rolle der "Proletarischen Front" bei dieser Besetzung findet sich im Buch von Margareth Kukuck: "Student und Klassenkampf" Hamburg 1977, eine entsprechende Passage.

1987

...]; bundesweit werden in Wuppertal, Bochum, Köln und Freiburg besetzte Häuser geräumt [Flugblatt Hafenstraße, 10/1986: ...
... am 23.4. ist der sog. „Tag X" für Solidaritätsaktionen für die Hafenstraße mit Aktionen bei PolitikerInnen, Behörden etc. im gesamten Stadtgebiet ... 1987]; das ganze Jahr über kommt es an der Hafenstraße zu Konfrontationen. Wiederbesetzungen lösen sich mit polizeilichen und staatlichen Begehungen ab [Hermann u.a. 1987]

1986

...; am 20.12. demonstrieren 10.000 Menschen ...en Erhalt der Hafenstraße, die Polizei greift die Demonstration an und versucht, ein Spalier aufzuziehen, ...er verhindert werden kann [Geronimo 1990]



Die Hausbesetzerbewegung in West-Berlin

Um die Jahreswende 1980/81 boomte quer durch die Republik eine neue Hausbesetzerwelle. Zentrum wurde West-Berlin, wo zeitweilig über 160 Häuser besetzt werden konnten. Dort fanden die Besetzungen vor dem Hintergrund einer jahrelangen Arbeit der verschiedensten Stadtteil-Initiativen und Mieterorganisationen gegen Wohnungsspekulation, Leerstand und Kiezkahlschlagpolitik statt. Bereits seit 1979 wurden vereinzelt Häuser von der Bürgerinitiative SO 36 und Mieterorganisationen "instandbesetzt". Nach dem Versuch der Bullen im Dezember '80 eine Hausbesetzung zu verhindern, kam es zur sogenannten '12.12.- Randale', durch die die Bewegung einen enormen Schub bekam. Erstmals beteiligten sich auch viele Nicht-BesetzerInnen an den Auseinandersetzungen; die harte Repression gegen die Bewegung führte zu einer breiten Soilidarisierungswelle in der Stadt. Die Bewegung stellte ultimativ die Forderung auf, sofort alle gefangenen HausbesetzerInnen freizulassen, sonst würden Weihnachten "nicht nur die Weihnachtsbäume brennen". Die danach folgende Welle von Hausbesetzungen wurde durch den sich bereits abzeichnenden Legitimationszerfall des damaligen SPD/FDP-Senats - aufgrund von Korruption und Bauskandalen - erleichtert. Zudem eröffnete sich für die Bewegung durch das politisch-juristische Vakuum staatlicher und privater Bauplanungen, in einer Reihe von Altstadtquartieren, insbesondere in Kreuzberg und Schöneberg, ein relativer Freiraum für ihre Aktionen.

Nach den Ereignissen am 12.12.'80 kam es zu einem sprunghaften Wachsen der Bewegung, das bis zum September '81 andauerte: Unter der Parole "Legal-illegal-scheißegal!" lebten rund 3000 Menschen in den besetzten Häusern, die weite Teile ihres alltäglichen Lebens kollektiv und selbst organisierten. Spektakuläre Höhepunkte waren eine Reihe von Massendemos, wie z.B. Ende Juni die 'Amnestiedemo' zum Rathaus Schöneberg oder im Juli die 'Grunewalddemo' direkt zu den Privatwohnhäusern der Spekulanten. Bei der ersten Demo kam es zu einer massiven Straßenschlacht, in deren Verlauf ein Supermarkt geplündert wurde. Die bürgerlichen Tageszeitungen sprachen danach von einem regelrechten "Aufstand" und lancierten Meldungen über einen bevorstehenden Einsatz alliierter Sicherheitskräfte zur "Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in der Stadt." (vgl. Berliner Morgenpost 5.7.81)

Der Einschüchterung durch die polizeiliche Repression setzte die Bewegung die Fähigkeit entgegen, dezentral in kleinen Gruppen in der gesamten Stadt zu agieren. Unter dem Motto "Euch die Macht - uns die Nacht!" gelang es beispielsweise als Reaktion auf ein drakonisches Gerichtsurteil gegen einen Hausbesetzer, in zwei Nächten die Schlösser von 40 Bankfilialen zuzukleben und 70 Banken zu entglasen.

Immer wieder ist die Bewegung aber auch ein fruchtbarer Mobilisierungsboden für andere Themen. Auch wegen der Betroffenheit durch die staatliche Repression nahmen an einer Demonstration zur Unterstützung des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen im März 1981 10000 Menschen teil.

Der Beginn und der quantitative Boom der BesetzerInnenbewegung in West-Berlin war zunächst noch relativ "theorielos", was jedoch nicht bedeutet, daß keine politischen Vorstellungen existierten. Die Besetzungen wurden von Leuten aus der undogmatisch linken Alternativscene getragen, die zum Teil vorher in Anti-AKW-, Studenten- und Knastgruppen gearbeitet hatten. Nach den ersten Rückschlägen durch staatliche Repression polarisierten sich innerhalb der Bewegung zwei Fraktionen an der Frage 'Verhandler - Nichtverhandlerlinie'. Lange Zeit war das stärkste Argument der Nichtverhandlerfraktion die staatliche Repression, die zu einer Welle von Haftbefehlen und zum Teil hohen Gefängnisstrafen gegen HausbesetzerInnen wegen unterstellten "Landfriedensbrüchen" auf Demonstrationen führte. Dagegen wurde die Forderung nach sofortiger Freilassung aller Gefangenen erhoben, bevor Verhandlungen mit staatlichen Stellen

1987

...]; in der Hamburger Lokalpresse macht sich im Sommer/Herbst Bürgerkriegsstimmung und RAF-Hysterie wegen der Hafenstraße breit [z. B. Hamburger Abendblatt 5.8.; Hamburger Morgenpost 20.10.; Bild 4.8.]; im November scheint die „Schlacht" um die Hafenstraße unvermeidlich, 1.500 HäuserverteidigerInnen stehen einigen tausend Polizei-, BGS- und MEK/SEK-BeamtInnen und schwerem Räumgerät gegenüber, Radio Hafenstraße ist auf Sendung, im letzten Moment kommt es zum Kompromiß, der dem damaligen Bürgermeister v. Dohnanyi den Rücktritt (allerdings erst im Mai 1988) und den BewohnerInnen Mietverträge beschert, die in ihrer Verquickung von Miet- und Strafrecht jedem normalen Hamburger Mietvertrag Hohn sprechen, die *„größte Straßenschlacht der Nachkriegszeit" fällt aus;*

geführt werden sollten. Demgegenüber setzte die Verhandlerfraktion auf die Sicherung und Legalisierung des bisher von ihr erreichten Niveaus von 'Instandbesetzung'. In diesem Zusammenhang tauchten in der Presse erste Bilder von alternativ instandgesetzten 'Schöner Wohnen'-Häusern auf, die - gegenüber der bürgerlichen Medienöffentlichkeit - die Friedfertigkeit und die Kreativität der HausbesetzerInnenbewegung herausstellen sollten.

Die Autonomie-Vorstellungen im West-Berliner Häuserkampf

Die Linien und Diskussionen innerhalb der Nichtverhandlerfraktion prägten bald die sich daraus entwickelnden Positionen der West-Berliner Autonomen. Sie fanden ihren schriftlichen Ausdruck in der monatlich erscheinenden Zeitschrift 'Radikal'. Der West-Berliner Lokalteil der TAZ wurde zum Promoterforum der Verhandlerfraktion. Insbesondere die in der 'Radikal' geführte Debatte um den Begriff der 'Autonomie' drückt den ganzen inhaltlichen Bruch zu den unsichtbaren autonomistischen Vorläufern aus der Studentenrevolte '68 aus. So heißt es beispielsweise in der Ausgabe Nr.98 vom September '81: "Der hilfesuchende Blick auf Italiens Autonomia konnte unsere Identitätsprobleme auch nicht lösen." In dieser Ausgabe der 'Radikal' definieren Teile der sich autonom verstehenden GenossInnen 'Autonomie' als etwas, bei dem es darauf ankomme, "sich der Arbeit weitgehend zu entziehen", da sie keinen Zusammenhang darstelle, in dem man sich kennengelernt habe. Die Basis des eigenen Kampfes sei die "Subkultur".

Diese auch innerhalb der West-Berliner Autonomen heftig umstrittene Begriffsdefinition zeigt auf, wie weit sie sich von dem ursprünglich vertretenen Autonomieansatz des kollektiven Kampfes gegen die Lohnarbeit als politischen und ökonomischen Angriff gegen das Kapitalkommando in der Fabrik entfernt hatten. Teile der Hausbesetzerbewegung übersetzten den Autonomiebegriff kurzerhand als individualistischen Rückzug von jeder Form der kapitalistischen Lohnarbeit. Abgesehen davon, daß diese Vorstellung unter den 'objektiven' ökonomischen Bedingungen des Kapitalismus illusorisch ist, ging im Prinzip damit auch jeder Anspruch auf die Vermittlung der eigenen Vorstellungen in die Wirklichkeit anderer gesellschaftlicher Bereiche verloren.

Diese individualistisch-subjektivistische Wendung der 'autonomen' Politik wurde nach einem Jahr Häuserkampf von Autonomen in einem Papier unter dem Titel "Stillstand ist das Ende von Bewegung" in der Radikal 1/82 so formuliert:

"Wir kämpfen für uns und führen keine Stellvertreterkriege. Wir kämpfen nicht für Ideologien, nicht für's Proletariat, nicht für's Volk, sondern für ein selbstbestimmtes Leben."

1988

am 27.5. wird das „Lenne-Dreieck" (später „Kubat-Dreieck") in West-Berlin besetzt, eine unbebaute Fläche direkt an der Mauer und zur DDR gehörig, über das die Westtangente in West-Berlin führen soll; die Skurrilität der Berliner Verhältnisse kommt zum Tragen, als bei beginnender Räumung durch die West-Berliner Polizei die LandbesetzerInnen über die Mauer in den Ost-Teil der Stadt flüchten [Schwarzer Faden 29, 3/1988]; am 25.6. wird das Flora-Gelände in Hamburg besetzt mit dem Motto „Den Widerstand in den Vierteln organisieren" [Flora-Dokumentation, September 1988]·



Wie konnte es zu dieser Position kommen? Die Hausbesetzerbewegung fiel in eine Zeit kaum wahrnehmbarer Klassenkonflikte. Ohne diesen möglichen Orientierungspunkt blieb wenig mehr, als die Thematisierung der eigenen Bedürfnisse im unmittelbaren sozialen Umfeld der Alternativbewegung. Diese wurde damit in der Wahrnehmung vieler autonomer HausbesetzerInnen tatsächlich zur "Basis" der eigenen Kämpfe.

"In der Linken- und Alternativscene haben wir uns seit einigen Jahren Strukturen geschaffen, die es uns ermöglichen, zunehmend selbstbestimmter zu leben, unseren Alltag kollektiv zu organisieren, von den ökonomischen Geschichten über's Essen, Kneipen(-Un)wesen anderer Kultur etc... Wir haben in diesen relativen Freiräumen Möglichkeiten, ein Zusammenleben in verschiedenen Gruppenzusammenhängen auszuprobieren, radikale Erfahrungen gemeinsam in den Alltag umzusetzen. Außerdem macht's Mut zu zeigen: Leben geht auch anders! (und es lohnt sich)."

Allerdings trieben die Debatten im Häuserkampf über diese "Basis" hinaus, d.h. bestimmte Erscheinungen und Formen der Alternativbewegung wurden zu-

gleich von den Autonomen scharf kritisiert: *"Wir unterstellen einem großen Teil aus der Alternativscene, daß es ihnen nur darauf ankommt, ihr Leben anders zu organisieren, nicht aber gegen das System zu kämpfen. Sie richten sich in ihren Nischen ein und kriegen den Arsch nur hoch, wenn sie direkt bedroht werden. Unsere Formen von Selbstorganisation sollten für uns zum Selbstverständnis und nicht zum politischen Ziel erklärt werden."*



Aus dieser Kritik nahmen auch Teile der West-Berliner Autonomen eine Positionsbestimmung zur Bedeutung des widersprüchlichen Begriffs 'Freiraum' vor:

> *"Wir kritisieren nicht unsere relativen Freiräume an sich, sondern Freiräume als Ziel. Für uns sind sie Ausgangspunkte in unserem Kampf. 'Freiräume' erobern, absichern ... das ist klassischer Reformismus! Das bringt kein System ins Wanken - auch das kapitalistische System reagiert sehr flexibel darauf: 'Freiräume' können integriert, Widerstand kanalisiert werden, Ghettos ohne Sprengkraft - Spielwiesen."*

Das Ende der Häuserkampfbewegung

Bei der Räumung von 8 besetzten Häusern am 22. September 1981 wurde Klaus Jürgen Rattay von den Bullen vor einen Bus getrieben und dabei tödlich verletzt. An diesem Tag erreichte die Besetzerbewegung in West-Berlin durch die Unterstützung des gesamten Spektrums der städtischen Linken und der linksliberalen Öffentlichkeit ihre maximale Ausdehnungs- und Mobilisierungsgrenze. Die BesetzerInnen sehen sich nach diesem staatlich inszenierten Höhepunkt vor die Alternative 'Räumen - oder Abschluß von Mietverträgen', d.h. Legalisierung, gestellt. Zudem war die Bewegung bereits zu diesem Zeitpunkt mit einem enormen Ausmaß staatlicher Kriminalisierung konfrontiert: Rund 5000(!) Menschen waren von Ermittlungsverfahren betroffen, die staatliche Repression nahm den Charakter einer massenstatistischen Erfassung an.

Die alternativen und lebensreformerischen Strömungen ergriffen mit dem Abschluß von Mietverträgen verstärkt die Möglichkeit, sich aus einer Auseinandersetzung abzuseilen, die sie nie als bewußte Konfrontation gegen das System und den Staat geführt hatten. Die zunehmend isolierter werdende autonome Nichtverhandlerfraktion kritisierte dieses Verhalten zwar moralisch, war jedoch nicht mehr dazu in der Lage, die Bewegung auf einen Mietkampf und auf andere Gruppen in der Bevölkerung auszuweiten. Diesem Unterfangen stand zum einen die durch die Häuserkämpfe bewirkte - ursprünglich nicht vorgesehene - Verlängerung der Mietpreisbindung, als auch der weithin vertretene subjektivistische Ansatz von Teilen der Autonomen im Wege. Zudem muß bezweifelt werden, ob eine derartige intensive politische Massenarbeit bei der Erschöpfung der tatsächlichen Kräfte der Bewegung die notwendigen kurzfristigen Mobilisierungserfolge hätte erbringen können.

Der konservativ-reaktionäre CDU/FDP-Senat betrieb in der Folge mit geschickten Integrations- und Repressionsstrategien eine gezielte Räumungs- und Umstrukturierungspolitik, insbesondere für den Kiez in Schöneberg. Während der Hochzeit der Bewegung im Sommer '81 war der Winterfeldplatz zu einem der Zentren der Besetzerbewegung geworden, von dem immer wieder Aktionen gegen die nur drei Minuten entfernt liegende City ausgingen. Den planmäßig aus diesem Bezirk geräumten BesetzerInnen wurde vom West-Berliner Senat faktisch ein Schlupfloch in Richtung SO 36 gelassen, wo weit zurückhaltender geräumt und intensiver legalisiert wurde. Das war mit ein Grund für eine Entwicklung, in der viele Autonome sich in diesen Stadtteil zurückziehen konnten und die schon im Jahre 1983 einen CDU-Bezirkspolitiker davon sprechen ließ, daß Kreuzberg eine "Geisterstadt der Chaoten" sei.

Allerdings führte der Zerfall der Bewegung - im Sommer des Jahres 1984 wurde das letzte besetzte Haus abgeräumt - nicht zu einem Ende der Autonomen. Der Abschluß des Häuserkampfes machte für sie zugleich auch wieder Räume für andere politische Initiativen, Diskussionen und Kampagnen frei.

1990 …/1990]; im November werden fünf Wochen nach der Vereinigung besetzte Häuser in der Mainzer Straße in Ost-Berlin von West-Polizei geräumt, es gibt Massenverhaftungen und -verletzungen [interim 124, 22.11.1990];

1991: in Hamburg arbeitet der Senat an einer rechtsstaatlichen Lösung für die Räumung der Hafenstraße weiter.

Bewaffnet mit Hoffnung

4 Tage Hausbesetzung in der Provinz

aus: taz-Journal Nr. 3

Es war nämlich zu jener Zeit im März 1981, als südliche Söldnerheere aus Freiburg Polizeiburg machten und in einer überregionalen Tageszeitung zu Solidaritätsaktionen am Freitag den 13. aufgerufen wurde.

In Revoluzzerzeiten hätte es nicht anders sein können. Als man in einem seriösen Café - dem ersten wohl am Platze - wo Jung und Alt friedlich beieinanderhocken, bei Café und Schokolade seinen Mißmut vor sich her brütet, kommt ein paar Leuten der rettende Gedanke „Wir müssen auch was machen!"

Emsdetten, eine Stadt im Münsterland. Eine Stadt in Deutschland. In Zahlen: Zum Nutz und Fromm der knapp über 30.000 Einwohner stehen zur Verfügung: 7 Supermärkte / 8 Eisdielen / 7 kath. Kirchen / 2 ev. Kirchen / 4 Discos / 5 Night Clubs / 2 Beerdigungsinstitute / 4 Spielhöllen / 1 Scene-Kneipe / 100 andere / 1 Kino / 1 Öko-Laden / 2 öffentliche Bedürfnisanstalten / 1 städt. Jugendbewahranstalt / 1 Beratungsstelle für Suchtkranke / 1 CDU-Mehrheit im Rat der Stadt seit 1946. Vor 16 Jahren kaufte B.M.M. hier seinen Kommunionsanzug.

Höpi (26) sitzt am Schreibtisch. Endlich will er zu Papier bringen, was ihn fuchst in dieser Stadt, will sein Abschiedsgesuch niederschreiben, um dieser Stadt, die ihm ein viertel Jahrhundert seines Lebens bescherte, den Rücken zu kehren. Andere singen hier auf Schützenfesten gröhlend und bierselig 'Wir haben die Schnauze voll', um dann wieder zu schweigen. Höpi will ins nahe Münster, um dort Philosophie zu studieren. Weil er in den letzten 10 Jahren alle Höhen und Tiefen von dem, was sich Opposition in Detten (volkstümlich für Emsdetten) nennen kann, miterlebt hat, gilt er vielen schon als Veteran. Schließlich hat er auch im Auftrag einer K-Gruppe Betriebsarbeit gemacht und allmählich dabei gemerkt, daß er so vor die Hunde geht. Die anderen seiner „Zelle" waren längst schon ins großstädtische Ausland abgedampft, hatten der Provinz den Rücken gekehrt. Was sollte er hier noch? „Ich kann die Stadt nicht mehr ab", wollte er schreiben, weil sich die Kaltwetterzone wie eine von Emsa (ansässige Plastikproduktion) hergestellte Glocke über das Nest legte und sie zu ersticken drohte. Tränige Langeweile in den Asphaltzonen der sanierten Stadt und in der einzigen Kneipe, wo er immer wieder die gleichen Leute traf.

„Die Entwicklung des Stadtkerns hat dem Aufstreben der Stadt nach dem zweiten Weltkrieg nicht Schritt gehalten", hatten die Herren der Stadt Anfang der 70er Jahre verkündet, um die Verstädterung des Dorfes - Emsdetten als Einkaufszentrum - in Gang zu setzen. Was im Wege war, wurde abgerissen und stattdessen die Errichtung moderner Bauten mit ihrer modernen Langeweile betrieben. Die Asphaltmatten der Osttangente, - des angestrebten „Inneren Rings", begruben unter sich, was noch Charakter hatte aber nicht unbedingt schön war. Christ- und Sozialdemokraten wirkten in trauter Eintracht: Proletarische Minderwertigkeit und bürgerlicher Hochmut in einer Koalition bei der Zerstörung dörflicher Geschichte.

Damit es noch etwas zum Identifizieren gibt, wollen sie sich nun gar schnell an den Ausbau eines Museums für Emsdettener Geschichte machen - während ringsherum die Häuser weiter fallen. Spötter meinen zu Recht, ein Dorf bleibt ein Dorf, da wird nie eine Stadt draus werden. Doch der Bürgermeister Heitjans (CDU) weist mir gegenüber voller Stolz darauf hin, daß die Schaffung eines Stadtkerns „Vorrang habe gegenüber dem ungeordneten wilden Bauen von früher". Dementsprechend sehen die Einfamilienhaussiedlungen aus, die sich am Rande der Stadt in die Landschaft fressen, Individualität vortäuschend, dabei auf Jahre hinaus hypothekenbelastet und Schwarzarbeit zehrend - das eigene Haus als Mittel der Emanzipation. Wie der Bürgermeister zugibt, existiert hier Wohnungsnot nur für Ausländer, und die besetzen bekanntlich keine Häuser. Dann plötzlich entschließt sich Höpi, den ganzen Krempel in den Papierkorb zu werfen.

Viel Gefühl im Gewühl

Es war nämlich zu jener Zeit im März 1981, als südliche Söldnerheere aus Freiburg Polizeiburg machten und in einer überregionalen Tageszeitung zu Solidaritätsaktionen am Freitag den 13. aufgerufen wurde. In Revoluzzerszeiten hätte es nicht anders sein können. Als man in einem seriösen Café - dem ersten wohl am Platze - bei Kaffee und Schokolade seinen Mißmut vor sich her brütet, kommt ein paar Leuten der rettende Gedanke „Wir müssen auch was machen!"

Durch Flüsterpropaganda wird eiligst eine Versammlung einberufen, etwa 30 sind gekommen. Schnell wird die Besetzung einer belebten Straßenkreuzung verworfen, weil zwar spektakulär, aber ohne jeden weiteren Sinn. Einstimmig heißt es dann, ein Kaufhaus soll es sein. Leerstehend mit großen Räumen, abrißbedroht, da dem Auto hier die freie Bahn gehört, genau das geeignete Objekt, um den alten Traum von einem selbstverwalteten Jugendzentrum - vor fünf Jahren schon einmal gewaltsam zerschlagen - wieder aufleben zu lassen.

Nach langjährigen Auseinandersetzungen hatten es die Jugendlichen Emsdettens Mitte der 70er Jahre geschafft, ein teilautonomes Jugendzentrum für sich zu erstreiten. Die erste Demonstration seit zwanzig Jahren fand in dieser Zeit statt, eine kurzfristige Hausbesetzung wurde durchgeführt, bis das Jugendzentrum, wie es heute in einer Jubiläumsschrift der Stadt heißt, „wegen erheblicher Störungen des Betriebes am 20. August 1976 erneut geschlossen werden mußte." Die „Vertreibung aus ihrem Haus" wurde manchem der Kämpfer zum Trauma und deshalb waren einige heute wieder dabei, zusammen mit den Jüngeren, die dieses Stück Stadtgeschichte nur noch vom Hörensagen kennen. Schließlich war es ihnen einst in jungen Jahren von den Eltern verboten worden, in das „Chaotenhaus" zu gehen.

Am Freitag, dem 13. ist es dann soweit. 50 Leute treffen sich unter den Augen einkaufender Bürger auf einem zentralen Platz der Stadt. Der Chaoten-Kurier, eine Zeitung der Besetzer, berichtet dann in seiner ersten und einzigen Ausgabe weiter: „Um 16.30 Uhr ziehen wir los, bewaffnet mit der Hoffnung ein Zeichen zu setzen. Vor dem Haus überlegen wir uns, welchen Eingang wir benutzen. Durch einen leichten Druck auf die Haupteingangstür öffnet sich „Sesam" - ein kurzer Frühling der Anarchie entfaltet seine Blüten. Ungehindert von der Polizei, denn die hat aus Versehen das Nachsehen. Für 16 Uhr war ihnen von ihren Informanten die Besetzung angekündigt worden. Als sich nichts tut, beenden sie den Objektschutz zu dieser Zeit und richten sich auf 18 Uhr ein. Allein die Besetzer tun ihnen nicht den Gefallen und so können die 50 Beamten nur noch vor besetztem Haus ein wenig mit den Schildern wackeln und Schrecken bei den zunächst verunsicherten Besetzern verbreiten. Die indes bekommen immer mehr Zulauf, so daß die Angst verschwindet. Für den Fall eines Polizeieinsatzes hatte man sich vorher darauf geeinigt: Passiver Widerstand, wenn es auch weh tut. Wir lassen uns hier nur raustragen". So weit soll es allerdings gar nicht kommen.

Zunächst heißt es nun, die Bevölkerung zu informieren. „Gegen die Kriminalisierung von Hausbesetzern; Für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung - hier gegen Stadtkernplanierung, denkt an Beton-City", steht auf den angebrachten Transparenten. In einem Flugblatt schreiben sie: „Die Jugendlichen liegen auf der Straße, während geeignete Räumlichkeiten, die als Freizeitstätten genutzt werden könnten, aus Profitgründen an kommerzielle Betriebe vermietet werden". „Wir haben uns schon lange genug verarschen lassen", heißt es weiter „es ist lange genug gealbert worden, jetzt müssen wir endlich selbst etwas tun". Diese Ankündigung ist schon eine kleine Sensation in dieser Stadt, wo nach den Worten des Bürgermeisters, „eine Ausgewogenheit an Beschäftigungstherapie gegeben ist." Die 14 bis 15-Jährigen, mit denen ich sprach, können darüber nur lachen, aber mit Politik wollen sie noch nichts zu tun haben.

Die Folgen der Therapie bekommen die Besetzer schnell zu spüren. „Gangster, Ganoven, alle ins Zuchthaus", ist noch das mindeste was sie von vorübergehenden und angezogenen Schaulustigen zu hören bekommen. „Noch nie habe ich den latenten Faschismus in dieser Stadt so bedrohlich zu spüren bekommen: KZ, Vergasung, alles haben sie uns an den Hals gewünscht", berichtet der wieder aktiv gewordene Höpi im Nachhinein. Allen voran geht natürlich die Lokalpresse, gemeinhin als CDU-Hauspostille eingeschätzt, „Emsdettener Volkszeitung" nennt sie sich selbst. In einem ersten Kommentar weiß sie die Aktion nach altem Muster von einer Handvoll Chaoten gesteuert, die den Großteil der Jugendlichen fehlgeleitet haben dürfte.

Das Stichwort, um gegen die Besetzer mobil zu machen, liefert der Kommentar auch. Angeblich sei durch sie die Altersversicherung einer 83-jährigen Frau zerstört, die von der Verpachtung des Hauses lebe. Den Ruf des „unsozialen Packs" wurden die Besetzer von nun an nicht mehr los, das Damoklesschwert war aufgehängt. Damit nicht genug. „Weil das seine Meinung gewesen sei", wie er mir später erklärt, holt er am folgenden Montag zu weiteren Tiraden aus - Sprüche wie im hinterletzten Provinztheater. Dumm und geschwätzig nimmt er eine halbherzige Solidarisierung der Jungsozialisten zum Anlaß, um zu fragen, „ob es denn eine friedliche Aneignung fremden Eigentums gäbe, gar einen friedlichen Mord?" Dabei hatten die Jusos nur friedliche Verhandlungen gefordert. Der Schaumfresser phantasiert, mustergültig recherchiert, einen Sachschaden von 8 bis 10.000 DM durch die „Horde Wilder" herbei und will dann rund 10 bis 15 Jugendliche ausgemacht haben, die „teilweise noch Kinder, eng umschlungen auf den Sofas lagen und ihren Rausch ausschliefen". Der Polizei rät er, sich zu überlegen, wann sie die Kinder wieder zu ihren Eltern bringen will.

Nachdem er also „geschrieben hat, was nötig war", wie er mir versichert, melden sich immerhin auch einige aufrechte Bürger in Leserbriefen zu Wort. Die einen sehen in der Besetzung eine Notwehraktion gegen verfilzte eingerostete Politik, andere verweisen auf die miese Lage der Jugendlichen. Gemeinsam fordern ein SPD- und ein CDU-Mitglied ein „Hören ohne Vorurteile und gemeinsames ernsthaftes Ringen um eine Lösung der Probleme unserer Jugend". In welchem zähen Schlamm von Intoleranz in Detten indes zu waten ist, machen die „CDU-Arbeitnehmer in einer Stellungnahme zur Hausbesetzung" deutlich. Unwidersprochen können sie verkünden: „Wer sich an fremdem Eigentum vergreift, (...) hat keinen Anspruch auf die Rechte unseres freiheitlich-demokratischen Staates. Er stellt sich selbst ins Abseits." Emsdetten, eine Stadt in Deutschland! Unbestritten ist natürlich für diese „Arbeitnehmer", daß „solche Taten nicht in den Köpfen der jugendlichen Arbeitnehmer geboren werden."

Wie konnten die Besetzer auch wissen, was ein Professor vor einiger Zeit über die Bevölkerung des einstigen „Jutezentrums Deutschlands" schrieb: „Geprägt worden ist Emsdettens Bild im vergangenen Jahrhundert vom Textilarbeiter, der dennoch nicht zum Proletarier abgesunken ist, weil er in der Regel im eigenen Haus, auf einem eigenen Stück Boden und auch geborgen in einem deftigen aber gläubigen Christentum nie entwurzelt ist".

Vier tolle Tage

Um selbst Wurzeln zu schlagen machten sich arbeitslose Jugendliche, Jungarbeiter, Schüler und Studenten unverdrossen im Hause an die Arbeit. Heizung- und Lichtanlage sind bald instandgesetzt, der Laden ist schnell aufgeräumt und mit alten Möbeln, Kühlschränken bestückt, gespendet von wackeren Bürgern. Es wird gemalt (der Sachschaden!) und tapeziert. Wesentlich wird jedoch was anderes: „It's swinging springtime!" Zeitweilig sind es bis zu 150 Leuten, die tun und machen. Kathrin (18), bisher hielt sie hier alles für verloren, hat „wieder mehr Kraft, in Emsdetten was zu machen. Es war eine ganz andere Stimmung unter den Leuten, sonst sind sie zu, sitzen zu Hause, selbst die, die sich als unpolitisch bezeichnen, haben mitgemacht", erzählt sie. Wo sonst Unverbindlichkeiten und Oberfläche das Verhalten bestimmen, entwickeln viele wieder Neugierde aufeinander. Lüstelnd schreibt dazu die Münsterische Zeitung: „Verführerische Musikangebote verlocken Kinder und Jugendliche - vor allem wenn es dunkel wird - in die Besetzerszene". Im Dunkeln ist gut munkeln, sagt der Volksmund. Ein Fabrikant nimmt sich das wohl

sehr zu Herzen, denn eines Abends erwischt man ihn, wie er besoffenen Kopfes sich mit einem Messer an Autoreifen - vom PKW eines der Besucher - zu schaffen macht.

Die kleinstädtische Selbstjustiz bleibt indessen ohne Erfolg. Andere Eltern erteilen ihren Kindern Ausgehverbot, reden nicht mehr mit ihren Töchtern oder „schleichen im Haus herum auf der Suche nach dem verlorenen Sohn". „Ganz verschüchtert waren die", sagt Kathrin. Ihr warf man zu Hause vor, sie würde alles kaputt machen, gemeint war wohl die eitle Familienharmonie. Die gab's im Hause beileibe nicht. Heftige Kritik mußten sich auf den Hausversammlungen die Parteipolitiker anhören lassen. Sogar aus Berlin kam ein Ex-Emsdettener angereist, um als KPD (ML)-Kader die Linien auszugeben. Die DKP erwischte man just im oberen Stockwerk „mit einem führenden Genossen aus Münster" beratend, wie denn nun endlich die UZ besser unter die Leute gebracht werden könnte. Die landeten nämlich, kaum gesichtet, schleunigst im Papierkorb. Den Grünen ging es ähnlich, „Parteien waren absolut unerwünscht", sagt Kathrin, die Autonomen hatten das Sagen.

Doch das Glück war nicht von langer Dauer. Stichwort Altersversicherung: Geschickt nutzte es der Anwalt der alten Besitzerin als Appell an das soziale Gewissen der Bewegung, nicht ohne zu versichern, daß keine Strafanträge gestellt würden und er bereit sei, über eine legale Anmietung des Hauses durch die Jugendlichen zu verhandeln. Der Anwalt, der den Jugendlichen mir gegenüber „sehr viel Idealismus, aber wenig praktisch orientiertes Denken", bescheinigte, - „an Jugendliche kann man doch nicht vermieten" - versicherte das nach außen jedoch glaubwürdig und wurde darin noch vom Initiativkreis Selbstverwaltetes Jugendzentrum unterstützt. Dieser ist ein „Relikt aus alten Kämpfen" und wird heute nur noch von Jungsozialisten beansprucht. Die wiederum hatten selbst, aufgrund der Zusammenarbeit mit einem Dritte-Welt-Laden Interesse an einer Anmietung der oberen Etage. Hinter den Kulissen war außerdem längst klar, daß die Jugendlichen von der Stadt weder finanziell noch moralisch Unterstützung zu erwarten hatten. Wie der Bürgermeister mir enthüllt, sei das Problem ja gar keines. „An allen Ecken gibt's doch was für die Jugend, wird was angeboten". Und er nennt auch Beispiele. Sportvereine, Schützengesellschaften und den Schießsport. Von allem gäbe es hier zu Hauf. Die Besetzer indes, deren Einladung zur Diskussion im besetzten Haus die Politiker mit Abwesenheit quittierten, bastelten dennoch mit aller Kraft an eigenen Finanzkonstruktionen, um so die Anmietung - und daran glaubten sie fest - zu gewährleisten.

In dieser Hoffnung, die sich jedoch schon bald als trügerisch erweist, sind sie am vierten Tag, am Dienstag morgen denn auch bereit, mit einem Gefühl von Wehmut und Bitterkeit, das Haus freiwillig zu verlassen.

Erste Reaktion der Stadt darauf: Ein paar Stunden später wird ein leerstehendes Kino abgerissen. „Besetzt Häuser!" stand an dessen Mauer. Zwischen juristischen Fußangeln und bürokratischen Hemmnissen zerleppern sich in den folgenden Wochen die Anstrengungen, das Haus auf legalem Wege doch noch zu erhalten. „Wir sind verarscht worden", es sickert nämlich durch, daß die Besitzerin auch von anderen Häusern noch genügend Rente beziehen kann und darüberhinaus durchaus Verständnis für die Jugendlichen hatte aufbringen können. Mit einer Entschuldigung bekommt sie schließlich auch noch einen Blumenstrauß von den Besetzern überreicht.

Einzig das Wort „Generalschwein", gemünzt auf den Stadtdirektor Westphal, laut ausgesprochen während einer Kundgebung, führt noch einmal zu parteipolitischer Unruhe. Die CDU sieht darin einen Angriff auf die Repräsentanten des Staates, für den Bürgermeister „steht die Ehre des Rates auf dem Spiel". Neben dieser Beleidigungsklage laufen zwei weitere Verfahren wegen Plakatierens.

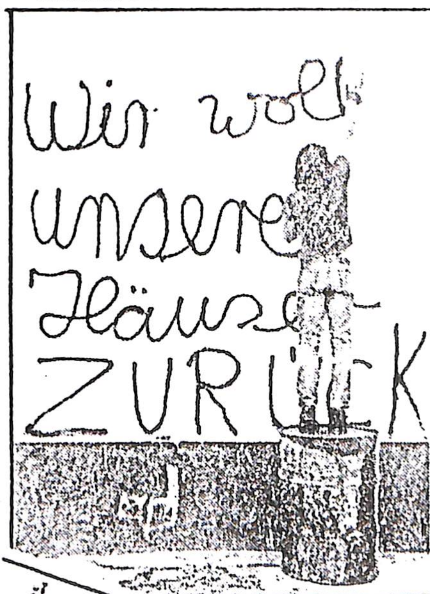
Lieb Heimatland?

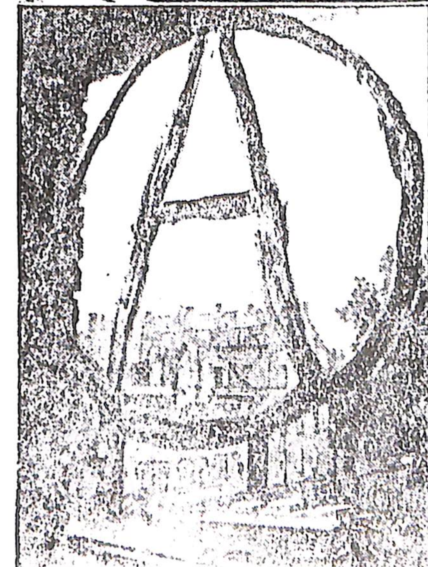
Lassen wir trotzdem noch einmal den Bürgermeister zu Wort kommen. Er ist ein netter freundlicher Herr, in den großen Textilarbeiterstreiks der 50er Jahre gehaßter Streikführer, sei er heute, sagt er, ein geachteter Bürgermeister und auf Ausgleich bedacht. Der historische Kompromiß ist längst nicht nur in Italien beheimatet. Was ihn denn stolz mache, auf seine Heimat, frage ich ihn und seine Antwort lautet: „Der Zusammenhalt hier ist viel tiefer als woanders. In unserer Stadt läßt es sich schon wegen des Wohnwerts leben" und richtig setzt er hinzu, „hier hängen eben alle an der Scholle".

Haben zwar die Besetzer drei Monate später in einer öffentlichen Beerdigung den Gedanken an ein Jugendzentrum im Kaufhaus endgültig mit Pauken und Trompeten zu Grabe getragen, so haben die vier Tage doch ein wenig von der Traurigkeit genommen, die sonst in jener einzigen Alternativkneipe in Bier ertränkt wurde. „Obwohl wir von euch dazu wenig gelernt haben", wenden die Ex-Besetzer sich in dem Beerdigungsflugblatt an den Bürger, „war es eine tolle Erfahrung".

Sie lieben und hassen diese Stadt, die Freaks, sie ist noch überschaubar, dafür unermeßlich eng und es dauert keine zehn Minuten und du stehst im Grünen. Es wird bereits von einer neuen Besetzung eines anderen Hauses gemunkelt ...

Im picobello weiß getünchten Kaufhaus befindet sich inzwischen eine Tanzschule, adrett und teuer. Vor 16 Jahren kaufte ich mir dort meinen Kommunionsanzug.





Hamburger Trauma
Acht Jahre nach der Ekhofstraße
aus: taz-Journal Nr. 3

Hausbesetzer sprechen vom „24-Stunden-Trauma". Stereotype Ausprägungen gibt es im christlich-sozialen München ebenso wie in der sozialdemokratisch regierten freien und Hansestadt Hamburg: Keine Hausbesetzung wird länger als vierundzwanzig Stunden toleriert. Programmatik der Politiker und Einsatzkonzepte der Polizei lassen kaum Ausnahmen zu. Nur gelegentlich wird die Regel bestätigt. Hamburger kennen noch ein zweites Trauma: Die Zerschlagung der ersten Besetzungswelle vor nunmehr acht Jahren.

Im April 1973, nach den vielen Häuserkämpfen im Frankfurter Westend, wurde schließlich unter dem Eindruck der Frankfurter Ereignisse auch ein Haus im Hamburger Stadtteil Hohenfelde besetzt. Die Besetzer konnten das Haus über fünf Wochen lang halten, dann wurde sehr brutal vom „Mobilen Einsatz Kommando" (MEK) und Bereitschaftspolizei geräumt. Gegen die Hälfte der rund 80 Besetzer - so fand es der damalige SPD-Senat angebracht, wurde wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" ermittelt. Einige von ihnen wurden nach dem gerade eingeführten Paragraphen 129 zu Knaststrafen verurteilt. Später tauchten sieben Menschen in den Untergrund ab, manche machten später als „Top-Terroristen" Schlagzeilen. In einem Interview versucht sich ein Besetzer von damals an die für ihn wichtigsten Erfahrungen aus dieser Zeit zu erinnern.

Das Gespräch führte taz-Mitarbeiter Gregor im August 81 in Hamburg.

Gregor: Wie entstand die Idee, das Haus in der Ekhofstraße zu besetzen und wie bist du zu den Besetzern gestoßen?

Emo: Zu der ersten Sache kann ich wenig sagen, ein Grund war wohl, daß das Haus der BEWO-Baugesellschaft gehörte, es war also kein x-beliebiges Haus.

Gregor: Die BEWO-Bau gehört zur Neuen Heimat und somit wiederum indirekt zum SPD-Senat.

Emo: Ja, in dem Viertel sollten schon damals sehr viele alte Häuser abgerissen werden. Doch wer nun die Idee hatte das Haus zu besetzen, weiß ich nicht mehr. Ich gehörte zu der Zeit einer Gruppe an, die sich „Proletarische Front" nannte und die die Hausbesetzer unterstützte. Die Theorieleute aus der Gruppe fanden es wohl nötig, auch mal praktisch etwas zu leisten.

Gregor: Du bist dann aber wirklich in das Haus eingezogen?

Emo: Ich bin aus meinem eigenen Bedürfnis heraus - ich arbeitete damals in der Schwerindustrie - später dort eingezogen. Meine Haltung die zunächst mehr nur politisch bestimmt war, wurde später selbstständig. Ich hab dann richtig mitgemacht, weil ich das halt ein gute Sache fand. Trotzdem hab ich meine alte Wohnung nicht aufgegeben.

Gregor: Was sind für dich heute die wichtigsten Geschichten im Verlauf der der Besetzung?

Emo: Na erst einmal die Besetzung überhaupt. Da sollte ein Haus besetzt werden und andere Leute suchten eine billige Wohnung. Ich finde es richtig sich dann das zu nehmen, was du brauchst. Am Anfang konnten wir das auch vielen aus der Nachbarschaft vermitteln, später wurde es dann schwieriger.

Gregor: Wie war die Taktik der Polizei?

Emo: Die ersten Tage waren sie ein wenig fassungslos, aber natürlich wollten sie nicht, daß die Problematik über die Sanierungspolitik der BEWO-Bau so in die Öffentlichkeit gerät. Sie waren angewiesen auf eine Strategie, die deutlich machen sollte, daß es uns nicht um die miese Sozialpolitik oder um das Haus ging, sondern ausschließlich um Randale. Später haben sie einen richtigen Terror gegen uns veranstaltet. Leute, die morgens das Haus verließen, wurden festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Wir sind dann nur noch in großen Trupps zur U-Bahn gegangen. Doch selbst die wurden überfallen. Das hat na klar auch das Klima in dem Haus beeinflußt. Es gab jüngere Leute die dort einfach wohnen wollten, die waren größtenteils von Zuhause abgehauen und wollten ohne elterlichen Streß anders leben, was durch die Polizei ganz schön eingeengt wurde. Andere wollten deshalb auch mehr gegen die Polizei machen.

Gregor: Ihr seid von Anfang an mit Knüppeln und Helmen ausgerüstet gewesen.

Emo: Ja, es gab die Erfahrungen aus Frankfurt und Hannover, wo Häuser sehr brutal geräumt wurden. Es wollte sich keiner so einfach den Kopf einschlagen lassen. Man erhoffte sich damit wenigstens einen kleinen Schutz. Auch das Haus war von Anfang an verbarrikadiert, es gab einen regelmäßigen Wachdienst unsererseits, der sich auf dem Dach postierte und abends nach zwölf standen einige Posten vor der Tür, um einen plötzlichen Überfall von der Polizei zu verhindern.

Gregor: Ihr seid so ungefähr fünf Wochen in dem Haus geblieben. Wie kam es zur Räumung?

Emo: Es war klar, daß geräumt werden sollte. Es wurden immer mehr Leute aus dem Haus verhaftet. Dann gab es die Springer-Presse, voran die BILD-Zeitung, die die Stimmung anheizte. Die Besetzer wurden im Handumdrehen zu „organisierten Terroristen" gemacht. Unter dem Tenor: Wie lange noch?, tauchen kurz vor der Erstürmung in der BILD Leserbriefe auf, die zur Grundung einer Bürgerwehr aufrufen. Es entstand ein ungeheurer Druck. Da hat sich schon bei einigen das Bedürfnis entwickelt, sich auf einen Kampf mit der Polizei einzulassen. Wir waren zu dieser Zeit durch die Pressekampagne und durch die Polizeiübergriffe schon ziemlich isoliert. Es gab verrückte Bilder, die an High-Noon erinnerten: oben auf dem Dach saßen einige Besetzer, vermummt mit dicken Knüppeln in der Hand und unten auf der Straße patroullierten die Bullen, ebenfalls den Polizeiknüppel schwingend.

Gregor: Wie war die Räumung? Hat euch das Polizeiaufgebot, ich glaube es waren rund 6oo und der Einsatz vom MEK, überrascht?

Emo: Na, wir waren über die Dimension schon überrascht. Ich selbst habe nicht alles mitbekommen, weil ich selig gepennt habe. Wach wurde ich, als die Typen mit ihren Maschinenpistolen im Zimmer herumliefen. Na und die Räumung selbst... Morgens ist ein Lastwagen vor dem Haus vorgefahren, wo Leute drin saßen, die die Typen aus der Ekhofstraße kannten. Die sagten, sie hätten Brötchen mitgebracht. Daraufhin ist einer der Leute, die Wache hatten, heruntergegangen und hat die Tür aufgemacht. Es gab, glaube ich, auch ein paar Brötchen, aber die habe ich nicht gegessen (lacht). Brötchen mit Maschinenpistolen.

Gregor: Das waren Leute vom MEK.

Emo: Ja. Vorneweg ein Karateschläger, der den Siggi unten an der Tür total zusammengeschlagen hat. Andere sind sofort in's Haus gestürmt und haben dabei mit ihren MP's in die Decke geschossen. Wir mußten uns mit dem Bauch auf die Erde legen, mit dem Gesicht zur Wand. Uns wurden diese Plastikhandschellen angelegt, die wahnsinnig in die Haut schnürten.

Gregor: Aus einem Spendenaufruf für die anstehenden Prozesse in dieser Zeit geht hervor, daß 21 Leute in Untersuchungshaft behalten wurden, gegen rund 42 ist nach dem § 129 ermittelt worden. Am 19. Oktober wurden die Urteile gefällt. Die Kriminalisierungskampagne hat offenbar bis in die Gerichte hineingewirkt. Karl-Heinz Dellwo erhielt eine Haftstrafe von einem Jahr. Dieter Meyer kriegte neun Monate und vier weitere Angeklagte je einen Monat Jugendarrest.

Emo: Ja auffallend ist, daß sie den Studenten noch einmal eine Chance geben wollten und nur Leute aus der unteren Schicht hart bestraft haben, wie Karl-Heinz und Roeßner. Andererseits wird jeder, der deutlich macht, daß er weiter Widerstand leisten wird, härter bestraft; sicher dann auch Studenten.

Gregor: Nach der Ekhofstr. sind sieben Leute in den Untergrund abgetaucht. Glaubst du, daß das ein Ergebnis aus den Erfahrungen der Besetzung gewesen ist?

Emo: Wenn du die Geschichte derjenigen verfolgst, die später auf RAF-Kurs gegangen sind, dann kannst du schon sagen, daß sie aus dem starken Druck von oben heraus, für sich die einzige Alternative darin gesehen haben abzutauchen, um sich überhaupt noch gegen die Schweine, wie sie es nennen, wehren zu können. Darüberhinaus gab es damals eine größere Unterstützung für die RAF und viel Sympathien für Leute, die sagten nun wird es Zeit, daß wir eine Pistole in die Hand nehmen. Aber natürlich war das auch ein Ergebnis der Polizeistrategie, nämlich daß du in der Ekhofstr. ganz ganz klar gemerkt hast, daß du deine Lebensbedürfnisse so nicht umsetzen kannst.

Gregor: Gab es Diskussionen darüber im Haus, ob es sinnvoll sei, jetzt abzutauchen?

Emo: Ja, nicht so bewußt darüber. Was ist denn die Konzeption der nächsten Zeit? Aber es gab Leute im Haus, die zum Ende hin der RAF sehr nahe standen. Nur diskutierten sie mehr über die Notwendigkeit, das Haus total zu verteidigen, als über die Zeit nach der Ekhofstr.

Gregor: Und später?

Emo: Ich weiß es nicht, vielleicht gab es sie; ich habe davon nichts mitbekommen. Eigentlich haben wir es nie geschafft, offen über unsere Fehler zu reden und daraus einen eigenen Widerstand zu entwickeln. Später gab es nur die Frage, gehst du in den Untergrund oder nicht, doch das war immer auf die RAF bezogen. Eine Alternative wie den 2. Juni gab es noch nicht.

Gregor: Nun hatte die RAF zu dieser Zeit für viele noch eine andere Bedeutung.

Emo: Aber trotzdem, die Frage nach dem weiteren Widerstand solltest du nicht automatisch an die Frage knüpfen, welche Gruppe leistet noch Widerstand, sondern welchen Widerstand kannst du in dieser Situation entwickeln. Vielleicht ist es dann der gleiche Widerstand, wie in einer anderen Gruppe, das weißt du nicht vorher. Für mich war klar, daß ich in die Strukturen der RAF nicht einsteige.

Gregor: Du hast einmal gesagt, daß du bei einigen nie verstanden hast, warum sie abgetaucht sind.

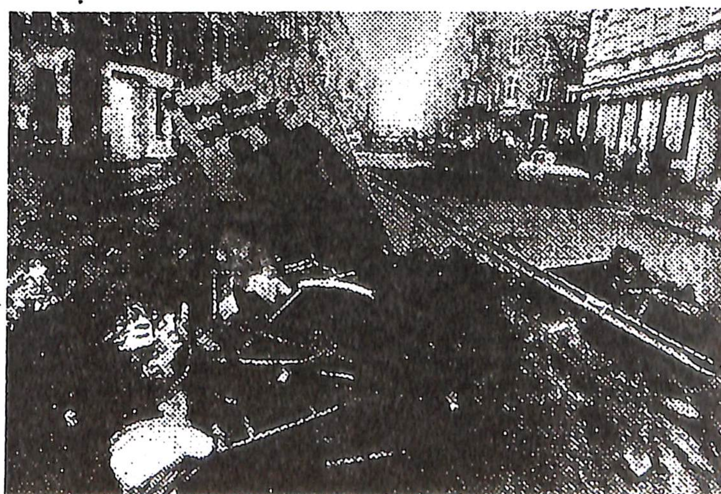
Emo: Na, so nicht ganz. Ich bin sehr verwundert gewesen, wieso sie bei der Sache in Stockholm mit dabei gewesen sind, sich aber kaum mit der Lorenz-Entführung auseinandergesetzt haben. Das habe ich nie wirklich begriffen. Wir haben nie einen Dialog, sicherlich auch bestimmt durch die RAF-Strategie, gefordert. Wir haben nicht über unsere Fehler geredet. Es gab letztlich nur die Gruppe, die nichts mit der RAF zu tun haben wollte, und die Gruppe, die voll auf der Seite der RAF stand. Dann waren da noch die Antifa-Leute, die solche Fragen aber auch nicht zuließen: Wir wissen wo es lang geht, deine Erfahrungen spielen keine Rolle, sage mir nur wie weit stehst du zu unserer Linie — mehr gab es nicht. In der Ekhofstr. war die entscheidende Frage: Wie militant wirst du das Haus verteidigen. Wolltest du das nicht um jeden Preis, hättest du ebenso gut wieder gehen können.
Ich hatte damals - sicher bestimmt durch die „Proletarische Front" - noch die Hoffnung, daß es so etwas wie den 'radikalen Arbeiter' gibt. Ich war deshalb auch eher fasziniert von der Strategie der Roten Brigaden, wie sie 68 /69 ir. dem Konflikt um Fiat entwickelt wurde. Da haben sie einen Produktionsleiter entführt, der für eine ungemein stressige Rationalierung verantwortlich war. Das ist aus ihrer alltäglichen Arbeit heraus entstanden.

Gregor: Und wo hast du für dich den Widerstand aus der Ekhofstraße fortgesetzt?

Emo: Na, schon in der Arbeit, in der Alltäglichkeit. Der Prolo, der unkalkulierbare Teil, der in der Alltäglichkeit lebt, aber immer so einen menschlichen Widerstand gegen die Unterdrückung beibehält. Ich bin noch einmal in die Fabrik gegangen.

Gregor: Was sind für dich heute die wesentlichen Fehler der Ekhofstraße gewesen?

Emo: Na, jedenfalls würde ich immer ein Haus besetzen. Ich würde aber nicht mehr um jeden Preis das Haus verteidigen, koste es was es wolle. Wir haben nie darüber gesprochen, wie die Polizei wohl räumen würde. Wir hatten immer einen idealistischen Standpunkt: Wir werden die schon abschmettern, wenn sie kommen. Heute würde ich in der gleichen Situation das Haus räumen und an anderer Stelle ein anderes Haus besetzen, wenn du eine Konfrontation mit der Polizei nicht standhalten kannst. Diese Starrheit darin, die Provokation der Polizei so zu akzeptieren, ohne nach seiner eigenen Stärke zu suchen, das ist der größte Fehler. Ich würde heute versuchen flexibler zu sein, und den Leuten auf der Nase herumtanzen. Und etwas anderes habe ich aus der Ekhofstraße gelernt. Durch das Bedürfnis von einem Teil der Leute, das Haus rein militärisch zu verteidigen, dadurch ist auch ein anderes Verhältnis der Leute untereinander entstanden, das zum Teil nur noch militärisch oder rein politisch bestimmt wurde. So geht jede Beziehung kaputt und am Ende läßt du dich nur noch auf die Strategie des Staates ein, der dir militärisch hoch überlegen ist. Trotzdem schließe ich eine bestimmte Form von Verteidigung nicht aus.



Köln

Sozialistische Selbsthilfe Köln - Bewunderung vom Sozialdezernenten

aus: taz-Journal Nr. 3

Drei Bereiche bestimmen die Arbeit des SSK, für dessen „Sturheit und Unbeirrtheit" laut „Frankfurter Rundschau" sogar Kölns Sozialdezernent und SSK-Verhandlungspartner Hans-Erich Körner Bewunderung hegt. Einmal ist da der längst und immer wieder geglückte Versuch, obdachlosen Jugendlichen und aus Heimen abgehauenen Menschen Unterkunft, Arbeit, Gemeinschaft und Lebensinhalt zu geben. Nicht zu trennen hiervon ist die öffentliche politische Arbeit der Hausbesetzungen oder der Aufdeckung von unzähligen Heimskandalen. Ausschlaggebend für den Erfolg solcher Arbeit ist jedoch die völlige ökonomische Selbständigkeit, die die Sozialistische Selbsthilfe Köln seit fünf Jahren erreicht hat. Selbstdarstellung: „Wir nehmen keinerlei Unterstützung, weder von einem Amt noch von einer Partei, sondern leben von unserer eigenen Hände Arbeit".

Guido, 16 Jahre alt, bis vor kurzem als „Fürsorgezögling" in verschiedenen Kinder- und Jugendheimen, hat heute Verantwortung — bei der Sozialistischen Selbsthilfe Köln (SSK)" heißt das: Aufträge für Entrümpelungen, Umzüge, Transporte, Möbelabholungen annehmen, die LKW-Fahrten einteilen, im SSK-Gelände organisieren, für die Finanzen dieses Tages verantwortlich sein, ein „Verantwortungstagebuch" führen.

Guido hat auch den „Vorsitz" bei der morgendlichen Neun-Uhr-Arbeitsversammlung, bei der heute die siebzehn SSK-Mitglieder vor allem darüber diskutieren, wie die abends im Kölner Stadtteil Mühlheim angesetzte Sanierungs-Bürgeranhörung mit Stellwänden, Transparenten und Flugblättern vorbereitet werden soll.

Danach die Arbeitsaufteilung für diesen Tag: Werner und Peter fahren heute den LKW, Sabine und Else sind zuständig für die eher ungeliebte Arbeit im Gebrauchtmöbellager, Gabi kocht, die anderen legen eine Wasserleitung, reparieren einen Vergaser oder gehen zum Flugblattverteilen in die Stadt: kurz vor zehn sind alle beschäftigt.

Was da auf einem besetzten städtischen Ex-Fabrikgelände abläuft, ist der Alltag eines Selbsthilfe-Projekts, das zu den traditionsreichsten, wirkungsvollsten und konsequentesten politischen Initiativen in der BRD zählt: Der 120 Personen starke SSK (die Gruppe hier in Köln-Mühlheim ist nur eine von fünf Wohn- und Arbeitsgruppen) hat nicht nur die Gründung von ähnlichen Projekten in Dortmund, Wuppertal, Bielefeld und anderswo angeregt, ist nicht nur integraler Bestandteil der Kölner Links- und Alternativ-Szene, sondern wird auch wie kaum ein anderes - erklärt und praktisch sozialistisches - Projekt von den Mächtigen der Domstadt zähneknirschend toleriert und, wie viele sagen, sogar gefürchtet.

Seit 12 Jahren Hausbesetzungen und alternative pädagogische Arbeit

Bei der Mühlheimer Gruppe nimmt die dreiköpfige LKW-Besatzung mit Transportumzügen und Entrümpelungen täglich zwischen 100 und 200 Mark ein, das gleiche wird durch den Gebrauchtmöbelverkauf erzielt. SSK-Mitglied Sabine: „Damit können wir zwar keine großen Sprünge machen, aber es reicht für unseren täglichen Bedarf, für die Finanzierung unserer politischen Arbeit und die 55 Mark Taschengeld pro Mitglied und Woche. Viel wichtiger als Geld ist für uns, daß wir uns die Arbeit selbst einteilen und uns niemand kontrolliert. Wenn einer mal aus irgendwelchen Gründen nicht arbeiten kann oder will, redet er eben mit den anderen drüber."

Wo, wie hier, die Leistungsorientierung zurücktritt, kann zum Beispiel auch der 70 Jahre alte Rollstuhlfahrer Hans, der zum SSK ging, weil er sich im Altenheim überflüssig vorkam, beim Blumensetzen im Hof sinnvolle Arbeit machen. Und auch die 58-jahrige Eise - sie galt 40 Jahre lang den Arzten und Pflegern in geschlossenen Abteilungen der Landeskrankenhauser als „schwachsinnig" - sagt, ihre Tätigkeit heute beim Sortieren von alten Klamotten für den nächsten Flohmarkt, mache ihr Spaß. Dazu ist auch die Trennung von Arbeit und Freizeit weniger kraß; so ist es etwa selbstverständlich, daß alle, die hier zusammenwohnen, auch wie heute abend bei der Bürgeranhörung, gemeinsam politisch arbeiten.

Die Suche nach dem Proletariat

Angefangen hat das alles vor zwölf Jahren, zur seligen APO-Zeit. Wie Rainer Kippe, einziges von damals noch „überlebendes" Mitglied der Mühlheimer Gruppe, erzählt, war der SDS, „auf seiner Suche nach dem Proletariat" auf die Fürsorgezöglinge gestoßen. Einige Monate in den Jahren 1968 und 1969 wird in Berlin und Frankfurt diskutiert, diese „verwahrlosten", nicht an die bürgerliche Gesellschaft anpassungsfähigen, zum Großteil aus proletarischem Umfeld stammenden Jugendlichen aus den Heimen zu holen und sie mittels politischer Agitation zu „revolutionären Subjekten" zu machen. Rainer Kippe: „Damals pennten in jeder WG, die was auf sich hielt, ab und zu Jugendliche, die aus Heimen abgehauen waren. Auch die Arbeit des Kölner Republikanischen Clubs richtete sich auf diese Leute aus."

Ein paar Monate später, auf der SDS-Randgruppenkonferenz im Herbst 1969, wird diese Taktik wieder zu den Akten gelegt. Arbeit mit solchen Jugendlichen sei „konterrevolutionar", caritative Scheiße" Und: „Wir sind nicht dazu da, Sand aus dem Getriebe des Kapitalismus zu nehmen" (APO-Theoretiker Kapszinski). Per Zwangsdiskussion mit allen regionalen und örtlichen Gruppen soll diese Linie nach unten, auch an die Kolner SDS-Provinzgruppen, weitergegeben werden.

Einige, von der neuen antiautoritären Literatur besonders stark geprägte SDSler waren da anderer Meinung, so Rainer Kippe und Lothar Gothe, der ebenfalls heute noch beim SSK ist. Gothe damals: „Karitativ ist nicht der Teller Erbsensuppe, den einer bekommt, sondern das Bewußtsein, wie er ihn nimmt, ob er danke sagt, oder ob er mit der Faust auf den Tisch haut, und sagt, das steht mir zu". Als der SDS sich auflöst, schließt sich diese antiautoritar orientierte „Gothe-Kippe-Gruppe" einigen vom Heimbetrieb frustrierten Sozialpadagogen ab, die ein Konzept fur ein Kontaktzentrum von aus Heimen geflohenen Jugendlichen erarbeitet haben. Ende 1969 wird der SSK gegrundet, damals hatten die drei Buchstaben jedoch noch eine andere Bedeutung: „Sozialpadagogische Sondermaßnahmen Koln." (...)

Die erste Besetzung

Als die Stadt Koln nicht allzu geneigt scheint, der SSK-Forderung nach Einrichtung eines Kontaktzentrums nachzukommen, besetzt der SSK Ostern 1970 zusammen mit Jugendlichen aus dem damals beruchtigten „Eulenhof-Heim" das Haus Roßstr. 16 im Kolner Arbeiterviertel Ehrenfeld. Die erste Hausbesetzung in Koln und eine der ersten in der BRD uberhaupt. Der „Kolner Stadtanzeiger" meldet empört: „Zöglinge besorgten sich gestern selbst eine Unterkunft" (!), die Polizei raumt schnell und „ohne Samthandschuhe". Auch die Sozialpadagogen-

Gruppe im SSK zieht sich zurück, will mit „Illegalen" nichts zu tun haben.

Ähnlich geschieht es ein Jahr später bei einer vergleichbaren Aktion im Villenviertel Marienburg. Gleichzeitig verbucht der SSK erste Erfolge. Die Stadt Köln muß zugestehen, daß es überhaupt obdachlose Jugendliche gibt ... Außerdem beeindruckt die gewaltlose Hartnäckigkeit der Besetzer-Strategie viele: bei Polizei-Räumung friedlich das Haus verlassen und woanders neu zu besetzen. Die SSK-Basis wird breiter, erste Unterstützung in der Bevölkerung wird deutlich. Mit den Studenten aus den Fachbereichen Sozialpädagogik und Sozialarbeit der neu gegründeten Kölner Fachhochschule beginnt eine bis heute erhaltene intensive Zusammenarbeit.

Soviel Konsequenz verunsichert Sozialdezernat, Justiz und Polizei: 1972 wird dem SSK vorübergehend ein Haus für ein Kontaktzentrum zur Verfügung gestellt. Zeitweise 170 Jugendliche werden dort gleichzeitig betreut, wohnen dort, werden bei der Arbeitssuche unterstützt. „Zugegeben, die Zustände waren manchmal chaotisch. Trotzdem haben wir gute pädagogische Arbeit geleistet, die meisten Jugendlichen lernten bei uns, sich in der Freiheit durchzuschlagen, kaum einer mußte ins Heim zurück. Das haben uns sogar die Behörden bestätigt", berichtet Rainer.

Was so alles in Jugendamtsakten steht

Trotzdem wird noch heute die SSK-Pädagogik von Jugendamt und Vormundschaftsgerichten argwöhnisch beobachtet. So auch bei dem 16-jährigen Peter, der vor einigen Wochen von zuhause weggelaufen und zum SSK gekommen ist, weil er ins Heim sollte. Am heutigen Tag erreicht ihn ein Brief des Jugendamtes: für ihn sei „Fürsorgeerziehung" beantragt und genehmigt worden. Laut Akte ist Peter gewalttätig, „unaufrichtig und verschlagen". Beim SSK hat davon niemand etwas bemerkt. Und auch wenn Peters Entwicklung „bei einem weiteren Verbleib beim SSK gefährdet" sei, so die Behörde, rechnet er nicht damit, gegen seinen Willen hier weggehen zu müssen. Kaum einmal hat sich in der Vergangenheit das Jugendamt getraut, ein SSK-Mitglied mit Gewalt wieder in ein Heim bringen zu lassen.

Genau hier liegt seit 1971 die besondere Wirkung des SSK und ähnlicher Projekte im pädagogischen Bereich: Denn das Ordnungssystem BRD, das ja nicht so sehr durch Brutalität gegenüber Einzelnen, sondern durch seine Lückenlosigkeit wirkt (keiner, der z.B. laut Jugendwohlfahrtsgesetz „abweichendes Verhalten" zeigt, kommt so einfach davon), wird durch solche alternative Sozialarbeit gefährdet. Wer für die Arbeiterjugend die Drohung, bei Aufmucken im Heim, in der Irrenanstalt oder im Knast zu landen, zerstört, indem er die Möglichkeit einer sinnvollen Tätigkeit schafft, verschafft ihr damit einen gewissen Freiraum.

So schreibt es sich der SSK zumindest teilweise auch auf seine Fahne, daß dank seiner öffentlich viel beachteten Arbeit sich die Behörden veranlaßt sahen, eine Reihe besonders katastrophaler 'Heimmißstände' zu beseitigen. Zwischen 1969 und 1974 sank im Rheinland die Zahl der Fürsorgezöglinge von 4500 auf 2000, wurden die Heimpflegesätze von 20 auf 150 Mark pro Tag erhöht, eine Unterbringung der Jugendlichen in Familien gefördert und einige Skandalheime geschlossen. (...)

Um 1975 ist die Stellung der „Sozialpädagogischen Sondermaßnahmen Köln" so stark, daß auch massiver politischer Druck und „gezielte Verleumdungskampagnen" (Rainer Kippe) von seiten der konservativen „Kölnischen Rundschau", des Erzbistums und auswärtiger Jugendämter, denen ihre Problemjugendlichen in Scharen nach Köln davonlaufen, nichts mehr fruchten.

„Wir packen's an"

Mit der Änderung der Bedeutung des Namens in „Sozialistische Selbsthilfe Köln" vollzieht der SSK 1975 nach langen internen Diskussionen eine entscheidende Änderung seiner Konzeption. Die Gründung der Gruppe „Wir packen's an" mit einem alten Lastwagen und der Handel mit alten Möbeln macht den SSK ökonomisch völlig unabhängig, nachdem sie vorher teilweise noch auf öffentliche Unterstützung angewiesen waren.

Von diesem Zeitpunkt an wird auch die Unterstützung durch die Kölner Bevölkerung, die die Gruppe mit vielen Aufträgen versorgt, immer größer: Wer mit eigenen Händen arbeitet und keine Sozialunterstützung nimmt, genießt die Sympathie des Bürgers. Auch im inneren Selbstverständnis vollzieht sich eine radikale Wandlung, ab sofort sind alle SSK-Mitglieder gleichberechtigt, die Trennung in Pädagogen und Studenten einerseits und Zöglinge andererseits entfällt, was auch die pädagogischen Probleme verringert.

Vor allem aber wollen die einzelnen SSK-Gruppen (von denen eine übrigens in ein von Heinrich Böll für sie finanziertes Haus zieht) ihre politische Arbeit über die unmittelbaren SSK-Belange hinaus ausweiten und allgemein für die Interessen Entrechteter und Außenseiter kämpfen. Rainer dazu: „Uns ging es damals verhältnismäßig gut. Doch wir wußten, daß mit beginnender Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot immer mehr Menschen von diesem System ausgespuckt wurden"

Ein Schwerpunkt wird mit der Gründung einer „Wohnraumrettungsgesellschaft" ab 1977, also lange vor anderen Städten, der Häuserkampf. Die rechtlich, organisatorisch und polizeitaktisch erfahrenen SSK-Leute initiierten eine ganze Reihe von Besetzungen und retten durch Öffentlichkeitsarbeit viele Häuser vor der Abrißbirne (...)

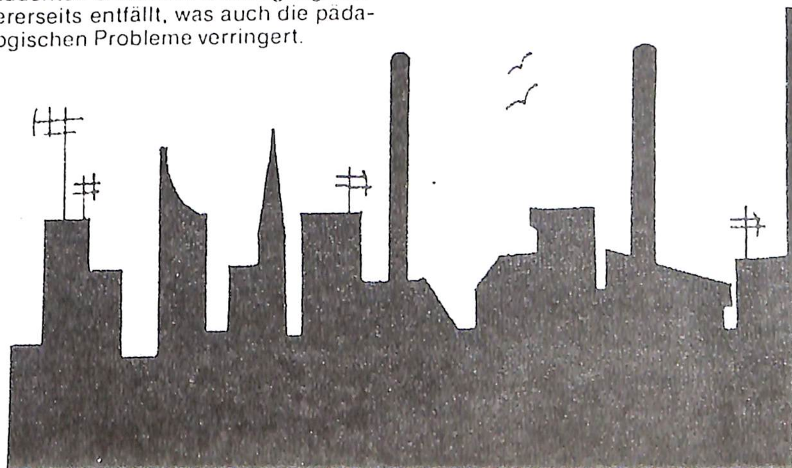
Linke Institution

Der SSK ist heute innerhalb der Kölner Szene feste Institution - nicht mehr wegzudenken. Dennoch oder gerade deswegen ist die Initiative in der Linken nicht unumstritten. Dabei wird nicht nur kritisiert, der SSK sei nach innen zu rigide. Neuaufnahmen zum Beispiel gibt es frühestens nach vierwöchiger Probezeit, wer auf Dauer zu wenig arbeitet oder zuviel trinkt, fliegt raus.

Vor allem reiben sich viele daran, daß der SSK des öfteren Kompromisse mit den Behörden eingeht. Rainer Kippe hält dagegen. „Wir fordern immer nur das, was uns machbar scheint, versuchen, die Mächtigen mit ihren leeren Versprechungen doch beim Wort zu nehmen. Wir wollen mit Hausbesetzungen nicht den Traum vom alternativen Leben in den Nischen des Systems träumen. Und letztlich bringt es auch nicht viel, den Bullen Steine an den Kopf zu schmeißen. Besser ist es, mit öffentlichem Druck und zähen Verhandlungen Wohnraum für die wirklich am meisten Betroffenen zu erkämpfen..."

Thomas Pfaff

aus: taz, 25.6.81



Häuserkampf heute -
Bewegung oder Stillstand

aus: Projektil Nr. 13

Die großen Zeiten des Häuserkampfes,als Hausbesetzungen noch von einer Massenbewegung getragen wurden, sind eigentlich seit nun schon fast 10 Jahren vorbei. Zwar gab es in den letzten Jahren vor allem in den Großstädten (HH, Köln) immer wieder Besetzungen, die allerdings meistens von einer relativ überschaubaren Szene durchgeführt wurden, aber sie besaßen lange nicht die Sprengkraft früherer Besetzungen (z.B. Berlin). Warum die Bewegung zerfiel, welche reale Bedeutung Häuserkampf heute noch hat, und welche Möglichkeiten in dieser Aktionsform stecken, versucht dieser Artikel ansatzweise zu analysieren.

I. Gründe für den Zerfall der Häuserkampfbewegung

1. Bullenaufrüstung und Kriminalisierung

Der naheliegendste Grund um das Ende des Häuserkampfes als Massenbewegung zu erklären, ist sicherlich die parallel zur Radikalisierung der Szene wachsende Bullenaufrüstung und die daraus folgenden immer militärischer anmutenden Auseinandersetzungen auf der Straße und zur Verteidigung der Häuser. Dabei hat die Bewegung, trotz Putztruppen u.ä. natürlich eine (militärische) Niederlage nach der anderen erlitten. Riesige Kriminalisierungswellen bis hin zur Anwendung des §129/a führten dann letztendlich zum kollektiven Ohnmachtsgefühl und damit zum Untergang der Bewegung. Gleichzeitig wurde der Bewegung durch die Pressehetze, insbesondere durch die Diffamierung als terroristisches Umfeld, die Solidarität der Bevölkerung entzogen, sodaß eine überschaubare und damit noch besser kriminalisierbare Szene übrigblieb. Wie gesagt, daß ist naheliegendste und häufig angeführte Begründung für den Zerfall der Häuserkampfbewegung. Sie ist sicherlich richtig, bleibt aber in ihrer Äußerlichkeit eindimensional und erfaßt nicht die ideologischen und strukturellen Veränderungen der Bewegung in einem Kampf, der mehr infrage stellt als nur nationale Wohnungspolitik und kapitalistische Verwertungsinteressen.

2. Die Masse löst sich auf

Der Massebegriff, einst von sozialistischen Gruppen in den Häuserkampf getragen, hat seine Bedeutung im Laufe der Jahre fast gänzlich verloren. Das liegt nicht allein an den Entsolidarisierungskampagnen der Herrschenden mit Hilfe der bürgerlichen Presse und auch nicht an einer tendenziellen ideologischen Verschiebung innerhalb der Bewegung - eine anonyme Masse übertragen. Das allerdings würde bedeuten für alle Zeiten die radikale Minderheit zu bleiben mit entsprechender Aussicht auf politische Erfolge. An diesem Frust, der scheinbar mangelnden Perspektive, letztlich aber der eigenen Unfähigkeit, sind viele zerbrochen. Resignation oder politische Umorientierung (hin zu den Parteien) war die Folge. Die Masse löste sich auf, die Bewegung bröckelte ab.

3. Kräftemangel und Vereinzelung

Politische Repression, persönliche Differenzen und das scheinbare Fehlen einer Perspektive haben zu einem enormen Kräfteverschleiß in der Häuserkampfszene geführt. In vielen Fällen war weder eine persönliche Kontinuität gegeben noch eine Kontinuität in der politischen Arbeit möglich. Die Belastung der Übriggebliebenen war dementsprechend groß. Aufreibende, zum x-ten mal geführte Diskussionen, sich mangels Masse herausbildende Spezialisierungen und daraus folgende Hierachien mit anschließenden Fetzereien darüber, sind wohl bei fast jeder Hausbesetzung der letzten 10 Jahre an der Tagesordnung gewesen. Wurde dieser Streß in der Anfangs- und meistens gleichzeitig Hochzeit der Hausbesetzung noch durch den Druck von außen erklärt, so fiel die Fasssade spätestens in der ersten Ruhephase der Besetzung. Auf Dauer war der nervliche Streß - ständig mit der Räumung rechnen zu müssen - die persönlichen Querelen, aber auch der zeitliche Streß für viele nicht auszuhalten. Kräftemangel und fehlende Kontinuität führten so häufig dazu, daß die Hausbesetzung mit Beruf/Ausbildung oder z.B. der Kindererziehung nicht mehr vereinbar war.Hausbesetzung wurde zum Fulltime-job und Menschen, die das nicht leisten konnten, fielen ganz schnell aus den Zusammenhängen raus.Bei Menschen mit Job oder Kindern war weg vom kommunistischen hin zum autonomen und anarchistischen Gedankengut- sondern vor allem an den Erfahrungen, die zwei Jahrzehnte unter extremen Lebens- und Kampfbedingungen gemacht wurden. Nicht wenige besetzte Häuser gingen an internen Auseinandersetzungen zugrunde, an fehlender politischer Übereinstimmung und an persönlichen Differenzen. Eine Konsequenz aus dieser Erfahrung ist, daß Hausbesetzungen kaum mehr von einem Kampfbündnis getragen werden. Vielmehr werden häufig in einer relativ langen Vorbereitungszeit persönliche Vorstellungen und politische Ansprüche formuliert bzw. diskutiert, z.T. in Gruppen, die sich bereits nach Sympathiegesichtspunkten zusammengeschlossen haben. Zusammen Leben braucht mehr als ein gemeinsames politisches Objekt. Das ist eine

Erfahrung aus der Häuserkampfbewegung, die dazu geführt hat, daß in der Szene individuelle Faktoren mehr berücksichtigt werden, stärkeres Gewicht auf persönliche Übereinstimmung gelegt wird. Damit das nicht allzu glorifizierend klingt, muß ich vielleicht mal einschieben, daß die Aufwertung des Subjektiven leider häufig genug nur in der individuellen Abgrenzung besteht (Arthur findet Anna zum Kotzen), nicht aber in der Reflexion eigener Strukturen (Arthurs Mackerverhalten wird von Anna mit spitzen Bemerkungen bedacht, Arthur begreift nichts).
Trotz dieser wesentlichen Einschränkung bleibt es dabei, die Szene begreift sich im Vergleich zu den Anfängen des Häuserkampfes heute mehr als ein Zusammenschluß von Individuen, die sehr genau ausloten mit wem sie ein Haus besetzen und mit wem nicht. Die Erfahrung der eigenen Unterschiedlichkeit hat den Begriff einer homogenen oder zumindest handlungsfähigen Masse für absurd erklärt. Was mit einer kleinen Gruppe scheinbar Gleichgesinnter nicht funktioniert, läßt sich nicht auf das vielleicht am offensichtlichsten, aber im Grunde zahlte fast jede/r ihren/ seinen Preis - auch im politischen Bereich. Häufig konnte die vorherige politische Arbeit nicht mehr in den Häuserkampfalltag integriert werden. Die Szene verlor an Vielschichtigkeit und war nach der Räumung politisch manchmal völlig zerschlagen, die BesetzerInnen meistens schon lange vorher orientierungslos und vereinzelt. Im Laufe der Jahre haben diese, leider bis heute gültigen,Erfahrungen dazu geführt, daß viele Menschen in der Häuserkampfbewegung nicht (mehr) ihr politisches Aktionsfeld sehen konnten.

4. Lebensqualität, Identifikation und Teilbereichspolitik

Obwohl es natürlich immer wieder Menschen gegeben hat, die trotz aller Negativerfahrungen Häuser besetzt haben, ist, wenn mensch die gesammte Bewegung betrachtet, eine Tendenz zum Rückzug in die Teilbereichsarbeit zu erkennen. Im Gegensatz zum Häuserkampf, der den ganzen Alltag umfaßte und somit den einzelnen BesetzerInnen keinen Rückzugspunkt ließ, bot die Teilbereichsarbeit die Möglichkeit sich politisch zu engagieren ohne seine/ ihre Lebensgewohnheiten großartig verändern zu müssen. Nicht wenige dürften ihre sozialen Kontakte in den Häuserkampfzeiten ebenso vermißt haben, wie die kleinen Bequemlichkeiten, die mensch sich im Alltag schafft. Aus diesen Gründen hat der Begriff Lebensqualität auch in der Szene an Wert gewonnen,meistens jedoch ohne sich bei einer Besetzung konkret umsetzen zu lassen. Dieser Aspekt ist nur scheinbar unwesentlich. In mehreren Gesprächen über Hausbesetzung ist dieser Punkt immer wieder angesprochen worden und zwar als ein Grund sich nicht auf eine Besetzung einzulassen. Die Teilbereichspolitik versprach für viele eine größere Effektivität bei weniger psychischer und physischer Belastung.Daß dabei häufig die Utopien verloren gingen und nur ein Reagieren auf den menschenverachtenden Alltag übrigblieb, daß Kolletivität und das Ausleben eigener Vorstellungen kaum mehr Thema waren, wurde dabei übersehen oder in Kauf genommen. Die Möglichkeit einer Verknüpfung von Alltag und politischen Vorstellungen und eine Entwicklung aus diesem Spannungsfeld heraus, wurde zugunsten eines SpezialistInnentums aufgegeben. Es liegt nahe, daß in der Spezialisierung eine größere Identifikationsmöglichkeit für den jeweils einzelnen Menschen lag, als, aus den genannten Gründen, bei einer Hausbesetzung. Gleichzeitig ist aber unübersehbar, daß die Identifikation mit der politischen Teilbereichsarbeit nur ein schöner Schein ist, der nicht darüber hinwegtäuschen kann, daß die Vereinzelung gesellschaftlich total ist, und daß sie ihre verbreitetste Form gerade in der Spezialisierung hat. Abgekoppelt vom Ganzen befriedigt sie oberflächlich das Bedürfnis nach Sinn und Perspektive, beruhigt, wo es nichts mehr zu beruhigen gibt. Die berechtigten Ängste und Bedürfnisse, die alle wesentlichen Einfluß auf den Untergang des Häuserkampfes als Bewegung hatten, sind letztendlich nicht kritisierbar. Wenn mensch also Bedeutung und Möglichkeiten des Häuserkampfes konstruktiv analysieren will, kann es nur darum gehen, Punkte aufzuzeigen, an denen Ängste aufgefangen und Bedürfnisse befriedigt werden können.

II. Wo steht der Häuserkampf heute?

Der Häuserkampf 1990 hat sich in zweierlei Hinsicht gegenüber den Kämpfen der letzten Jahre geändert. Auf der einen Seite ist es im Chaos der Rekapitalisierung der ehemaligen DDR gelungen Massenbesetzungen durchzuführen (z.Z. sind in O-Berlin noch 112 Häuser besetzt), die nur noch mit Berlin '81 vergleichbar sind, und andererseits ist gerade in den letzten Monaten konsequent von den Bullen geräumt worden. Die Trevi-Forderung, daß bis '92 kein besetztes Haus in Europa mehr existieren darf, wird allmählich in die Tat umgesetzt. Mittlerweile gibt es -nach den Räumungen in Aachen, Münster, Köln und Düsseldorf - kaum ein illegal besetztes Haus mehr in NRW (und es stehen noch weitere Räumungen an, z.B. noch im Januar der Mauritiuswall in Köln). Mit der Räumung der Weißhausstr. in Köln haben sich Politiker und Bullen an das erste lange Jahre bestehende Großprojekt gewagt. Die beiden letzten großen "Aushängeschilder" desHäuserkampfes, die Kiefernstr. in Düsseldorf und der Hafen in Hamburg, werden durch Hausdurchsuchungen, 129/a Verfahren und Pressehetze terrorisiert und so deren Räumungen von langer Hand vorbereitet. Daß die Szene die anstehenden Räumungen nicht tatenlos hinnehmen wird, zeigen bereits die Ereignisse in der Mainzerstr., aber auch die weniger spektakulären Aktionen in Münster und Köln, wo es in beiden Fällen gelang den Städten entsprechend breit zu mobilisieren und auch kleinere militante Aktionen durchzuführen. Die Militanzbereitschaft in der Szene ist durch die steigende Faschistisierung des Alltags gestiegen, und was vielleicht noch wichtiger ist, Häuserkampf ist mit der ständig anwachsenden Wohnungsnot, der wachsenden

gesellschaftlichen Selektion und der daraus folgenden Verarmung vieler Menschen wieder zum Thema, für immer mehr sogar zum einzigen Lösungsansatz geworden. Die Entwicklung einer Bewegung scheint wieder möglich. Ob es gelingt hängt wesentlich davon ab, was mensch der totalen Räumungsbefugnis der Bullen entgegensetzt, wie es der Szene gelingt ihre Inhalte zu vermitteln und begangene Fehler bezüglich ihrer eigenen Strukturen nicht zu wiederholen.

III. Die Bedeutung des Häuserkampfes

In den letzten Jahren war Hausbesetzung in vielen Fällen zum relativ leeren Symbol des Widerstandes geworden. Ohne eine revolutionäre Perspektive und ohne Darstellung eines lebenswerten Gegenkonzeptes, bot die Häuserkampf-Szene eher das Bild einer um sich selbst kreisenden Clique. Ihre Vorstellungen waren allzu häufig eine Mixtur aus ein bißchen Freiraum, ein bißchen lokaler Wohnungspolitik und ein bißchen Vermittlung globaler Zusammenhänge. Wenn überhaupt, gelang es nur in Ansätzen aus dem besetzten Haus ein lebendiges politisches Zentrum zu entwickeln. Gerade darin liegt aber die wesentliche Bedeutung von Hausbesetzung. Der Begriff des lebendigen politischen Zentrums umfaßt bereits zwei Bereiche: die explizit nach außen gerichtete politische Öffentlichkeitsarbeit und auf der anderen Seite die ersten Ansätze andere Lebensformen zu finden.

1. Politische Ansätze

Häuserkampf muß heute mehr sein als nur Kampf gegen Wohnungsnot. Seine Bedeutung zieht er gerade in den 90ern aus dem Kampf gegen die Perfektionierung und lückenlose Verflechtung der Markt- und Herrschaftsmechanismen in Westeuropa, kurz Umstrukturierung. Fälschlicherweise wird darunter oft nur die Umwandlung von Städten in riesige Konsumtempel und die Verdrängung von finanzschwachen Menschen in die städtischen Randbezirke verstanden. Umstrukturierung bedeutet aber auch: die Vertreibung von MigrantInnen und Flüchtlingen, die Zerschlagung der linksradikalen Szene, die Forcierung rassistischen Gedankenguts, die Stabilisierung der Trikont - Ausbeutung, die Perfektionierung der Überwachung usw. Diese Aspekte sind vom Häuserkampf nicht mehr zu trennen,und müssen analysiert und vermittelt werden.

Hausbesetzungen scheinen Stolpersteine für die Mächtigen auf dem Weg zu Europa '92 zu sein. Bestes Beispiel ist Hamburg. Multinationale Konzerne haben ihren Investitionswillen bezüglich Hamburg bekundet, lassen sich aber laut Presse durch die Existenz der Hafenstr. davon abhalten. Indirekt haben sie deren Räumung gefordert. Auf dem Weg zum "vereinten Europa" steigt die Macht der Konzerne bereits erheblich. Der Kampf der Großstädte um westeuropäische Vormachtstellungen hat längst begonnen. Wer mitmischen will in diesem Spiel, und das wollen alle, muß den Forderungen der Multis nachkommen. Die Hafenstr. wird es zu spüren bekommen - die Räumung soll spätestens in diesem Sommer erfolgen. Aber ist die Argumentation schlüssig? Ist Hausbesetzung wirklich ein Investitionshemmnis? Gesammtwirtschaftlich ist die Bedeutung von Hausbesetzungen, also der objektive Wegfall bebaubarer Grundstücke verschwindend. Bedeutung erlangt sie doch nur durch die Drohung der Multis notfalls nicht zu investieren. Günstigstenfalls könnte mensch diese Haltung der Konzerne als Angst vor Anschlägen interpretieren. Doch die Bonzen sind überall angreifbar und das wissen sie auch. So kann es ihnen nur um die Zerschlagung der gesammten linksradikalen Szene gehen. Die besetzten Häuser und besonders die Hafenstr. sind für sie immer noch die Zentralisationspunkte des militanten Widerstandes. Erstens natürlich, weil besetzte Häuser häufig Anlaufstelle für die gesammte Szene sind, und weil dort politische Aktionen koordiniert werden oder werden könnten. Zweitens aber, und darin liegt vielleicht die größte politische Bedeutung von Hausbesetzungen, sind besetzte Häuser als illegale Projekte das lebendige Symbol dafür, daß es Menschen gibt, die auf das Primat des Eigentums scheißen. Als solche bilden sie eine Gefahr. Dieses zentrale Moment der Hausbesetzung, was sie von ziemlich jeder anderen politischen Aktionsform unterscheidet, nämlich illegal und gleichzeitig jederzeit greifbar zu sein, stellt die Herrschenden immer wieder vor Legitimationsprobleme. Bislang ging es bei Hausbesetzungen darum, diese Legitimationsprobleme möglichst effektiv zu nutzen, z.B. indem die Besetzungen direkt vor einer Kommunalwahl durchgeführt wurden. Dadurch wurde häufig ein wichtiger Zeitvorsprung erreicht. Im Endeffekt hat diese Politik jedoch meist nicht ausgereicht. Es wurde verpaßt, offensiv mit der eigenen Illegalität umzugehen. Zwar gab es Parolen wie, "Wir nehmen uns, was uns sowieso gehört", aber eine Vermittlung der politischen Positionen zu Gesetzen, Fremdbestimmung, Isolation usw. fand viel zu selten statt, was als eine Ursache dafür angesehen werden muß, daß die Pressehetze gegen Hausbesetzungen immer wieder auf fruchtbaren Boden fiel. Aus diesen Fehlern muß die Häuserkampfszene lernen. Von besetzten Häusern als illegale Projekte muß heute vermittelt werden, daß Selbstbestimmung ein lohnendes Ziel ist, das nur erkämpft werden kann, und daß die Illegalität dabei geradezu unabdingbar ist, weil Gesetze nur zu unserer Unterdrückung existieren. Der Ausgangspunkt für die Vermittlung liegt in der direkten Betroffenheit. Bei Hausbesetzungen sind die AnwohnerInnen ersteinmal mit dem gleichen Problem konfrontiert wie die BesetzerInnen, sodaß häufig eine gewisse Sympathie vorhanden ist. Damit diese Sympathie bei der nächstbesten Aktion

nicht wieder kippt, muß die Totalität der Unterdrückung möglichst anschaulich vermittelt werden, gerade auch um zu zeigen, daß es nicht um politische Kleinkriege geht, sondern um den existentiellen Kampf gegen die absolute BeHERRschung und für ein freieres Leben.

Das Mißtrauen gegen die Herrschenden ist in der Bevölkerung weiter verbreitet als es aus unserer Perspektive häufig aussieht. Eine Aufgabe ist es daher, dieses Mißtrauen durch Informationen als begründet zu beweisen. Damit Häuserkampf wieder zur Massenbewegung wird, reicht das allerdings nicht aus. Dazu müßte es gelingen die Vereinzelung der Menschen hier wenigstens so weit aufzubrechen, daß sie sich wieder als politisch Handlungsfähige begreifen können, als Menschen, deren Ansichten und Vorstellungen von Bedeutung sind, und die ein Recht haben dafür zu kämpfen. Um so zu denken, muß mensch auf seine/ ihre Kraft vertrauen. Die Häuserkampfszene kann das, außer durch die nötige Problematisierung von Recht und Unrecht, in zweierlei Hinsicht unterstützen. Erstens, indem sie individueller auf Personen oder betroffene Gruppen eingeht, also ihrem eigenen Dunstkreis mal entsteigt, und zweitens, indem sie durch das Zusammenleben in dem besetzten Haus die Möglichkeit von politischer Handlungsfähigkeit, als auch die Möglichkeit eines selbstbestimmten Lebens aufzeigt. Das heißt für die Szene ihre Strukturen transparenter zu machen, auch in Bezug auf Interna, und sie gleichzeitig permanent zu reflektieren, um nicht in den angeblichen Freiräumen nur die herrschenden Verhältnisse zu reproduzieren.

2. Die Bedeutung des Häuserkampfes für die Szene

Der Häuserkampf hat immer in extremer Form den Stand der Szene widergespiegelt - genannt seien nur die Militanzdebatten - und an wesentlichen Punkten für eine ideologische Entwicklung gesorgt (z.B. Freiraum, Umstrukturierung). Diese Bedeutung kommt ihm auch heute noch zu. Permanent mit der Verflechtung von Kapital und Politik konfrontiert, die Kriminalisierung ständig vor Augen, müssen die BesetzerInnen ihren politischen Horizont erweitern, die Grenzen der 1-Punkt-Politik überschreiten. Als kollektive Lebensform führt Hausbesetzung aber auch notwendigerweise zu Veränderungen in den sozialen Strukturen, und kann so als Versuch angesehen werden unsere Forderung, daß soziale Revolution heute schon beginnen muß, umzusetzen. Durch das extreme Aufeinanderangewiesensein entstehen Reibungen, aber auch praktische Solidarität. Die bisher gelebten Verhaltensmuster greifen häufig nicht mehr und müssen infrage gestellt werden. Das fängt bei der eigenen Faulheit an, geht über Gesprächsstrukturen und Konsumdenken und hört bei sexistischem Verhalten auf. Der Alltag wird politisiert, die Politik muß vermenschlicht werden. Hausbesetzung ist die Chance auf lebenswertere Strukturen hinzuarbeiten, ein Ansatz zur Revolutionierung.



IV. Aus den Fehlern der Vergangenheit lernen - Den Häuserkampf in Bewegung bringen

Im Folgenden habe ich versucht Ansätze aufzuzeigen, die m.E. wesentlich sind um wieder zu einer Bewegung zu werden. Die Abschnitte sind absichtlich praxisorientiert gehalten, damit, auch wenn es für einige alte Hüte sind, konkrete Schritte deutlich werden.

1. Lebendige Strukturen

Im Zusammenhang mit besetzten Häusern werden Begriffe wie Freiraum und Gegenkultur immer arg überstrapaziert. Beides ist nur in Ansätzen verwirklichbar. Die Grenzen liegen dabei nicht nur in den Repressionen von außen, sondern auch in unseren eigenen verinnerlichten Blockaden begründet. Häufig fehlt einfach die Kraft, die Idee, die Ausdauer oder das Selbstbewußtsein. Die Faktoren sind unzählig, genau wie die Möglichkeiten die diese Strukturen bieten, und die Vorstellungen was unter lebendigen Strukturen zu verstehen ist. Es läßt sich also kein Weg dahin angeben, und das ist auch gut so, wohl aber ein grober Rahmen abstecken, der eine Veränderung vereinfacht.

Um unnötigen Streß und Kräfteverschleiß zu vermeiden, ist es ratsam die Besetzung mit einer relativ homogenen Gruppe durchzuführen, die in der Vorbereitungszeit bereits alle wichtigen organisatorischen und politisch-taktischen Fragen geklärt hat. Dazu gehören auf der organisatorischen Seite Probleme wie Kohlebeschaffung, Renovierungs- und Haushaltsaufgaben, evtl. Kinderbetreuung und die Regelung des internen Informationsflußes. Zu den politisch-taktischen Problemen zählen die Vorgehensweise bei einer anstehenden Räumung, Öffentlichkeitsarbeit und Bündnispolitik, die Umgehensweise mit Neudazukommenden etc. Zu besprechen gibt es eigentlich immer genug, wichtig für die eigenen Strukturen ist, daß ein regelmäßiges Plenum über die Anfangszeit gerettet wird. Ansonsten werden ganz schnell persönliche und politische Schwierigkeiten unter den Tisch gekehrt (vgl. Interview). Das führt zu Vereinzelungen und irgendwann dazu, daß sich einzelne rausziehen. Um das zu vermeiden, muß von Anfang an der Wille und das Bemühen stehen einen gemeinsamen sozialen Zusammenhang zu schaffen.

Lebendige Strukturen setzen ein gewisses Maß an individuellem Wohlgefühl voraus. Dazu gehört außer den sozialen Kontakten vor allem Wohn- und Lebensqualität. Mensch sollte über die anstehende Politik nicht vergessen, daß er/sie Rückzugs- und Reproduktionsräume braucht. Auch hier sind die Bedürfnisse natürlich sehr unterschiedlich und müssen von den BesetzerInnen im einzelnen aus-

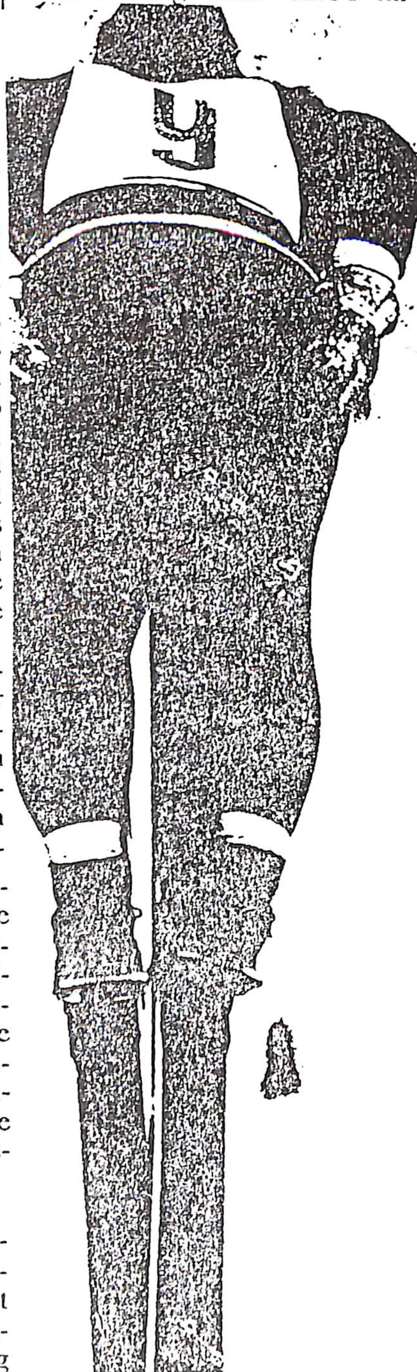


diskutiert werden. Faktoren wie permanente Kälte oder Lautstärke, fehlende Dusch- und Kochgelegenheiten führen aber wohl genausowenig zu einer guten Athmosphäre wie triste Zimmer oder ein ständiger Baustellencharakter im Haus. Es ist wichtig sich den neuen Lebensraum nach eigenen Schönheits- und Funktionskriterien zu gestalten. Spiel-, Party-, Ruhe- oder Kunstzimmer, die Möglichkeiten sind unzählig. Im Notfall, wenn alles zu viel wird, kann mensch das Haus einen Tag für BesucherInnen sperren oder in Kleingruppen mal für ein paar Tage wegfahren. Abwechslung und Vielschichtigkeit sind zwei weitere Kriterien für Lebensqualität; das gilt sowohl für Aktionen als auch für Personen. Aus einer Monotonie heraus kann nichts entstehen. Also sollte im besetzten Haus darauf geachtet werden, daß mensch nicht nur im eigenen Saft brät. Beschäftigung mit anderen Themen und Vorlieben, Treffen mit FreundInnen, die nicht im Haus wohnen oder die Organisierung von Konzerten, Partys etc. sind einige Möglichkeiten gar nicht erst in die Langeweile zu fallen.

Wenn die sozialen Strukturen stimmen, die politische Arbeit und der Orgkram gut aufgeteilt sind, vielfältige Kontakte nach außen bestehen und die Bedürfnisse nach Ruhe, Abwechslung etc. berücksichtigt worden sind, besteht die Chance auf politische Kontinuität, als auch ein Ansatzpunkt Begriffe wie lebendige Strukturen oder Gegenkultur praktisch mit inhalt zu füllen. Die einzelnen Individuen können sich an diesem Prozeß genauso entwickeln wie die gesammte Szene. Würde es gelingen diese Alternative zur herrschenden Monotonie zu vermitteln, könnte der Häuserkampf wesentlich an Bedeutung gewinnen.

2. Politische Prämissen

Die zentrale Funktion eines besetzten Hauses, nämlich politisches Zentrum zu sein, läßt sich häufig nicht von den relativ wenigen BesetzerInnen realisieren. Deshalb ist es günstig mit anderen autonomen Gruppen zusammenzuarbeiten und ihnen, wenn möglich, Räume im Haus zur Verfügung zu stellen. So kann das Haus zur Anlaufstelle für alle möglichen Menschen werden, die sich vielleicht nicht für Häuserkampf, aber für Knastarbeit, Frauenpolitik oder Totalverweigerung interessieren. Gerade in den repressionsstarken 90ern ist es wichtig, daß sich viele mit dem Objekt besetztes Haus identifizieren. Ohne Identifikation keine Bereitschaft zum Kampf ... Weitere wichtige und bereits häufig angewendete Methoden der Öffentlichkeitsmobilisierung sind die Eröffnung eines Cafe's im be-



setzten Haus, das Aufführen politischer Filme und Theaterstücke und das Organisieren von Konzerten mit politisch orientierten Bands. Diese breite Orientierung nach außen muß in nächster Zeit noch verstärkt werden. In Abschnitt III. ist bereits auf die Bedeutung der Vermittlung hingewiesen worden. Um auch die entpolitisierte Bevölkerung zu erreichen, genügt es nicht Flugis zu verteilen oder Punk-Konzerte zu veranstalten. Das naheliegendste ist erstmal Kontakt zu den AnwohnerInnen aufzunehmen, zur Stadtteilgruppe und -zeitung, soweit vorhanden. Von gemeinsamen Festen bis hin zu regelmäßigen Stadtteiltreffen ist alles möglich. Ende der 70er war Stadtteilarbeit noch ein wichtiger Bereich innerhalb des Häuserkampfes, hat sich aber leider nach dem Zerfall der Bewegung z.T. verselbständigt und ist dadurch erheblich entpolitisiert worden. Es liegt an, ihn wieder einzubinden. Besondere Wichtigkeit kommt noch drei weiteren Punkten zu, die ich nur noch kurz erwähnen will. Unumgänglich für jede Besetzung ist eine funktionierende Antirepressionsarbeit, d.h. die Einrichtung einer roten oder schwarz-roten Hilfe, die ein Spendenkonto für eventuell anstehende Prozesse einrichtet und Rechtsberatungen durchführt (über Aussageverweigerung etc.). Desweiteren scheint heute eine breite Bündnispolitik mit dem entsprechenden Drahtseilakt zwischen Militanz und Verhandlung nötig zu sein (vgl. Geschichtlicher Abriß, Bsp. Hafen). Dabei geht es nicht darum autonome Positionen zu verwässern, sondern eine gemeinsame Basis für den Widerstand zu gewinnen. Nicht Autonomie oder Militanz stehen zur Debatte, sondern Umstrukturierung, Isolation und Kriminalisierung. Gerade von letzterer dürften in nächster Zeit viele Linke betroffen sein, so daß durchaus eine praktische Zusammenarbeit möglich scheint. Über die Zusammenarbeit mit allen möglichen Gruppen und die Vermittlung autonomer Inhalte an sie, darf die Vernetzung der besetzten Häuser untereinander natürlich nicht vergessen werden. Auf Stadtebene bietet es sich an BesetzerInnenräte zu bilden (vgl. geschichtlicher Abriß) und überregional gibt es ja mittlerweile die Häusertage, die gerade in Hamburg stattfanden und von ca. 500 Leuten besucht wurden. Das ist ein ziemlicher Erfolg. Er zeigt, daß der Häuserkampf, trotz der Räumungswellen, noch lange nicht am Ende ist.

Situationsbetrachtung linker Ost-Jugendprojekte

aus: Diskussionspapier für das Ost-Projekte Treffen am 11.3.95 in Berlin

Mit dem Jahr 1989 und seinen Folgeerscheinungen eröffnete sich fur diejenigen im Osten, deren Interessenlage sich schon zu DDR-Zeiten an den westlichen Jugend-Subkulturen und deren Politikverständnis orientierte, strukturell die Möglichkeit, öffentlich zu artikulieren, was vorher hinter verschlossener (privater) Tür oder in Räumen der Kirche versucht wurde. In der Hoffnung, nun endlich das Realität werden zu lassen, was man schon immer gerne praktisch umsetzen wollte: öffentlich bekannte Hausbesetzungen, einklagen von eigener Infrastruktur.

Die Motivation fur diese Aktivitäten war dabei das (verschwommene) Vorbild aus dem Westen, das grundlegend schon zu DDR-Zeiten gefunden wurde. Dabei existiert bis zum heutigen Tag ein schizophren anmutendes Bild:

Mit der Eroberung der DDR hat man es gesellschaftlich mit dem seit 40 Jahren Bundesrepublik existenten Dreigestirn aus Legislative, Exekutive und Judikative zu tun- mit einer strikt am bundesrepublikanischen Modell haftenden Historie also. Gleichzeitig wird die Ex-DDR auch mit der (west-)besetzten Begrifflichkeit von Jugendsubkultur, autonomer Bewegung und linkem Politikverstandnis uberworfen.

Ostbesetzer oder -projektgruppen nehmen diese Realität nur bedingt zur Kenntnis. Alltaglich bietet sich ihnen eine andere Wahrnehmung. Permanent konfrontiert mit einem Gleich-oder Übergewicht an rassistischer, neofaschistischer Gegnerschaft sind die Gruppen stark mit ihrem eigenen existentiellen Selbstschutz beschäftigt. Die einzige richtige Antwort der militanten Verteidigung fuhrt zu einer Gleichsetzung von "Rechts" und "Links" in den Augen der Machthabenden, die es so auf kommunaler Ebene im Westen nicht gibt. Konstatiert wird dabei einhellig von allen Ost-Gruppen, daß die Situation im Osten eine andere ist. Verschärft wird diese Situation noch durch provinziellen, unwissenden Habitus der kommunalen Administration und Politik: desto kleiner die Kommune oder Gemeinde, umso zugespitzter die Situation.

Der jeweilige Szene-Kontext, in dem die Gruppen alltäglich leben und arbeiten, ist ebenfalls ein unter anderen Voraussetzungen zu betrachtender Unterschied zum Westen. Durchweg sind die sogenannten Szenezusammenhänge personell kleiner. Den Ruckhalt, den sie durch potentielle Bundnispartner finden, beschränkt sich in der Regel auf Einzelpersonen aus den Parteien Bundnis 90/Grune und PDS. Bezeichnend ist, daß aus diesen Kreisen dann die antiquiert wirkenden Vorschläge zu Rund-Tisch-Gesprächen (als einzigstem Ost-Vehikel-Gremium) kommen, die in der Regel auf einen Friede-Freude-Eiertanz hinauslaufen.

Der Erfahrungsschatz aus 5 Jahren Großdeutschland läßt die folgenden Fakten konstatieren.

Das POLITIKVERSTANDNIS linker Ost-Jugendprojekte muß bisher als diffus gelten und endlich diskutiert werden. Es beschrankt sich derzeit auf ein kontinuierlich betriebenes Nischenvergnugen, das sich an Sprechblasen ("Gegen Faschismus, Rassismus, Sexismus") ergotzt und sich endlich einmal intensiv fragen lassen muß, wen es eigentlich erreichen will.

Das KULTURVERSTANDNIS legt den Schwerpunkt zurecht auf die musikalische Ausrichtung. Sie ist das effiziente Scharnier fur die ohnehin existierende Verwurzelung in den jeweiligen Subkulturen der einzelnen Gruppenmitglieder. Kritisiert werden muß jedoch die engstirnige Ausrichtung auf Eingleisigkeit. Ein weiteres Defizit: Die Nicht-Zurkenntnisnahme von Pop-Mechanismen in der Gesellschaft (Medienpolitik, Veranderungen in der Jugendkultur...) und deren feindlicher Haltung dazu.

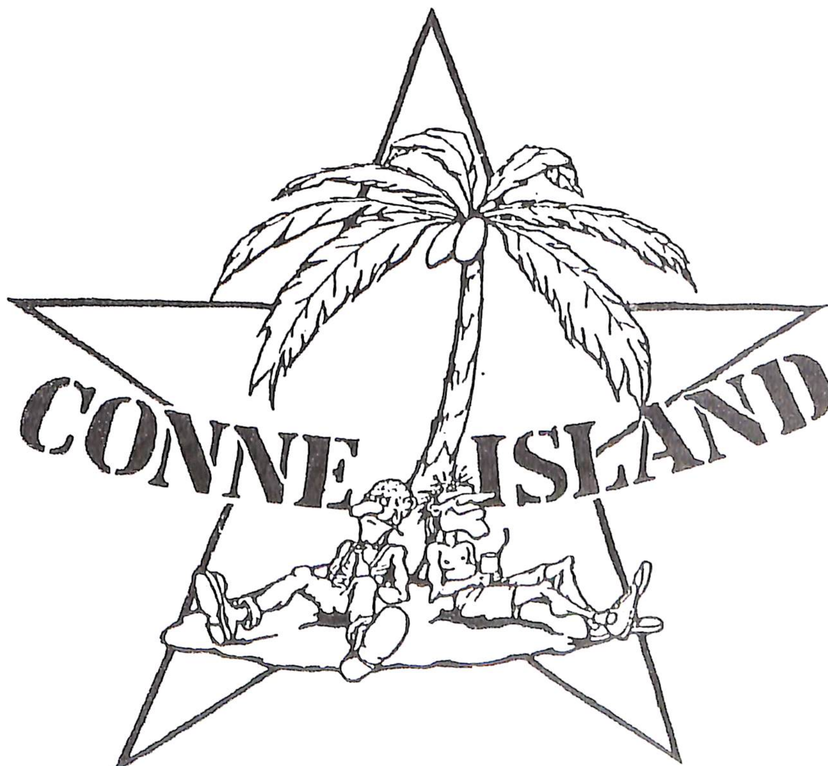
VERSTÄNDNIS der AUTONOMIE: Diffus auch die Bestimmungen und Beschreibungen von einem angeblich autonomen Leben, das immer mit einer angestrebten autarken Lebensweise -der Rundum-Selbstversorgung also- gleichgesetzt wird. Die angstliche Haltung zur Inanspruchnahme offentlicher Gelder schadet dem Aufbau einer notwendigen Infrastruktur immens.

EMANZIPATIONS-VERSTÄNDNIS: Tatsache ist, daß die Mannerdominanz in den Ost-Projekten regelrecht erdrückend ist. Ursachen liegen zum einen im Kulkturverstandnis und -angebot. Zum anderen in dem oben benannten diffusen Politikverstandnis.

Grundsätzlich gilt hier, wie uberall in der autonomen Szene, daß sie kinderfeindlich ist (denn Kind assoziiert Familie und wird als bestehender Konsens abgelehnt.)

Leipzig, 11.03.1995

Papier aus dem Kreis
des Conne Island



Über die Aktualität von Hausbesetzungen

Im Spannungsfeld neuer sozialer Konfrontationen

Dieser Kongreß soll dazu beitragen, die Debatte uber die Aktualitat von Hausbesetzungen wieder etwas offensiver zu fuhren Allein schon durch sein Stattfinden wird deutlich, daß auch 1995 der Alltag vieler Menschen direkt oder indirekt durch Hausbesetzungen geprägt wird

Erstaunlich ist dabei, wie wenig sich dieser doch so zentrale Bereich unseres Alltages, unseres subkulturellen und politischen Widerstandes in unseren Diskussionen widerspiegelt. Der Häuserkampf ist eine sprachlose Bewegung Vielleicht fehlt vielen Leuten beim Thema "besetzte Häuser" der Tiefgang, vielleicht auch die politische Kontroverse. Sind sich ausnahmeweise alle einmal einig, so ganz nach dem Motto Hausbesetzungen sind im Prizip gut, geben aber einen viel zu durftigen Background fur eine ernsthafte und fundierte theoretische Auseinandersetzung ab?

"Der Häuserkampf ist eine sprachlose Bewegung"

Beruhmt-beruchtigt sind schon seit Jahren Flugblätter a la Wir sind eine Gruppe von (...) und haben heute ein ( ) Wir brauchen noch (...) Kommt zahlreich!

Naturlich gibt es auch Ausnahmen. Die Berliner BesetzerInnen-Zeitung erschien von August 1990 bis November 1993 in 50 Ausgaben. Zwar finden sich auch in ihr kaum fundierte Analysen, doch gibt sie in ihrer Gesamtheit schon ein recht anschauliches Bild von der ostdeutschen Hauserbewegung nach 1989

1990 erschien ein Buch uber die Besetzung und Räumung von 12 Hausern in der Mainzerstraße in Berlin Friedrichshain, welches ziemlich ausfuhrlich die Ereignisse schildert, einen Einblick in Alltagssorgen, Organisation des Zusammenlebens und Utopien gibt Aber auch hier fehlt eine richtige Aufarbeitung, die Texte beziehen sich nahezu ausschließlich auf die Mainzer Straße selber.

Der einzige Versuch, Hausbesetzungen nicht nur von der schimmernden Oberfläche zu betrachten, sondern sie in einen großeren Kontext zu stellen, wurde anlässlich der Internationalen Häusertage in Hamburg (Juni 1990) unternommen Diskutiert wurde vor allem uber die sich abzeichnenden Verscharfungen der Repression u a gegen die Zentren des Widerstands auf europäischer Ebene So wurde befurchtet, bis zur Inkraftsetzung der TREVI (Terrorisme, Radikalisme, Extremisme et Violence International)-Beschlüsse im Rahmen des Schengener Abkommens sollten europaweit' alle noch besetzten Häuser geräumt werden Als Beispiele angefuhrt wurden die Räumungen eines großen besetzten Häuserkomplexes (WNC) im niederlandischen Groningen oder die Räumung des Mailänder "centro sociale Leoncavallo", welches fur die radikale Linke in Italien eine ähnliche Symbolfunktion hatte wie hierzulande vielleicht die Hafenstraße

Das Schengener Abkommen, welches ursprunglicherweise schon Anfang 1990 in die Wege geleitet werden sollte, ist nun erst mit uber funfjahriger Verspatung am 1 April 1995 in Kraft getreten. Die dusteren Prognosen sind bisher nicht im befurchteten Ausmaß Realität geworden So ist das Leoncavallo trotz verheerender Verwustungen nach der Räumung neubesetzt und wiederaufgebaut worden Im September 1994 kam es nach einer erneuten Räumung zu den größten Straßenschlachten in Italien seit Ende der 70'er Jahre Landesweit gibt es momentan uber einhundert "centri sociale" (Autonome Zentren)

"Die düsteren Prognosen sind bisher nicht im befürchteten Ausmaß Realität geworden."

In Spanien konnten sich in mehreren Städten politische Neubesetzungen etablieren Allein in Barcelona waren 1993 etwa 20 Hauser neubesetzt, in Valencia wurde 1991 ein großes Zentrum besetzt, welches bis heute gehalten werden konnte Auf Räumungen wurde teilweise erfolgreich mit militantem Widerstand reagiert

Auf der anderen Seite macht die europäische Einigung auf der Sicherheitsebene nicht die gewollten Fortschritte Die Planung eines europaweiten, computergestutzten Uberwachungssystems konnte bisher nicht vollständig umgesetzt werden Trotzdem wird es fur uns in Zukunft wichtig bleiben, ein wachsames Auge auf die weiteren Entwicklungen auf diesem Sektor zu werfen

Ein weiterer zentraler Diskussionspunkt der Hamburger Hausertage war die fortschreitende Umstrukturierung sozialer Brennpunkte, Innenstadtvertreibung, Yuppisierung, Zerstorung unserer Lebenszusammenhange Untersucht wurde der Zusammenhang von Kapitalverwertungsinteressen, sprich (Luxus-)Modernisierung und den Befriedungsplanen der Sozialstrategen Auch hier ist es interessant, die realen Entwicklungen mit den 1990 entwickelten Szenarien abzugleichen. Fest steht, zumindestens die Entwicklung im Zuge der Vereinnahmung der DDR nach dem 1 Juli 1990 (also fast zeitgleich mit den Hausertagen) ist vollstandig anders verlaufen, als damals von uns erwartet Der potente Westen hat es nicht vermocht, sich die DDR ohne gewaltige Magenschmerzen einzuverleiben. Der Umbau der staatlichen Verwaltung ging nur schwerfällig voran und eroffnete vor allem in der Anfangsphase der Wiedervereinigung ungeahnte Moglichkeiten, unter Umgehung staatlicher Repression nahezu ungestort Häuser zu besetzen. Aber nicht nur das Es wird noch viele Jahre dauern, bis die staatliche Kontrolle auf allen Ebenen so greift, wie sie es leider schon heute in vielen westdeutschen Städten tut

Eine sehr interessante Frage ist, unter welchen Vorzeichen Umstrukturierung in der zweiten Hälfte der 90'er Jahre und daruber hinaus zu verstehen ist. Es scheint sehr zweifelhaft, ob sich die in Westdeutschland gemachten Erfahrungen in Ostdeutschland einfach fortsetzen.

Auch hier ein kurzer Blick zu unseren NachbarInnen. In London beispielsweise sind die Mieten extrem teuer, andererseits gibt es eine sehr große Tradition an Haus- und Wohnungsbesetzungen Die Umstrukturierung erfasst nach und nach neue Stadtgebiete, im Gegensatz dazu verslumen aber auch ehemalige Mittelstandsgebiete. Das ganze erscheint wie ein perpetuum mobile: Sanierung und Verfall geben einander die Hand, eine Verdrangung aus der Innenstadt findet nicht total, sondern nur vom Stadtkern in die umliegenden Wohngebiete und innerhalb dieser Wohngebiete statt

Ein weiteres gutes Beispiel fur diese Dynamik stellt New York City dar Verslumung vormaliger biederer Mittelstandsgegenden haben hier oft eine rassistische Komponente Zuziehende schwarze und lateinamerikanische Menschen vertreiben die weiße BewohnerInnenschaft.

"Es scheint sehr zweifelhaft, ob sich die in Westdeutschland gemachten Erfahrungen in Ostdeutschland einfach fortsetzen."

In Paris hingegen ein anderes Bild Hier wurden die armeren Bevolkerungsschichten in suburbane Neubaughettos gepfercht, weit abseits der glitzernden Innenstadtpalaste Bei allen drei Städten ist in den Ghettos eine weitgehende Auflosung sozialstaatlicher Kontrolle zu beobachten Diese Gebiete werden mehr oder weniger abgeschrieben, es bildet sich ein subkultureller, aber unorganisierter und weitgehend unpolitischer Widerstand heraus, der sich allerdings jederzeit spontan entladen kann, siehe z B die L A -riots Insgesamt ist die soziale Konfrontation noch viel härter als in Deutschland, doch leider kommen in den Medien nur die wenigsten Informationen durch Das Bild bleibt sehr bruchstuckhaft

Die Mehrheit der Menschen wohnt dennoch, und das ist wichtig, nicht in den Ghettos, sondern in den oft teuer modernisierten und neuerrichteten Häusern des weiteren Innenstadtgebietes Verdrangung ist fur diesen Prozeß das falsche Wort, passender wäre Einengung Die Menschen werden gezwungen, immer hohere Mieten zu zahlen, oft umgerechnet 600 Mark fur eine Einzimmerwohnung Während sich die Yuppies in doppelstöckigen Mansardenwohnungen breitmachen, schuftet ein Großteil der Bevolkerung von morgens bis abends fur die nächste Miete In vielen reichen Industrielandern ist es gang und gabe, daß Jugendliche bis zur Heirat bei ihren Eltern wohnen, weil sie sich unmoglich eine eigene Wohnung leisten konnen Es ist normal, daß die 25jahrige Schwester mit ihrem 16jahrigen Bruder in einem kleinen 10qm-Zimmer lebt Oft reicht der Lohn eines durchschnittlichen Fabrikarbeiters nicht aus, um die Miete zu zahlen, viele Leute mussen nebenher schwarz arbeiten

"Verdrängung wäre für diesen Prozeß das falsche Wort, besser wäre Einengung"

Auf die BRD bezogen stellt sich die Frage, ob das deutsche Integrationsmodell noch Zukunft hat, oder ob bald auch bei uns ähnliche Entwicklungen zu erwarten sind Unsere Diskussionen sind oft von Schlagworten geprägt So wird oft von Innenstadtvertreibung, Verdrangung der weniger zahlungskraftigen MieterInnen an die Stadtrander geredet, ohne genau zu definieren, wo den die Ghettos und Stadtrander zu finden sind Findet nicht vielmehr ein umfassender Angriff auf unsere Lebensverhält-

nisse statt, der uns auf allen Ebenen noch weiter dem reinen Verwertungskalkul eines sich im Würgegriff der Krise befindlichen Staates vor die Füße wirft?
Mit dem Abbau des Sozialstaates schwindet auch zunehmend das finanzielle Fundament, auf dem sich die linken Autonomen und Sozialrevolutionärlnnen bisher bewegt haben. Denn wenn auch wir gezwungen sein sollten, mal die Hälfte unseres Einkommens für die Miete auszugeben, wird sich unser Alltag entscheidend ändern. Ist das Bild von der "neuen Proletarität" (Karl-Heinz Roth) bald Realität?

"Mit dem Abbau des Sozialstaates schwindet auch zunehmend das finanzielle Fundament, auf dem sich die linken Autonomen und Sozialrevolutionärlnnen bisher bewegt haben"

Hausbesetzungen waren in der alten BRD ja bisher zumeist reine Szeneveranstaltungen. Über Bafög, Sozialhilfe, AB-Maßnahmen, Arbeitslosengeld und Projektförderung wurde dem linksradikalen Widerstand eine stattlich finanzierte Spielwiese zur Verfügung gestellt, die eine Kommunikation mit anderen Teilen der Bevölkerung erheblich erschwert hat. Die unterschiedlichen Realitäten erzeugten tiefe Gräben. So war die Linke immer auf ihr relativ großes subkulturelles Mobilisierungsumfeld angewiesen, der Kontakt zum klassischen Objekt linker Begierde - den ArbeiterInnen - fehlte hingegen völlig.
Hausbesetzungen waren und sind ein ganz besonders deutlicher Ausdruck dieser freiwilligen Selbstghettoisierung. Das Leben in besetzten Häusern hebt sich krass vom Alltag der Durchschnittsbevölkerung ab. Es gibt kaum noch Berührungspunkte. Oft blicken die BesetzerInnen mit einer gewissen Arroganz auf die "NormalbürgerInnen" herab. Anfang der 80'er Jahre wurde ernsthaft diskutiert, ob eine völlige Autonomie, also ein nur in den eigenen Zusammenhängen organisiertes Leben machbar sei. Diese Autarkie-Fantasien vom befreiten Lebens innerhalb des real existierenden Kapitalismus waren natürlich von vorneherein zum Scheitern verurteilt.

"Hausbesetzungen waren und sind ein ganz besonders deutlicher Ausdruck dieser freiwilligen Selbstghettoisierung"

Gleichzeitig ließ sich die "Realo-Fraktion" der BesetzerInnen über Legalisierung und Selbsthilfe bereitwillig reintegrieren. Die von halblinken Sozialstrategen ausgeknobelten Befriedungsstategien entfalteten ab 1983/84 ihre volle Wirkung. Die vormaligen BesetzerInnen avancierten oft schnell zu Kollektiv-KapitalistInnen. Nun mit Erbpachtverträgen und Dachgarten ausgestattet waren sie nicht minder weit abgekoppelt von den Alltagssorgen normaler MieterInnen. Das Konzept funktionierte so gut, daß sogar das Bundeskriminalamt Selbsthilfe als wirksames Beruhigungsmittel anpries.
Werfen wir noch mal einen kurzen Blick nach Süden. Die italienische Situation der frühen 70'er Jahre unterschied sich in mehreren Punkten von der hierzulande: In Ermangelung eines ausgebauten Sozialstaates hielten sich die TrägerInnen der italienischen "Autonomia"-Bewegung innerhalb der Klasse auf. Oft waren die BesetzerInnen gleichzeitig FabrikarbeiterInnen, MigrantInnen Bauarbeiter, Hausfrauen und StudentInnen. Zugleich war der Generationenkonflikt in Italien nie so ausgeprägt wie hier, was bestimmt auch in der größeren Kontinuität linker Bewegungen (Starke kommunistische Partei, Partisanenbewegung gegen Mussolini) begründet liegt. Insgesamt waren Hausbesetzungen damals definitiv eine Massenbewegung. In Rom und Mailand wurden spekulativ leerstehende Neubauten in nur wenigen Nächten von tausenden Familien besetzt. Der Unterschied zu anderen Ländern (in England ging die Zahl der HausbesetzerInnen in die hunderttausende, in der DDR waren Wohnungsbesetzungen extrem verbreitet und sind es auch nach der Wende noch) liegt darin, daß die italienische Häuserbewegung zu großen Teilen eine klare politische Aussage hatte. Es ging um die Wiederaneignung des eigenen Lebens gegen die krassen Zwänge der Fabrikgesellschaft. Endlich einmal den Lohn für ein paar neue Schuhe ausgeben und nicht nur für die Miete. Überall in den Städten bildeten sich Stadtteilkommitees, um gemeinsame Forderungen zu formulieren und auch durchzusetzen. Der Kampf ging nicht nur um Wohnraum, sondern auch um Arbeit, Essen,eben um alles, was Geld kostet. Gemeinsam wurden Boykotte inszeniert, sog. "Autoriduzione", also Verweigerung von Miete, Strom- und Gaszahlungen,Telefonrechnungen. Allein in Neapel waren zeitweise 70.000 Menschen an diesen Boykotten beteiligt.

"Endlich mal den Lohn für ein paar neue Schuhe ausgeben und nicht nur für die Miete"

Wie lassen sich nun die italienischen Erfahrungen auf Deutschland anwenden? Zum einen ist klar, daß wir hier unser Verhältnis zu den "Massen" anders definieren müssen. Während im Westen die Kontinuität linker Bewegungen fast nicht gegeben war und sich erst Ende der sechziger Jahre eine vorwiegend bürgerliche Opposition herauskristalisiert hat, gibt es im Osten eine linke Tradition, die sich aber erst in den letzten Jahren aus den Fesseln der Parteidogmatik etwas herausgewunden hat. Obwohl jetzt wohl kaum zu erwarten ist, daß haufenweise PDS-RentnerInnen leere Häuser besetzen, gibt es doch bei vielen eine ziemliche Abneigung gegen Westbürokratien und Spekulanten, der sich oft in einer gewissen Sympatie mit den "jungen, anarchistischen Hausbesetzerlnnen" widerspiegelt. Darauf zu verzichten, diese gemeinsamen Interessen bei allen Widersprüchlichkeiten auszubauen, wie es der subkulturelle, antideutsche Ansatz von Teilen der "8.Mai-Vorbereitungsgrupppe" fordert, würde uns ein wichtiges Potential verspielen.
Zur Erläuterungnoch einmal zwei Beispiele aus Hamburg. Im Jahre 1973 wurde in Hamburg die Eckhoffstr. 39 besetzt. Nach anfänglicher Sympatie unter Teilen der Bevölkerung wurde die Besetzung durch die Hetze der Springer-Presse und permanenter Bullenprovokation langsam im Viertel isoliert. Die BesetzerInnen ließen sich auf eine rein militante Verteidigungspolitik festlegen. Unterstützung von außen versiegte immer mehr. Schließlich wurde das Haus im Mai 1973 extrem brutal von mit Maschinenpistolen bewaffneten Einsatzkommandos geräumt, gegen 33 Personen wurde Anklage wegen §129 (kriminelle Vereinigung) erhoben. Der Schock dieser Niederlage wirkte noch Jahre später lähmend auf die Hamburger Szene.
Die Hafenstraße hingegen, die immer als Paradebeispiel für die militante Durchsetzung autonomer Strukturen hochgehalten wird, hat in den vergangenen Jahren wurzeln geschlagen in den umliegenden Vierteln. Mit der Gründung des "Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße" brachten sich auch viele links-bürgerliche UnterstützerInnen in den Konflikt mit ein. Musik ("Goldene Zitronen", die Hausband der Hafenstraße) mit hohen Auflagen, Sport ("FC St Pauli", dessen Torwart im Hafen gewohnt hat) oder das riesige, im Millerntorstadion oranisierte Solifest und -konzert haben die Hafenstraße ein Teil vom Hamburger Kiez werden lassen. Ohne die eigenen Ideale zu verraten, hat sich der Hafen so in kontinuierlicher Kleinarbeit einen ansehnlichen Rückhalt in der Bevölkerung geschaffen.
In Ost-Berlin haben sich ab 1992 in einigen Bezirken sog. WBA's (Wir Bleiben Alle) gegründet, die im Prinzip einen ähnlichen Ansatz fahren. 1992 organisierte sie zwei große Mieten-Demos mit je 10.000 Menschen. Im Anschluß versuchten sie, gegen die Mieterhöhungen im Osten zu mobilisieren, öffentliche Hausbesetzungen gegen Spekulationsobjekte durchzusetzen, Wohnungsbesetzungen zu organisieren und vor allem Kiezstrukturen aufzubauen, die die Vereinzelung der Menschen aufheben, die gemeinsamen Kämpfe für ein besseres Leben wieder etwas mehr in den Vordergrund rücken. Auch wenn es in der Folgezeit eher bescheidene Erfolge gegeben hat, eines ist klar: Das Thema Wohnen und Miete ist nach wie vor sehr zentral, es bestimmt das ganze Leben. Es gibt immer noch sehr viele Menschen, die sich diesen Zwängen durch Schwarzwohnen, Mieterhöhungsboykotte (alleine in Berlin viele tausend Menschen) und individualisierten Widerstand zu entziehen suchen.

"Das Thema Wohnen und Miete ist nach wie vor sehr zentral"

Überhaupt wäre es wichtig, unseren Widerstandsbegriff einmal auf seine Aktualität hin zu überprüfen. Ist Schwarzfahren, Autoknacken, Klauen, "sinnlose Zerstörungswut orientierungsloser Jugendlicher" nicht eine moderne Ausdrucksform von Widerstand, mit dem sich sich die Linke immer weniger identifizeren kann, der nicht mehr explizit links ist, aber doch diffus gegen den Staat, gegen Bonzen (und leider oft gegen AusländerInnen) gerichtet ist?
Die Wohnungsbaugesellschaften im Osten laufen Schulden in Millionenhöhe hinterher, ebenso die Gas- und Stromunternehmen. Es scheint, als ob die italienische "Autoriduzione" mittlerweile schon den Weg in die deutschen Wohnzimmer genommen hat, ohne daß wir uns dieser Situation überhaupt bewußt sind.Leider wissen wir über diesen diffusen Widerstand noch viel zu wenig. Wenn wir in den nächsten Jahren nicht in totaler Bedeutungslosigkeit versinken wollen, werden wir uns mit unserem gesellschaftlichen Umfeld stärker auseinandersetzen müssen, ohne unsere eigenen politischen Utopien aus taktischen Erwägungen heraus zu revidieren.

Zwei Ausführliche Beiträge zu den W.B.A.'s und zu den italienischen Erfahrungen, auf die dieser Text bezug nimmt, werden auf dem Kongreß verteilt.

Im Sommer soll zum Thema 'Hausbesetzungen in Ostdeutschland' eine Dokumentation erscheinen. Ziel ist eine kritische Aufarbeitung der eigenen Geschichte, mit dem Ziel, sie für andere erfahrbar zu machen und aus unseren eigenen Fehlern zu lernen. Leute , die sich inhaltlich an dieser Dokumentation beteiligen möchten, können über die Adresse
Ex-BesetzerInnen-Zeitung
c/o Joliwedeh Buchladen
Jessner Str. 41

Hamburg-Hafenstraße

In Folge der West-Berliner Hausbesetzerbewegung 1980/81 kam es auch von Seiten Hamburger autonomer GenossInnen zu Überlegungen, inwieweit eine Hausbesetzerbewegung in der Stadt entwickelt werden könnte. Die Wohnungsnot war nicht minder groß als an anderen Orten in der Bundesrepublik. Mit dem Blick auf die Ereignisse in West-Berlin wurde vom damaligen Hamburger Senat die sogenannte 24-Stunden-Linie ausgegeben, die besagte, daß in Hamburg kein Haus länger als 24 Stunden besetzt sein sollte. Mit dieser Vorgabe wurden dann von den Hamburger Bullen alle Hausbesetzungsversuche auf brutalste Art und Weise niedergeschlagen. Diese Erfahrungen führten unter den politischen Gruppen zu dem Ergebnis, daß offene Hausbesetzungen in Hamburg unter den damaligen Bedingungen nicht durchsetzbar schienen. Das veranlaßte auch GenossInnen im Herbst '81 zu einer 'stillen Besetzung' der Häuser an der Hafenstraße im Stadtteil St. Pauli, die erst im Laufe des Frühjahrs 1982 von den BesetzerInnen öffentlich gemacht wurde. Das geschah zu einem Zeitpunkt, als sie sich kurz vor den Hamburger Bürgerschaftswahlen politisch stark genug fühlten, die Auseinandersetzung um Mietverträge gegen den Senat tragen zu können. Unter dem Druck einer möglichen innenpolitisch 'unruhigen Situation' verzichtete der Hamburger Senat auf eine polizeiliche Räumung und legalisierte die teilweise besetzten Häuser mit befristeten Mietverträgen bis zum Ende des Jahres 1986.

In den Jahren 1983-86 wurden die Häuser an der Hafenstraße zu einem Zentrum von Hamburger autonomen/antiimperialistischen Gruppierungen und zu einem Kristallisationspunkt politischer Mobilisierungen, so z.B. im Herbst '83 zu den Aktionen der Friedensbewegung, zum Hungerstreik der RAF-Gefangenen 1984/85 oder nach der Ermordung des Antifaschisten Günter Sare im September '85, die gerade in Hamburg zu heftigen Reaktionen der Linksradikalen führte. Um die Jahreswende 1985/86 fanden erstmalig die 'Hafentage' statt, die in den folgenden Jahren zu einem überregionalen Treffpunkt von Autonomen aus allen Teilen der BRD und dem westeuropäischen Ausland wurden. Sie trugen ganz wesentlich mit dazu bei, daß der Konflikt um die Hafenstraße für die Bewegung der Autonomen zunehmend eine bundesweite, zum Teil sogar internationale Bedeutung erhielt. Für den 'Hafen' war es immer selbstverständlich sich auch an anderen politischen Aktivitäten z.B. im Sommer '86 gegen Brokdorf zu beteiligen. In anderen Städten des Bundesgebietes wurde zu bestimmten staatlichen Repressionen gegen den 'Hafen' mit eigenen Mobilisierungen reagiert (so z.B. in Köln, West-Berlin).



In dieser Zeit verstärkten sich auch die staatlichen Angriffe auf das politische Projekt Hafenstraße, das von Beginn an vom rechten Flügel der SPD, dem gesamten Bullenapparat und der marktbeherrschenden Springer-Presse massiv bekämpft wurde. In einem Interview des Hamburger Verfassungsschutzchefs Lochte im Oktober '85 mit der TAZ-Hamburg lancierte dieser in der Öffentlichkeit die Behauptung, die RAF sei in Gestalt von bestimmten, von ihm im Interview namentlich benannten GenossInnen in den 'Hafen' eingezogen. Gegen diese gemeinsam vom Staatschutz und linken Liberalen betriebene Entsolidarisierungskampagne kam es seitens der 'Betroffenen' zu heftigen Reaktionen. Unter anderem wurde die gesamte Einrichtung der TAZ-Hamburg zerstört. Die TAZ konnte den Vorgang zunächst dazu benutzen, sich in der bürgerlichen Öffentlichkeit als ein von "Chaoten" überfallenes Projekt darzustellen, um sich so die materielle Solidarität von vielen Linken zu erschleichen. Das von einigen ihrer Redakteure gemeinsam mit Lochte beabsichtigte Projekt einer Denunziation und Entsolidarisierung der Hamburger Linken mit den BewohnerInnen der Hafenstraße, scheiterte jedoch an den durch diese Aktion ausgelösten Debatten. Das mußte sogar Lochte zweieinhalb Jahre später in seinen Aussagen vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß der Hamburger Bürgerschaft einräumen.



Der Ablauf des gesamten Jahres 1986 war für den 'Hafen' durch eine Vielzahl von brutalen Bullenüberfällen gekennzeichnet, die die endgültige Räumung nach dem Auslaufen der Mietverträge zum Ende des Jahres politisch vorbereiten sollten. Die BewohnerInnen und Autonome aus der ganzen Stadt wehrten sich gegen diese Polizeistrategie zunächst mit vereinzelten militanten Aktionen und organisierten dann mit Hilfe des entstehenden 'Initiativkreises Hafenstraße' eine breite politische Diskussion mit den BewohnerInnen des Stadtteils und der Hamburger Linken. Diese Bemühungen schlugen sich zunächst im erfolgreichen Verlauf einer gemeinsamen, im Dezember '86 durchgeführten Bündnis- und Massendemonstration, an der 10000 Menschen teilnahmen, nieder. In den Vorbereitungen zu dieser Demo konnte unter allen teilnehmenden Gruppen der Konsens hergestellt werden, die Durchführung einer Demonstration als wandernder Polizeikessel, auch unter dem Eindruck des "Hamburger Kessels", nicht mehr tatenlos hinzunehmen. Als die Bullen trotzdem versuchten, den mit Helmen und Knüppeln ausgerüsteten, 1000 Menschen umfassenden 'Revolutionären Block' im Spalier zu begleiten, konnten sie von den GenossInnen erfolgreich zurückgeschlagen werden. Die Bündnisdemo ließ sich durch diesen Bullenangriff weder praktisch noch politisch spalten, der staatliche Repressionsversuch wurde einmütig zurückgewiesen.

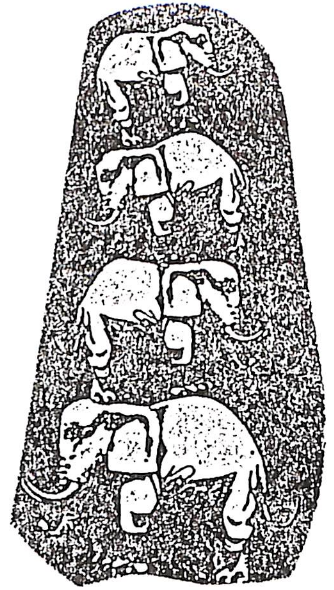
Diese Demonstration brachte die mehrjährigen und zuvor oft vereinzelten Aktionen zum Erhalt der Häuser in der Hafenstraße zu einem vorläufigen Abschluß. Sie eröffnete den politischen Raum für die vorläufige Verankerung der Hafenstraße auch nach Auslaufen der Mietverträge Ende '86. Erstmals nach vielen Jahren war es der Hamburger autonomen Linken mit der Demo am 20.12.86 wieder gelungen, in Hamburg politisch in die Offensive zu kommen. Ein Ausdruck für diese Situation war der im Frühjahr durchgeführte 'TAG X', an dem vielfältigste dezentrale Aktionen in der Stadt zur Durchsetzung des 'Hafens' stattfanden. Im Sommer '87 kam es zu einer breit getragenen und öffentlich vorbereiteten Wiederbesetzung von im Jahr 1986 zwangsgeräumten Wohnungen im 'Hafen'. Die BewohnerInnen erhöhten damit den Druck auf die Verantwortlichen, die "Räumungs- und Abrißlinie, den Terror des letzten Jahres aufzugeben" (aus einem Flugblatt zur Wiederbesetzung). Mit diesen Aktionen gelang es dem 'Hafen' und der Hamburger autonomen Linken im Frühjahr/Sommer '87 weitgehend, das politische Feld mit eigenständigen Initiativen zu bestimmen. In dieser politischen Situation wuchs auch die Bereitschaft der BewohnerInnen im Falle von weiteren Bullenangriffen, ihre Häuser notfalls militant zu verteidigen. Aus diesem Grunde wurden diese im Laufe des Jahres auch massiv befestigt. Der in einem langen quälenden Diskussionsprozeß getroffene Entschluß, sich im Falle von Räumungen in den Häusern aktiv und organisiert zur Wehr zu setzen, wurde öffentlich vermittelt und war in die Entwicklung der Unterstützungsarbeit eingebunden. Der Mut und die Entschlossenheit der BewohnerInnen, weitere Bullenschikanen nicht mehr nur als 'Opfer' zu erdulden, legten einen wichtigen Grundstein dafür, um den 'Hafen' in einer bundesweiten Mobilisierung im November '87 in den 'Barrikadennächten' durchzusetzen.



Dieser Erfolg wurde jedoch durch den Abschluß eines unter massiver Polizeigewalt zustande gekommenen Mietvertrages getrübt. Dessen Inhalt spricht durch die Verknüpfungen von Bestimmungen des Strafrechtes mit dem Mietrecht allen sonst üblichen Mietrechtsklauseln Hohn: So kann die gesamte Hafenstraße z.B. für den Fall geräumt werden, daß eine ihrer BewohnerInnen beim Bierbüchsenklauen im Supermarkt erwischt werden sollte. Diese Bestimmungen stellten sich im nachhinein für die staatlichen Instanzen als beständig und flexibel einsetzbarer Räumknüppel gegen das Projekt dar.

Ein paar Interpretationen

"Geschehen ist aber sehr viel (...) Sie (die Bewohner der Hafenstraßenhäu-



ser) haben dem Eigentümer, dem Wohnungsbauunternehmen SAGA und den von diesem emsig bemühten Heerscharen behördlicher Büttel erfolgreich getrotzt. Im Verlauf eines oft qualvollen Lernprozesses haben sie ein fein abgestuftes System der Gegenwehr entwickelt, mit dem sie auf die allfälligen Schikanen ihrer administrativen Gegner geantwortet haben. (...). (Während der Barrikadentage im November) entstand für die Beteiligten in Keimform ein 'befreites Quartier', sogar mit einem eigenen Radiosender. Weitere Besetzungen schlossen sich an, es kam zu Blockadeaktionen in den benachbarten Vierteln, so daß schließlich eine polizeiliche 'Bereinigung' der Situation nur noch mit Bundesmitteln möglich schien. Die Stärke der Besetzerbewegung lag darin, daß sie auch in der Zuspitzung die Machtverhältnisse realistisch einschätzte und die eigenen bescheidenen Gewaltmittel auch jetzt als flexiblen Bestandteil im politischen Machtkampf handhabte. Die Gegengewalt blieb kalkuliertes Mittel zum Zweck: Von der sich entwickelnden selbstbestimmten und kollektiven Lebenssphäre jegliche sozialarbeiterische Bevormundung oder Demütigung durch die hinter den Polizeieinheiten lauernde Armutsverwaltung fern zu halten.(...) Wurde mit dem Erfolg der Hafenstraße für 70000 illegale Flüchtlinge, für 150000 Erwerbslose und für die von der Massenarbeitslosigkeit bedrohten Hafenarbeiter, Seeleute und Werftarbeiter nicht auch ein Signal gesetzt? Enthalten nicht kollektive Solidarität und Gegenwehr Alternativen zu der resignativen Erfahrung der Marginalisierung, zur Überwältigung durch behördliche Ausgrenzung und individuelle Selbstzerstörung? Und wurde nicht zuletzt unter ein anderthalb Jahrzehnte fortwirkendes Trauma niedergeknüppelter Hausbesetzungen (Eckhoffstraße 1973) ein befreiender Schlußstrich gesetzt?" ("1999", Zeitschrift für Sozialgeschichte Heft 1/88).

Die zitierten Passagen deuten ein paar Momente aus den Dimensionen an, die in der Hafenstraßenmobilisierung auch ohne große verbale politische Gesten enthalten waren. Zudem blockierte der bislang erfolgreiche Erhalt der Häuser immer noch die - in Anlehnung an alte faschistische Konzepte aus den 30er Jahren - verfolgten Umstrukturierungspläne am Hafenrand. Sie sehen u.a. vor, mit Hilfe von Spekulationsgeldern dieses Viertel mit hochbezahlten Luxus-Appartments zu sanieren, um den Stadtteil zugunsten der Konsum- und Freizeitbedürfnisse von gehobenen Mittelschichtsangehörigen herzurichten.

Die große politische Bedeutung des Konfliktes wurde auch in einer Reihe von Aussagen auf einer Unternehmertagung in Hamburg, Ende August 1988 deutlich. Auf Initiative der Deutschen Bank und des Springer-Konzerns trafen sich 1300 Manager und Funktionäre aus den führenden Zentralen der multinational operierenden Kapitalfraktionen, um über Konzepte einer zukünftig erneuerten kapitalistischen Strategie der Raum- und Regionalplanung in Norddeutschland zu beraten. Dabei wurde seitens der Kapitalisten immer wieder das "Problem Hafenstraße" als eine der wichtigsten "Investitionsbarrieren" für den norddeutschen Raum ausgemacht. Necker, Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Industrie: *"Wenn Hamburg das weltweite Symbol dieser Stadt den Hafen - mit der Hafenstraße - zum Synonym für Chaos verkommen läßt, ist der Schaden für die Wirtschaft, die Investitionen und die Arbeitsplätze nicht meßbar, aber beträchtlich."* Niefer, stellvertr. Vorsitzender der Daimler Benz AG: *"Bevor ich nach Hamburg gereist bin, habe ich einige Freunde in Baden Württemberg gefragt: 'Sagt mal , warum geht ihr eigentlich nicht nach Hamburg?' (...) Und dann war für mich ganz überraschend die Antwort: 'Wir gehen doch nicht nach Hamburg, die werden doch nicht einmal mit ihrer Hafenstraße fertig.' So ist das zum Teil."* Kruse, Vorstandsvorsitzender der Beiersdorf AG: *"Als Hamburger beeindruckt mich bei dem Thema Hafenstraße, (...) daß es (...) ganz konkret die Investitionsbereitschaft lähmt (...) Ich hoffe, dieses Symposium wird dazu beitragen, den politischen Instanzen klarzumachen, daß die Hafenstraße keine Sache ist, bei der man sich in idealistischen Vorstellungen ergehen kann, ob*





irgendwo doch ein alternatives Wohnmodell zu verwirklichen ist, sondern bei der man erkennen muß: So etwas kann man einfach nicht an einem zentralen Punkt ausexerzieren, das kann man vielleicht am Ende der Welt machen. Hier steht die wirtschaftliche Zukunft des Platzes Hamburg und der ganzen norddeutschen Region in Frage." ('1999' Heft 1/89)

Selbstverständlich sind sowohl die BewohnerInnen der Hafenstraße als auch ihre UnterstützerInnen und die Autonomen noch außerordentlich weit davon entfernt, die anskizzierte "Investitionsbarriere" tatsächlich darzustellen. Und doch muß es Gründe für die von den Großkapitalisten ungewöhnlich offen ausgesprochenen Drohungen gegen die Hafenstraße geben. In der Hafenstraßenmobilisierung wurden Momente eines selbstbewußten Umgangs mit staatlich geplanten Verarmungs- und Marginalisierungstrategien deutlich, der sich kollektiv organisierte und punktuell erfolgreich revoltierte. Das darf aus Sicht der Kapitalisten deshalb nicht hingenommen werden, weil das ein widerständiger Anknüpfungspunkt gegen die immer noch vorhandene Anpassungs- und Resignationsbereitschaft für weite Teile der lohnabhängigen Bevölkerung sein kann. So war es denn auch kein Zufall, daß bei der Mobilisierung der Stahlarbeiter von Rheinhausen gegen die Stillegung ihres Werkes der Spruch: "Wenn wir erst mal richtig loslegen, dann sind die Autonomen aus der Hafenstraße arme Waisenkinder gegen uns!" die Runde machte. Trotz aller mehr oder weniger bewußten Funktionalisierung, die in solchen Sätzen liegt, ist das doch ein wichtiger Hinweis darauf, wie bestimmte Erfahrungen aus erfolgreichen politischen Auseinandersetzungen untergründig durch die Gesellschaft wandern können.

Auch nach der Vertragsunterzeichnung erfüllte sich im Laufe des Jahres 1988 die Hoffnung staatlicher Stellen nicht, das politische Projekt Hafenstraße in ein 'alternatives Wohnmodell' umdrehen zu können. Der 'Hafen' blieb auch weiterhin ein Zentrum der Hamburger autonomen Linken und beteiligte sich weiter an verschiedensten Aktivitäten. In diesem Zusammenhang sei auf die Debatten um die Palästina-Parole an einer Hauswand und die fast schon zur Tradition gewordenen 'Hafentage' mit jeweils einer abschließenden Demonstration zu Sylvester, für die Zusammenlegung aller politischen Gefangenen, zum Untersuchungsknast verwiesen.

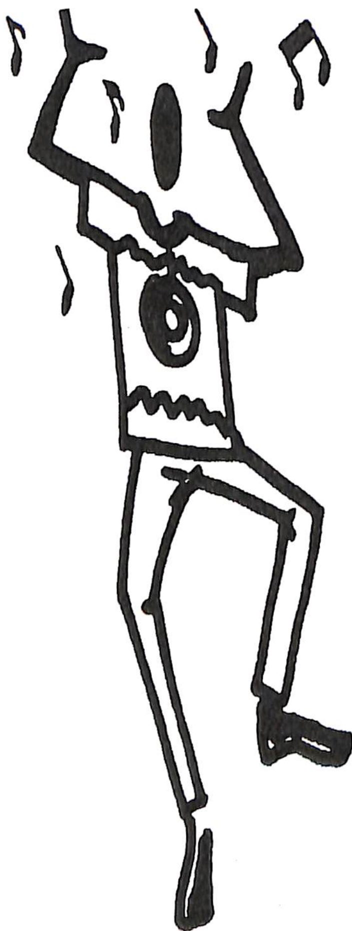
West-Berlin - Kreuzberg

Durch eine gezielte Räumungs- und Legalisierungspolitik des konservativ-reaktionären CDU/FDP-Senats wurde bis zum Sommer 1984 das "Problem" der Hausbesetzungen gelöst. Seitens der Bewegung wurde noch versucht, dieser Strategie dadurch zu begegnen, daß man im Stadtteil Kreuzberg versuchte, Strukturen zu entwickeln, die schnelle Reaktionen auf Häuserräumungen gewährleisten sollten. Die Bewegung zerfiel jedoch an ihren eigenen Widersprüchen und die staatlichen Integrations- und Repressionsstrategien begannen zu greifen. Dabei markierte das seit Dezember 1982 durchgeführte 'Radikal'- Verfahren, mit mehreren Hausdurchsuchungen und zwei Verurteilungen nach Paragraph 129a, einen vorläufigen Höhepunkt.

Trotz des Zerfalls der Hausbesetzerbewegung konnten die West-Berliner Autonomen als politische Richtung überleben. Ein Teil von ihnen widmete sich wieder verstärkt Anti-AKW-Aktivitäten, zunächst in Gorleben, später kamen neue Gruppierungen hinzu, die den Kampf gegen die WAA in Wackersdorf zum Hauptschwerpunkt ihrer Arbeit machten. Einige Autonome führten ihre im Kontext mit der Friedensbewegung entwickelte antimilitaristische Arbeit gegen die in West-Berlin ansässigen Militäreinrichtungen der Alliierten fort. Andere Gruppierungen befaßten sich stärker mit Theoriefragen. Ein Teil der GenossInnen versuchte, eine praktische Internationalismusarbeit zu entwickeln. So wurde z.B. eine 'Kaffeeklatsch-Kampagne' durchgeführt, die sich gegen die Filialen der multinationalen Kaffeekonzerne in West-Berlin richtete. Andere Autonome 'arbeiteten' im Jobber- und Erwerbslosenbereich. Auch die Herstellung und der Vertrieb der Zeitschrift 'Radikal' wurde von einigen - namentlich nur sehr ungern genannten GenossInnen - unter nunmehr illegalen Bedingungen weitergeführt.



Auch wenn zu jener Zeit kein praktisch sichtbarer Bezugspunkt oder ein für alle verbindendes Kampfsymbol der West-Berliner Autonomen existierte, verloren sie durch ihre vielfältigen Aktivitäten nicht an quantitativer Stärke. So waren sie immer wieder von neuem bei bestimmten politischen Ereignissen, wie z.B. mit größeren eigenständigen Blöcken auf Demonstrationen, präsent (z.B.im September 1985 auf der Südafrikademo, Dezember '85, als Block auf der Demo gegen den Besuch des US-Außenministers Shultz, Mobilisierung gegen den US-Überfall auf Lybien im Frühjahr '86). Organisatorisch getragen wurden diese Aktivitäten in der Regel von kurzfristig einberufenen Vollversammlungen, auf denen hauptsächlich technische Dinge, wie z.B. Demorouten und Verhalten bei Bullenübergriffen diskutiert wurden. Die im Rahmen dieser Demoblöcke gelaufenen Aktivitäten wurden hinterher kaum öffentlich ausgewertet. Zwei Versuche - im Sommer des Jahres 1986 und Anfang '87 - zu einer übergreifenderen, auch öffentlich mehr sichtbaren Organisierung der West-Berliner Autonomen mit Hilfe von Delegiertenräten zu gelangen, scheiterten. In den Diskussionen ließ sich das grundsätzliche Mißtrauen vieler GenossInnen gegen offene oder subtile Formen von Führungs- oder Stellvertreterpolitik in den eigenen Reihen nicht überwinden. Zum anderen blieb trotz der Idee, sich zur '750 Jahre-Berlin-Feier' der Herrschenden ein paar gemeinsame inhaltlich-organisatorische Arbeitsschwerpunkte zu suchen, die Vorstellung zu unklar, mit welchen Formen der Verbindlichkeit und Kontinuität diese hätten geleistet werden müssen.

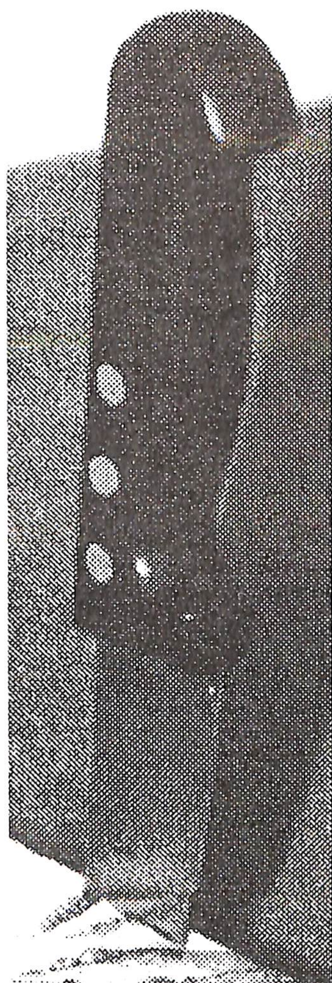


Der Kreuzberger Kiez-Aufstand am 1.Mai 1987

In einer Situation der nur sehr schwach entwickelten Organisierung fiel in einer lauen Frühlingsnacht der allseits als überraschend empfundene erste Mai 1987 in Kreuzberg. An diesem Tag kam es zu einer gemeinsamen Revolte von Autonomen und den BesucherInnen eines Straßenfestes, in deren Verlauf sich weite Teile der Bevölkerung aus dem Kreuzberger Kiez anschlossen. Im Stadtteil Kreuzberg SO 36 explodierten im wahrsten Sinne des Wortes die seit Jahren angehäuften sozialen und politischen Widersprüche. Während des Kiezaufstandes, der in seinen Dimensionen die fast in den gleichen Straßen abgelaufene Hausbesetzerrandale vom 12.12.80 weit in den Schatten stellte, wurden die ebenfalls völlig überraschten Bullen gezwungen, sich für Stunden aus dem Stadtteil zurückzuziehen. Danach herrschte dort, nach dem Begriff der Herrschenden ein "rechtsfreier Raum", in dem tatsächlich eine faszinierende und volksfestartige Stimmung entstand. Während Autonome im Verlauf der Randale mit einem umsichtigen Barrikadenbau dafür sorgten, die Bullen für längere Zeit aus dem Kiez auszusperren, konnte die Situation von der Bevölkerung dazu genutzt werden, unbefangen in einer Reihe von Supermärkten 'proletarisch' einzukaufen. Nachdem ein Supermarkt bereits bis auf die letzte Fischbüchse leergeräumt worden war, wurde er schließlich unter großer Begeisterung aller Anwesenden niedergebrannt.

Der Verlauf des Kiez-Aufstandes zeigt mehrere Entwicklungen auf: Zwar war dem West-Berliner Senat bis Mitte der 80er Jahre eine zunächst erfolgreiche Bekämpfung der Hausbesetzerbewegung gelungen. Die durch diese Bewegung ausgedrückten politischen und sozialen Widersprüche in der Stadt wurden jedoch nicht gelöst, sondern nur verschoben. Die Widersprüche explodierten an einem Ort, der bereits seit über einem Jahrzehnt mit einem großen Aufwand an staatlichen Geldern zum 'Experimentierfeld' einer Vielzahl von integrativen und repressiven Strategien der administrativen Sozial-, Jugend-, und 'Sicherheits'-Politik gemacht worden war. Die Kiezrandale zeigte in ihrer ganzen Wucht auf, daß kein Automatismus zwischen der Flut von den in Kreuzberg staatlich bezahlten und subventionierten Stellen, 'behutsamer Stadterneuerung' und anderen Projekten zur sozialen Befriedung und politischen Integration existiert. Im Gegenteil: Die staatliche Kohle wird von vielen Autonomen bedenkenlos abgezogen, um im nächsten geeigneten Moment umso kräftiger zuzuschlagen. Die Autonomen gingen aus dieser Kiezrevolte, an der sie als einzige politisch bewußte

Kraft vertreten waren, innerhalb der Spektrums der politischen Linken in der Stadt gestärkt hervor. Während die linke Reformpartei AL zu Beginn der Hausbesetzerzeit zum Teil noch an den Basiskämpfen personell beteiligt war, war sie in der 87er Revolte nicht mehr als erfahrbare Kraft präsent. Selbst überrascht von der praktischen Beteiligung der Kreuzberger Bevölkerung an den Auseinandersetzungen verbotet sich für sie zunächst eine deutliche Distanzierung von den Ereignissen. (Sie wurde dann nach der Mai-Randale '89 um so kräftiger nachgeholt.) So greift sie in der Folge eher vermittelnd in die öffentlichen Diskussionen ein. Die Realität der Revolte hatte ohnehin nichts mehr mit der sozialen Realität der meisten ihrer Funktionsträger aus ihren Organisationsstrukturen zu tun.

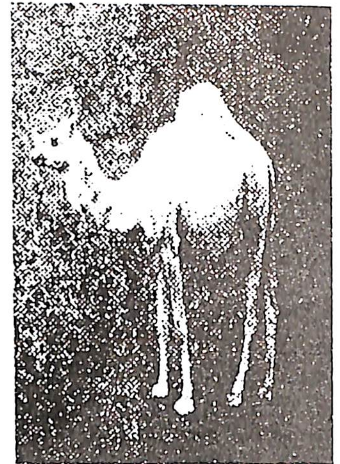


In den Nachbereitungsdiskussionen über die Bewertung des 1. Mai kam es innerhalb der Autonomen zu keiner gemeinsamen Einschätzung. Den verschiedensten Ansätzen eines vermeintlich in der Randale sichtbar gewordenen Bezugs zur Kampfkraft einer "Klasse", stand eine Orientierung gegenüber, die eher auf eine an den eigenen Bedürfnissen und Vorstellungen angelehnte weitere Organisierung abzielten. In der stark kontrovers geführten Diskussion um die Frage des "Schutzes" von sogenannten "kleinen Läden" oder sonstigen "unbeteiligten Sachen" bei Randalen konnte kein Konsens erzielt werden. Auf der einen Seite stehen die Autonomen, denen diese Fragen "nicht wichtig" waren, weil es sich dabei um immer wieder vorkommende und damit zu vernachlässigende Randerscheinungen handele, die lediglich die Diskussion darüber blockieren, wie es politisch weitergehen könne. Auf der anderen Seite stehen andere GenossInnen, die ein starkes Interesse an einer Verankerung in einem auch sozial intakten Stadtteil haben, in dem sie selber leben. Die Widersprüche verschoben sich dann noch durch das Bedürfnis von denjenigen, die auch einmal "ungezielt" und befreiend auf den Putz schlagen wollten. Hintergrund der Debatte ist die brisante Frage, ob und wie die Autonomen im Rahmen ihrer Aktionen auf der Straße Einfluß auf das laufende Geschehen nehmen sollen. Ist es für Autonome sinnvoll, ihren eigenen Subjektstatus aufzugeben, um quasi als neue 'politische Ordnungsmacht' alle ihnen destruktiv erscheinenden Momente im Wirkungsraum ihrer Aktionen zu unterbinden? Die Diskussion und mögliche Beantwortung dieser Frage rüttelt konsequent zu Ende gedacht an den Grundfesten ihres politischen Selbstverständnisses. Es geht dabei um das Prinzip der freien Selbstorganisation aller Individuen oder das Führungsprinzip der Organisierung einzelner durch andere. Nur so ist die Intensität der Auseinandersetzungen unter den Autonomen über die scheinbar banale Fragestellung "Schutz von kleinen Läden - Ja oder Nein?" verständlich. Allerdings ist der erstmals in der Diskussion benutzte Begriff des 'Reform-Autonomen' für diese notwendigen Debatten wenig brauchbar und eher eine hohle ideologische Formel, die einem Teil der Autonomen dazu dient, andere GenossInnen zu denunzieren und auszugrenzen.

Mainz bliebt meins und ich erzähl's niemandem weiter ...

Was sagt es aus, die Räumung der Mainzer Straße mit dem Begriff einer »heroischen Niederlage« der autonomen Bewegung zu bezeichnen? Wenn in diesem Begriff keine Vor- und Nachgeschichte mitgedacht wird, droht er ahistorisch zu werden, was wiederum nur die ewig sprudelnde Quelle einer unwirklichen Mythologisierung speist.

Geht man nur von dem unmittelbaren Geschehen der dreitägigen, massenhaften, für alle Beteiligten völlig überraschenden, Randale in der Mainzer Straße aus, so ist doch immerhin festzuhalten, daß sie trotz großen Polizeiterrors zu einer breiten Solidarisierung in der Stadt und zum Austritt der AL aus der Regierung geführt hat. Und darüber hinaus sollte bei aller nachfolgenden Kritik nicht vergessen werden, daß an diesen drei Novembertagen des Jahres 1990 in Berlin für



einen kurzen Moment die ungeheure Kraft einer tatkräftig und gemeinsam handelnden Bewegung zu spüren war, die sich zuvor an dem »revolutionären 1. Mai« in der Stadt gezeigt hatte, um danach (vorläufig?) wieder zu verschwinden. Aber das unmittelbare Geschehen ist ja bekanntlich immer nur die eine Seite. Werfen wir daher den Blick auf eine mögliche Vorgeschichte, die umstandslos in eine Nachgeschichte überwechselt:

Es ist zwar richtig, daß die in Friedrichshain errichteten Barrikaden im Vergleich zu den 87er Barrikadentagen der Hamburger Hafenstraße zehn mal höher waren, was jedoch auch nichts daran ändern konnte, daß die Mainzer Straße vorher nicht von den Besetzer- und UnterstützerInnen zu einem in der ganzen Stadt bekannten politischen Begriff gemacht wurde. Wenn auch vielleicht die relative Isolation der BesetzerInnen der Mainzer Straße die Vorbedingung für die ungeheure Intensität der dreitägigen aufstandsartigen Randale war, so hat sie doch damit die, vorher in diesem Zusammenhang eher schwach entwickelten, Kommunikationsnetze der Berliner Autonomen bei weitem überholt. Dieses Problem wurde nicht nur dadurch offenbar, daß die Brutalität der Mainzer-Straße-Räumung nachfolgend einen schnellen Zusammenbruch von Ansätzen einer breit getragenen Ost-Berliner Hausbesetzerbewegung bewirkte. Die Schwierigkeiten infolge überholter Kommunikationsnetze zeigen sich auch dort, wenn es in den Nachbereitungen darum geht, daß, was passiert ist, auf einen eigenen politischen Begriff zu bringen. Oder anders herum gefragt: Was soll als Erfahrung aus dem verlorengegangenen Kampf gegen die Räumung der Mainzer Straße an diejenigen vermittelt werden, die nicht bei diesem Ereignis dabei waren? Was kann daraus z.B. von zukünftigen HausbesetzerInnen gelernt werden, damit diese in Zukunft besser und schlauer handeln können? Bestand die Perspektive des Kampfes um die Verteidigung der Mainzer Straße lediglich in seiner »Militarisierung«, in der die Räumung nur deshalb nicht verhindert werden konnte, weil die Barrikaden nicht hoch und die Gräben nicht tief genug waren? Oder hätte zu einem Erfolg dieses Kampfes nicht auch die Perspektive seiner sozialen Ausweitung gehört?



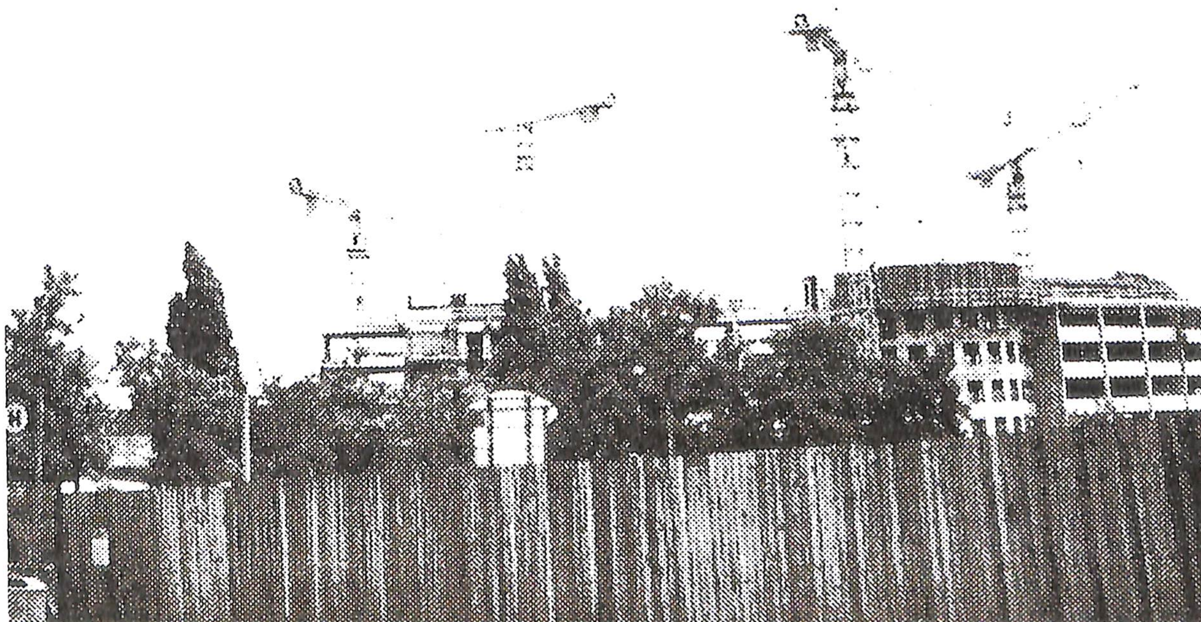
In einer nach den Ereignissen herausgegebenen »Dokumentation« finden sich zwar eine Unzahl von Presseartikeln inlcusive eigener Stellungnahmen aus den Tagen des Kampfes in Form von Presseerklärungen, Flugis etc. dokumentiert, eine eigene Ordnung, geschweige denn Analyse dieses Materialwustes fehlt. Deshalb ist es auch ratsam, vorläufig der Frage aus dem Weg zu gehen, welcher politische Zusammenhang sich bei den »Dokumentations«-LeserInnen ausgerechnet beim Betrachten von Artikeln der bürgerlichen Presse, denen doch ansonsten nicht über den Weg getraut wird, in ihren Köpfen herstellen soll. Der inhaltliche Schwerpunkt dieser Dokumentation liegt eindeutig auf dem, für die bürgerlichen Medien von den HausbesetzerInnen ausgehende, faszinierende Gewaltgeschehen, welches wiederum von den Besetzer- und UnterstützerInnen in ihren Verlautbarungen den Bullen in die Schuhe geschoben wird. So nimmt es auch nicht wunder, daß in dieser Dokumentation ein zu einem frühen Zeitpunkt für die politische Nachbereitung der Herrschenden richtungsweisender Kommentar der Berliner Morgenpost vom 14.11.90, unter dem Titel: »Gegen Gewalt, für das Recht«, schlicht vergessen wurde. Da die Mainzer Straße die Stadt Berlin, kurz vor der anstehenden Hauptstadtentscheidung des Bundestages, »im übrigen Deutschland in ein Licht (rücke), das sie sich keineswegs wünschen kann«, wurde eine schnelle Räumung gefordert. Insofern erfüllte die mit einem notstandsähnlichen Bulleneinsatz am gleichen Tag durchgeführte Räumung ihren Zweck. es war ein präventives Signal, welches allen Menschen in der neuen Megametropole Berlin klarmachen sollte, was ihnen blühen kann, wenn sie sich den in näch-

sten Jahren in großem Ausmaß anstehenden Umstrukturierungen organisiert entgegenstellen.

Eingedenk dessen, daß die Mainzer Straße in den Köpfen derjenigen, die sie so lange großartig zu verteidigen wußten, mehr war, als das bloße Abwehren brutaler Bullenangriffe, ist es schade, daß mit jener besagten Dokumentation dieses »mehr«, im Sinne einer Kritik herrschender Verhältnisse, so wenig zur Spache gebracht wurde. Dabei ist das verlorengegangene »Anti-Hauptstadtargument« nur ein Beispiel neben anderen. Das Entwerfen und Besetzen politischer Begriffe verleiht für die Zukunft Definitionsmacht gegenüber der abgelehnten Realität; eine Chance, die trotzallem notwendigen Kampfgetümmel nicht leichtfertig aus der Hand gegeben werden sollte, und von der vorher niemand weiß, wer sie später aufgreifen wird. Andernfalls besteht die deprimierende Gleichung in der Nachbereitung (nicht nur) zur Mainzer-Straße in der schlichten Tatsache, daß, wenn wir nicht sprechen (können), die Herrschenden sprechen.

In diesem Sinne ist immer wieder danach zu fragen, wie die öffentlichen Orte dafür zu benutzen sind, diese und andere Einschätzungen, die ja zugleich auch Ausdruck unterschiedlicher Realitätswahrnehmungen sind, als verschiedene Standpunkte in einer Diskussion aufeinanderprallen zu lassen. Derartige Orte wären als bedeutungsvolle Momente der kollektiven Realitätswahrnehmung zu begreifen, die nicht einfach unter Hinweis auf den staatlichen Repressionsdruck aufgegeben werden können. Deshalb wäre auch zu fragen, wie es möglich sein kann, ein gewisses, zu Beginn der 80er Jahre vielleicht notwendiges anti-reflexives Moment, in dem was Autonome in den 90er Jahren denken und tun, abzustreifen.

Und an Personen, die meinen von ihren Problemen in unsäglichen Begriffen wie z.B. dem einer »Krise ihrer linken Identität« sprechen zu müssen, bleibt immer noch die Gegenfrage zu stellen, ob sie sicher sind, jemals eine solche besessen zu haben. Es ist dabei an die Erkenntnis des guten Hegel zu erinnern, daß es in einer bürgerlichen Gesellschaft eine Identität mit sich selber immer nur im Totenbett geben kann, was nicht immer auch ein Grund zur Trauer sein muß: Wer sagt denn, das sich in der Zukunft nicht aus den Grabsteinen toter linker Organisationen gute Pfastersteine machen lassen?



Die Menschen in der Hamburger Hafenstraße haben vielleicht einen Schutzengel. Und der hat wieder zugeschlagen: Zum dritten Mal in ihrer 1981 begonnenen Geschichte rückt eine drohende Räumung der Hafenstraße in unmittelbare Nähe zu einer Hamburger Bürgerschaftswahl. Und eine Räumung im oder im Anschluß an den Wahlkampf verbietet sich der ansonsten räumungswilligen Sozialdemokratie wie bereits 1982 und 1986/87. Polizeiaufmärsche sind unpopulär, die (von der Hamburger SPD ungeliebte, aber notgedrungen einkalkulierte) Rot-Grün-Option wäre schwer gestört, das Augenmerk der Öffentlichkeit läge nicht mehr auf dem bisher verfolgten, leisen und technokratischen »rechtsstaatlichen« Räumungsweg, sondern auf großen Bumm-bumm-Aktionen.



aus: Ökolinx Nr. 11

Hafenstraße – vom Wehrdorf zum Heimatdorf?

von Justus

Verursacht hat diese Situation das überraschende Urteil des Hamburger Landesverfassungsgerichtes, die Hamburger Bürgerschaftswahl von 1991 wegen undemokratischer KandidatInnen-Aufstellung in der CDU für ungültig zu erklären. Bei der für Ende September anstehenden Neuwahl könnte nun der Punkt »Hafenstraße« in anschließenden den rot-grünen Koalitionsverhandlungen zu *dem* entscheidenden Knackepunkt werden. Voraussetzung: Hamburgs realpolitisch gewendete Grüne, die gerne über alles verhandeln, um nichts zu bekommen (außer Posten) bleiben wenigstens an dieser Frage hart. Problem: Auf nichts hat die SPD sich so festgelegt, wie auf die Hafenstraßen-Räumung. Zumindest Zeitaufschub für die Hafenstraße wird bei dem ganzen Theater wohl rauskommen.

Dabei hatte es diesmal für den Hamburger Senat recht verheißungsvoll begonnen. Dogmatik war angesagt. *»Hafenstraße hau wech«* stand auf T-Shirts in der Bürgerschaftssitzung. Die Räumung war für Ende 1993/Anfang 1994, also mitten in der Wahlperiode und damit weit weg von Zwängen zu taktischer Rücksichtnahme, geplant. Die Entwicklungen der letzten Monate hatten dies zumindest stark wahrscheinlich gemacht:

Recht spät war die Hafenstraße, während ihr Kündigungsprozeß bereits seit Monaten vor dem Hamburger Oberlandesgericht zum Rechtsentscheid dahinschmorte, mit einem »Baukonzept« an die Öffentlichkeit getreten. Am 24. März 1993 wurde auf einer Pressekonferenz, nach Vordiskussionen im Stadtteil St. Pauli, das Konzept präsentiert, welches einen Neubau auf dem brachliegenden, ehemaligen »Bauwagenplatz« direkt neben den Häusern vorsah. In den Neubau soll neben Wohnraum für ca. 80 Menschen eine Stadtteilhalle, eine Stadtteilkantine, ein Badehaus, Werkstätten und soziale Einrichten. Zukünftiger Träger des Baus wie auch der übrigen Hafenstraßen-Häuser, die sich zur Zeit im Besitz der stadteigenen Abrißgesellschaft *Hafenrand GmbH* befinden, soll eine neugegründete *Genossenschaft St. Pauli Hafenstraße* sein. Die bestehenden Häuser wären auf diese von der Stadt zu übereignen.

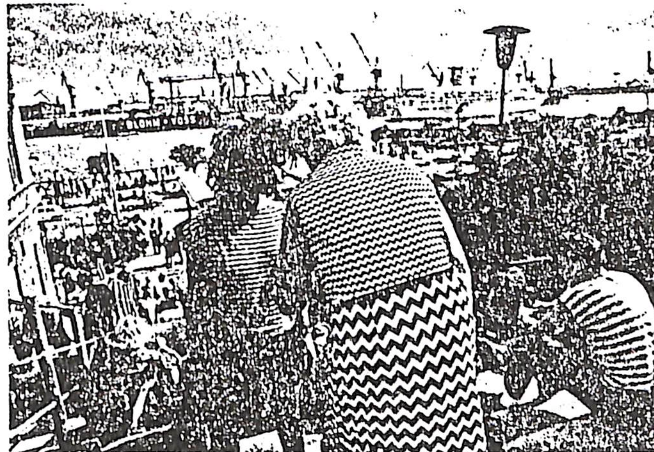
In Form eines »Fern-Dialogs« erfolgten nun in den anschließenden Wochen die Reaktionen und Gegenreaktionen von Senat und Hafenstraße. Man kommunizierte durch das Schaffen von Fakten: Auf die pressewirksame Veröffentlichung des »Baukonzepts«, selbst vom Hamburger Abendblatt als *»geradezu modellhaft«* gelobt, antwortete der Senat bereits sechs Tage später eindeutig und knallhart: Am 30. März beschloß er den Bebauungsplan »St. Pauli 35«. Wesentlicher Inhalt: Abriß der Hafenstraßenhäuser und Neubau

von ca. 200 Sozialwohnungen.

Damit hatte der Senat die geäußerten Wünsche nach Mitgestaltung (Zitat Baukonzept: *»weil wir diesen Stadtteil und diese Stadt entwickeln wollen«)* abgelehnt und die Konfrontation auf seine klassische Propaganda-Kampflinie gebracht: Sozialer Wohnraum bzw. Sozialeinrichtungen gegen sogenannte Alternativprojekte. Diese Linie war bereits bei der brutalen Räumung und anschließenden Bebauung des Parks neben der *Roten Flora* (Sommer 91), bei der Rechtfertigung des Abrisses der in Nachbarschaft zur Hafenstraße befindlichen Pinnasberg-Häuser (Sommer 92, zahlreiche Initiativgruppen waren interessiert an der Nutzung) und bei den Verhandlungen über den Weiterbestand der *Roten Flora* (Ende 92/Anf. 93) gefahren worden. Message des Senats: Sozial sind wir selber.

Während die Hafenstraße nunmehr in einem ProminentInnen-Unterstützungsbrief an Bürgermeister Voscherau und Stadtentwicklungssenatorin Traute Müller die Verabschiedung des Bebauungsplans als *»unverständlich und zynisch«* bewertete und für den 26. April 1993 zu einer Genossenschaftsgründung in das von Corny Littmann zur Verfügung gestellte *Tivoli* auf der Reeperbahn einlud, wurde bereits der nächste Schlag vorbereitet: Das bislang in Tiefschlaf versunkene Oberlandesgericht erwachte und verkündete am 20. April ohne jede Vorankündigung gegenüber den Anwälten seinen Rechtsentscheid: Die BewohnerInnen könnten sich nicht auf den Kündigungsschutz des sozialen Mietrechts berufen. Obwohl sie von dem *Verein Hafenstraße* als UntermieterInnen gemietet hatten, könnten sie, da der Hauptmietvertrag *(Verein – Hafenstraße GmbH)* erloschen ist, wie jede/r WG-BewohnerIn rausgeworfen werden.

Damit können die Kammern des Landgerichtes nun gandistische Rechtfertigung mit sozialen Wohnungsbaunotwendigkeiten und ständig erinnernder Hinweis an den





Die Woche produzierte als Bildunterschrift das Klischee: »Zwei Welten«. Was wirklich geschah, erzählt die Fotografin: Alte Frau (Hafenstraßennachbarin) fragt beim Hafenstraßenfest: *»Krieg ich Eure Pfandflaschen?«* Junge Frau sagt: *»Ja, klar!«*. Fotos: Marily Stroux

die dort vorliegenden Kündigungen der *Hafenrand GmbH* gegenüber den BewohnerInnen durchentscheiden: Mit Räumungsurteilen und entsprechenden Räumungsfristen bis ca. Ende 1993 (Voraussetzung: Weiterzahlung der Miete als Nutzungsentschädigung, sonst eher!) ist nun zu rechnen.

Damit hat der Senat beide Pfeiler seiner Räumungsstrategie hochgezogen: Rechtsstaatlich einwandfreier Hintergrund der polizeilich gestützten Räumung, propa-

»jahrelangen rechtsfreien Raum Hafenstraße«, »Terroraktivitäten«, »letztes Wahlversprechen: Räumung« etc.

Die Hafenstraße hat davon äußerlich unbeeindruckt unter Beteiligung von ca. 350 Menschen am 26. April die *Genossenschaft St. Pauli Hafenstraße* gegründet. Eine Diskussion über den Sinn und Zweck der Genossenschaft und über die eigentliche Kernfrage, ob die Gründung einer Genossenschaft ein taugliches Instrument, eine taugliche Antwort auf die beschriebene Räumungsstrategie des Senats ist, fand nicht statt.

Gleich zu Anfang unterbreiteten Vertreterinnen der Hafenstraße dem verblüfften Publikum die Namen und Funktionen der für den Vorstand und Aufsichtsrat der Genossenschaft vorgesehenen Personen (zusammengesetzt aus der benachbarten Schule, der Hafenstraße selbst, der Taxigenossenschaft *das Taxi*, der GAL und einem Pastor). In zwei Schnellabstimmungen *(»Ist jemand dagegen?«)* wurden die Vorgeschlagenen unter kraftvollem Applaus gewählt. Besonders interessante Spitze für die Zukunft: Im Aufsichtsrat sitzt nun auch die Bürgerschaftabgeordnete der Hamburger Grünen (GAL) Anna Bruns (Sachgebiet: »Sozialpolitik«).

»Über unser Demokratieverständnis können wir ja nachher diskutieren«, hatte eine Hafenstraßen-Vertreterin, ob des leicht erstaunten Zögerns des Publikums angesichts der festgezurrten Marschrichtung, angemerkt. Diese Diskussion erübrigte sich, die meisten gingen dann doch begeistert mit. Unbehagen verblieb nur bei einigen langjährigen AktivistInnen. Das Diskussionsverständnis der Herrschenden, bereits im kleinen Kreis gefällte Entscheidungen von einer eingestimmten Menge sanktionieren zu lassen, hat sich damit leider bis in die Strukturen der Hafenstraßen-SympathisantInnen eingeschlichen. Die ursprüngliche Stärke des Prinzips »Offenes Plenum«, offene, ideenreiche Diskussion, mit allseits akzeptiertem Ende, Raum für Bedenken eröffnen, usw., wurde geopfert. Dies paßt in die Gesamtentwicklung.

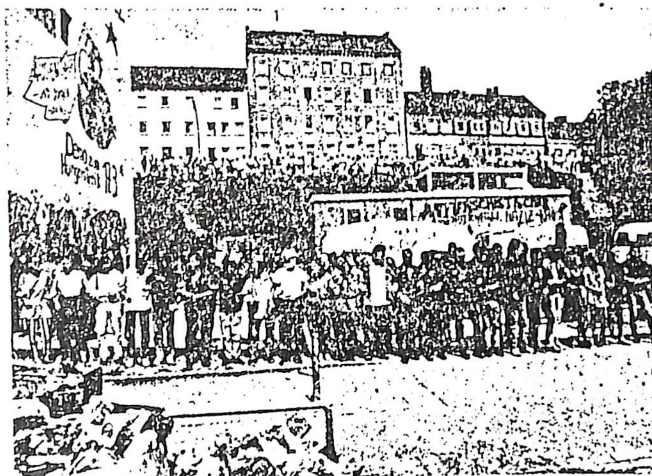
Der jetzige Gegenzug der Hafenstraße, der sich im Moment in der Genossenschaftsgründung zu Verwirklichung des Baukonzeptes alleinig kristallisiert, erklärt sich aus der

seit knapp zwei Jahren eingeschlagenen Orientierung auf die Verankerung im Stadtteil St. Pauli: Markiert ist diese Umorientierung vom Auslaufen des *Initiativkreises Hafenstraße* (Ende 1991) und der Neugründung des *Hafenrand-Verein für selbstbestimmtes Leben und Wohnen in St. Pauli e.V.* (Herbst 1991). Hier wurde vor allem eine Zusammenarbeit mit der benachbarten Schule, den Initiativen für eine alternative Nutzung der Pinnasberg-Häuser und mit den Menschen im Stadtteil angestrebt. Damit war eine Wegentwicklung von der eher allgemeinpolitischen Arbeit des Initiativkreises (Flüchtlinge, politische Gefangene, allgemeine Politikentwicklung in Hamburg als Themen), der immer versucht hatte, die Diskussion über große inhaltliche Zusammenhänge mit dem Thema Hafenstraße zu verbinden, eingeleitet. Aktivitäten, wie das von der Hafenstraße initiierte Musik-Festival »Viva St. Pauli« mündeten in der gleichen Richtung.

Diese Umorientierung erklärt sich einerseits aus veränderten Bedürfnissen der BewohnerInnen der Hafenstraße (mehr Kontakte zu Menschen im Stadtteil, viele haben Kinder bekommen, Konsolidierung der BewohnerInnen-Struktur etc.). Das ist nicht nur nachvollziehbar, sondern völlig ok. Andererseits aber scheint die Einbettung in den Stadtteil auch für eine Art Schutz und politisches Konzept gehalten zu werden. Die Thematisierung der Umstrukturierung St. Paulis zum reinen Geschäfts- und Amüsierviertel auf Kosten der überwiegend armen Wohnbevölkerung soll verbindendes Element der Gegenwehr sein, gekoppelt mit einem recht heimatverbundenen Unterton »wir gemeinsam in St. Pauli«. Motto: Sie räumen nicht nur uns, sondern Euch (bald) auch.

Ob diese Verankerung gelungen ist, wird von verschiedenen im Stadtteil arbeitenden Leute bezweifelt, die zwar die Nachbarschaftskontakte loben, aber das unmittelbare Interesse der Mehrheit der St. Paulianer für die Hafenstraße eher gegen Null gehend einschätzen. Dieser reduzierte Ansatz greift auch angesichts der Deutlichkeit, mit der die Hamburger Sozialdemokratie ihre Räumungspläne verfolgt, bei weitem zu kurz. Er endet in hoffnungsfroher Hilfslosigkeit. Gleichzeitig wird der Verlust der Verbindung zu dem Teil der politischen Linken in Hamburg und der BRD in Kauf genommen, der letztendlich Rückgrat dessen war, was 1987 »Verteidigungsbereitschaft« hieß.





1987: Ein städtisches Vertragsangebot führt vorübergehend zum Abbau von Barrikaden (oben).
1989: FreundInnen der Hafenstraße nach einem schwerbewaffneten Überfall von 3.000 Bullen und BGSlern. Fotos: Günter Zint/Pan-Foto

Extrem kennzeichnend dafür waren die Redebeiträge, die auf der Gründungsveranstaltung der Genossenschaft gehalten wurden: Lediglich zwei gewerkschaftlich organisierte Menschen (aus GEW und IG Medien) stellten sich der Gefahr der Räumung und dem Problem der unzureichenden Mobilisierung durch eine Genossenschaftsgründung. Sie forderten Diskussionen über konkrete Formen der Gegenwehr. Der Eintritt in die Genossenschaft sei Übernahme von Verantwortung und nicht nur das Zahlen von 100 DM (Anteilskauf), wer Mitglied werde, müsse auch im Fall der Räumung den Baggern gegenüberstehen.

Die ganz überwiegende Zahl der Beiträge drückte die Hoffnung auf ein Umdenken des Hamburger Senats aus. Voscherau habe sich ohne Diskussion festgelegt und mit niemandem geredet, wurde beklagt; Adrienne Göhler (Präsidentin der Hochschule für Bildende Kunst) forderte *»mehr Einzelbriefe an den Bürgermeister«* zu schreiben; ein »Baustopp für eine Warteschleife, um zu Diskussionen zu kommen« wurde verlangt; die Beteiligung von BewohnerInnen besetzter Häuser an Alternativplanungen in Berlin und Freiburg wurde lobend als angestrebtes Vorbild zitiert; und ein Vertreter der alternativen Taxigenossenschaft brachte die Sache auf den Punkt: *»Wenn man mitwirtschaftet, kann man nicht kriminalisiert werden.«*

Die Sache kippt und sie kippt gründlich. Der Hunger nach anerkannter Mitgestaltung des Stadtteils ist groß. Mensch hat gute und vernünftige Pläne, wieso sollten die da oben das nicht kapieren? Die Antwort liegt nahe und ist doch im Moment so weit von den handelnden Akteuren entfernt: Die Räumung der Hafenstraße ist dogmatische Essenz sozialdemokratischer Law-and-order-Politik, ist geschworenes Versprechen *(hä? d. Tipp.)* für die dumpfdrögen Bezirksmilieus kleingärtnerischer SPD-Ortsvereine. Die Bindung dieses nach rechts schielenden Wählerpotentials (mensch denke an die direkte, scharenweise Wählerwanderung von der SPD zu den REPS bei der hessischen Kommunalwahl) ist Überlebensfrage für die

Hamburger SPD und zugleich Demonstration ihres Politikverständnisses: Wir reagieren nur auf Druck.

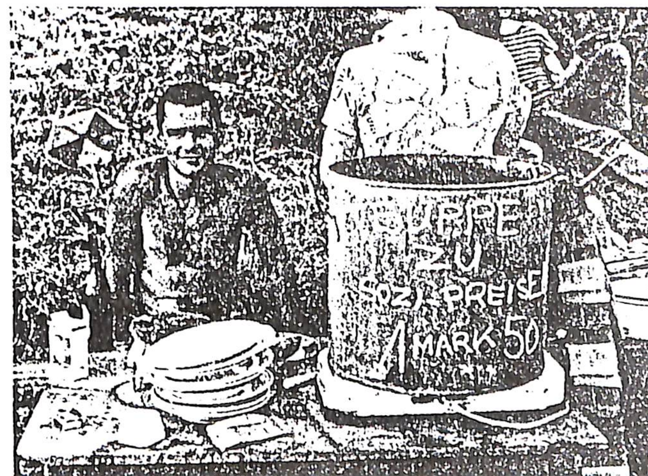
Wer glaubt, dieses Potential durch Überzeugung für Hafenstraße gewinnen, in Gesprächen überzeugen zu können, hat nichts von der Funktionsweise technokratischen SPD-Umgangs mit Minderheiten verstanden und hat keine Lehren aus dem Vertragsschluß von 1987 gezogen. Flüchtlinge in den Tod abschieben, Obdachlosigkeit dulden und verursachen, Wirtschaftsförderung um jeden Preis – Kernpunkte Hamburger Stadtpolitik –, von wem wird da eigentlich Umdenken erwartet?

Die schüchternen Hinweise auf das Scheitern des Instrumentes »Runder Tisch« bei den Verhandlungen um die *Rote Flora*, vorgebracht von Leuten aus diesem Zentrum, verhallten auf der Veranstaltung leider ungehört. In jenem Fall hatte Traute Müller (Stadtentwicklung) erfolgreich Verhandlungsbereitschaft vorgetäuscht: Die *Rote Flora* sollte allerdings ca. 2/3 ihres Raumes für eine zwangsintegierte Kindertagesstätte opfern; bei Nicht-Akzeptanz: Räumung der *Flora*, alternative Lösungsmodelle wurden schein-geprüft und verworfen; am Ende Räumung in Aussicht gestellt. Die vorausbestimmte Rechtfertigung der Räumung nennt man sowas.

Es steht zu befürchten, daß die Hafenstraße mit ihrer vollen Orientierung auf das Genossenschafts- und Baumodell in die gleiche Falle tappt. Indiz dafür ist die unkritische Belobigung von Hafensträßlern auf die Modelle »Berlin« und »Freiburg«. Gerade dort hatte die Teilung zwischen guten (verhandeln, machen Kompromisse, dürfen wohnen) und schlechten (beteiligen sich unzureichend, werden geräumt) Hausbesetzern hervorragend geklappt. In beiden Städten gelang es, die Zahl der selbstverwalteten Häuser und Zentren auf ein Drittel runterzuräumen und zwar mit Billigung der ganz überwiegenden Stimmungslage in der Bevölkerung, weil die Stadtregierungen sich »sozial« gezeigt hatten.

Zu sehr wird in der gegenwärtigen Diskussion zudem die politische Rechtsentwicklung in Hamburg, wie in der gesamten BRD vernachlässigt. Die Frage, ob die gegenwärtige Herausbildung des »bleiernen Konsenses« (Fehlen nennenswerter Opposition) für Kriegseinsätze, Marktwirtschaft, Abschaffung des sozialen Netzes, Abschottung der BRD bei gleichzeitiger Hegemonie in Europa überhaupt Ansätze wie Hafenstraße zulassen will, und welche Strategien der Gegenwehr notwendig wären, läßt der auf St. Pauli reduzierte Horizont nicht zu. Die Hoffnung auf einen gleichberechtigten Dialog ist trügerisch. Sie adelt mehr den Dialogpartner, als den eigenen Absichten zu nutzen. Genossenschaft als Konzept zur Verhinderung der Räumung der Hafenstraße ist viel zu wenig.





Nachbarn der Hafenstraße 1987. Wenn nicht gerade ein Polizeiüberfall droht, ist die Stimmung gelassen. Politischer Widerstand und Bürgerschaftswahlen verhindern die Räumung.
Fotos: Günter Zint/Pan-Foto

Verhandlungsbereitschaft der SPD will erzwungen sein auf der Grundlage eines Rückhaltes bei vielen Menschen in der BRD und in Hamburg, die gemeinsame politische Essentials verbinden. Hafenstraße muß Signal gegen herrschende Politik sein und nicht für den besseren Bauvorschlag. Dabei wird es wahrscheinlich auch nichts nutzen, wenn die Frage des Weiterbestandes der Hafenstraße nach den kommenden Hamburger Bürgerschaftswahlen (Ende September 1993) Gegenstand rot-grüner Verhandlungen wird. Die Nachricht von Voscherau war deutlich: *»Die SPD kann nicht zum dritten Mal ihre Linie ändern«* (Hamburger Abendblatt vom 7.5.1993). Alle führenden Hamburger Sozialdemokraten (Fraktions-Chef Elste, Innensenator Hackmann) sind profilierte Hafenstraßen-Gegner und haben, wie auch Voscherau jüngst, ihre Posten mit dem Verbleib beim Räumungsbeschluß verknüpft (Abendblatt vom 30.4.1993). Dann werden sich die Hamburger Grünen wohl beugen müssen, es wäre nicht das erste Mal, oder die FDP hilft aus der Klemme.

Solange in der Stadt keine politische Stimmung für den Weiterbestand der Hafenstraße geschaffen wird, solange die Stimmung nicht von »Hafenstraße – naja« wieder auf »Hafenstraße – viel gut« gewendet wird, wird der Zeitaufschub durch die Wahlphase kurz und der Widerstand – nicht nur der Grünen – weich sein. ■

[1] **Justus** (Pseudonym) ist Mitglied der *AL Hamburg* und war im *Initiativkreis Hafenstraße*, solange es ihn gab.

Wagenburg „Bambule“

Nach der Straßenschlacht im Hamburger Karolinenviertel

aus: junge Welt, 8.12.1994

Nach der Straßenschlacht im Hamburger Karolinenviertel in der Nacht vom 1. zum 2. Dezember ist nun auch die Justiz aktiv geworden. Oberstaatsanwalt Rüdiger Bagger teilte gestern mit, er prüfe, ob es gegen die Polizeiführung einen Verdacht wegen Strafvereitelung im Amt gebe. Außerdem seien gegen – bisher unbekannte – »Teilnehmer an den Ausschreitungen« Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Von Sachbeschädigungen bis zu versuchten Tötungen reichen die Vorwürfe.

In der Nacht selbst hatte sich im »Karo-Viertel« ein ungewohntes Bild geboten: Barrikaden auf den Straßen, vermummte Grüppchen in den diversen Hauseingängen, Hinterhöfen und kleinen Seitenstraßen. Über einige Stunden war es der offenbar völlig überraschten Polizei nicht gelungen, die brennenden Barrikaden abzuräumen. Immer wieder mußte sie sich im Stein- und Flaschenhagel zurückziehen. Am Morgen des 2. Dezember meldete die Pressestelle der Hamburger Polizei zwar 22 verletzte Polizisten, aber keine einzige Festnahme.

Anlaß der nächtlichen Auseinandersetzungen war die drohende Räumung eines Bauwagenplatzes gewesen. Die Wagenburg »Bambule« steht dort seit einem Jahr auf einer Freifläche, die von städtischer Seite seit kurzem als Gartenfläche ausgewiesen ist. Seitdem BewohnerInnen dort ihre Bauwagen aufgestellt haben, versucht das zuständige Bezirksamt Mitte, sie wieder von dem Platz zu vertreiben. Nach langem juristischen Hin und Her bestätigte das Hamburger Oberverwaltungsgericht Mitte letzte Woche die Räumungsverfügung. Die BewohnerInnen der Bauwagen beschlossen daraufhin, nicht auf die Polizei zu warten, sondern den Zeitpunkt und die Art der Auseinandersetzung selbst zu bestimmen. Nach einem öffentlichen Plenum wurde mit dem Bau der Barrikaden rund um den Bauwagenplatz begonnen.

Aus der Sicht der BauwagenbewohnerInnen war die nächtliche Auseinandersetzung ein voller Erfolg: Entgegen den Berichten der Boulevardpresse kam es in der Nacht zu keinen gewalttätigen Exzessen. Sowohl die parkenden Autos der AnwohnerInnen als auch die Geschäfte wurden bis auf wenige Ausnahmen nicht beschädigt. Der amburger Innensenator Wrocklage kam nachts ins Karolinenviertel, um zu verhandeln und verteidigte gestern diese ungewöhnliche Maßnahme. Die Bauwagen stehen immer noch an ihrem Platz.

Seit Ende der 80er Jahre ließen sich in den Groß- und Mittelstädten immer wieder Wagenburgen auf städtischen und privaten Freiflächen nieder. Die BewohnerInnen begreifen ihr Leben im Bauwagen nicht nur als Möglichkeit, trotz horrender Mieten innenstadtnah zu wohnen und gleichzeitig »andere« Lebensformen zu verwirklichen. In den meisten Fällen mußten sie nach kürzerer oder längerer Zeit ihre Plätze wieder räumen oder wurden polizeilich geräumt.

Als rechtliche Grundlage für die Räumungen wird vielerorts die angebliche Nichteinhaltung hygienischer Auflagen angeführt, die in Hamburg im Wohnwagengesetz zusammengefaßt sind. Seit 1959 verbietet es das Wohnen in Wagen.

Das Gesetz bietet den Bezirken allerdings nicht nur die Handhabe zur Räumung,sondern auch Spielräume, innerhalb derer sie Bauwagenplätze dulden können.

Im Hamburger Karolinenviertel haben die BewohnerInnen der Bauwagen jedoch schlechte Karten. Sie fallen in den Zuständigkeitsbereich des Bezirksamts Mitte, und das ist für seine harte Linie im Umgang mit ungeliebten Minderheiten bekannt. 1992 ließ es beispielsweise mit einem massiven Polizeieinsatz die Bauwagen räumen, die in der Hafenstraße auf einer Freifläche zwischen zwei Häusern standen. Die Räumung gegen die BewohnerInnen des Bauwagenplatzes »Bambule« wurde verfügt, ohne auf eines der diversen Gespächsangebote der BewohnerInnen einzugehen.

Offensichtlich war eine nächtliche Straßenschlacht nötig, um die Behörde an den Verhandlungstisch zu holen, denn danachgab es am vergangenen Sonntag zum ersten Mal Gespräche zwischen der Stadtentwicklungsbehörde (Steb) und den BauwagenbewohnerInnen. Ein Ergebnis steht bisher noch nicht fest, aber nach Auskunft des Steb-Sprechers Meier werden »die Gespräche fortgesetzt«. Gegenüber der *jW* erklärten die BauwagenbewohnerInnen, daß es von Seiten der Behörde eine Zusage gebe, die Räumung bis auf weiteres auszusetzen. Das wollte die Steb zwar nicht bestätigen, da letztendlich der Bezirk über die Räumung entscheiden muß, sie hält esaber auch im Augenblick fürnicht vorstellbar, »daß eine Räumung politisch gewollt ist«.

Die Chancen der Wagenburg »Bambule«, ihre Forderung nach Erhalt des Bauwagenplatzes durchzusetzen, stehen im Moment also besser als noch vor einer Woche. Hinzu kommt, daß sie trotz der Auseinandersetzung auf eine relativ breite Unterstützung der Bevölkerung des Karolinenviertels zurückgreifen kann. Nur wenige wollen verstehen, warum die Bauwagen, die auf der Freifläche niemanden stören, aufgrund eines den aktuellen Verhältnissen völlig inadäquaten Gesetzes von 1959 weichen sollen.

Sebastian Haunss, Hamburg

Greifswald

Sechszehn Zahnbürsten

aus: junge Welt, 21.10.94

Die Wäsche ist naß geworden. Traurig hängen Handtücher und Pullis im Nieselregen. Der Hof ist blankgescheuert von der Nässe. Tische und Stühle stehen feucht und vereinsamt zwischen den buntbemalten Hauswänden. Alles ist zu, keiner scheint da zu sein. Irgendwo im Haus bellt ein Hund. Wir klopfen und rufen. Endlich knirscht es an der Tür. Basti öffnet uns. Auf dem Arm trägt er seinen kleinen Jungen. »Die anderen sind unterwegs. Ihr habt Glück, daß ich *noch da bin*«, begrüßt uns Basti. Jaqueline, die wir gerne kennenlernen wollen, ist mit den Leuten ins Krankenhaus gefahren. Eine Freundin zu besuchen, die dort liegt. Erst gegen Abend werden sie wieder da sein. Basti zeigt uns den Veranstaltungsraum des Alternativen Jugendzentrums. Eine Band soll heute abend hier spielen. Vorher will Basti in die Baderstraße. Dort gibt es ebenfalls ein besetztes Haus. »Die haben mehr Schwierigkeiten als wir«, bemerkt Basti und weckt unsere Neugier.

Er hat nichts dagegen, daß wir ihn in die Baderstraße begleiten. Hallo Ballo kommt Basti abholen. Der setzt sich Klein-Walli auf die Schultern. Wir ziehen los. Hallo Ballo schiebt sein Rad. Eine Erkältung hat ihn schwer erwischt. Er kann kaum reden und hustet ständig. Eigentlich gehört er ins Bett, aber Hallo Ballo zieht seine Wollmütze tiefer in die Stirn und schiebt geduldig sein Rad durch den Regen. Basti erzählt: »Seit 1991 leben wir hier. Die Stadt hatte nichts dagegen, daß wir das Haus ausbauen, ein Jugendzentrum einrichten. Doch die Eigentumsverhältnisse sind ungeklärt. Die Alteigentümerin will 300000 haben. Sie würde es gern an die Stadt verkaufen.« Am Karl-Marx-Platz Nummer 19 wohnen 16 Jugendliche. Viele von ihnen kommen aus dem »Ghetto«, dem Greifswalder Neubaugebiet. Seit ihrer Kinderzeit haben sie davon geträumt, in der Altstadt zu leben.

Basti ist ein stiller, besonnener junger Mann. Seine Worte wählt er mit Bedacht. 25 Jahre ist er alt, arbeitslos. An die Zukunft will er nicht den-

ken. Auf seinen Schultern zappelt Walli, zerrt an Bastis Kapuze. Der kleine Kerl erinnert ihn daran, daß es eine Zukunft gibt. Und davor hat sein Vater Angst. Was wird, wenn der Junge älter ist, zur Schule geht, mit anderen Kindern Kontakt bekommt? Wird er sich wehren können, sich behaupten können? Was wird, wenn der Junge die Insel verläßt, die sein Vater ihm bastelt? »Ich habe doch real keine Möglichkeit, so zu leben wie ich will. Deshalb habe ich mir eine Oase geschaffen«. Bastis Traum ist ein uralter Wunsch. Miteinander leben, die Welt genießen wie sie ist, ohne Scheinheiligkeit, ohne Gier nach Geld. Abends beieinander sitzen, reden, lachen, malen, singen. Nicht alleinsein, in die Glotze starren oder mit maskenhaften Gesichtern in schrillen Discotheken rumhängen. Menschliche Wärme tanken, Freunde haben und Freunde genießen. Nur nichts verstecken müssen, sondern lauthals lachen, wenn man will, traurig sein und weinen, wenn einem danach ist. Doch Basti weiß, daß an den Ufern seiner Insel auch sein Traum endet. »Ich glaube, daß ich draußen gar nicht mehr zurechtkommen würde.«

Basti und seine Freunde haben sich ausgegrenzt. Anfangs unbewußt, heute vielleicht bewußter, aber voller Hoffnungen. »Wir wollen«, beschreibt er lächelnd, »daß alle Leute sehen wie wir leben. Wie glücklich wir leben. Nachahmer sollen sich finden. In der Stadt Greifswald und vielleicht woanders.« Basti streicht seine verrutschte Kapuze gerade, sein Haar ist kurzgeschoren. Er erinnert ein wenig an die Anhänger Hare Krishnas. Doch von allen Religionsideen interessiert ihn nur ein wenig der Buddhismus und dessen Menschlichkeit. Basti zündet sich eine Zigarette an. Walli pustet neugierig in den dünnen Rauchfaden.

Der Regen hat nachgelassen. Wir laufen an der Greifswalder Universität vorbei, biegen in die Baderstraße ein. Weit und breit kein Anzeichen für ein besetztes Haus. Hallo Ballo lächelt. Sein Zuhause ist ein schlichtes Gebäude. Unbemalt, unverschlossen, ein Haus wie jedes andere. In der Baderstraße Nummer 11 leben 21 Leute. In ehemaligen Büros haben sich die Jugendlichen eingenistet. Die Schreibtische und Karteikästen stapeln sich ausrangiert auf dem Flur. Basti fühlt sich auch hier heimisch. Walli stürmt los, pocht an Türen. In der Küche wird Tee gekocht. Zwei Mädchen laden uns in ihr Zimmer ein. Klassische Musik läuft. Wir hocken auf dem Boden. Ein Hund streicht um unsere Knie. Es ist warm. Die Mädchen sind gerade 16 Jahre alt. Seit dem Sommer wohnen sie hier. Zurückhaltend, fast schüchtern sitzen sie da. Die Arme um die Knie geschlungen. Auch sie kommen aus dem Neubaugebiet. Die Schulmädchen sind weg von dort, und sie werden ihre Gründe dafür haben.

Basti schlürft seinen Tee, Walli beobachtet die kleine, weiße Ratte, die mit schwarzen Knopfaugen vom Schrank hinunterschaut. »Wir haben mit dem Jugendamt verhandelt, um Mietverträge zu erhalten. Doch mit dem neuen Jugendamtsleiter Scheer begannen die Querelen. Er stellte sich gegen Hausbesetzung und kündigte disziplinarische Maßnahmen an. Er betreibt nichts weiter als ein Machtspiel. Er will die jungen Leute raus haben aus den Häusern, will betreutes Jugendwohnen in Heimatmosphäre. Er will die direkte Kontrolle.«

Basti hofft auf eine Einigung. Zu Seite steht den Jugendlichen vom Karl-Marx-Platz und aus der Baderstraße ein ehemaliger Jura-Student, der mit der Stadt verhandelt. »Wir wollen«, so Basti, »auf juristischem, auf legalem Wege um unser Zuhause streiten. Wenn wir diesen Streit verlieren, dann müssen sie uns hier raustragen.« Es ist still geworden in dem kleinen Zimmer. Zigarettenrauch hängt unter der Decke. Alle wissen, daß sie jeden Tag geräumt werden können. Walli kreischt. Die Ratte hat sich auf seine Schultern gesetzt. Basti nimmt das kleine Tier weg, tröstet den Jungen. Walli schreit wie am Spieß. Die Ratte ist noch erschrockener als er. Auf dem Flur wird es laut. Ein paar Jugendliche sind eingetroffen. Nicht alle kommen aus Greifswald, und nicht alle wohnen hier. In der Küche stehen sie und plaudern. Einige wollen heute noch zum Konzert kommen. Irgendwann gegen zehn. Wir gehen schon vor. Inzwischen müßten Jaqueline und ihre Freunde aus dem Krankenhaus zurück sein. Tschau, man sieht sich, bis dann.

Walli schläft auf Bastis Schultern, als wir wieder am Karl-Marx-Platz ankommen. Inzwischen ist das Haus voll. Die Band baut ihre Technik auf. Basti bringt den Jungen ins Bett. Wir sitzen in der Küche. Tina setzt Reis auf, putzt frische Paprika. Sie schnippelt alles in einen riesigen Topf. Ein dikker, rotgestromerter Kater kuschelt sich auf einen Küchenstuhl. »Meine Eltern haben sich das hier alles schon angeschaut«, erzählt Tina beim Kochen. »Sie meinen ja, das sei nur ein Spleen von mir. Irgendwann würde ich es mir schon anders überlegen... Tu ich aber nicht. Seit einem Jahr bin ich hier und fühle mich wohl wie nie.« Tina ist zwanzig, hat ihr Abitur gemacht und will sich an der Universität einschreiben. Sie möchte gern Erziehungswissenschaften und Soziologie studieren. Nach und nach schauen die Bewohner in die Küche, begrüßen uns. Es ist ein Kommen und Gehen. Alle sind freundlich zueinander. Niemand hat etwas dagegen, daß wir hier sind. Tina hieft den großen Paprika-Topf auf die Gasflamme. Über ihr an der Wand prangt der Spruch: Wer sich nicht wehrt, kommt an den Herd! Hat Tina sich nicht gewehrt? Sie lacht, schwingt den Kochlöffel. »Hier ist jeder mal dran. Das läuft gut. Und die Jungs haben gar nicht gewußt, wie gut sie kochen können.«

Jaqueline schaut in die Küche. Auch sie trägt das Haar so kurz wie Basti. Um den Kopf hat sie irgendwas drumgeschlungen, was wie ein Handtuch aussieht und sich als Phantasie-Mütze entpuppt. Jaqueline wirbelt im Schlamperlook durch die Küche. »Kommt, wir gehen in Tinas Zimmer. Da können wir rauchen.« Und schon wirbelt sie weiter in den Flur, verschwindet im Zimmer. In Tinas Bude stehen Holzmöbel, Kerzen brennen. Wir hocken uns auf den Boden. Zigaretten werden geteilt. Wie alles hier. »Schreib bloß nichts auf«, fährt Jaqueline mich an. »Sei nicht so furchtbar offiziell. Laß uns einfach quatschen. Was wir sagen, mußt du verstehen, nicht aufschreiben.« Das Mädchen in dem langen Kleid und der verrückten Wollmütze mustert uns genau. »In die Augen muß man sich sehen können. Man muß sich spüren, sich anfassen.« Ihre Stimme hat etwas Beschwörendes. Kerzenlicht flackert in ihrem Gesicht. Sie breitet die Arme, als wolle sie losfliegen. Sie ist eine kleine, wilde Hexe, die ein Kapitel Zauberbuch gelesen hat.



Alles in diesem Zimmer ist Jaqueline. Sie läßt sich nicht fragen. Sie fragt selbst. Frauen, Sex, Kinder, Männer. Das Hexlein stürmt. Ihre Offenheit ist ihre Waffe. Ihr Schutz. Das Hemd auf der nackten Haut. 25 Jahre alt ist das wilde Mädchen. »Aber ich werde jetzt ein Jahr. Jaqueline feiert ihren ersten Geburtstag«, lacht sie laut und wirft die Arme in die Luft. Hinter diesem Jahr steckt ihr Leben in der Gemeinschaft. Freundschaft, Zusammengehörigkeit, Ehrlichkeit.

»Die Frauen«, Basti sagt nicht Mädchen, »wollen, daß sich die Jungs mehr mit Gleichberechtigung auseinandersetzen. Und wir wollen auch in die Frauenwelt einsteigen. Frauen und Gleichberechtigung ist die größte Reibefläche hier. Wir werden aufgefordert, uns damit zu befassen, und das ist eine große Bereicherung.«

Das Haus am Karl-Marx-Platz ist anders als andere Wohngemeinschaften. Es unterscheidet sich auch von der üblichen Besetzerszene. »Natürlich ist die Motivation vieler Leute hier politisch«, erklärt Basti. »Dazu gehört viel Antifa-Arbeit, der Kontakt zu anderen Häusern in Rostock oder Berlin. Wir beteiligen uns auch an Demos, aber wir wollen uns nicht ins Autonomen-Klischee reinhängen lassen. Und mit der westlichen Linken, die an der Idee vom sozialistischen Gesellschaftssystem festhält, gehen wir nicht mit.« Eine Alternative zum üblichen Zusammenleben wollen sie sein. Jugendarbeit wollen sie machen, da außer ihnen nur Disco läuft in der Stadt. Doch ein Frauencafe ist gescheitert. Und am heutigen Abend erscheint kein einziger Besucher, um die Band zu hören, die sie engagiert haben, statt dessen Leute aus dem Haus und ein paar aus der Baderstraße. »Mittwoch ist ein blöder Tag«, seufzt Basti.

Tinas Zimmer ist vollgequalmt. Wir reißen die Fenster auf. Feuchte, kühle Nachtluft zieht herein. Hunde bellen auf dem Hof. Charly rappelt sich in seinem Sessel auf, schaut mich mit großen Augen an und schwärmt: »Stell dir vor, du stehst morgens auf, kommst ins Bad und da stehen in einem Zahnputzbecher 16 Zahnbürsten. Weißt du, was das für ein tolles Gefühl ist!«

Göttingen

Die Häuserkämpfe in den Jahren 1990/91

aus: Autonomer Widerstand/Region Südniedersachsen

Das neue Jahr fängt gut an. Nachdem die Weihnachtsbesetzung 1989 in der Angerstraße 6 gründlich in die Hose geht, wird am 15. Januar 1990 die Villa am Theaterplatz besetzt.

Theaterplatz 9

Die Eigentümerin des Theaterplatzes 9 ist die Bau-Treuhandgesellschaft. Um die konkursgefährdete Firma finanziell zu sanieren, soll das Grundstück verkauft und ein Hotel darauf gebaut werden. Obwohl schon ein Käufer für das Grundstück gefunden ist, kann das Haus nicht verkauft werden, weil die Bau-Treuhand in diverse Finanzskandale verstrickt ist.

Gegen den Abriß der Villa regt sich in der Nachbarschaft Protest. Es bildet sich eine BürgerInneninitiative mit dem Ziel, über eine einstweilige Verfügung das Haus langfristig unter Denkmalschutz stellen zu können. Weil dieser Versuch erwartungsgemäß scheitert, wird der Einzug der BesetzerInnen auch von den BürgerInnen im Viertel begrüßt.

Im Theaterplatz 9 entsteht ein breites, öffentliches BesetzerInnen- und SympathisantInnenplenum, das die Spekulationen mit der Villa öffentlich machen will, um das Haus zu retten. Im T 9 werden Café, Kneipe, Infowand etc. eingerichtet und Konzerte organisiert.

Mit sinkendem öffentlichen Interesse reduziert sich das Plenum auf die BesetzerInnen, trotzdem gehen weiterhin viele Aktionen vom T 9 aus. Es werden mindestens drei Häuserkampfdemos für Göttingen organisiert und zu verschiedenen überregionalen Demos und Aktionen, wie z.B. gegen die geplante Pilotkonditionieranlage in Gorleben, mobilisiert.

Aber im weiteren Verlauf der Besetzung ergeben sich zwei wesentliche Probleme. Penner, die sich im T 9 mittlerweile einquartieren, aber kein Interesse an verantwortungsvollem Zusammenwohnen haben, und Drogen zerstören das Klima im Haus. Es kommt zu Schlägereien und zur Spaltung in zwei Fraktionen. Mit der Hilfe von FreundInnen und SympathisantInnen gelingt es zwar schließlich, die Penner rauszuschmeißen und die Lethargie zu überwinden, doch durch die andauernden entnervenden Auseinandersetzungen und die Drogenproblematik ist die allgemeine Power raus.

Parallel zu den internen Konflikten ist die Hausbesetzung in dieser Zeit von Hetzartikeln im GT begleitet, die offensichtlich die allgemeine Stimmung in der Stadt auf die zu erwartende Räumung vorbereiten. Auch die ignorante und teils arrogante Haltung eines großteils der Göttinger Szene gegenüber dem Theaterplatz 9 trägt dazu bei, daß es immer weiter bergab geht mit der Besetzung.

Als letzte größere Aktion organisieren die BesetzerInnen am 9. Juni unter dem Motto „Tanz auf den Trümmern" einen bundesweiten Häuserkampftag mit einem fast 24stündigen Konzert. Schon zu dieser Zeit verhandeln die BesetzerInnen mit der Stadt bzw. mit dem Oberstadtdirektor Schierwater (SPD). Der bietet den im Haus übriggebliebenen Leuten schließlich Ersatzwohnraum an und kann sich über diese Verhand-lungen, die den städtischen Frieden wahren, in der Öffentlichkeit profilieren.

Die BesetzerInnen ziehen am 18. Juli freiwillig aus. Am darauffolgenden Morgen wird das Haus abgerissen.

MieterInneninitiative

Anfang des Jahres gründet sich eine MieterInneninitiative gegen die Göttinger Kurth GmbH. Die Gesellschaft plant die Mieten für ihre Wohnungen um etwa zehn Prozent anzuheben. Der Kurth GmbH gehören faktisch ganze Stadtteile in Göttingen, Häusersiedlungen im Umland und ein eigenes Bau- und Sanierungsunternehmen an. Initiiert wird die Initiative von Leuten aus der Szene und deren Umfeld, die notgedrungen selber MieterInnen von Kurth sind.

Die MieterInneninitiative macht mit Öffentlichkeitsarbeit gegen die geplanten Mieterhöhungen mobil. Außerdem veröffentlicht sie einen Aufruf an die MieterInnen der Kurth GmbH, den enorm hohen bürokratischen Aufwand, der für eine Mieterhöhung erforderlich ist, zu erschweren. Daraufhin zieht der Wohnungsriese seine Pläne zurück.

Begleitet wird die Initiative gegen die Mieterhöhungen von den Häuserkampfdemos und kleineren militanten Aktionen gegen Autos der Kurth GmbH und ihre Geschäftsstelle in der Wöhlerstraße.

Solidaritätsdemo für die Hafenstraße am 15. Mai 1990

Am Abend nach der Großrazzia in der Hamburger Hafenstraße findet in Göttingen eine spontane Solidaritätsdemonstration statt, an der sich etwa 150 Leute beteiligen. Die Demo zieht durch die Göttinger Innenstadt, wobei an mehreren Punkten Zwischenkundgebungen abgehalten werden, um die Geschehnisse von Hamburg öffentlich zu machen.

Am Morgen des 15. Mai umstellt ein Großaufgebot der Bereitschaftspolizei und Sondereinheiten die Häuser in der Hafenstraße. Unter dem Vorwand, zwei Leute zu suchen, die sich der RAF angeschlossen haben sollen und in der Hafenstraße gemeldet waren, dringen sie in die Häuser ein. Dabei zerstören sie mehrere Wohnungen und lassen Unmengen verschiedenster Sachen, aus denen sie „Beweismaterial für Straftaten" konstruieren wollen, mitgehen. Das BKA, daß die Durchsuchung leitet, gibt später selber zu, daß es von vornherein unmöglich war, die Gesuchten in der Hafenstraße zu finden. Vielmehr dient die Staatsschutzaktion dazu, die Kriminalisierung der HafenstraßenbewohnerInnen nach § 129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) voranzutreiben und die Hetze in den bürgerlichen Medien zu verschärfen. Da der Senat und die zuständigen Baufirmen auf mietrechtlichem Weg bis dahin immer scheitern, träumt vor allem Hamburgs Oberbürgermeister Voscherau (SPD) davon, sich des „Problems Hafenstraße" noch vor den Bürgerschaftswahlen am 2. Juni über die Schiene der Kriminalisierung entledigen zu können.

Auf der Solidaritätsdemo in Göttingen kommt es bei der Deutschen Bank zu Glasbruch. Ebenso klirren nachts bei einer Mercedes- und einer Opelfiliale, einer Sparkasse und dem städtischen Sanierungsbüro mehrere Scheiben.

Leinestraße 5

In der Leine 5 wohnen vor allem Leute aus der Punkszene, die das Haus nach und nach übernehmen bzw. still besetzen. Als Folge der Deutschtümelei spekuliert die Hausbesitzerin auf die Vermietung des Gebäudes an die Stadt, um dort Aus- und ÜbersiedlerInnen unterzubringen. Aus diesem Grund und weil in der Leine 5 erhebliche Mengen Strom illegal abgezapft werden, will sie mit einem Vertreter der Stadtverwaltung am 14. Januar das Haus besichtigen. Doch Türen und Fenster sind verbarrikadiert. Die Besitzerin, die städtischen Vertreter, ihre ebenfalls anwesende Anwältin und die zu Hilfe gerufene Polizei, müssen so unverrichteter Dinge wieder abziehen.

Am frühen Morgen des 22. Mai dringt die Polizei, an der Spitze ein SEK-Trupp, in das Haus ein und verwüstet die besetzten Räume. Tags darauf findet eine Demo von etwa

100 Leuten statt. Sie werden von etwa ebensovielen Bullen begleitet. Im nachhinein wird die Leine 5 als unbewohnbar eingestuft. Die Stadt hat kein Interesse mehr an dem Haus und die Punx nehmen es wenig später wieder in Besitz.

Am Ostersonntag, dem 31. März 1991 findet das Kapitel „Leinestraße 5" sein Ende. Die Punx rufen zur „Abbruchparty" auf, mit dem Ziel, das Haus selbst abzureißen. Soweit kommt es aber nicht. Die Bullen rücken gegen Mitternacht an und es kommt auf der Straße zu kleineren Auseinandersetzungen mit ihnen.

Fabrikweg 10

In den Abendstunden des 2. März wird ein Gebäude des leerstehenden Fabrikkomplexes im Fabrikweg besetzt. Der Besitzer des Geländes spekuliert darauf, den gesamten Komplex an die Bundesbahn zu verkaufen. Die Bundesbahn plant schon seit Jahren, den Güterbahnhof, der direkt an das besagte Grundstück angrenzt, zu erweitern. Einige Häuser werden im Laufe des Jahres 1990 abgerissen, die Gebäude des Fabrikkomplexes stehen schon seit Jahren leer. Noch in der Nacht der Besetzung taucht der Besitzer am Haus auf und setzt eine Räumungsfrist bis zum nächsten Morgen fest. Die Polizei erscheint schon in der Nacht, woraufhin die BesetzerInnen das Haus verlassen.

Kurze Straße 10

Am Vormittag des 1. Juni wird die Kurze Straße 10 besetzt. Das Haus, in dem nach Angaben des Besitzers eine Drogerie und mehrere Zwei-Zimmer- Apartments entstehen sollen, steht bereits über ein Jahr leer. Die BesetzerInnen wollen Wohnraum schaffen und ein autonomes Kulturcafé einrichten. Am Abend wird durch ein Fest Öffentlichkeit geschaffen.

Doch schon während der gleichen Nacht wird mit einem massiven Polizeiaufgebot das besetzte Haus wieder geräumt. Mehr als 100 Polizisten, darunter Einheiten aus Braunschweig, sperren die Kurze Straße auf beiden Seiten ab, dringen über ein Hinterhaus in das Gebäude ein und versuchen Leute festzunehmen. Ein großer Teil der BesetzerInnen flüchtet in eine gegenüberliegende Kneipe. Der andere Teil kann nach kurzen Auseinandersetzungen mit der Polizei entkommen. Göttingen erlebt noch zwei bis drei Tage nach der Räumung ein enormes Polizeiaufgebot. Mannschaftswagen der Bereitschaftpolizei und SEK-Einheiten aus Oldenburg, Hannover und Braunschweig fahren noch bis zum 3. Juni permanent Streife durch die Innenstadt und stehen rund um die Uhr in der Kurzen Straße.

Häuserkampf-Solidemo am 15. Dezember 1990

Aufgrund der Räumungen in der Mainzer Straße im ehemaligen Ostteil Berlins und des Autonomen Zentrums Weißhausstraße in Köln findet am 15. Dezember eine Solidaritätsdemo in Göttingen statt.

Allein in der Mainzer Straße sind über zehn Häuser besetzt. Die Häuserzeile entwickelt sich in den Monaten ihrer Besetzung zum Zentrum des Berliner Häuserkampfes. Nachdem am 12. November ein Haus in der unmittelbaren Nachbarschaft der Mainzer Straße geräumt wird und die Polizei auch mehrmals mit einem starken Aufgebot durch die Mainzer Straße fährt, dabei mit Wasserwerfern in mehrere Wohnungen schießt und mit einem Räumpanzer mehrere Autos von BesetzerInnen demoliert, werden in der Straße Barrikaden errichtet, um die befürchtete Räumung zu verhindern. Die Polizei nimmt das zum Anlaß für die Räumung der besetzten Häuser. Die Polizeiaktion stößt auf den vorbereiteten Widerstand der BesetzerInnen. Daraus entwickelt sich eine der heftigsten Straßenschlachten der letzten Jahre. Sie dauert zwei Tage. Als Solidaritätsaktion für die BesetzerInnen der Mainzer Straße verübt das Kommando „Mainz bleibt meins!" in der Nacht des 20. November in Göttingen einen Brandanschlag auf einen Transporter der Kurth GmbH.

Das Autonome Zentrum Weißhausstraße in Köln ist seit 1986 besetzt und wird am 13. Dezember von einem Großaufgebot der Polizei geräumt und sofort abgerissen.

Trotz der recht kurzen Mobilisierungszeit kommen etwa 150 Leute auf die Beine. Die Demo zieht durch die Innenstadt, Flugblätter werden verteilt und in der Johannisstraße wird ein unbesetzter Einsatzwagen des Zivilen Streifenkommandos auf die Seite gelegt.

Solidaritätsaktionen zur Hafenstraße am 7., 10. und 14. Januar 1991

Am 7. Januar ergeht nach langem Rechtsstreit ein Gerichtsurteil, das die Kündigung der Mietverträge der Hafenstraße durch die Hafenrand GmbH ermöglicht. Mit diesem Urteil scheint sich die Räumung der Häuseranzukündigen. Auch in Göttingen kommt es daraufhin zu Soliaktionen.

Noch an diesem Tag findet eine spontane Wanderkundgebung mit etwa 30 Leuten statt. Dabei werden im Konsumpalast Carré einige Rolltreppen angehalten, um dort eine Kundgebung abhalten zu können. Einige Leute flitzen spaßeshalber mit Fahrrädern durch die Abteilungen.

Am 10. Januar findet im Alten Rathaus der alljährliche Neujahrsempfang statt. Etwa 20 Leute nutzen diesen Anlaß, um mit einem Megaphon reinzuplatzen und eine Stellungnahme zur Hafenstraße zu verlesen. Die BesucherInnen des Empfangs geben sich alle Mühe diese „Störung" zu ignorieren. Weil der Empfang noch nicht richtig im Gang ist, gelingt ihnen das leider recht gut. Beim Verlassen des Alten Rathauses sind schon einige Polizisten präsent.

Am 14. Januar kommt es gegen 11 Uhr zu einer mehrstündigen Besetzung des Göttinger SPD-Büros mit etwa 40 Leuten. Die BesetzerInnen solidarisieren sich mit den BewohnerInnen der Hamburger Hafenstraße und verlangen vom einzigen anwesenden SPD-Mitglied den Hamburger Oberbürgermeister Voscherau (SPD) anzurufen, um ihn nach Göttingen zu bestellen. Dieses wird ihnen allerdings verweigert und ein eigener Versuch der BesetzerInnen, Voscherau ans Telefon zu kriegen, scheitert leider. Das SPD-Büro wird stattdessen mit Parolen verschönert und der Inhalt der Portokasse als Spende für die Hafenstraße enteignet.

Nach der Aktion wollen zwei Redakteure der SDAJ-SchülerInnenzeitung „Brawda" eine Stellungnahme der SPD zu der Besetzungsaktion. Sie werden vom Fraktionsmitglied Gerd Aschoff, der die SchülerInnen fälschlicherweise für die bereits abgezogenen BesetzerInnen hält, bedroht und geschlagen.

Demo zu den „europaweiten Häuserkampftagen" am 11. Mai 1991

Die Mobilisierung zu den Häuserkampftagen reicht leider nicht über die Szene hinaus. Zur Demo kommen ca. 400 Leute. Viele DemonstrantInnen, insbesondere die Demospitze bei der sich auch ein Lautsprecherwagen befindet, sind maskiert. Es fliegen Farbeutel auf exponierte Gebäude und zufällig vorbeikommende PassantInnen, auch einige Schaufensterscheiben gehen zu Bruch – die Polizei schützt zwar einige Gebäude, greift aber weiter nicht ein. Nach der Demo ist Sommerfest am JuZI. Die Demo ist nicht nur Anlaß für eine heftige Pressehetze sondern auch für Auseinandersetzungen innerhalb der Szene. Einige Leute finden ungezielte Aktionen wie z.B. das unbeteiligte PassantInnen mit Farbbeuteln eingesaut werden ziemlich übel.

Schöner Räumen in Potsdam

aus: Ökolinx Nr. 13

15 -Häuser werden in Potsdam schon lange besetzt. Dem "realsozialistischen" Drama beim Wohnungsamt entflohen jüngere und ältere Menschen durch die Besetzung einzelner Wohnungen und auch ganzer Häuser, vor allem im historischen Holländerviertel und in den Stadtteilen Babelsberg und Potsdam West. Die Behörden nahmen's





gelassen oder zähneknirschend zur Kenntnis.

Während der "Wende", im Dezember 1989, wurde, in einer ersten "öffentlichkeitswirksamen" Besetzung die Dortustraße 65 besetzt. Danach folgten weitere, auf Räumungen folgten Neubesetzungen, die vorerst letzte Mitte April.

Die Leute in den Häusern überstanden Nazi-Angriffe: Im Februar 1992 versuchte ein Spekulant, das Haus Gutenbergstraße 107 mit einer Kampfsportgruppe zu räumen, was durch Bullen und Besetzer verhindert wurde. Alle Häuser haben ein Wohn- Arbeits- und Lebenskonzept erarbeitet, diese liegen nun in verschiedenen Schubladen und verstauben, geredet wurde darüber nie.

Inzwischen gibt es mehrere Kneipen, Galerien, Konzert- und Probenräume. SchauspielerInnen des Hans-Otto-Theaters Potsdam führten Lesungen in den Häusern durch, was der Magistrat durch Verbote zu verhindern suchte. Begründung: "Aufführungen in besetzten Häusern stören den inneren Frieden Potsdams". Im Mai 93 fand die Uraufführung eines ersten Theatestücks mit SchauspielerInnen des HO-Theaters und HausbesetzerInnen statt.

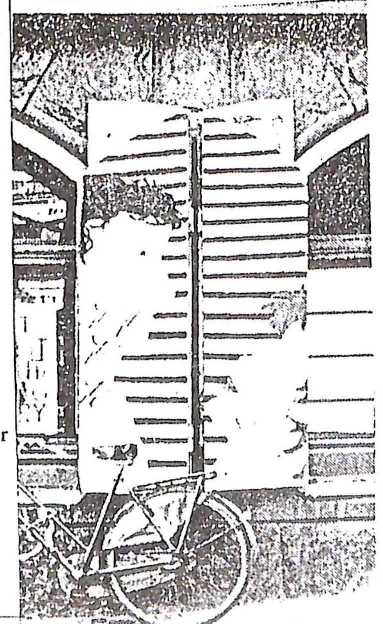
Mit verschiedensten Aktionen versuchten die HausbesetzerInnen, den Magistrat zu Gesprächen zu bewegen: Frühstücke vorm und im Magistratsgebäude, Straßenblockaden, eine Nackt-Demo durch die Innenstadt unter dem Motto "Die Wohnung ist die zweite Haut des Menschen". Durch den großen öffentlichen Druck erklärte sich der Magistrat bereit, vor jeder Räumung Verhandlungen mit den Menschen aus dem entsprechenden Objekt aufzunehmen, es sollte um aktzeptable Ausweichobjekte gehen. Neubesetzungen sollten nicht mehr geduldet werden.

Die Umsetzung dieses Abkommens sah so aus, daß wenig später die Bewohner der zu räumenden Gutenbergstraße 107, 18 Erwachsene und 3 Kinder, einen Bungalow mit 4 (vier) Zimmern angeboten bekamen, Wasser gab's da auch nicht. Das Interesse der BesetzerInnen an Gesprächen mit dem Magistrat wurde dadurch stark gebremst.

Trotz allem ist Potsdam nach wie vor die Stadt mit den meisten besetzten Häusern pro Kopf in ganz Europa. Aber die Zeiten wurden härter.

Am 22. September 1993 wurde die im Sommer 90 besetzte Tanzfabrik, bis dahin einziges selbstverwaltetes Kulturzentrum und inzwischen allgemein anerkannt in der Stadt, in der zu erschwinglichen Preisen Konzerte und Tanzlehrgänge und auch Tanzfeste mit internationaler Beteiligung stattfanden und ein Café und eine Volxküche betrieben wurden, geräumt. Beantragt wurde die Räumung von der Firma *Rentaco*, die





★ Presseerklärung ★

Hausbesetzungen sind nicht durch irgend jemanden etabliert worden - weder in Potsdam noch anderswo. Wir sind das Produkt dieses Systems. Wir sind eine Antwort auf die herrschende Politik. Da unsere Lebensvorstellungen die weichen Sessel der Machthaber gefährden, sind uns Kriminalisierungskampagnen, Bullenterror und Zerstörung unserer Existenz nicht unbekannt. Die "Staatlichen Organe" haben in der DDR wie der BRD genauso reagiert.

Es gibt keine friedliche Räumung. Sie bedeutet für uns die Vernichtung unserer Lebensräume, also Krieg. Und so geht die Gewalt nicht von irgendwelchen "Kernen" aus, sie wird von diesem System produziert. Und die "menschenfressenden Chaoten aus der Hafenstraße und Kreuzberg" sind Hirngespinste sensationslüsterner Journalisten und Politiker.

Wir drängeln uns auch nicht an der Schlange der Wohnungssuchenden vorbei, vielmehr richten wir uns gegen die jetzige Wohnungspolitik, Mietwucher, Spekulation und die Vertreibung der Menschen durch Investoren und ihre Politik-Büttel.

Projekte wie die Fabrik und die Hegelallee 5 waren Oasen für viele in der Potsdamer Kulturwüste. Und so kann niemand erwarten, daß wir still und leise "verdursten" wollen.

Was wird passieren, wenn nicht die "Chaoten" auf der Straße stehen. Sondern auch die offiziellen 5.659 Wohnungssuchenden Potsdams, die kleinen vertriebenen Handwerker und Händler, die 75% der Babelsberger, die ihre Miete nicht mehr zahlen werden können und viele, viele andere:

Entweder kommt es zu einem "wohldosierten Polizeieinsatz", oder zur Befreiung der Gesellschaft vom Staat.

Wir wollen keine gnädigen Almosen.

Die Häuser denen, die darin wohnen!





zuvor schon ein Haus in der Höhenstrasse hatte räumen lassen.

Durchgeführt wurde sie mit für Potsdamer Verhältnisse ungewöhnlicher Härte. Einen Tag später wurde aus einer Demo gegen die Räumung der Tanzfabrik heraus das Haus Hegelallee 5 besetzt, das schnell als "das bunteste Haus im Besitz des Bundesvermögensamtes" (taz) Bekanntheit erlangte.

Auf das Begehren der Eigentümer, das Haus "besenrein" übergeben zu bekommen, antwortete eine Delegation der BesetzerInnen zum vereinbarten Termin mit einer Puppenstube "Villa Besenrein" zur Übergabe bereit, der Gerichtsvollzieher kam nicht, dafür hatte das Haus nun einen Namen. Innerhalb kürzester Zeit entstanden in der Villa Besenrein zahlreiche Kulturprojekte, Töpferwerkstatt, Kneipe, Konzertraum, Jugendprojektraum, Theatergruppe, Volxküche, ein Kinderfreundliches Café (NichtraucherInnen!), es fanden politische Veranstaltungen statt, am Wochenende gab's auf drei Etagen Musik aller Stilrichtungen. Das Haus wurde von Menschen zwischen 0 (kurz vor der Geburt?, verwirrt; Tipp.) und 70 besucht und betrieben, etliche von ihnen wohnten ganz "normal" in Mietwohnungen, alleinerziehend, als Single oder auch mit Familie.

Vorbei damit - am 23 Februar wurde die „Villa Besenrein" geräumt, außerdem ein weiteres Haus in Babelsberg.

Bei einer Demo gegen die Räumungen am 23. Februar gab es regelrechte Knüppelorgien, vor allem auf Frauen und sehr junge Leute wurde eingeprügelt. Es gab 77 Verhaftete, davon waren 25 noch keine 18 Jahre alt. Eine unbekannte Zahl von verletzten DemonstrantInnen, 11 verletzte Bullen. Am 25. Februar die nächste Demo, die friedlich verlief, ohne jedes Bullenaufgebot, weil auf einem Flugblatt fälschlicherweise der 26. als Termin angegeben war. Die Potsdamer Bullen versuchten noch, Verstärkung aus Berlin, Brandenburg und Werder ranzuholen, aber als die mit ihren Wasserwerfern kamen, war alles schon vorbei. Da das offensichtlich nicht den Vorstellungen der Bullen entsprach, provozierten sie den Abend über die Besetzer der Gutenbergstraße, stellten sich vor die Häuser und brüllten "Kommt raus, Ihr Schweine!". Am 26. warteten sie dann auf die Demo, die nicht stattfand, mit dem nun schon üblichen Großaufgebot.

In den nächsten Tagen gab's im Rahmen der Symphatiekampagne "wir können auch anders..." Straßenblockaden, eine Bankbaustellenbesetzung, eine Aktion gegen Obdachlosigkeit, Trommeln auf den Dächern der besetzten Häuser und eine Fahrraddemo.

Dann am 5. März der Versuch, eine angemeldete Demo zu machen. Die AnmelderInnen vom Verein "Spaß am Leben" wurden massiv unter Druck gesetzt, die Anmeldung zurückzuziehen, nachdem ihnen vorgehalten wurde, daß "Aufrufe zur Gewalt in Hamburg, Berlin und Rostock kursierten", außerdem drohten die Bullen mit dem Verbot der Demo, wenn die Anmeldung nicht zurückgezogen wird. Es wurde von terroristischen Vereinigungen gefaselt und eins der Vereinsmitglieder wurde auf seiner Arbeitsstelle von Polizisten "besucht". Daraufhin versuchte die inzwischen gegründete "Bürgerinitiative gegen Kriminalisierung Jugendlicher" eine Kundgebung für den selben Termin anzumelden, diese Anmeldung wurde von den Bullen unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zurückgewiesen. In den Zeitungen währenddessen übelste Panikmache:

"Belagerungszustand in der Innenstadt; Chaoten aus Hamburg und Berlin unterwegs; Versammlungen auf dem Platz der Einheit werden aufgelöst, weil verboten. Polizei wird 'Schutzausrüstung' tragen - Bürger habt Verständnis, Personenkontrollen werden durchgeführt".

Die Kundgebung fand trotzdem statt und wurde vorerst "toleriert". Es wurden einige Reden gehalten, Hamburger wurden weder gesehen noch gegessen. Nach den Reden bildete sich eine Demo, die recht schnell von knüppelnden Bullenketten gestoppt wurde.

Dann wurde der Demozug durch die Einkaufsstraße gejagt, in der gerade ein "langer Samstag" zelebriert wurde.





Dabei gingen wieder mal einige Scheiben zu Bruch. Etwas später am Nachmittag wurden nach einer abgebrochenen Neubesetzung in Babelsberg ca. 60 Menschen eingekesselt und "in Gewahrsam" genommen.

In den darauffolgenden Tagen war "verstärkte Präsenz" angesagt, die Bullenwannendichte pro Quadratkilometer war mit 10 bis 18 Stück enorm, Personenkontrollen alle 100 Meter normal.

Ein Höhepunkt der Kriminalisierungswelle war die Nacht vom 12. zum 13. März. Bei einer Party in einer der Besetzerkneipen entzündeten einige Leute ein kleines Lagerfeuer auf der Gutenbergstraße.

Die Aufforderung der flugs herbeigeeilten Bullen, dieses sofort zu löschen, wurde ignoriert, daraufhin wurde wieder einmal drauflosgeknüppelt, einige Leute verhaftet. Damit war die Party zu Ende. Verschreckt flüchteten die Leute aus der Kneipe, die Straßen um das Besetzerviertel waren auf einmal voll mit Bullenwannen, bis zu 500 Meter vom Platze des Geschehens wurden Leute ohne Begründung verhaftet, auch völlig Unbeteiligte, deren Heimweg zufällig durchs Viertel führte. Zwei besetzte Häuser wurden mit der juristischen Konstruktion "Gefahr im Verzuge" gestürmt, Schlafende wurden aus ihren Betten gezerrt und verhaftet, die Einrichtung ausgeräumt, die Häuser wurden zugemauert.

Ungefähr 60 Menschen wurden 24 Stunden festgehalten, erhielten dafür erst nach bis zu 13 Stunden eine Erklärung, wurden mit mehreren Leuten in 1-Mann-Zellen zusammengepfercht, verhört, ED-behandelt und mit der Standardbeschuldigung "schwerer Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch, Körperverletzung, Beleidigung von Polizeibeamten, Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz" entlassen. Vier Haftbefehle wurden erlassen, die später gegen Auflagen ausgesetzt wurden.

Die Räumung der beiden Häuser wurde im Nachhinein von Juristen als unrechtmäßig bewertet, da mit der Begründung "Gefahr im Verzuge" zwar Hausdurchsuchungen ohne Durchsuchungsbefehl, nicht aber Räumungen durchgeführt werden können.

Das Ziel der Stadtoberen ist klar: Für Baudezernent Kaminski ist sind die beiden größten Probleme der Stadt der "Dreck und die Hausbesetzer". Die Innenstadt Potsdams soll für das anrückende Kapital freigemacht werden, schon jetzt gibt es in der Stadt 52 Bankfilialen. KleinhändlerInnen und -handwerkerInnen können ihre Mieten kaum noch zahlen, wer die Stadt verlassen muß, macht Platz für Edelbotiquen und Versicherungen. Auch den "normalen" MieterInnen der Innenstadt wird inzwischen klar, daß sie den Plänen der Stadt eher im Wege sind. Nun wird versucht, BesetzerInnen in "friedliche und unfriedliche" zu spalten, außerdem sollen Potsdamer BesetzerInnen von sog. Auswärtigen unterschieden werden. (Ob die später luxussanierte Innenstadt auch nur von Ur-Potsdamern bewohnt werden darf, wage ich zu bezweifeln...).

Die wenigen Angebote, die von der Stadt bisher an "friedliche" BesetzerInnen gemacht wurden, unterscheiden sich nicht sonderlich von dem oben beschriebenen. Nutzungsverträge sollen nur über drei Jahre laufen, während dieser Zeit soll ein Großteil der an den angebotenen Häusern nötigen Reparaturen von den BesetzerInnen ausgeführt werden. Es ist zu hoffen, daß die Betroffenen dieser Stadtpolitik nun anfangen, sich gemeinsam zu wehren, bald könnte es dazu zu spät sein. ■



Redebeitrag von Frieder Burkhardt, Professor für Sozialethik, Potsdam auf der Kundgebung am 5. März 1994

Was kann einem Haus besseres passieren, als daß es bewohnt ist. Was kann einem Haus zukunftsträchtigeres passieren, als das junge Menschen in ihm hausen ? Was kann einer Fabrik sinnvolleres widerfahren, als das in ihr getanzt und Wein getrunken wird?

Was kann einem Haus widerwärtigeres geschehen, als daß es zu einer Bank degradiert wird - welch ein Abstieg! - mit zu einem Großteil von den Armen geraubtem Geld ? Welch schmachvolle Beleidigung für ein Haus, wenn es als Kapitalanlage für hirnlose, unsoziale Geldsäcke beschmutzt wird.

Die Sache ist längst entschieden: wenn das Recht auch immer auf der Seite der Macht ist, so ist die Gerechtigkeit bei den Kindern, den jungen Menschen mit aufrechtem Gang und Mut, bei den alleinerziehenden Müttern und Vätern, bei den Familien, die ihre Kinder ins Leben und nicht ins gefundene Fressen der Verbrauchergesellschaft entlassen.

Junge Menschen brauchen Raum, zum Wohnen, zum Experimentieren, zum Schlafen, zum Lieben. Überall finden sich Eigentümer. Einige sind unersättlich hinsichtlich Entschädigung und richten doch nur neuen Schaden an.

Ins tausendjährige Potsdam wird es immer Menschen ziehen, die von den Knochen des alten Fritz fasziniert sind. Aber Preußens bescheuertes Gloria ist vorbei. Und eigentlich hatten wir gehofft, daß auch der realexistierende Kapitalismus in die Mottenkiste der Menschheit gehört. Nichts macht Menschen so korrupt und geistlos, wie ein Scheibchen am Kapital. Daß wir die Sache mit dem "gesellschaftlichen Eigentum" verscherzt haben, durch Schlamperei und pseudosozialistisches Verhalten, ist schwer wieder gut zu machen.

Wem ist zu trauen? Eine Gesellschaft, die ihrer jungen Generation nichts zutraut, sie entmündigt, kriminalisiert, aus ihrem Zentrum entfernt, die Polizei auf sie hetzt, sperrt ihre eigene Zukunft in eine Zwangsjacke und macht sich im schlechtesten Sinne des Wortes zum Irrenhaus.

Eine junge Generation, die die Sache nicht in die Hand nimmt, gegen Ungerechtigkeiten nicht vorgeht, Häuser belebt und bewohnt, sich den zustehenden Teil des gemeinsamen Erbes nimmt, wäre verschlafen und taub. Und diejenigen, die ihren angeblichen Besitz in guten Händen wissen wollen, sollen doch endlich anfangen, ihre Häuser an die Generationen der Zukunft herzugeben.

Diejenigen aber, von den Jungen sind längst Gestrige und Greise, die nichts anzufangen wissen mit sich, die auf das Widerwärtigste, was Menschen ersonnen haben, setzen, den Faschismus, die ihren wichtigsten Verbündeten, den alten Omas, die Handtaschen klauen, die von der Steinzeit nicht loskommen. Die Gerechtigkeit feiert Auferstehung in jeder jungen Generation. Das kann keine Polizei verhindern, nur die jungen Menschen selbst. ▲

Italien:
ImmigrantInnen besetzen Häuser
aus: Antifaschistisches Infoblatt Nr. 13

● Laut offiziellen Angaben (1989) leben in Italien 1,6 Mio. ImmigrantInnen, zumeist aus Marokko, Tunesien, Algerien, Pakistan, Philippinen und zunehmend aus Nigeria und Senegal. Der Großteil arbeitet ohne Absicherungen, unter schlechtesten Bedingungen und völlig unterbezahlt als TagelöhnerInnen bei der Obst- und Gemüseernte, als »fliegende Händler« in Touristengegenden und auf Baustellen in Süditalien.

Dieser Arbeitsmarkt wird fast vollständig von der Mafia kontrolliert. In Norditalien sind die ImmigrantInnen hauptsächlich in kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigt und erfüllen entweder Schwerstarbeit oder gesundheitsschädliche Arbeit. Viele Immigrantinnen werden mit falschen Versprechungen von Frauenhändlern nach Italien geholt und von Zuhälterringen zur Prostitution gezwungen.

Die Lebensbedingungen der meisten ImmigrantInnen sind sehr schlecht (die der Frauen, wie überall, schlechter als die der Männer), sie haben keine Unterkunft und schlafen in Bahnhöfen oder Autos und sind ständigen Schikanen der Bullen ausgesetzt.

Gewalttätiger Rassismus

Zu diesen miesen Bedingungen kommt zunehmend offener Rassismus hinzu, der bereits zu einer ganzen Reihe Todesopfern unter den ImmigrantInnen führte. So etwa im August '89 als ein Südafrikaner bei Neapel erschossen wurde, oder im April '90 als in Castelvolturno, ebenfalls in der Nähe von Neapel, gleich fünf Afrikaner erschossen wurden (was von der Presse als »reiner« Bandenkrieg ausgegeben wurde). Doch die Angriffe sind keineswegs regional beschränkt: In Mailand, Turin, Verona oder Genua wurden bewaffnete »Selbsthilfe« -Kommandos aufgestellt, die sich gegen die vermeintliche Bedrohung von angeblich Aidsinfizierten und drogenhandelnden Zugereisten richten.

Das Treiben fand seinen vorläufigen Höhepunkt beim diesjährigen Karneval in Florenz, bei dem Marokkaner und Tunesier von maskierten Banden mit Messern und Baseballschlägern angegriffen wurden. Während die Polizei hier zusah, führte sie kurz darauf im Auftrag des sozialistischen Bürgermeisters systematisch Großrazzien gegen illegal eingewanderte durch und nahm Hunderte Nicht-Europäer in Abschiebehaft.

Neues ImmigrantInnengesetz

Dieser staatlichen Aktion war die Verabschiedung eines neuen ImmigrantInnengesetzes unter der Federführung der Sozialisten (PSI) vorausgegangen, dem sowohl Grüne wie Kommunisten (KPI) zugestimmt hatten. Das Gesetz folgt einer Doppelstrategie: Einerseits wurde den illegal eingewanderten (deren Zahl bis 950.000 angegeben wird) eine Amnestie versprochen, wenn sie sich selber melden würden. Aber - und hier liegt der Haken - Bedingungen für eine begrenzte Aufenthaltsgenehmigung sind, daß die Einreise vor dem 31.12.'89 erfolgt ist (wozu in der Praxis amtliche Dokumente verlangt werden), sowie der Vorweis von Arbeitsstelle und Wohnsitz (ebenfalls Mangelware). Eine staatliche Arbeitsgruppe war zu dem Schluß gekommen, daß diese Bedingungen nur von ca. einem Drittel der EinwandererInnen erfüllt werden könnten.

Der Großteil der ImmigrantInnen soll rigeros abgeschoben und der weitere Zuzug erschwert werden. Schon heute (Stand Anfang Nov.) sind seit Jahresbeginn 6.400 Leute abgeschoben und 52.000 Menschen an der Grenze zurückgewiesen worden, weil sie keinen Nachweis erbringen konnten »über Unterkunft und Lebensunterhalt« zu verfügen.

Kaum war die Meldefrist um, schritt man in Florenz wie beschrieben zur Tat. Das Zusammenspiel von Stadtverwaltung und rechten Schlägertrupps führte dazu, daß hunderte ImmigrantInnen fluchtartig Florenz verließen.

Häuserkampf und Selbstorganisation

Aus dieser Situation heraus begannen die Kämpfe der ImmigrantInnen für ihre grundlegenden Bedürfnisse, bzw. Rechte, in erster Linie auf Wohnraum. Etwa 10 marokkanische Immigranten besetzten im April ein Haus in einem Dorf in der Nähe von Padua und wurden auf Antrag des Bürgermeisters (Mitglied der KP Italiens!) geräumt. Das besetzte Autonome Zentrum »Pedro« in Padua bot ihnen daraufhin das Zentrum als Übernachtungsmöglichkeit an. Durch die Kontakte mit diesen Immigranten entwickelte sich eine Zusammenarbeit zwischen diesen und den Leuten aus dem Zentrum.

Die Anzahl der im Pedro lebenden Immigranten wuchs ständig; es kamen auch einige Nigerianer dazu, die eine afrikanische Volxküche im Pedro organisierten. Durch die gemeinsamen Diskussionen im Perdo entwickelte sich die Überzeugung, das Besetzungen notwendig und richtig sind. So besetzten rund 320 Immigranten und die GenossInnen vom Pedro Anfang August drei Häuser. Die Nigerianer gründeten kurz nach der Besetzung eine 'Nigerian Community'. Die wichtigste Entwicklung während der Besetzungen war das Entstehen kollektiver Strukturen in den Häusern (z.B. Hausplenas) und mit den Leuten vom Pedro.

Am 8.9.'90 gab es eine Demo mit mehr als 1.000 Leuten. Die Situation wurde brenzlig für die Stadt, da sich immer mehr ItalienerInnen solidarisierten. Die Antwort war die Räumung einige Tage später. Die Kirche versprach den Nigerianern (Katholen) eine Unterkunft und setzte damit die Waffe der Spaltung ein. Die Marokkaner und Tunesier besetzten hingegen gleich ein anderes Haus, wurden aber wieder geräumt. Doch der Kampf ging weiter: am 23.9. wurde eine alte Fabrik besetzt. Angesichts dieser Entschloßenheit schalteten sich Grüne, KP, Gewerkschaften usw. zur Findung einer Lösung ein, sogar der Bürgermeister war gezwungen mehrmals BesetzerInnen zu empfangen. Damit sollten die Immigranten instrumentalisiert und ihre Selbstorganisation verhindert werden. Die Immigranten sind jedoch entschloßen den Kampf weiterzuführen und haben eine Vereinigung der ImmigrantInnen aus dem Maghreb gegründet. Letzter Stand (Anfang Nov.) war, daß die Besetzer die Fabrik, unter der Bedingung Ersatzraum zu bekommen, verlassen haben. Die Kommune hat versprochen, die Fabrik nach Renovierung/Umbau wieder zur Verfügung zu stellen.

Kein Einzelbeispiel

Zur gleichen Zeit kam es in anderen Städten ebenfalls zu Besetzungen: In Brescia, wo es schon etwas länger ein von Immigranten besetztes Haus gab, besetzten 250 Marokkaner, gemeinsam mit Leuten vom dortigen besetzten Autonomen Zentrum, im August ein weiteres Haus. Auch hier demonstrierten 1.000 Menschen. In Bologna besetzten 400 Marokkaner 80 Wohnungen und am 22.9. beteiligten sich mehr als 4.000 Menschen an einer Demo.

Die Besetzungen in Mailand (ein Gelände auf dem MarokkanerInnen in Hütten lebten und ein von 150 PakistanerInnen besetzter Wohnblock) wurden wieder geräumt. Neben diesen öffentlich bekanntgemachten Besetzungen gibt es in ganz Italien zahlreiche stille Besetzungen. Durch diese Besetzungen sind die ImmigrantInnen aus ihrer passiven Rolle herausgetreten und sind zum handelnden politischen Subjekt geworden.

Italien:

Die Geschichte der Centri Socialia in Mailand

aus: Schwarzer Faden Nr. 34

Am 16. August 1989 wurde der Mailänder Centro Sociale Leoncavallo von der Polizei geräumt und von den Schaufelbaggern des Immobilienunternehmers Scotti dem Erdboden gleichgemacht. Es war nicht das erste und wird auch nicht das letzte Zentrum sein, dem ein derartiges Los beschieden ist, denn dies scheint nunmehr seit einigen Jahren das Schicksal der besetzten Centri Sociali in Mailand zu sein. In diesen letzten Jahren hat die Errichtung von einigen Centri Sociali mit den damit einhergehenden Besetzungen nicht nur die Aufmerksamkeit der Presse, sondern auch diejenige der Genossen auf sich gezogen. Es sieht so aus, als ob das, was von der Bewegung übriggeblieben ist, sich um die Zentren herum vereint und organisiert.

Tatsächlich hat die Räumung des Leoncavallo eine gewiße Anzahl von GenossInnen wieder zusammengeführt, die dabei sind, es weiterhin am Leben zu erhalten und wiederaufzubauen.

Es ist auch kein Zufall, daß einige Centri Sociali sich gerade darum bemühen, sich auf nationaler Ebene zu organisieren, sich ein Programm zu geben und über die Herausgabe eines Bulletins eine Koordination zu schaffen. Man glaubt sogar, durch das Lancieren von Besetzungen im Kampf für Freiräume und soziale Zentren die Bewegung wiederaufzubauen.

Das Leoncavallo ist nicht das letzte Bollwerk einer sich im Niedergang befindenden Bewegung und kann auch nicht ihr Anfang sein. Es hat einen konstanten Bezugs- und Treffpunkt für die ganze Linke verkörpert, nicht nur wegen des Todes von Fausto und Jaio1 sondern auch wegen der Initiativen, die von ihm ausgegangen sind.

Die Krise der Militanz und eine Politik, die sich nicht erneuert hatte, erschlugen den Ausdruck der Bedürfnisse und die Freisetzung der Wünsche. Die Idee sozialer Zentren, die als Alternative zu den nichtbestehenden sozialen Dienstleistungen (Kino, Büchereien, Kinderhorte, Volkshochschulen) dem Leben im Stadtteil verbunden sind und die die gerade zu führenden sozialen Kämpfe unterstützen (Mietkämpfe, Besetzungen, Teuerungen, selbstvorgenommene Kürzung von Strom- und Telefonrechnungen ...) paßte sich nach und nach allgemeineren Inhalten an, die mit den Slogans von der "Zeitsouveränität" und "eignen wir uns das Leben wieder an" gekennzeichnet waren, gegen die Drogen und die Entfremdung, um am Ende zu einem informellen Bezugspunkt und zu einem Rückzugsgebiet für die Militanten der Linken, oder für Freaks, Marginalisierte und Nichtintegrierte zu werden.

Den Beginn dieses Vorstoßes, der sich vollkommen außerhalb jeglicher Institution vollzogen hat, können wir auf das Jahr 1975 legen, als aufgrund der Vorarbeit der proletarischen Jugendkollektive, Stadtteilkomitees, Basisgruppen, feministischer und homosexueller Gruppen die Besetzungen zahlreich wurden und die Hoffnungen, Stimmungen, Orientierungen, Ansprüche und Frustrationen breiter Schichten Jugendlicher wiedergeben, die in Mailand in den Centro Sociali eine reichhaltige, wenn auch widersprüchliche Ausdrucksmöglichkeit gefunden haben. In den Zentren suchte man Solidarität, eine genossen- und gemeinschaftliches Leben, egalitäres Verhalten, Autonomie und die Unabhängigkeit von autoritären Beziehungen und hierarchischen Strukturen. Diese Zentren entstanden aus dem Anspruch, Bestandteile eines anderen Lebens herauszubilden und in der Hoffnung und Überzeugung, neue zwischenmenschliche Beziehungen zu begründen; als echte Momente eines kollektiven kulturellen Wachstums.

Die außerparlamentarischen Organisationen selbst wurden in Frage gestellt und ob ihrer vertikalen Struktur, ihres Führerkults und ihres instrumentalisierenden Verhaltens kritisiert.

Ausgehend von dieser aktuellen Situation, möchte ich analysieren, wie die sozialen Zentren entstanden sind, um daraus Schlüsse zu ziehen und Perspektiven wie künftige Chancen dieses unter dem Schnee liegenden Samenkorns aufzeigen zu können.

Die selbstverwalteten sozialen Zentren waren symptomatisch für die sich im Gange befindende Umwälzung. Es waren gemeinschaftlich genutzte Räume, veränderte Formen persönlicher, zwischenmenschlicher und sozialer Beziehungen zu erproben, die Einforderung eines politisch-kulturell anderen Lebens. Sie waren selbstverwaltete Inseln, ein Experiment des sozialen Kampfes, das später durch Illusionen, Irrtümer, Fehlschläge aufs Spiel gesetzt und geschwächt wurde, deren Bewegungsfreiheit objektiv eingeschränkt wurde, und die sich der Alternative zwischen institutioneller Vereinnahmung, Ghettoisierung und/oder Unterdrückung ausgesetzt sahen.

Die Wurzeln der sozialen Zentren reichen weit zurück in die Geschichte der Arbeiterbewegung, sie haben ihren Ursprung in den Gesellschaften für Gegenseitige Hilfe, in den Volkshäusern, den Ligen der Kooperativen, in den Opera Nazionale Dopolavoro (Nationales Feierabendwerk), in den Circoli Ricreative Aziendali (betriebliche Erholungsvereine), den Acli (Associazioni cristani lavorati italiani, Vereine cristiani lavoratori italiani, Vereine christlicher italienischer Arbeiter) und vor allem in den Vereinigungen der ARCI (Abkürzung uns leider unbekannt, SF-Red.). Das waren Orte der Begegnung, Treffpunkte und Erholungslokale für Arbeiter, die unter dem Einfluß der Militanten aus der Linken zu wirklichen Bezugspunkten in den Dörfern und Städten wurden. Sie beschränkten sich nicht mehr darauf, einfache Freizeitvergnügungen zu entwickeln, sondern gerieten zu lebhaften Lokalen, in denen sich poliische Anteilnahme, Debatten und Freizeitaktivitäten miteinander vermengten.

Die Vereine der ARCI wurden 1957 gegründet, hatten aber einen schweren Stand, denn wenn sie auch auf die Mitarbeit kommunistischer und sozialistischer Parteigänger zählen konnten, konnten sie doch nicht mit der Unterstützung der Parteiführungen rechnen. Es war 1968-1969, als sie eine bisher nie dagewesene Teilnahme der Basis erfuhren; bis dahin hatte man sich auf Kulturarbeit und die Einrichtung einer Kinothek beschränkt. Auf eine Intervention Dario Fos wurden mit der Vorstellung einer alternativen Theatertournee die Volkshäuser wieder zurückerobert. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Fo und dem PCI (KP) führten dann zum Bruch mit den ARCI, so blieben "Kultur, die dazu beiträgt, die Revolution voranzutreiben" und "Zeitsouveränität = Zeit für die Revolution" nur auf Flugblättern der ARCI verbreitete Parolen. Es war das Erbgut aus diesen Erfahrungen, das zusammen mit den Anleihen aus den Inhalten von 68, Partizipation und egalitäre Bestrebungen im besonderen Kontext der Selbstverwaltung, die Centri Sociali Autogestiti (C.S.A.) ins Leben rief.

Die bereits bestehenden Zentren in den Stadtteilen (IACP) konnten die Ansprüche und neuen Bedürfnisse der Jugendlichen nicht zufriedenstellen, auch wenn sie im Verlauf des Jahres 69 meist zu Versammlungsorten der Linken geworden waren, da diese Zentren an institutionelle Strukturen gebunden waren. Die sozialen Zentren von

1975 stellten sich daher in die Kontinuität der Inhalte von '68. Man forderte genossenschaftlich genutzte Räume, in denen die Qualität des Lebens, die Beziehung zwischen den Geschlechtern, zwischen persönlich-politisch, öffentlich-privat, Arbeit-Freizeit, die Anforderungen und Probleme eines alternativen politisch-kulturellen Lebens aufgeworfen wurden.

Diese Ansprüche erleichterten es den Stadtteilkomitees, wegen deren direkter Beziehung zu ihrer eigenen Aktivität, die sozialen Zentren zu fördern. Weitere C.S.A. entstanden aus dem Antrieb politischer Kräfte, der Jugend- und Frauenkollektive und kultureller Basisinitiativen. Meist verbanden diese Gruppen die Erfordernis, Räume zu schaffen, in denen kulturelle und Unterhaltungsaktivitäten stattfinden konnten, damit, ein Stadtteilkomitee zu schaffen, das sich bewußt an die Jugendlichen, die Alten und die Frauen wendet.

So entstanden soziale Zentren, wie das Leoncavallo, Baggio, Isola, S.Marta und viele andere, die über die aktive Mitarbeit in einem Zentrum Erfahrungen mit einer neuen Form der Synthese zwischen persönlichem und politischem Engagement zu sammeln suchten. Organisiert wurden u.a. Werkstätten für Kunsthandwerk, Graphik, Fotographie, Kino-, Bild-, Ton-, Theaterveranstaltungen, Musik, Feste, Konzerte, Zeitschriften, Büchereien, Turnhallen, Horte, Volksschulen, Tanzsääle, Kneipen, Beratungsstellen, Antidrogenzentren; hier engagierte man sich auch in den traditionellen Aktivitäten der Agitation und Propaganda, in der Bewegung der autoriduzione, dem Kampf gegen die Teuerung, in der Gegeninformation, den roten Märkten, in der Besetzung leerstehender Häuser, in Debatten, Versammlungen, politischer Treffen. Es gab auch einen Anlauf, die C.S. zu koordinieren. In den ersten Monaten des Jahres '76 wurde versucht mit der Stadtverwaltung eine Vereinbarung zu treffen, um die Eroberung der Gebäude abzusichern, und dadurch die Räumungen und Beschlagnahmungen zu stoppen und um Mittel für die Finanzierung der kulturellen Aktivitäten zu erhalten. Die Koordination hielt jedoch nur für kurze Zeit und die Verhandlungen mit der Stadt ließ man in dem Maße einschlafen, in dem die politische Situation in Mailand von dem Aufkommen der Roten Stadtverwaltung, der politischen Teilnahme der Demoproletarier[2] an den Wahlen, die Geburt der Regionalräte und eine regionale Dezentralisation der Verwaltung gekennzeichnet wurde, was in bestimmten linken Kreisen Illusionen über eine Mitbestimmung wachsen ließ. In den seltensten Fällen waren die politischen Kräfte der Neuen Linken "in erster Person" bei den Besetzungen anwesend. Meist unterstützten die politischen Kräfte, besser gesagt, ihre Sektionen in den Stadtteilen, die Besetzungen, oder sie machten dafür Werbung, aber danach wurde die Leitung des Zentrums denjenigen überlassen, die sich über den verschiedenen Aktivitäten zusammenfanden, oder sie oblag dem Willen und der Kompetenz einzelner Mitglieder. Tatsächlich wurden die C.S. als ein Reservoir für Rekrutierungen betrachtet, als Strukturen, die im Fall einer Mobilisierung beansprucht werden, und nicht wenige Zentren verkamen zu Schaubühnen für die Zusammenstösse zwischen den Kräften, die sich gegenseitig die Führungsrolle streitig machten.

Allgemein waren Beginn und Entwicklung der C.S. durch die Bildung von Kollektiven Jugendlicher gekennzeichnet, die überall im Stadtgebiet entstanden.

Viele aus der nach-68er-Jugend verdeutlichten ihren Willen, in das politische Geschehen einzugreifen. Aus gewöhnlichen Gemeinschaften von Jugendlichen gingen die Kollektive hervor, Gruppen machten Schluß mit dem Herumgerede und den Kneipen; es entstanden Feministinnenkollektive, antifaschistische Komitees, Kampfkomitees, Basisgruppen, Theater-, Musik- und Künstlergruppen, Komitees gegen Drogen, Arbeitslosen- und Schwarzarbeitergruppen, Selbsterfahrungsgruppen. Das Aufkommen der collettivi giovanili (C.G.) verlieh den Besetzungen der C.S. neue Impulse und bot deren Militanten die Möglichkeit, sich auf der Basis des jugendlichen Aufbruchs erneut zu sammeln. Diese jugendliche Luftzufuhr beflügelte eine Bewegung und machte ihr wieder Hoffnungen, nachdem sie in einer Krise zu stecken schien, seit die Illusionen der Linken bloßgestellt waren. Bei den Wahlen 1976 zeigte sich die D.P. zuversichtlich, was einen politischen Wechsel betraf; man prophezeite den Zusammenbruch der D.C.3, aber die D.C. hielt sich und das Abschneiden der Demoproletarier enttäuschte.

Alle Motivationen und Erwartungen der Neuen Linken waren erschüttert, sie begann sich aufzulösen und zersplitterte unter der Kritik der Jugendlichen und der Feministinnen.

Die neuen Massen der Jugendlichen um die C.G. veränderten mit den "autoriduzioni" in den Kinos das Gesicht der Bewegung gänzlich. Es setzte sich ein jugendliches Universum durch, das sich zu seinen eigenen Bedingungen verständigen und ausdrücken wollte. Das Fest im Parco Lambro im Sommer und die Ereignisse an der Mailänder Scala im Dezember 1976 führten zu einer Reflexion und Selbstkritik der Bewegung, die zu Beginn des Jahres '77 anfing, sich dem Problem der Gewalt zu stellen, die zur Ideologie geronnen war. Das führte unvermeidlich zur Krise der Bewegung und in der Folge auch der C.G., innerhalb derer sich private Ansprüche, die Krise der Militanz und das Zurückweisen der Politik vermengten, bis einige der Zentren so weit waren, daß sie nur mehr als gewöhnliche Aufenthaltsräume angesehen werden konnten.

Die Verbreitung der Ideologie der Gewalt, des Illegalismus und das Projekt des bewaffneten Kampfes spalteten die Bewegung endgültig und die Unterdrückung führte zeitweise zu ihrer Auflösung.

Die folgenden Jahre bedeuteten für die C.S. die offene Krise. Sie wurden im Stich gelassen und wenig besucht. Die Feste, die noch organisiert wurden, blieben fad, da und dort überließ man sich oberflächlichen, austauschbaren Äußerlichkeiten, baute sich künstliche, verführerische Verlockungen, gefällige Fluchten, die stets fremd und äußerlich blieben. Die junge Generation kümmerte sich nicht mehr um Politik, Verweigerung war angesagt, die Genossen befanden sich in der Krise; es war Ebbe. So traf man sich wieder in den Kneipen, den Trattorien, den Discos, in den Lokalen, die sich jetzt "Alternativlokale" nannten.

Mit den "Alternativlokalen" war wohl beabsichtigt, nach dem Vorbild der englischen Pubs und der italienischen Cafés um die Jahrhundertwende etwas Neues zu schaffen, aber in Wirklichkeit stellten sie überhaupt nichts Alternatives dar und endeten als gewöhnliche Orte kommerziellen Konsums.

Als sich die Punkbewegung herauskristallisierte, wurde der Idee der C.S. und den Besetzungen selbstbestimmter Räume neue Lebenskraft verliehen. Nicht nur in Mailand, auch in verschiedenen Teilen Italiens sind die Anarcho-Punx Protagonisten gewesen, indem sie das verlassene politische Vakuum zum Teil wieder füllten, Zentren für Konzerte öffneten und Häuser besetzten; mittels des musikalischen Diskurses konnten sie eine gewiße Anzahl Jugendlicher miteinbeziehen. Sie schufen sich selbstverwaltete Verteiler für Eigenproduktionen, Fanzines, Platten etc., und bemühten sich auch um eine Koordination.

Dank der Punx veränderten einige der wenigen verbliebenen C.S. ihr Aussehen und begannen wieder Atem zu schöpfen, indem sie sich als die geeigneten Orte anboten, um dort Konzerte zu organisieren, Musik zu machen und Musik zu produzieren. Der musikalische Diskurs hat eine hohe vereinheitlichende Potenz.

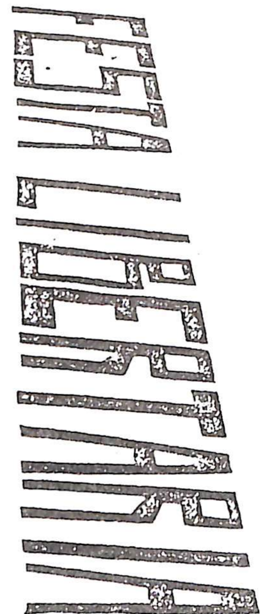
Ein letzter Impuls ist aus der 85er Bewegung gekommen, die auf eine Wiedergeburt des jugendlichen politischen Engagements hoffen ließ. Ungeachtet der kurzen Dauer dieser Bewegung haben sich in ihr erneut Jugendliche politisiert.

In diesen letzten Jahren ereigneten sich in der Tat einige Hausbesetzungen und erneuerte sich die Forderung nach selbstverwalteten sozialen Räumen. Heute gibt es den Versuch die C.S.A. zu koordinieren; ein Ausdruck davon ist das Bulletin der C.S.A., dessen Absichten sind: die verschiedenen Arten der Selbstverwaltung zu praktizieren und die Eigentümlichkeit jeder einzelnen Situation gegenüberzustellen. Über den Austausch von Erfahrungen, Aktivitäten, Projekten, die bereits unter ihnen bestehenden Wirklichkeiten miteinander zu verbinden. Ein weiteres Instrument der Solidarität und Verteidigung anzubieten und einer größtmöglichen Anzahl von Personen die Wirklichkeit der C.S.A. nahezubringen und sie darüber zu informieren, um Debatten anzuregen und überall die Praxis der Selbstverwaltung zu verbreiten. Momente des Kampfes und der Initiative zu entwickeln und auszuweiten.

Über die Selbstverwaltung und Eigenproduktion hinaus berühren die in Angriff genommenen Themen die Repression, den Antimilitarismus, den Kampf gegen das Heroin und das Unterfangen der Neubildung der Bewegung, wobei gut darauf geachtet wird, Gruppen und Grüppchen, die an Parteien oder Institutionen gebunden sind zu meiden. Die Räumung des Leoncavallo hat nichts anderes bewirkt, als die Aufmerksamkeit auf diese Realitäten und auf die Forderung nach selbstbestimmten Räumen zu lenken.

Anmerkung:

1 Fausto und Jaio, 2 junge Genossen aus dem Leoncavallo, die 1978 von Faschisten und Drogenhändlern ermordet wurden.
2 D.P. = Democrazia Proletaria, Wahlbündnis linker Gruppen zur Parlamentswahl '76; heute Partei.
3 D.C. = Democrazia Cristiana, Christdemokraten



Das Drehbuch einer Besetzung irgendwo in Holland

aus: taz-Journal Nr. 3

Wird ein leerstehendes Objekt von einem Wohnungssuchenden ausgemacht, nimmt er mit der Kraakergruppe des betreffenden Viertels oder derjenigen Straße Kontakt auf. Um Wohnqualität und Besitzverhältnisse zu klären, wendet man sich gemeinsam an Kataster- und Liegenschaftsämter, die zur Auskunft verpflichtet sind. Mit diesem Informationsvorsprung lassen sich Rückschlüsse auf die Besitzer und ihre Taktik ziehen, und man sieht von der Besetzung ab, wenn die Spekulanten sich der bezahlten Hilfe von „Wehrsportgruppen" bedienen, oder eine nachweisbare Weitervermietung vorliegt.

Eine Telefonkette, die im Schneeballsystem funktioniert, mobilisiert die Besetzer dann kurzfristig und bei größeren Objekten gibt es zusätzlich logistische Hilfe von „Radio Stad". Der Kraakereigene Schlüsseldienst hat sich derweilen um einen Zugang bemüht und falls dieser nicht gefunden wird, rollt man den Fall von oben her mittels Giebeltourismus auf. Möbelwagen und Renovierungsgruppe halten sich einige Straßen weiter dezent im Hintergrund, treten auf Funkspruch oder Handzeichen in Aktion. Wenn dann erst mal ein Bett in der Wohnung steht, beantragt die Polizei einen richterlichen Durchsuchungsbefehl, da nach holländischer Rechtsprechung Schlafraum einem besonderen Schutz unterliegt. Auch bei Versorgungsanschlüssen kommen den Kraakern die gesetzlichen Bestimmungen zugute, denn der Zulieferer GEB (Gemeente Energie Bedrijf) ist verpflichtet, Strom und Gasanschlüsse zu installieren, und wenn sie dies nicht tun, besorgt es die Klempnergruppe der Kraaker.

Das System funktioniert, wenn nicht allzuviele Fehlalarme passieren und läuft besonders gut, wenn sich Besetzungsrundrufe und Einladungen zu Stadtteilfesten und Kraakerfeten die Waage halten.



Squatting in Brazil

Kops shoot and kill two squatters in village!

aus: Clash Nr. 3

11.12.90, Diadema (ein township südlich von Sao Paolo):

Als der Rauch sich lichtete waren 2 Besetzer tot, 47 verletzt, 23 verhaftet und einem Stadtparlamentsmitglied war die rechte Hand abgehackt worden. Es war ein unglaublicher Krieg, geführt von Frauen, Männern und Kindern gegen den Angriff auf ihr BesetzerInnen-Dorf. Diesen Angriff führten 400 Bullen der brasilianischen Staatspolizeieinheit „Tropa de Choque" (Schock-Truppe), die mit Gewehren, Stökken, Schutzschildern, kugelsicheren Westen, Pferden, Hunden und Tränengas bewaffnet waren. Die Schock-Truppe war gekommen, um die mehr als 2000 BewohnerInnen der „Villa Socialista", welche 720.000 Fuß auf sogenannten „privaten Boden" umfaßt, zu vertreiben. Hier in Brasilien sind es nicht die leerstehenden Häuser, welche BesetzerInnen anziehen, sondern ungenutztes Land um darauf zu leben.

Bis zu diesem Angriff durch die Schock-Truppen hatte es monatelange Verhandlungen zwischen dem BesetzerInnendorf und dem Stadtparlament gegeben - eine Anstrengung, die auch durch das Büro des neugewählten Gouverneurs Luiz Antonio Fleury unterstützt wurde, der Monate vorher in einer Wahlkampfrede versprochen hatte, sich für das Recht der BesetzerInnen auf dieses Stück Land einzusetzen. Während dieser Verhandlungen versprach der sogenannte „Landbesitzer" Pedro Simoes dem Stadtparlament, daß die sogenannten „invasores" (Invasoren) „sein" Land kaufen könnten, aber erst müssen sie es verlassen - alle „Baracken" (die Häuser der BesetzerInnen, gebaut aus Spanplatten, Holz, Steinen, Ziegeln, Plastik etc.) und anderen Einrichtungen würden „bis zu den Vertragsabschlüssen unangetastet bleiben". Die BesetzerInnen lehnten dieses Angebot ab; aus offensichtlichen Gründen - wenn die Heimatlosen Geld hätten, um Land zu kaufen, würden sie natürlich nicht nach unbesetztem, offenen Land suchen, um es zu besetzen! (...)

Diese Verhandlungen setzten sich noch einige Wochen fort und spitzten sich zu, bis der neu gewählte Gouverneur plötzlich seine Meinung änderte, sein Wahlversprechen brach und seine Unterstützung für die Rechte der BesetzerInnen zurückzog. Die Verhandlungen wurden abgebrochen und ein Zustand hergestellt, welcher die Staatspolizeiaktion einleitete.

Als die staatlichen Schocktruppen erschienen und ihren Angriff auf das Dorf mit Tränengasgranaten begannen, wurde ihnen sofort mit einem Steinahgel geantwortet. In vielen Fällen wurden mutige kleine Kinder dabei beobachtet, wie sie Tränengasgranaten zurückwarfen! Der Kampf verstärkte sich weiter, als die BesetzerInnen mit nagelbeschlagenen Knüppeln, Macheten, Mistgabeln, Schaufeln und Steinen heftigen Widerstand von den Barrikaden aus leisteten. Es war ein mutiger Versuch, der darin endete, daß die Polizei tödliche Gewalt anwendete, indem sie 2 Besetzer erschoß, von denen bisher erst einer identifiziert werden konnte: ein 32 Jahre alter Mann namens Milton de Souza.

In einer Presseerklärung behauptete der Staatssicherheitschef Antonio Mariz, daß „unbekannte Personen" aus einem „beigen Auto" Schüsse auf Polizisten abgegeben hätten, und daß dies der Grund war, tödliche Gewalt anzuwenden. Später behauptete der Oberbulle noch, daß das BesetzerInnendorf von „Fremden und von außen kommenden Agitatoren mit der Absicht Gewalt zu gebrauchen infilitriert" gewesen sei. Da fragt sich mann/frau nur noch, was die Bullen da wollten, außer der Tatsache eine gewalttätige Konfrontation zu provozieren? Keine Bullen, kein Riot!!

Obwohl sie von ihrem Land gezwungen wurden, haben die Menschen geschworen, dahin zurückzukehren. In ganz Brasilien gibt es das Elend der Armen, der Arbeitslosen, der unzähligen Obdachlosen - alle auf der Suche nach einem kleinen Stückchen Land, auf dem sie leben können. Auf der anderen Seite sind die selbstsüchtigen wenigen, welche das meiste Geld, die Ressourcen, politischen Verbindungen und den Grips haben, welches ihnen ermöglicht, sich große Teile des Landes zu grabschen, motiviert durch nichts anderes als ihre Gier und zukünftige Profite. (...) Gerade in diesem Moment (...) findet ein weiterer Kampf statt! 400 BesetzerInnen haben gerade ein unbenutztes „privates" Landstück besetzt, Pituacu genannt. Der Landbesitzer droht ihnen damit, sie zu „bulldozern". Die BesetzerInnen haben geschworen zu bleiben und zu kämpfen.

Niederlande

Um das kraken (wörtlich: „knacken" = häuserbesetzen) in den Niederlanden, so wie es heutzutage immer noch stattfindet, verstehen zu können, ist es wichtig zu wissen, daß es grundlegende historische Unterschiede gibt mit der Entwicklung der kraakbewegung (= HausbesetzerInnenbewegung) in den meisten anderen Ländern. Der Hauptgrund, daß in Westeuropa gekraakt werden konnte, war, daß es eine starke autonome Bewegung gab, die auf sich selbst zurückgreifen konnte. In den Niederlanden dagegen stütze sich die kraakbewegung nicht nur auf die eigene Kraft, sondern gab es nach einem Urteil des Hohen Gerichtshofes im Jahre 1971 auch eine legale Basis für Hausbesetzungen. Das ermöglichte, daß kraken für viele Menschen eine seriöse Wohnalternative darstellte. Es wurde durch breite Bevölkerungsschichten gekraakt, wobei die politischen Gründe nur eine untergeordnete Rolle spielten. Seit den 60er Jahren gab es in Amsterdam schätzungsweise 100.000 Hausbesetzungen, das kraken war eine völlig normale und gesellschaftlich akzeptierte Sache geworden. Daß in Amsterdam heutzutage noch ca. 300 Häuser/Etagen/einzelne Wohungen besetzt sind und daß es wöchentlich verschiedene Neubesetzungen gibt, mag für Außenstehende wie Musik in den Ohren klingen, aber in Wirklichkeit sieht die Situation um viel weniger rosig aus... Obwohl die alten Strukturen mit den in Stadtteilen organisierten kraak-Gruppen immer noch bestehen, kann kaum von einer zusammenhängenden Bewegung gesprochen werden. Auch die legale Basis des kraken wurde kürzlich durch ein neues Gesetz eingeschränkt.

Kraken und Freiräume

In Amsterdam gibt es einen deutlichen Unterschied zwischen den alten, nicht im Zentrum liegenden Stadtsteilen, wo vor allem einzelne Etagen (in ansonsten meist noch bewohnten Häusern) besetzt werden, und den Gebieten mit großen Wohn- oder Büro-/Fabrikhäusern, die dann im ganzen besetzt werden, was hauptsächlich im Stadtzentrum selbst der Fall ist.

Beim kraken von Etagen geht es meist um den persönlichen Wohraumbedarf der Leute. Kaum entstehen dabei Orte, in denen sich alternative Aktivitäten entfalten können. Dafür sind die kraak-Gruppen in diesen Vierteln sehr nach außen gerichtet, also auf die anderen, „normalen" Leute im Viertel, d.h. es gibt mehr Kontakte zu den MieterInnengruppen u.ä., den PolitikerInnen und den Bullen im jeweiligen Stadtgebiet. Solange die kraak-Gruppe trotzdem ab und zu noch die Faust zeigen kann, können die Kontakte sehr fruchtbar sein.

Anders ist die Situation im Zentrum, wo größere Häuser gekraakt werden. Die Menschen, die diese Häuser besetzen, haben überhaupt keinen Kontakt zu (oder arbeiten gar zusammen mit) den Stadtteilgruppen oder den Behörden. Diese Häuser stellen dann auch eher die Freiräume dar. Bezeichnend ist aber wiederum, daß diese (Frei-)räume vorallem zum Öffnen neuer Kneipen oder dem Abhalten von Partys benutzt werden.

Phantasievollere Ideen zum Nutzen der Freiräume gibt es genug, aber die meisten werden nie verwirklicht, da die Situation der Häuser sehr unsicher ist. Die Projekte die doch entstehen, bedienen oft die „Grundbedürfnisse" der Szene (Volxküche, Gepäckfahrradverleih usw.) Die politische orientierten Leute der kraakszene kritisieren deshalb den Konsum-Charakter dieser Projekte. Fakt ist, daß die Bedeutung der Freiräume fast nur noch eine subkulturelle ist, politisch geht von ihnen nicht aus, geschweige denn das Unterbringen von Flüchtlingen.

Die kraakszene fällt in drei Teile auseinander, die alle auf ihre eigene Art und Weise die Räume zu benutzen wissen.

Innerhalb der alten kraak-Strukturen bewegen sich vorallem die politisch orientierten HausbesetzerInnen, die mit den Häusern und den Freiräumen in ihnen auf die ein oder andere Weise etwas politisches verknüpfen.

Daneben gibt es eine nicht kleine Gruppe von krakenden Illegalen (d.h. Menschen ohne Aufenthaltsrecht in den Niederlanden, vorallem aus Osteuropa), die wegen den juristischen Schwierigkeiten beim kraken und dem Papierkram sehr von den politischen orientierten kraak-Strukturen abhängig sind und ansonsten kaum Möglichkeiten haben, die Freiräume auszufüllen.

Die dritte Gruppe sind die sogenannten wilden krakers, die nicht ausgesprochen politisch motiviert sind. Diese „Künstler-Typen" füllen die benutzten Freiräume oft kreativ aus (Ateliers, Restaurants, kleine Läden usw.)

Kraken und die Medien

Das Fehlen einer deutlichen Linie oder Vorstellung in Bezug auf das kraken, oder wenigsten die Unfähigkeit dies rüberzubringen, werden beim Kontakt mit der Presse schmerzhaft deutlich. Die Aufmerksamkeit der Medien ist vorallem auf die Räumungen gerichtet. Dies liegt zum Teil auch an den BesetzerInnen, die den Kontakt zur Presse erst suchen, wenn ein direkter Nutzen für sich ersichtlich ist, nämlich wenn eine Räumung droht. Dabei wird vergessen, daß die (vorallem lokalen) Medien durchaus die Möglichkeit bieten, eine eigene Stimme hören zu lassen, falls das einigermaßen kreativ rübergebracht wird. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern ist die meiste Presse in den Niederlanden nicht schon im Voraus gegen HausbesetzerInnen eingestellt.

Um dies zu nutzen wurde auf Initiative der politisch Orientierten eine ständig arbeitende Pressegruppe gegründet. Die Resultate, was die Unterstützung aus der Szene aber auch die Medienaufmerksamkeit betrifft, sind bis jetzt noch ziemlich beschränkt.

Juristische Veränderungen zum kraken in den Niederlanden

Bis Juli 1993 gab es zwe vielgebrauchte Möglichkeiten, wie einE HausbesitzerIn ein besetztes Haus räumen lassen konnte. Die erste und billigste war die des Strafrechtes. Es brauchte nur nach der Besetzung eine Anzeige wegen Hausfriedenbruch aufgegeben werden. Der Hausfrieden ist dann verletzt, wenn das Haus irgendwie - nach einer sehr vielumfassenden Definition - benutzt wurde. Das Bewohnen, eine Bauerlaubnis oder ein vorläufiger Verkaufsvertrag fallen darunter.

Die Anzeige landet beim/bei der StaatsanwältIn. JeneR beschließt dann relativ schnell, die Räumung durchzuführen (oder auch nicht). Die Polizei erledigt das dann, ohne daß einE RichterIn etwas dazu gesagt hat oder einE GerichtsvollzieherIn vorbeigekommen wäre.

Die zweite Möglichkeit ist ein Zivilprozeß. Der/die HauseigentümerIn nimmt sich eineN AnwältIn und geht zum Gericht, um dort glaubhaft zu machen, daß es dringende Gründe für eine Räumung gibt, was dann einen Räumungsbefehl nach sich zieht. Dieser lies sich aber früher durch den Einspruch der BesetzerInnen außer Kraft setzen. Heute führt das kaum noch zum Erfolg: behauptet wird einfach, daß das Haus bewohnt war, was später ja noch inszeniert werden kann.

Seit Juli 1993 gibt es also ein neues Gesetz, welches schon seit 15 Jahren in Planung ist. Es besagt, daß ein bis zu einem Jahr ungenutztes Haus bei einer eventuellen Besetzung wieder geräumt werden darf. Dieses Gesetz, der Artikel 429 WvSr, wurde, den PolitikerInnen zufolge, verabschiedet, um den armen HauseigentümerInnen ein Jahr Zeit zu geben, um ein leerstehendes Haus einer neuen Bestimmung zuführen zu können.

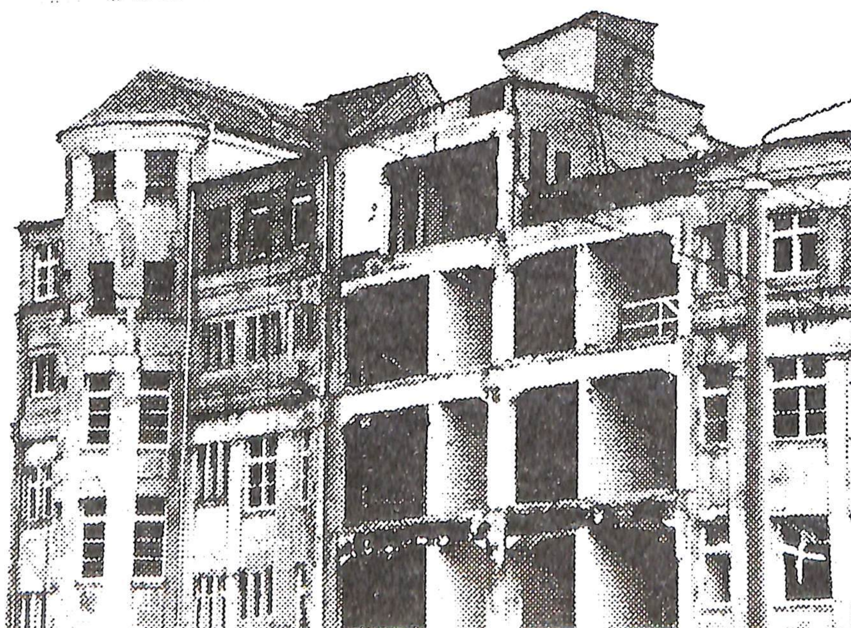
In der Praxis benutzen die StaatsanwältInnen dieses Gesetz, um das kraken zu verunmöglichen. Wenn z.B. ein mal im Jahr ein Fest im leeren Haus abgehalten wird, dann war's in Benutzung und die 1-Jahres-Frist beginnt auf's Neue.

Einziger Vorteil bei diesem Gesetz: alle bestehenden, lokalen Anti-kraak-Verordnungen traten außer Kraft.

ein Amsterdamer Hausbesetzer

Kontakt über:

SPOK (Spekulatie Onderzoeks Kollektief), Spuistr. 5, NL-1012 SP Amsterdam, tel & fax 00-31-20-6206826



Kurze Geschichte der Hausbesetzungen in Wien seit Mitte der 70er Jahre

Stadterweiterungs- und -erneuerungspolitik in Wien

Die Zeit des „Roten Wien"

Seit Ende des 1. Weltkriegs - mit Unterbrechung von 1933 bis 1945 - war der Wiener Gemeinderat immer sozialdemokratisch dominiert. Mit Beginn der 20er Jahre startete die Gemeinde ein ehrgeiziges Projekt zur Schaffung erschwinglichen Wohnraums, die sogenannten Gemeindebauten. Finanziert wurde dieses Projekt hauptsächlich aus der Wohnbausteuer, die sozial gestaffelt war und für Reiche bis zum ca. 30.000fachen dessen betrug, wie für arme Schichten. Daher die Mär vom „Roten Wien". Die Gemeindebauten zeichneten sich durch relativ kleine Wohnungen, die aber durchaus praktisch angelegt waren, aus. Es überwogen 1 - 3 Zimmer-Wohnungen mit Küche, Dusche und WC, was gegenüber den gründerzeitlichen Mietskasernen, die durchwegs WC und Wasserentnahmestelle (Bassena) am Gang hatten, als Fortschritt angesehen wurden. In den Bauten (der größte, der Karl-Marx-Hof, hat eine Länge von mehreren Kilometern) integriert waren Gemeinschaftswaschküchen, Kindergärten, Bibliotheken etc. Sie wurden von namhaften Architekten geplant und waren auch militärisch angelegt: die WC-Fenster - immer zur Straßenseite gelegen - ähnelten Schießscharten, über Dachböden waren die Trakte der Bauten miteinander verbunden. Bei den Versuchen, die gemeinsamen Angriffe von Heimwehr und Militär vom 12. bis 14. Februar 1934 abzuwehren, waren die Gemeindebauten die Hauptkampfplätze, im riesigen Goethehof an der Alten Donau z.B. verteidigten weniger als 40 Personen tagelang das Gebäude gegen eine mehrfache Übermacht, bevor sie sich über die gefrorene Alte Donau zurückziehen mußten.

Das „Rote Wien" hatte allerdings wenig über für Versuche selbstorganisierten Lebens: die „Siedlerbewegung", die vorwiegend aus verarmten ArbeiterInnen bestand, hatte lange Zeit gegen die Gemeindebürokratie anzukämpfen. Diese Bewegung besetzte ungenutztes Bauland und die Mitglieder errichteten in gemeinschaftlicher Arbeit Häuser und Siedlungen.

Die Phase der Stadterweiterung

Nach der Aufbauphase nach 1945, in der mit Unterstützung durch öffentliche Mittel kriegszerstörte Häuser wieder aufgebaut worden waren, wurden von der Gemeinde Wien und gemeinnützigen Wohnbauträgern rund um die Stadt neue Wohnsiedlungen angelegt. Bevorzugte Bauweise waren Komplexe mit mehrstöckigen Häusern in Plattenbauweise, mit kaum Grünflächen, unzureichender Infrastruktur (von Einkaufsmöglichkeiten bis Jugendzentren) und eigentlich gerade noch als „Schlafstädte" zu bezeichnen. Waren die ersten Siedlungen wenigstens noch halbwegs erschwinglich, so blieben große Teile später errichteter Anlagen (z.B. „Marco-Polo-Siedlung" im 21. Bezirk) zum Teil jahrelang ungenutzt, schlicht, weil die Kosten dieser „sozialen Wohnbauten" derartig hoch waren, daß der größte Teil der Wohnungssuchenden sich dort keine Wohnung leisten konnte. Wer das Geld dafür aufgebracht hätte, schaute sich nach netterem Wohnraum um.

Die Phase der Stadterneuerung

Mitte der 70er Jahre verlagerte sich der Schwerpunkt in der Stadtplanung von der Stadterweiterung zur Stadterneuerung, die unter dem Schlagwort der „Sanierungspolitik" bekannt wurde. Die Sanierungspolitik war Ausdruck einer Umorientierung in der Stadtgestaltung. Hatte, wie oben dargestellt, bis dahin die Stadterweiterung Priorität in der Stadtplanung, so ging die Gemeinde nun dazu über, die Stadt „von innen her" (durchaus im geographischen Sinn gemeint) zu erneuern. Unter Erneuerung ist dabei selbstverständlich die Wieder-Profitabel-Machung dieses Raumes zu verstehen.

Diese Politik nahm ihren Ausgang in der Inneren Stadt (Judenplatz), wo von bestehenden Häusern gerade noch die Fassade stehen blieb (aus Gründen des Denkmalschutzes und der „Profitqualität"), dahinter neue Betonetagen hochgezogen wurden. Versuche, die Neugestaltung des Judenplatzes zu verhindern, scheiterten.

Ausgehend vom Stadtkern begann die Gemeinde in konzentrischen Kreisen (allerdings durchaus angepaßt an die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten) sogenannte „Sanierungsviertel" zu definieren. Das begann mit dem Spittelberg (siehe weiter unten) und zog sich fort im 5., später im 6. Bezirk (Gumpendorf), um schlußendlich auf Gebiete außerhalb des Gürtels ausgedehnt zu werden.

Sanierungspolitik hieß immer die Vernichtung billigen Wohnraums zugunsten von Luxuswohnungen, Büros und Geschäftsräumen. Damit einher ging zwangsläufig die Vertreibung großer Teile der ansässigen Bevölkerung in immer weiter stadtauswärts gelegene Bezirke, in teurere Wohnungen mit schlechterer Infrastruktur, das Zerreissen bestehender sozialer Kontakte und die Isolation in den Schlafstädten des Stadtrands.

Hausbesetzungen

Die Anfänge der Besetzungen kenne ich nur aus Erzählungen und Publikationen, daher ist dieser Teil relativ unvollständiger und mit mehr Vorsicht zu genießen als die späteren.

Seit Mitte der 70er Jahre gab es verschiedene Versuche, sich Raum für verschiedene Projekte über das Mittel der Besetzung zu verschaffen. Die ersten derartigen Aktionen hatten alle die Schaffung selbstverwaltete Kultur- und Kommunikations- bzw. Jugendzentren zum Ziel.

Begonnen hatte es meines Wissens ca. 1973 mit dem „Amerlinghaus", einem Haus am Spittelberg im 7. Bezirk.

Amerlinghaus

Dieses Gebiet, das historisch ein Randbezirk des Regierungsviertels war (gelegen hinter den ehemaligen Hofstallungen - jetzt Messepalast, demnächst vielleicht Museumsquartier -, die wiederum den Abschluß des Geländes Hofburg - Museen, früher ebenfalls Regierungsgebäude - in Richtung stadtauswärts bildeten), war lange Zeit sowas wie das „Rotlichtmilieu" der Kaiserstadt.

In das Konzept der Sanierungspolitik paßte der Spittelberg optimal: zentrale Lage, Anschluß an das Verkehrsnetz, die Mariahilfer Straße als Einkaufszentrum ums Eck, und dazu eine Menge netter, kleiner Häuser (aus dem 17. bis 19. Jahrhundert), schmale Gassen, in denen jetzt Luxus-Weihnachtsmärkte abgehalten werden. Innerhalb von zwei Jahrzehnten wurde dieses Viertel bewohnerInnenmäßig zu 100% ausgetauscht (übrig blieben gerade noch einige Burschenschaften deutschnationaler Orientierung). Spekulanten verdienten ein Vielfaches der ursprünglichen Werte der Häuser; hervorzuheben ist dabei die Fa. Kerbler mitsamt Tochterfirmen, die eng mit den Wiener Grünen verflochten ist und am Spittelberg ein Millionenvermögen verdiente.

Das Amerlinghaus ist heute eine Mischung aus einem Yuppie-Beisl, dem Bezirksmuseum und nach wie vor „alternativ" genutzter Räume: Kindergarten, „Graue Pan-

ther" (Seniorengruppe), viele Gruppen haben hier entweder regelmäßige Treffen oder halten Plena, Veranstaltungen ab.

Arena

1976 wurde im 3. Bezirk der ehemalige Inlandsschachthof besetzt. Die Besetzung war die Fortführung der von der Gemeinde veranstalteten „Festwochen alternativ". Das Gelände, von den BesetzerInnen „Arena" getauft, war extrem weitläufig: verschiedene Gebäude, hauptsächlich Schlachthäuser verschiedener Größe, Verwaltungsgebäude, Grünflächen, Bäume, Eisenbahngeleise auf geschätzten mehreren Hektar; dazu abgelegen von Wohnvierteln (keine Lärmbelästigung), war es ideal für Wohnen und kulturelle Betätigung. Die Besetzung dauerte einen Sommer lang, dann wurde geräumt, nachdem Teile der BesetzerInnen einem Deal mit der Gemeinde zugestimmt hatten. Sie bekamen den ehemaligen Auslandsschlachthof zur Nutzung, der - allerdings in ziemlich verkleinerter Form - immer noch ein Veranstaltungszentrum ist.

In der Arena zeigte sich auch die sozialdemokratische Variante des „teile und herrsche": nach Tagen des Terrors (nicht nur durch Neonazis; ein hoher Gemeindevertreter rückte persönlich mit seinen Bütteln an, um z.B. die Wasserzuleitung zu kappen, daneben gab es die üblichen Polizeischikanen gegenüber Ankommenden und Weggehenden; die Presse tat ihr bekanntes Übriges dazu) Verhandlungen mit Teilen der BesetzerInnen, dann Räumung, und gleichzeitig Subventionen für die „neue Arena". Mit dieser Politik wurde die BesetzerInnenbewegung immer wieder konfrontiert.

Es gab in Simmering, unweit der Arena, noch eine Besetzung für ein Jugendzentrum, von der mir leider, außer daß sie stattgefunden hat, nichts bekannt ist.

Windmühlgasse

Am 1. Mai 1981 besetzten einige Leute ein Haus im 6. Bezirk in der Windmühlgasse. Es war meines Wissens das erste Haus, das nicht der Gemeinde Wien, sondern einer Firma (ILBAU) gehörte. Das Haus bestand aus mehreren hintereinander angelegten Gebäuden und zog sich von der Mariahilfer Straße mit mehreren Durchgängen bis zur Windmühlgasse. Bei dieser Besetzung wurde erstmals als Hauptforderung die Schaffung von Wohnraum gestellt.

Die Besetzung verlief unter ungünstigen Vorzeichen, am selben Tag in der Früh war der Wiener Stadtrat Nittel ermordet worden, die Presse sah natürlich sofort die Zusammenhänge, die Polizei ein Notverordnungsgesetz („Verfassungsüberleitungsgesetz 1929"), aufgrund dessen sie das Haus noch am selben Tag räumen ließ.

Die Besetzung der Windmühlgasse rief in der Bewegung großen Widerhall hervor. Innerhalb weniger Wochen kam es zu einer weiteren, schnell geräumten Besetzung eines Hauses am Spittelberg, zu mehreren Scheinhausbesetzungen mit Straßenbarrikaden und zur Besetzung des Wohnungsamtes der Gemeinde Wien. Dort wurde wieder die oben beschriebene Taktik versucht: die Jugendlichen unter den BesetzerInnen sollten „Startwohnungen" erhalten, der Rest leer ausgehen. Die Antwort war eine „Zeltstadt" im Rathauspark, die auch umgehend geräumt wurde.



Gaga

Gleichzeitig mit der Windmühlgassenbesetzung wurde im 5. Bezirk auf dem Gelände der ehemaligen „Wiener öffentlichen Küchen" das Kultur- und Kommunikationszentrum Gaga (für Gassergasse) eröffnet. Die Gaga war der Versuch der Gemeinde Wien, die „Burggartenbewegung" zu spalten und zu zerstören. Diese Bewegung versuchte einige Jahre lang, im Burggarten im 1. Bezirk „Rasenfreiheit" durchzusetzen und sich hier einen Treffpunkt zu verschaffen. Gegen die Bewegung ging die Polizei äußerst hart vor, handelte es sich beim Burggarten doch um eine der touristischen Attraktionen der Stadt. Ein Teil der Bewegung verhandelte mit der Gemeinde um ein Objekt, in dem man sich auch im Winter treffen könnte, und erhielt eben die Gaga, die einen weiteren Vorwand lieferte, den Burggarten „bewegungsfrei" zu machen.

Nachdem aber im Frühjahr 1983 der mit der Gemeinde kooperierende Vorstand des Vereins Gaga durch andere Personen ersetzt worden war, war das Projekt reif für den Abschuß. Das begann damit, daß die beschlossenen Subventionen für das Jahr zurückgehalten wurden (die Gaga hatte einige strategische Nachteile, einer der größten war, daß das Haus nur mit Zentralheizung zu heizen war, was jeden Winter Heizöl in Höhe von mehreren hunderttausend Schilling bedeutete, die ohne Subventionen unmöglich zu beschaffen waren), und endete im Juni 1983 mit der polizeilichen Räumung der Gaga.

Wohnprojekte

Bis 1983 waren einige Häuser besetzt bzw. erhandelt worden, in denen sich mehr oder weniger kollektive Wohnprojekte etablierten:

Rosa Lila Villa

Ein Schwulen-Lesben-Haus im 6. Bezirk, direkt an der Wienzeile, einer der Hauptverkehrsstraßen, sorgt immer noch für Aufregung. Die Lage provoziert geradezu nach Transparenten an der Fassade.

Myrthengasse

Im 7. Bezirk.

Spalowskigasse

Im 6. Bezirk

Nach der Räumung der Gaga kamen zwei Häuser, beide im 6. Bezirk, dazu: eines in der Corneliusgasse hinter der Rosa Lila Villa. Dort wurde zuerst von der Gemeinde der Kindergarten und die Schule der Gaga untergebracht. Diese erhielten später das Nachbarhaus zur Rosa Lila Villa in der Hofmühlgasse, worauf die Corneliusgasse von anderen Leuten, teils aus der Gaga, besiedelt wurde. Die Corneliusgasse wurde später nach angedrohter Räumung „freiwillig" verlassen.



Das andere war das Nachbarhaus zur Spalowskigasse in der Ägidigasse. Hier zogen ebenfalls Leute aus der Gaga, später auch andere ein. Nachdem ich selbst ebenfalls lange Zeit in der Ägidigasse gewohnt habe, ist mir die Geschichte dieses Hauses naheliegenderweise am nächsten.

Die Ägidigasse lag im Sanierungsgebiet „Gumpendorf", einem Viertel knapp innerhalb des Gürtels, das sich durch einen hohen Bestand an alten Häusern mit niedrigen Mieten auszeichnete. Deshalb wohnten hier viele alte Menschen, AusländerInnen, Wohngemeinschaften.

Als die ersten von uns in die Ägidigasse einzogen, standen bereits 5 Wohnungen leer, weil die Gemeinde Wien das Haus gekauft hatte und abreißen lassen wollte. Wenn Mieter starben oder auszogen (nicht ohne daß Druck auf sie ausgeübt worden war), übernahmen welche von uns die Wohnung. Das ging meistens mit Einwilligung der Vormieter vonstatten, zu denen wir im allgemeinen ein gutes Verhältnis hatten, nachdem wir die Verleumdungen, die die Presse noch vor unserem Einzug in die Welt gesetzt hatten, geklärt hatten.

Mit der Zeit übernahmen wir so das gesamte Haus und schufen darin einen Veranstaltungskeller, einen Veranstaltungsraum im Erdgeschoß in einer ehemaligen Maschinenwerkstatt, einen Infoladen in einem Geschäftslokal, ein Beisl, Gemeinschaftsküche etc.

Das klingt jetzt zu rosig, es gab natürlich jede Menge Auseinandersetzungen untereinander, die ich aber jetzt bis auf einen ausblenden möchte. Der eine ist die bekannte Spaltungsstrategie der Gemeinde Wien, die dazu führte, daß Teile der BewohnerInnen sich in ein anderes Haus aussiedeln ließen (obwohl sie wußten, daß dieses Haus einer anderen Gruppe versprochen war) und damit die Argumentation der Gemeinde Wien unterstützten, daß sich in der Ägidi nur noch „Chaoten" aufhielten, die gar nicht aus Wohnungsnot, sondern nur, um Unruhe zu stiften, hier wären.

In Zusammenhang mit dem Kongreß scheint mir wichtig nachzuzeichnen, wie wir in der Ägidi unser Verhältnis zu anderen Wohnprojekten, zur Nachbarschaft und zur Gemeinde Wien analysiert haben.

Wir hatten dabei den Vorteil, nicht das erste Sanierungsgebiet in Wien zu sein, und konnten uns die Erfahrungen in anderen Vierteln für unsere Analyse zunutze machen.

Dazu habe ich leider nur wenig gefunden, aber es ist das Wichtigste. Die Argumentation, die wir in der Ägidi vertreten haben, war immer ausgerichtet darauf, daß sie für „normal" Wohnende nachvollziehbar ist und daß wir da zusammenkommen. Was, wenn auch in unzureichendem Umfang, geklappt hat.

Die eine Schiene war die mit der Umstrukturierung, Sanierungsgebiet Gumpendorf. Davon waren so ziemlich alle betroffen, die zu dieser Zeit noch dort gewohnt haben. Wie wir dort hingekommen sind, im September 1983, hat die Sanierung des Viertels bereits begonnen. Heute ist sie nahezu abgeschlossen. Das bedeutet, aus einem Gebiet mit relativ niedrigen Mieten wurde der „Hinterhof" des Gebiets Westbahnhof, Mariahilferstraße. Konkret wurde die Mariahilferstraße komplett umgestaltet und zu einem „Nobeleinkaufsparadies" gemacht. Ob sich das für die einzelnen Geschäfte und Ketten auch rentiert hat, ist mir hier nicht so wichtig. Der Westbahnhof wurde ebenfalls renoviert, die U3 gebaut, und rund um den Bahnhof eine Menge neuer Hotels hochgezogen. Dazu wurde das „Raimundtheater", das mitten in Gumpendorf liegt, „aufgewertet", nämlich zu einem Musical-Theater umgerüstet. Daneben durften, wie Hundertwasser im 3. Bezirk, ein paar Promis (z.B. Arik Brauer) bunte Häuser aufstellen, die sich natürlich auch keine ArbeiterIn leisten kann (dafür haben sie seiner Tochter eine Wohnung drin geschenkt).

Alles, was ich hier aufgezählt habe, und noch ein paar Kleinigkeiten mehr, haben wir in dieser Zeit immer wieder unter die Leute zu bringen versucht. Das A3-Flugi „Ausgeplant und wegsaniert" war gleichzeitig eine Wandzeitung, die wir im Viertel geklebt haben. Und das noch dazu rechtzeitig, zu einem Zeitpunkt, da die Sanierung zwar bereits begonnen hatte, die Leute also schon ein wenig sensibilisiert waren, aber noch viele der „ursprünglichen" BewohnerInnen im Bezirk waren. Die auch schon mal unter Druck gesetzt wurden, wegzuziehen. Ähnlich lauteten die meisten unserer Flugblätter etc.

Ich glaube, was uns gut gelungen ist, war die Zusammenfassung der geplanten Maßnahmen und die Erklärung, worum es dabei ging: nämlich eine massive Verlagerung nahezu der gesamten Wohnbevölkerung eines Stadtteils zwecks Profitabelmachung desselben. Das wurde dann auch begriffen, und darüber kamen wir zu sowas wie gleichen Interessen, auch unter unterschiedlichen Bedingungen von Wohnen und Zusammenleben. Wobei die Art, wie wir gelebt haben, viele Menschen in der Nachbarschaft dann auch gar nicht weiter gestört hat, auch wenn es nicht die ihre war.

Ich denke, es ist sehr wohl möglich, mit „normalen" WohnerInnen zusammen zu kommen und gemeinsam den Kampf gegen Umstrukturierung zu führen, weil es da eben gleiche Interessen gibt. Mensch darf halt nicht sich selbst zu wichtig, einzig nehmen, den Rest nur als „Spießer" betrachten (das sind sie auch nicht - nicht unbedingt, und unter BesetzerInnen gibt's die sowieso auch.), sondern muß von der Analyse des Kapitalismus, natürlich bezogen auf eine konkrete Situation, ausgehen.

Der Kampf muß also immer gegen die Interessen des Kapitals auf der einen Seite und gegen die Spaltung der Klasse auf der anderen geführt werden. Das hat in unserem Fall z.B. auch bedeutet, daß wir sowas wie einen Häuserrat machen wollten, um die Häuser, die es damals gab (Rosa Lila Villa, Myrthengasse, Arena etc.), zum gemeinsamen Vorgehen zu bringen. Das ist uns leider mißlungen, mit Ausnahme ganz weniger Punkte. Und zwar deshalb, weil mal wieder (s.o.: die Spießer in den eigenen Reihen) welchen ihre eigene Haut am wichtigsten war, und sie deshalb lieber mit dem Hausbesitzer, hier der Gemeinde Wien, gedealt haben, als sich gemeinsam zu wehren. Oder weil wir eben nicht in der gleichen Situation waren: weil welche „geschäftliche" Avancen hatten, vor allem in der Arena hat sich das ganz stark gezeigt, und inzwischen ist sie auch nicht mehr als ein „normaler" Veranstaltungsort.

Außer dem Umgang mit ähnlich Betroffenen hatten wir in der Ägidi natürlich auch das Problem des Umgangs mit der Repression zu behandeln.

Für mich wichtig in diesem Zusammenhang ist das Verhalten der Verhafteten nach der Räumung des Hauses bzw. die Überlegungen zur Räumung, also „Rechtshilfe". Es hat zwei Tage vor der Räumung ein Plenum im Haus gegeben, wo noch einmal durchbesprochen worden ist, wie wir uns verhalten werden: Vermummt bei Aktionen (das ist wohl nicht ganz durchgehalten worden, wenn ich mir die Fotos der Vermummten ansehe. Bei einigen gab's wunderbare Tätowierungen an den Armen, und weil es doch so heiß war, kämpfte mensch im T-Shirt. Die Bullen haben's zum Glück trotzdem nicht gerafft. Diese Bilder sind aber vom Vortag, als das Nachbarhaus, die Spalowski, geräumt wurde. Von dort sind die Leute erstmal über ein Brett im 2. Stock in die Ägidi geflüchtet, und in der Nacht konnten viele von ihnen abhauen. Das war sehr wichtig, weil viele von denen so geschafft waren, daß nicht klar war, ob sie die Aussage verweigern würden.), und Maul halten gegenüber den Staatsbütteln.

Das ist ziemlich gut durchgehalten worden, obwohl niemand damit gerechnet hat, daß wir alle - über 60 Personen - in U-Haft gesteckt werden. Es sind aber dann alle nach ca. 14 Tagen entlassen worden und das Verfahren wurde gegen alle ohne Eröffnung einer Hauptverhandlung eingestellt. Also auf dieser Ebene ein großer Erfolg.

Das Plakat mit der Aufschrift „Eine Front ..." stammt aus dem August 1988 von der Hafenstraße in Hamburg. Die haben dort sehr schnell geschaltet, nur daß sie sich in einem Tag geirrt haben. Macht nichts. Es hat damals überhaupt erstaunliche Reaktionen gegeben, abgesehen von der Soli-Demo am 14.8. in Wien, wo an die tausend Leute aufmarschiert sind. Hätten wir uns auch nicht gedacht. In Bologna, glaube ich, jedenfalls in Oberitalien, haben welche eine österreichische Institution, ich glaube, es war so was wie eine Vertretung der österreichischen Wirtschaftskammer, überfallen und ein wenig zerstört.

Das Verhalten der Verhafteten bei der Räumung der Ägidigasse hat für die Bewegung in Wien einen großen Schritt nach vorne in bezug auf Verhalten gegenüber der Repression bedeutet. Es wurde praktisch bewiesen, daß es nicht nur möglich ist, kollektiv die Aussage zu verweigern, sondern daß dieses Verhalten auch durchaus den Absichten der Repression einen Strich durch die Rechnung machen kann. Es gab kein verwertbares Material der Bullen gegen einzelne von uns, und der Versuch, Kollektivanklagen (z.B. Landfriedensbruch) zu konstruieren, scheiterte. Obwohl unter den Verhafteten einige junge Menschen waren, die mehr oder weniger zufällig eingefahren waren (z.B. haben welche Bekannte besuchen wollen und sind dann auch mitgenommen worden), konnten wir darüber, daß wir so viele waren, verhindern, daß diese Leute Aussagen machen.

Zusammenfassend möchte ich nochmals die für mich wichtigsten Erfahrungen betonen: Häuserkampf muß immer im Zusammenhang mit dem Kampf der Klasse gegen die Ausbeuterklasse geführt werden. Dazu muß einerseits Klarheit über die Absichten und Methoden der Herrschenden hergestellt werden (Sanierungspolitik, Repression, Spaltungsmethoden ...), andererseits der Klasse vermittelt werden, daß wir keinen von ihren Interessen abgetrennten oder gar zuwiderlaufenden Kampf führen. Häuserkampf ist also sowas wie „Avantgarde" im Wohnungskampf, oder er ist spalterisch. - So nebenbei, die Erfahrungen der italienischen GenossInnen im Kampf um die „autoriduzzione", die autonome Herabsetzung der Mieten in Neubauvierteln, scheinen mir mindestens genauso wichtig wie die des „klassischen Häuserkampfs". - Außerdem muß darauf geachtet werden, die Einheit innerhalb der Häuserkämpfenden herzustellen und zu bewahren. Denn das Terrain der besetzten Häuser eignet sich auch sehr gut für Projekte des individuellen Aufstiegs, sprich Klassenverrat

Kontakt über

Infoladen Wien
Stiftgasse 8
A-1070 Wien



Züri pennt wieder (leider)

aus: junge Welt, 13.5.1994

»Wohlgröthler kamen zurück – mit Äxten« schürte die Schweizer »Blick« Boulevard-Stimmung. Aber statt einem Revival für die traditionsreiche Zürcher Revolte gab es nur ein kurzes militantes Intermezzo. Ein Portrait der drei Jahre währenden Auseinandersetzungen um die »Autonome Kulturwerkstatt Wohlgroth«, die Ende letzter Woche noch einen großen Polizeieinsatz provozierten. Von Matthias Preisser.

AUF DEM Handzettel steht: »pünktliches erscheinen von vorteil«. Er lädt ein zu einer »überraschung!!!« mit »3 bänds, disko, feuershow, spektakel« am Sonnabend, 7. Mai, »zweiundzwanziguhr15«, an der Konradstraße in »zuerich«.

Ziemlich genau drei Jahre sind es her, daß Pfingsten 1991 die leerstehende Gaszählerfabrik Wohlgroth AG im Zürcher Quartier Kreis 5 besetzt und zur Autonomen Kulturfabrik Wohlgroth umfunktioniert wurde. Die Oerlikon Bührle Immobilien AG, eine Tochtergesellschaft des größten Rüstungskonzerns der Schweiz, plante auf dem Areal mit zwei Fabrikhallen und mehreren Wohnhäusern eine Großüberbauung mit 6000 Quadratmeter Bürofläche und Wohnungen. Das Projekt stand im Zusammenhang mit der mittlerweile auf Eis gelegten koordinierten Überbauung der Gleisanlagen und der Umgebung des Zürcher Hauptbahnhofs, dem Projekt »HB-Südwest«.

Die BesetzerInnen – die meisten Kids in jugendlichem Alter – waren mit der Forderung nach »Freiräumen« und »Kulturraum« angetreten. »Kein Gott, kein Staat, kein Mietvertrag« war ihr Motto.

In kurzer Zeit und mit immensem Arbeitseinsatz wurden die festungsartig verrammelten Gebäude geöffnet und nutzbar gemacht. Konzertsaal, »Lesothek«, Flohmarkt, Bewegungs- und Skaterraum, Kaffeebetrieb, Kneipe, Bar, Billard- und Tischfußball, die allabendliche »Volxküche«: Die Wohlgroth entwickelte sich einerseits rasch zu einem Veranstaltungs-, Konzert- und Freiraum, der aus Zürich kaum mehr wegzudenken war. Andererseits häuften sich die Klagen der BesetzerInnen über die Konsumhaltung der BenutzerInnen.

Der anfänglich eröffnete FixerInnenraum wurde nach einer kurzen Startphase geschlossen, weil die Polizei nach der Schließung der offenen Drogenszene auf dem Platzspitzpark versuchte, die Junkies ins Wohlgroth-Areal zu verdrängen. Der Deal begann sich breitzumachen, das Gelände zu verdrecken. Die BesetzerInnen reagierten rasch (sie hatten aus den leidigen Erfahrungen gelernt, die das AJZ der achtziger Jahre beinahe zum Kollaps brachten) und setzten das Verbot von Konsum und Deal harter Drogen konsequent durch. Eine von Wohlgroth-Frauen betriebene Frauennotschlafstelle wurde nach viereinhalb Monaten Betrieb geschlossen, weil »von Anfang an klar war, daß wir nicht auf unbegrenzte Zeit eine Aufgabe übernehmen, die der Stadt obliegt und von dieser als vollwertige Arbeit anerkannt und selbstverständlich bezahlt werden muß«.

Ein Ufo größer als die Hamburger Hafenstraße

DIE ZÜRCHER Szene ist folgsam und pünktlich. Gegen halb elf Uhr abends ziehen rund dreihundert Leute zur ehemaligen Wohlgroth, mittlerweile ein eingeebnetes Areal, eingezäunt von einem Holzverhau und Gittern. Keine Viertelstunde dauert es, bis von den Umzäunungen nichts mehr übrig ist, der Holzverhau auf zwei lodernden Feuern in der Mitte des Areals der stetig anwachsenden Menge Licht spendet. Eine Bar ist installiert; auf der provisorischen Bühne macht sich die erste Band bereit. Infrastruktur und Organisationstalent der Wohlgroth-Leute verblüffen: Motorsägen, Äxte, Pickel, ein Generator, eine komplette Verstärkeranlage, alles ist vorhanden. Innerhalb kürzester Zeit ist auf den Trümmern der Wohlgroth ein Konzert- und Festplatz entstanden.

Die Zürcher Polit- und Autonomenszene war – nach einer anfänglichen Welle der Begeisterung – eher selten zu Gast in der Wohlgroth, von den Bewohnern und BenutzerInnen liebevoll »Grotte« genannt. Zwar packten der eine und die andere Autonome ihre Sachen, um in eines der Wohnhäuser zu ziehen, doch legte die Mehrheit der alt-Achtundsechziger und auch der ehemaligen Achtziger-Bewegten die Autonome Kulturfabrik als »zu unpolitisch«, zu kultürlich«, ihre Vorstellungen als »zu unrealistisch« ad acta. Lediglich das »Komitee gegen Isolationshaft« – eine Gruppe, die das Etikett »KommunistIn« nur für ihre Mitglieder gelten lassen will – versuchte mehr oder weniger erfolglos, die Wohlgroth-Kids zu agitieren.

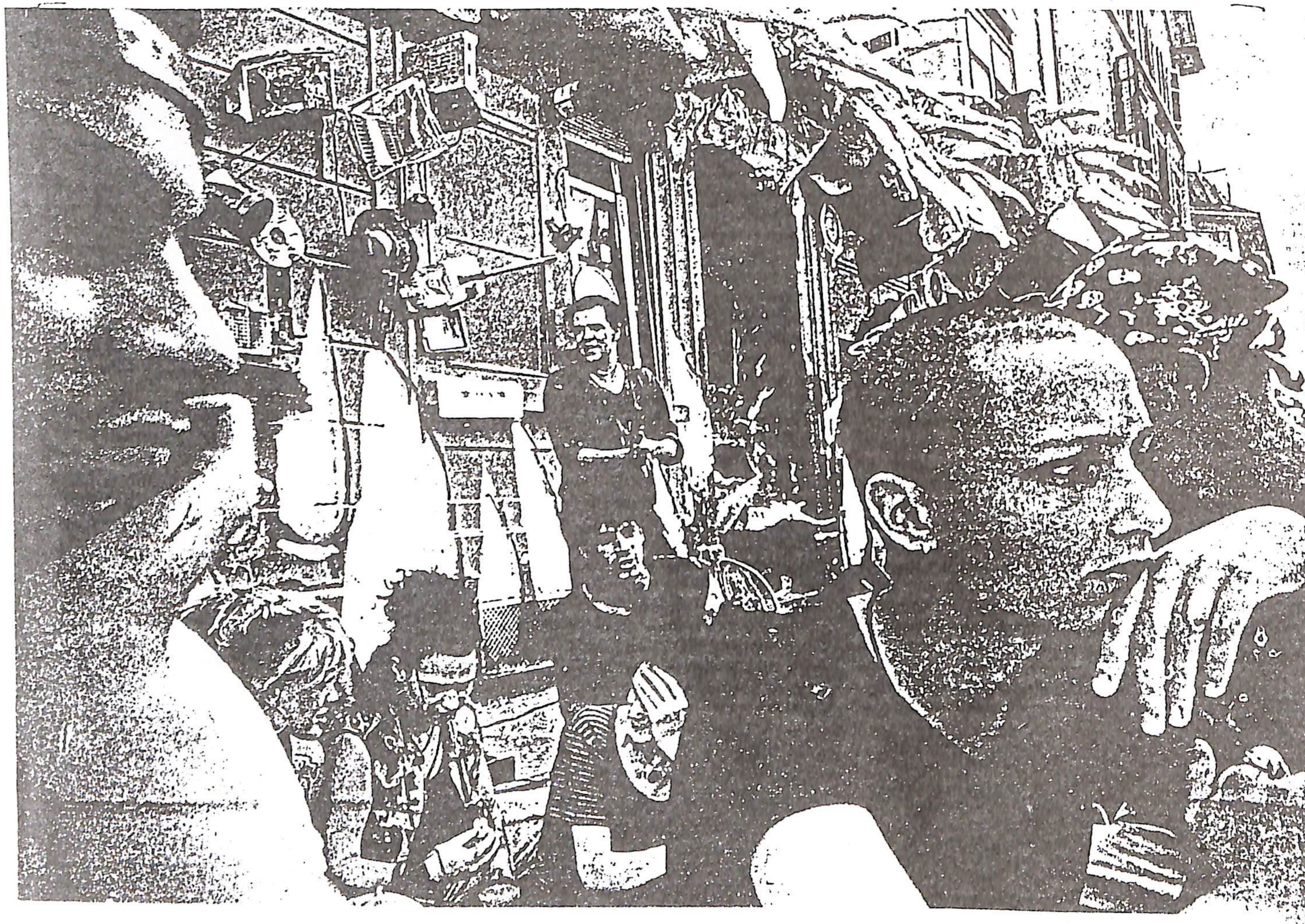
Tatsächlich formulierten die WohgröthlerInnen nie wie auch immer geartete Ansprüche an die Politszene, ließ sich ein direktes Interesse an linker Politik nur vereinzelt ausmachen. Tatsächlich funktionierte die Grotte eher als Mikrokosmos, als kleine, abgeschottete Welt, als Wohn-, Experimentier- und Lebensfeld. »Die Wohlgroth«, das sind für mich nicht nur die Häuser ... das ist ein Lebensgefühl. Wir sind 120 Leute, und jeder, jede ist anders. Hier kannst du so leben, wie du bist, und machen, was du willst und worauf du Lust hast. Und vor allem mit vielen verschiedenen Leuten zusammenwohnen, mit ihnen Diskussionen führen über Sachen, die dich beschäftigen. Es ist bunt, manchmal fröhlich, manchmal traurig.« So faßte eine Besetzerin kurz vor der Räumung in einem Interview mit der linken Schweizer »Wochen-Zeitung« zusammen.

Doch gerade in diesem Mikrokosmos wurde das Autonomiekonzept einer achtziger Bewegung in einer Radikalität eingelöst, wie es diese nie geschafft hatte. Ohne feste Strukturen, verwaltet lediglich durch die Entscheide der Vollversammlungen war hier mitten in der Zürcher City ein Ufo mit gegen Schluß rund 120 Passagieren gelandet – und hatte sich während zweieinhalb Jahren auf einem Areal, größer als die Hamburger Hafenstraße, halten können.

Die AnwohnerInnen ringsum stehen auf den Balkonen, an den Fenstern und betrachten das Treiben – einige haben wohl auch zum Telefonhörer gegriffen: Um zwanzig Minuten nach elf unterbricht ein knarrendes Megaphon den Festbetrieb; zehn Minuten gewährt Polizeisprecher Thomas Ullmann den Anwesenden, um das Areal zu verlassen, ansonsten werde geräumt. Geschützt wird Ullmann von gerade einmal vier Polizisten in Kampfuniform, eine weitere Handvoll sind am anderen Ende des Areals postiert. Der Staatsschutz befindet sich in der Schweiz nach einem Datenschutzskandal, dem »Fichenskandal«, in einer Reorganisationsphase. Offensichtlich ist die Zürcher Polizei schlecht informiert. Dazu kommt, daß der knallharte Repressionskurs gegen Junkies, welchen die mehrheitlich sozialdemokratische Exekutive seit einigen Jahren fährt, viel Polizeipersonal absorbiert.

»Es sind nur ganz wenige Polizisten. Bleibt auf dem Areal, bleibt zusammen!« tönt es jedenfalls aus den Lautsprecherboxen der BesetzerInnen. Die Polizei läßt sich auf Verhandlungen ein. Ihr geht es um die beiden Feuer: »Der Funkenwurf ist zu gefährlich.« Als die BesetzerInnen zusichern, die Feuer nicht weiter zu unterhalten, zieht die Polizei ab, die Hardcore-Band setzt ihr unterbrochenes Konzert fort. »Unter diesen Umständen tolerieren wir die Tekkno-Party«, erklärt Einsatzleiter Ullmann dem Pressevertreter.

Als im Frühjahr 1993 die letzten Versuche, das Oerlikon-Bührle-Großprojekt auf juristischem Wege zu verhindern oder doch wenigstens zu verzögern, gescheitert waren, bereiteten sich die Be-



Die Zürcher autonome Kulturwerkstatt »Wohlgroth« in ihren besseren Tagen Foto: Nathan Beck

setzerInnen auf die Räumung vor. (Die mehrheitlich sozialdemokratische Zürcher Stadtregierung läßt besetzte Liegenschaften erst dann räumen, wenn sämtliche Bau- und Abbruchbewilligungen vorliegen und die Bauherrschaft nachgewiesen hat, daß sie das Projekt finanzieren kann.) Die Wohlgroth-Kids gingen in die Offensive. »Wohlgroth ist Kulturbrot« war nun das Motto. Die Grotte wurde zum riesigen Gesamtkunstwerk mit buntbemalten Fassaden und vorgehängten Plastiken, mit Skulpturen im Innenhof. Die BesetzerInnen rechnen auf, wieviel Arbeit, Geld und Zeit sie in ihre Grotte investiert hatten, legten dar, welche kulturellen Veranstaltungen und Konzerte in Zürich nur dank der Autonomen Kulturfabrik Wohlgroth hatten stattfinden können. Die bürgerliche Presse, Zeitgeistmagazine und das Feuilleton entdeckten das Biotop Wohlgroth. Die JournalistInnen drückten sich die Klinke am Eingang gegenseitig in die Hand. Mit einer Mediengruppe und aktiver Medienarbeit versuchten die Wohlgroht-Kids, das Chaos einigermaßen in den Griff zu bekommen.

Vergebliche Hoffnung: »La Grotta continua«

LETZTEN November lancierte der Oerlikon-Bührle-Chef Hans Widmer – ganz der moderne Managertyp, leicht esoterisch angehaucht mit viel Verständnis für die »leicht verletzlichen« Besetzerinnen – gemeinsam mit der sozialdemokratischen Bauamtschefin Ursula Koch einen Coup: Auf einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz offerierte Widmer den BesetzerInnen einen Deal. Eine leerstehende Fabrikhalle des Oerlikon Bührle-Konzerns in einem Zürcher Außenquartier für ein Jahr gegen einen friedlichen Abzug aus der Wohlgroth-Fabrik, der Konzern werde die nötigen Umzugslastwagen vorbeischicken. Der halblegale Tummelplatz für WohlgröthlerInnen im Exil, der programmierte Absturz für andere, rund hundert Arbeitsplätze (antizyklisch!) durch das Bauprojekt, die nötige Imageaufbesserung für die Sozialdemokratie kurz vor den Wahlen, das Weihnachtsgeschäft ohne störende Krawalle: Die Kommentare überschlugen sich vor Freude. Die völlig überrumpelten BesetzerInnen verhängten eine Pressesperre – und lehnten einige Tage später das Angebot dankend ab. (»Mit dem Umzug in die neue Fabrik müssen wir auf fast alles verzichten, was wir wollen. Mit der Übernahme ... lassen wir uns an den Stadtrand deportieren und hier verghettoisieren. Wir lassen zu, daß unser Quartier weiter umstrukturiert wird.«) Den symbolischen Schlüssel zur Fabrikhalle reichten sie an zwei Theatergruppen weiter. Die Bürgerpresse schäumte, schrieb nun eine »gewaltsame Räumung« herbei, bei »der es Verletzte oder sogar Tote geben könnte«.

Gegen zwei Uhr nachts geht ein Baucontainer auf dem Areal in Flammen auf. Beim benachbarten Fast-Food-Schuppen Mc Donald's werden die Schaufenster eingeschlagen. Die anrückende Polizei gerät in Bedrängnis, »so daß sich die Beamten nur mit Gummischrot und Tränengas ihrer Haut wehren konnten« (Polizeikommunique). Beim Telecomgebäude, von der Oerlikon Bührle Immobilien AG als Generalunternehmung erstellt, gehen Scheiben und Granitverkleidung für über 100 000 Franken zu Bruch. Als drei Polizisten versuchen, einen Aktivisten zu verhaften, sehen sie sich plötzlich fünfzig aufgebrachten Kids gegenüber und fliehen. Fünfzehn Autos, darunter drei Polizeifahrzeuge, werden demoliert. »Gegen 05.00 Uhr kehrte im Kreis 5 wieder Ruhe ein«, so das Polizeikommunique. Rund ums wieder eingezäunte Wohlgroth-Areal aber ist auf Straßen und Wänden immer noch unübersehbar groß und farbig zu lesen: »La Grotta continua«.

Mit einem martialischen Polizeiaufgebot, mit Helikoptern aus der Luft, mit Antiterroreinheiten und Wasserwerfern wurde die Grotte am 23. November 1993 geräumt. Angesichts ihrer ausweglosen Lage hatten die BesetzerInnen die Gebäude bereits verlassen. In der Ineninstadt klirrten die Scheiben. Der Politszene wurde es warm ums Herz. Bei einer von mehreren Demonstrationen wurde ein Passant zum Entsetzen der Demonstrierenden durch einen Steinwurf schwer verletzt. Einige kleinere Häuser und ein Versammlungsraum im Kreis 5 wurden besetzt – und meist postwendend wieder geräumt, ein Bruch mit der gängigen Räumungspraxis. Dann wurde es wieder still – bis sich ein halbes Jahr später, in der lauen Frühlingsnacht letzten Sonnabend, die WohlgröthlerInnen lautstark und eindrucksvoll zurückmeldeten. Ein alter Politaktivist schwärmte: »Es war wieder diese Stimmung, in der du denkst: »Jetzt muß es doch passieren, jetzt geht es los, im großen Stil.« Er hat sich geirrt.

Das Verlangen nach Raum.
Über das Leben der heutigen Nomaden

aus: NN 171 (21.10.1994)

Wenn der Criminal Justice und Public Order Bill defintiv verabschiedet wird, wird es für die tausenden von travellers fast unmöglich werden, ihr nomadisches Leben fortsetzen zu können. Schon jetzt sind sie das Ziel zahlloser Stänkerein der Behörden und von Schmutzkampagnen der Medien. Ihnen wird der Zutritt in Läden und Kneipen verwehrt, ihre Fahrzeuge werden beschlagnahmt oder zerstört und ihre Kinder kommen in Heime. Was denken sie selbst über diese Entwicklungen? Werden sie ihr Nomadenleben weiter leben? Wer sind sie eigentlich?

Auf dem Parteitag der Britischen Konservativen Partei im Herbst 1992 versprach John Major seinen Zuhörern, daß er fest entschlossen war, die illegalen Landbesetzungen durch sogenannte „new age travellers" zu unterbinden: „Sie kennen sicher alle die Bilder im Fernsehen oder die Artikel in der Zeitung. Wenn man in West Country oder Wales lebt, kann man es selbst vor der eigenen Haustür sehen. Die Bauern müssen wehrlos zusehen, wie ihre Emten vernichtet werden und ihr Vieh ermordet von Menschen, die sagen, daß sie in Harmonie mit der Natur leben, die aber überhaupt kein Respket vor fremden Eigentum haben. New Age travellers? Nie und nimmer!" Ein tobender Applaus brach los, den Major strahlend registrierte. „Sie sagen, daß wir sie nicht verstehen würden", fuhr er fort „ja, aber es tut mir leid, wenn das Verwerfen des Materialismus bedeutet, daß das Eigentum von anderen vernichtet wird, dann verstehe ich das nicht. Wenn 'die eigenen Dinge tun' bedeutet, daß man die soziale Sicherheit mißbraucht und auf Kosten anderer lebt, dann will ich das nicht verstehen."

„New Age travellers" ist das Etikett, welches tausenden Menschen zugewiesen wird, die ein halb-nomadisches Leben leben, welches sich vorallem um die großen Festivals dreht, welche im Sommer in ganz Groß Britannien stattfinden. In den 70er Jahren wurden die Nomaden mit The Hippie Peace Convoy bezeichnet. In den 90er Jahren belegt man sie mit weniger ansprechenden Ausdrücken, wie „crusties", „hedge monkeys", „brew crew" und „soap dodgers". Auch werden in den Medien schlechtmachende Geschichten über sie verbreitet. So haben sie angeblich alle einen Hund, weil sie damit jede Woche Anrecht auf zusätzliche 8 Pfund Sozialhilfe haben und 1992 sollen die 25.000 Festivalteilnehmer in Castlemorton ein Pferd geröstet und gegessen haben, nachdem es unglücklicherweise gestorben war.

Persons unknown

Obwohl die Medien in den letzten Jahren viel über sie berichtet haben, weiß eigentlich niemand so richtig, wer sie sind. „Persons unknow", die Anrede, die gebraucht wird auf den Räumungsbefehlen für ein Campingplatz und die jeder traveller kennt, drücken diese Unwissenheit gut aus. Die meisten travelles wohnen in Wohnwagen, Bussen oder LKW's, einige in teepees (Indianerzelte) oder in Hütten aus Stöcken und Stoff. Viele leben im Wald, auf brachliegenden Landstücken oder an der Küste, versteckt zwischen den Klippen. Selbst die lokale Bevölkerung weiß oft nicht, daß sie da leben.

Weil sich das juristische Fangnetz immer enger um die traveller schließt, haben sie ein großes Interesse daran, anonym zu bleiben. Ihre „häuslichen" Umstände haben unvermeidbar zu Folge, daß sie mit Gesetzen und bürokratischen Verordnungen in Konflikt kommen, was die Familienplanung, die Schulpflicht und die „Volksgesundheit" betrifft. Fast alle haben sie schon einmal gegen die Gesetze über die Sozialversicherung, die Wegesteuer, die Nummernschilderregistration, der Einkommenssteuer verstoßen - und natürlich auch gegen das Verbot des Handeln mit weichen Drogen. Logisch, daß die travellers alle unter einem falchen Namen durchs Leben gehen und allen Fremden erstmal mißtrauen.

Mit der Einführung des „Criminal Justice and Public Order Bill" wird sich das Fangnetz völlig schließen. Der „Caravan Sites Act" aus dem Jahre 1968, der die lokalen Behörden verpflichtete, Flächen für „Menschen mit einer nomadischen Wohnung" zur Verfügung zu stellen, wird stark verändert. Aus der Pflicht, einen Platz anzubieten, wird eine Gunst der Gemeinde, die erwiesen werden kann. Bei der kleinsten Sache - wenn sie z.B. vermuten, daß die travellers eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen - können sie räumen und selbst die Fahrzeuge beschlagnehmen. Die Alternative, das Besetzen eines Stück Land, bislang nur eine Ordnungswidrigkeit, wird eine Straftat. Außerdem können sie überall und immer durch die Polizei festgenommen und ihr ganzer Besitz beschlagnahmt werden.

Verboten für travellers

Durch die gesetzlichen Veränderungen und die Pressehetze wird es für die travelles immer schwieriger, normal zu leben. „Supermärkte die früher ihre beschädigten und überalterte Produkte einfach rausgestellt haben, damit wir's mitnehmen konnten, haben jetzt ein großes Schloß an ihrem Abfallcontainer angebracht. In vielen Läden und Kneipen hängt ein Schild „Verboten für Travellers" so Zed. Zed ist 34 Jahre alt und fährt schon seit einigen Jahren durch die Gegend. Laut Zed hat sich in den letzten Jahren viel verändert: „Als ich anfing mit Reisen, konntest du einfach auf ungenutzten Flächen campieren und wurdest du sogar noch von den Bauern dazu eingeladen, um es bei ihnen zu tun und da die Feste zu organisieren. Aber durch die negative Berichterstattung in den Medien und die Märchen der Regierung hat sich das geändert. Jetzt kommt, wenn du irgendwo stehst, die Polizei oder ein wütender Bauer. Vorallem die Bauern sind im Moment ein 'piece of shit'. Hunderte von Quadratkilometern haben sie, aber wenn du mal 'n paar Meter brauchst, drehen sie gleich durch. Die letzten zwei mal, daß wir auf dem Feld eines Bauern standen, wurden wir mit Kuhscheiße übergossen. Deshalb gehen wir nicht mehr auf Privatgrundstücke. Nur noch auf Gebiete von der Kommune. Ja, und zur Zeit haben wir gerade eine Gerichtsverhandlung, weil der Gemeinderat uns hier vertreiben will."

Zed begann in den 70er Jahren mit Reisen (...): „Das war damals noch sehr einfach. Ich ging ins Ausland, kam 6 Monate später wieder zurück, arbeitete 'ne Zeit, bekam Geld von der Steuer zurück und fuhr wieder weg. Das ist jetzt viel schwieriger, weil du jetzt nicht mehr einfach so 'n Job kriegst. Außerdem waren die Festivals damals noch kostenlos, bis Michael Eavis, der Bauer, der das Glastonburry-Festival organisierte, Geld verlangte, weil zu viele kamen. Dann wurden plötzlich auch alle möglichen kommerziellen Essen- & Getränkeverkäufer zugelassen. Bis dahin durften die nicht kommen. 'It was just us.' Ich konnte mein Geld oft verdienen mit dem Verkauf von Essen, Getränken, Schmuck oder dem Legen der Tarot-Karten."

Laut Gary, ein anderer alter traveller, haben sich aber auch die Menschen verändert. „New Age travellers der 70er und 80er Jahren waren getrieben von Visionen, Idealen und Inspirationen. Der Zustrom von jenen, die ich 'ökonomische Flüchtlinge' nenne, hat das verändert. Sie kommen aus Verzweiflung und nicht aus Idealismus. Das Problem ist nun, daß sie all die Probleme und das Elend dieser Gesellschaft mitnehmen auf die Camping-Plätze, wie in Stonehenge. Die junkies kamen und es ging ihnen nur darum, so viel Geld wie nur möglich zu verdienen - mit dem Verkauf von Drogen. Natürlich ging es in Stonehenge auch um das 'getting high', doch dafür brauchst du nicht kiloweise irgendwelche Drogen - du wirst high durch die Schwingungen, die Freiheit, durch das Leben, un-

glaublich high sogar. So ging es Tage und Nächte durch ohne ein Gramm speed. (...) Jetzt gehe ich nicht mehr zu den Festivals, sie machen mir Angst."

Friedenslager

Auch Jay fährt nicht mehr zu den Festivals. Als er jung war, bestand sein Leben aus Stonehenge und den Festival-Kreise. Herne Bay, wo er wohnte, hatte nicht viel zu bieten: einige pubs, wo alte Männer Domino spielten und Jugendgangs, die sich bekriegten. 1983 kaufte er mit Freunden ein Bus und fuhr damit nach Stonehenge, anschließend zu noch ein paar anderen Festivals. Im Winter fragten sie sich, warum sie überhaupt zurückgekommen waren. Denn folgenden Sommer zogen sie wieder los - und kamen nicht mehr zurück. Nach der Festival-Saison liesen sie sich im Friedens-Aktions-Lager bei Molesworth nieder, nach Greenham die größte Atomwaffenbasis in England.

In dieser Zeit wurden die Behörden immer intoleranter gegenüber dem Friedeskonvoi, welches viele Aktionen gegen die Stationierung der Atomwaffen führte. 1974 wurde das People's Free Festival im Windsor Great Park sehr brutal durch hunderte, das Gelände stürmende Polizisten beendet. Die darauf folgende öffentliche Empörung, lies die Polizei bei folgenden Großeinsätzen etwas vorsichtiger vorgehen. Aber 1984 wurde die Anzahl und der Zulauf der Festivals so 'alarmierend' groß, daß sie das nicht länger übersehen konnten. So wurden dann in diesem Jahr 200 Menschen bei einem Festival in Nostell Priory (Nord-Yorkshire) festgenommen. 1985 mündete die Operation Daybreak in der Battle of the Beanfield. Diese "Schlacht" stellte den Wendepunkt in Konfrontations-Geschichte Polizei - travellers dar: „Es waren die verschiedensten Menschen in Molesworth", so Jay. „Normale traveller, wie ich, CND-Menschen (Campaign for Nuclear Disarmament) und radikale Umweltaktivisten. Wir lebten auf einem Stückchen Land des Verteidigungsministeriums, aber ziemlich weit weg von der Basis. Es gab da schon seit seit einigen Jahren ein Friedescamp, wo ständig einige dutzende Menschen wohnten. Ende 1984 organisierte die Tibet Ukraine Mountain Troupe, eine Theater-Gruppe, die viele Vorstellungen auf Festivals gab, ein Abschiedsfestival, weil sie ins Ausland gehen wollten. Viele Menschen beschlossen danach, länger im camp zu bleiben. Dann ging alles rasend schnell. Der CND beteilgte sich intensiv. Aus dem ganzen Land kamen Spenden. Lokale Friedensgruppen sammelten Geld für Wohnwagen, die sie mit hinstellen wollten - für die Menschen, die nur mal ein Wochenende vorbeischauen konnten. Es wurde eine sehr große Küche gebaut und in der Form eines Zirkuszeltes ein Gemeinschaftsraum mit Holztüren, Feuerstätten, einem Piano und einer Zwischendecke, wo Leute schlafen konnten."

Die Schlacht bei Beanfield

Leider machte der Minister Hesseltine in der Nacht vom 4 auf den 5 Februar 1985 ein Ende mit dem Friedenscamp in Molesworth. Er lies das Gebiet räumen und einen Zaun drumherum bauen, weil das camp angeblich ein Sicherheitsrisiko für die Militärbasis darstellte. Die Gruppe blieb jedoch zusammen und fuhren den Winter und das Frühjahr über im Hippie Peace Konvoi durch die Gegend, von Festival zu Friedenscamp usw.

Sie befanden sich gerade auf dem Weg Richtung Stonehenge, als sie hörten, daß das Festival dort abgesagt wurde. Deshalb bogen sie ab nach Savernake Forest. Und danach ging es schief. Jay. „Als wir aus Savernake Forest wieder abfuhren, um doch nach Stonehenge zu gehen, war plötzlich der Weg mit 3 LKW's, die Kies aufschütteten, blockiert. Deshalb mußten wir links abbiegen, wahrscheinlich war das von vornherein so geplant. Am Ende des Weges, beidseitig begrenzt mit Zäunen und in der Nähe von Beanfield, warteten sie auf uns. Sie wollten alle Fahrzeuge beschlagnehmen, alle verhaften und uns alle anzeigen. Dazu hatten wir natürlich überhaupt keine Lust und weigerten uns mitzuarbeiten. Die Bullen fielen also mit Schild und langen Stökken bewaffnet die ersten Wagen an. Folglich versuchten alle anderen, durch den Zaun hindurch aufs offene Feld zu flüchten, blieben aber stecken und niemand durfte weg ohne eine ED-Behandlung. Niemand stimmte zu. Es passierte 'ne Weil nichts, es wurde nur immer mehr Polizei. Am späten Nachmittag hatten sie genügend Kräfte zusammengezogen, um alle zu verhaften. Sie fielen uns an und es kam zu einer richtigen 'Feld'-Schlacht. Über uns kreisten die Hubschrauber, die alles filmten und Anweisungen gaben, wer als nächstes heraus zu greifen sei. Alle fuhren wie verrückt mit den Autos rum, getrieben aus einer Mischung von Adrenalin und Angst, zu feige um weiter zu fahren, zu feige um anzuhalten. Die Bullen waren auch durchgedreht und schlugen jeden und alles, selbst auf schwangere Frauen und Kinder. Später kam raus, daß den Bullen im Voraus erzählt wurde, daß wir alle 2 Meter groß & breit waren und dazu noch bewaffnet.

Schließlich hatten sie alle verhaftet und auf verschiedene Zentralen verteilt. Beschuldigt wurden wir der „ungesetzlichen Zusammenrottung" - nach einem alten Gesetz aus dem 15. Jahrhundert. Alle, die ein Auto hatten, bekamen zusätzlich ein Anzeige wegen der Zerstörung des Zaunes und Feldes. Doch wurde nie jemand verurteilt. Sie wollten nur Foto und Fingerabdrücke. (...) Das war die größte die Massenverhaftung seit den Aufständen im letzten Jahrhundert. Auch der Zaun, der um Molesworth gebaut wurde - sie zogen 7 Meilen mit Stacheldraht in einer Nacht hoch -, war die größte Operation der Royal Engineers seit Brücke, die sie am Ende des Zweiten Weltkrieges über den Rhein gelegt hatten. Was für eine Ehre", so Jay.

Right to party

„Jetzt, hinterher verstehe ich, warum sie es so taten", setzt Jay fort. „Damals war das ganze Anarchie-Treiben um Stonehenge sehr alarmierend für viele Menschen. Es wurde immer größer und hatte eine große Anziehungskraft für viele. Thatcher hielt davon natürlich nichts. Die Regierung hatte das Gefühl, daß sie solche Menschen nicht tolerieren konnte. Wir waren ziemlich viele. Absperrungen funktionierten nicht mehr, weil wir einfach durch fuhren.

Ich denke, daß die Bullen auch noch in Stimmung waren, weil sie von den Minenstreiks kamen und das sie dort viel an Taktik gelernt haben. Weil die Bevölkerung nicht gegen das Vorgehen gegen die Minenarbeiter protestiert hatte, vermutete man, daß die selbe Bevölkerung sich bei so ein paar Hippies noch weniger aufregen wird. (...) So 'ne große Gruppe, die loszog und alles ablehnte, woran sie glaubten, und dann noch eine große Ausstrahlungskraft auf die Jugend hatte, das ging natürlich nicht. Es war immerhin die Zeit der yuppies. Deshalb begann die Regierung mit einer Medienoffensive. Und hatte Erfolg." Nach der Schlacht bei Beanfield traute sich 'ne Weile niemand mehr, in großen Gruppen rumzufahren. Alle gingen ihre eigenen Wege. Erst 1992 trauten sich wieder welche, in großen Konvois zu Festivals zu fahren.

Rico hat noch eine andere Erklärung für die Operation Daybreak. „Sie hatten nicht nur Angst vor den freien Menschen, die nicht so leben wollten wie sie. Die Schlacht bei Beanfield fand auch statt, weil ansonsten das Stonehenge-Festival zum zwölften mal stattgefunden hätte. Es gibt eine königliche Anordnung, die besagt, wenn du 12 mal auf einem Platz ein Festival organisierst, dann hast du ein Anrecht auf diesen Platz. Darum war es so wichtig, uns zu stoppen. (...)"

Rico fährt schon so seine 13 Jahre durch Land und ist über 40. In den 70ern hatte er eine Bar in Stonehenge. Seiner Meinung nach entstanden die Festival aus dem Bedürfnis nach nach Feiern heraus. „Und was ist falsch am Abhalten einer Party. Daß

Menschen wenig Geld haben oder pleite sind, heißt doch nicht, daß sie kein Lust oder gar Recht haben, zu feiern. Die Festivals bieten die Möglichkeit, weil da jeder was verkaufen oder organisieren kann. Die Festivals sind die Basis unserer eigenen Ökonomie. Wie es heute bei den raves auch funktioniert. Ich mag die raves überhaupt nicht, die Musik nicht und sie haben 'ne Menge Scheiße gebaut, aber es gibt sicher auch ein Bedürfnis danach. Menschen, die sich jetzt entscheiden, rumzufahren, haben den Vorteil von Stonehenge nicht mehr. Das war eine Art Haushafen für's Nomadenleben, da konntest du deinen 'Laden' hinsetzen, um davon zu leben. Das ist jetzt verschwunden."

Sound Systems

Das es wahrlich nicht einfacher geworden ist, beweist das Bespiel von Spider. Er wurde über Weihnachten 1992 innerhalb von 10 Tagen 6 mal verurteilt. Sein Verbrechen: das Bedienen von Circus Normal, zusammen mit The Spiral Tribe und Circus Irritant eins der größten sound systems der heutigen Festivalszene. Ein sound system ist eine Gruppe Menschen, die über eine mobile Tonanlage und eine Lichtshow verfügen. Die Idee von Circus Normal ist das Verschaffen eines Raumes für Kreativität. Spider: „Wie liefern Generatoren, Strom, Anlagen und ein Dach übern Kopf in Form von Zelten, sodaß alle, die etwas tun wollen das tun können: Bands, Zirkusartisten, Jongleure, Clowns, Tänzer und alles mögliche. Aber weil wir auch raves organisieren, kriegen wir die Probleme."

Die raves finden meist in leerstehenden Häusern oder auf unbenutzten Flächen statt, die zu diesem Zweck kurz davor besetzt werden. Menschen, die raven wollen, werden durch Flyers, Mund-zu-Mund Propaganda oder durch freie Radios davon informiert, d.h. von einer Telefonnummer. Ein paar Stunden vor dem Fest kann man dann da anrufen und erhält ein paar genauere Infos, wo der rave ungefähr ist, so daß die Leute sich in der näheren Umgebung sammeln. Sobald das sound system aufgebaut ist, wird der richtige Platz bekannt gegeben Die Idee ist, daß ab den Zeitpunkt, wo die Polizei mitbekommt, wo der rave ist, schon zu viele Menschen anwesend sind, um zu räumen. Nicht immer gelingt dies: „Ich kenne Menschen, die 5 Jahre in den Knast mußten, weil sie eine Party organisiert hatten Ich glaube, daß hier in England echt was mit den Menschenrechten nicht stimmt. Das ist doch krank, eigentlich müßten sie uns respektieren als Menschen, die einen angesehenen Beruf ausüben und eine alte Tradition fortsetzen. Die Zeiten haben sich geändert und alles hat eine andere Form angenommen, aber was wir tun, das Organisieren von tribal festivals hat schon Jahrhunderte lang stattgefunden. (...)" findet Spider.

Obwohl er nicht so aussieht wie ein 'big chief', hat er den Eindruck, daß die Polizei ihnen als solchen ansehen und er für das ganze traveller's business verantwortlich sein soll. „Sie können sich nichts ohne feste Strukturen mit einem Chef und Hierarchie vorstellen. travelles haben keine Leiter. Aber weil der Circus Normal so augenfällig agiert, denken sie, daß ich der Chef bin."

Wenn ein rave organisiert wird, kommen innerhalb von 2 Stunden 2000 Menschen. „Zu Sylvester 1992 besetzten wir das Roundhouse im Norden Londons und organisierten dort einen Rave, wo 5.000 Menschen kamen. (...)". Spider sieht die Party auf einem besetzten Gebiet, welches der Londoner Polizei gehörte, als den Höhepunkt seiner Arbeit. Er hat inzwischen ziemlichen Haß auf die Polizei. Das war früher noch anders: „Ich kann mich noch gut an die früheren Stonehenge-Festivals in den 70er Jahren erinnern. Wir hatten eine sehr kleine P.A. und einen Generator, der nicht groß genug war, um sowohl Ton- als auch Lichtanlage mit Strom zu versorgen. Die Polizei von Amesbury war damals so freundlich, mit ihren Autolampen das Podium zu beleuchten. Jetzt haben wir durch all die Arbeit der letzten Jahre eine gute P.A., einen großen LKW und eine perfekte Lichtshow. Wir sollten doch das Recht haben, damit 'ne Menge Freude zu erleben, aber alles was sie für uns haben ist: Repression. Die Saat, die wir vor ca. 5 Jahren gesät haben, darf nicht aufgehen. Sie halten uns für gefährlich, subversiv, obwohl alles, was wir tun, ist, denen Menschen einen Tag zu bescheren.

Mittelklasse travellers

Doch betrachten viele alte travellers die raves argwöhnisch. Sie hassen den Krach, ebenso wie die synthetischen Drogen und die Typen, die jene verkaufen. Am meisten hassen sie aber die Aufmerksamkeit, die ihnen dadurch zugekommen ist. Jeremy, Bassist der berühmten travellers band The Levellers ist nicht froh über die rave-Szene. „Am Anfang dachte ich noch, daß sie gut wäre. Als ich vor drei Jahren so einen rave/hippie-Konvoi vorbeikommen sah, dachte ich wirklich, daß es jetzt wieder passiert. Die raves brachten eine Menge, ordentliche, 'straighte' Menschen in Kontakt mit dem Leben der travellers. Ich dachte, daß sie dadurch einen anderen Blick auf das traveller-Leben bekommen würden. Aber das funktionierte nicht so. Für die ravers ist einfach mal 'ne Nacht Anarchie und danach wird artig nach Hause gegangen, die travellers dagegen müssen so weiterleben und werden mit den Folgen konfrontiert, wenn eine Party mal wieder ausgeartet ist.

Es dürfte klar sein, daß die traveller keine homogene Gruppe bilden. Laut Vic, die Freundin von Jeremy, gibt es eine starke Trennung zwischen den mehr Punk-Typen und den kosmischen travellers. „Ich selbst hab nicht so großes Interesse in das Hippie-Zeug, wahrscheinlich weil ich eine echte Zynikerin bin. Ich bin überhaupt nicht offen für das mystische Getue. Eigentlich mache ich die Band von Jeremy auch verantwortlich für das romantische Bild, was über die travellers besteht: junge Menschen, die wie Zigeuner in buntangemalten Wagen herumfahren und alle gemeinsam am Lagerfeuer Lieder singen. Jeder, der mal unterwegs war, weiß, daß das Unsinn ist. Reisen ist einfach die praktischste und beste Lebensart. Es ist billiger, du kannst deinen eigenen Weg gehen und tun, was du willst. Du bekommst so den Eindruck, daß du außerhalb der Gesellschaft stehst, und das ist das, was ich will."

Vic ist stolz auf ihre proletarische Herkunft und haßt die verwöhnten Mittelstand-Kids, die die Atmosphäre unter den travellern zerstören. Das sind nämlich jene, so ihre Erfahrung, die nach einem Jahr rumreisen die großen Drogendealer werden, sie haben immer die besten Fahrzeuge, weil ihre Väter ja immer mal ein bißchen Geld rüberschieben.

„Nicht alle Middelklasse-Typen sind so, aber viele. Sie drehen sich immer mit dem Wind, machen alle Moden mit. (...) London ist voll mit solchen Menschen. Ich meine, was sich nicht so alles Reisen nennt: das ganze Jahr über in Brixton 'parken' und dort in besetzten Häusern raves organisieren - und dann 4 oder 5 Pfund Eintritt verlangen. Das einzige, was sie interessiert, scheint das Geld zu sein."

Wer letzten Sommer beim Festival in Ruigoord war, kann sich sicher noch zu gut an The Spiral Tribe erinnern. Eigentlich durfte die Gruppe von den Organisatoren aus nicht auf das Gelände, deshalb gingen sie etwas weiter weg stehen. Ihr Hardcore-Klänge waren jedoch 24 Stunden pro Tag auf dem ganzen Festivalgelände zu hören, was vielen Festivalteilnehmern mißfiel. Eine 'gewaltlose Demonstration' half da auch nicht und die Sabotage-Aktion mit dem Zucker im Generatortank brachte nur kurze Ruhe. Sie hatten noch einen Ersatzgenerator mit, weil es öfters passiert, daß Leute versuchen, die Musik zu beenden. (...)

Twyford Down

Während in den 80er Jahren viele travellers bei den Friedenscamps oder im Kampf

gegen die Atomwaffen beteiligt waren, so sind sie mittlerweile in den Widerstand gegen den Bau von Autobahnen gerutscht.
Der Dongas Tribe hat 11 Monate in Twyford Down gewohnt, in der Nähe von Winchester. Da haben sie ständig radikale Aktionen gegen den Ausbau der M3 unternommen. Diese Autobahn sollte quer durch die von ihnen so geliebte Schluchten führen. Durch die Schluchten führen die alten Wege durch die Hügellandschaft. Laut Sam, der Gründerin von Donga Tribe ist Twyford Down das alte Herz der tribal-Kultur und das tribal-Zentrum von England, wenn nicht sogar von ganz Europa. Wichtiger als Stonehenge. Schon deshalb sind sie vom Tribe am Widerstand gegen die M3 beteiligt.
Im Novmber 1992 wurden sie von ihrem Camp vertrieben, liesen sich aber ein paar Meter weiter wieder nieder. Sie wohnen in Zelten und nur an einem geparkten Mini ist zu erkennen, daß wir uns im 20. Jahrhundert befinden. Laut Sam geht es nicht nur gegen die M3: „Es geht um die Art und Weise, wie wir in der heutigen Welt leben, wie dieser Planet vernichtet wird. Der Donga Tribe will das Land zurückfordern und die lebendige Tradition des Nomadentums und des Landlebens wieder herstellen. Leben und arbeiten mit der Natur und nicht gegen sie. (...) Wir werden z.B. gezwungen, die Wege zu benutzen und in Autos zu fahren, du kannst kaum noch auf eine andere Weise durchs Land ziehen. Am liebsten würde ich mit einem Esel- oder Pferdekarren herumfahren, aber auf den Straßen ist das lebensgefährlich. Und neben den Straßen geht's auch nicht, weil du da permanent von Zäunen oder Eingängen, wo du nicht rein darfst, aufgehalten wirst - oder von Bauern, die dich über den Haufen schießen wollen, weil du auf ihrem Land fährst."
Sams Ziel ist es, die traditionellen Pfade wieder begehbar zu machen. Viele sind verwuchert oder laufen über Privatgelände. Darum sind die Straßen ihrer Meinung nach so überfüllt, weil alle anderen Fortbewegungsrouten zerstört wurden. Darum hat sie auch den Tribe gegründet und sich für die Aktionen gegen die M9 eingesetzt. Sam ist froh darüber, daß sich so viele Menschen den Aktionen angeschlossen haben: „Das schöne an den Aktionen war auch, daß es einen andere Form von Protest darstellte, Wir standen da nicht mit einem Schild 'Wir sind gegen den Straßenbau', sondern gingen da einfach wohnen und leben. Deshalb konnten sie nicht weiter bauen."
Ein anderer positiver Aspekt der Aktionen war, daß traveller und lokale Bevölkerung anfingen, zusammen zu arbeiten. Die ortsansässige Bevölkerung war schon seit Jahrzehnten aktiv im Kampf gegen den Ausbau der M9. Sam: „Als wir hier ankamen, hatten sie den Mut eigentlich schon aufgegeben. Wir gaben dem Widerstand einen neuen Impuls. Zur Zeit wollen auch andere Gruppen, die sich gegen weiteren Straßenbau wehren, von unser Hilfe gebrauch machen - es gibt zur Zeit so an die 40 Ausbaupläne, wo große Gruppen Aktionen dagegen unternehmen. Wir haben aber keine Lust, eine Aktionsgruppe auf Abruf zu werden, die ausleihbar ist, um mit ihr zu protestieren. Auf so eine Karriere hab' ich keinen Bock."

Junkies

Im Moment bereiten die geplanten neue Gesetze, die travellers zu stoppen, ihnen die meisten Sorgen. Sam: „Dagegen werde ich sicher Widerstand leisten, weil ich es notwendig finde, daß Menschen so leben, wie wir es tun. Es ist für ein Ökosystem von ausschlaggebende Wichtigkeit, daß Menschen auf dem Land leben und gut damit umgehen. (...) Ich will übrigens auch, daß sich die traveller verändern und sich nicht wie orientierunglose Dummköpfe benehmen, die unter dem System leiden. Es wäre gut, wenn sie Sachen fabrizieren würden für den großen Markt und die Festivals wieder so organisieren wie früher." (...)
Auch Zed geht kaum noch zu Festivals. „Auf dem letzten Festival brauchte ich keine Drogen, um die ganze Nacht lang munter zu bleiben. Die Musik hielt mich munter. Du wirst einfach aus deinem Bett gedröhnt. Es gibt mittlerweile viele andere Menschen auf den Festivals, auch viele Süchtige. Die travellers werden im immer stärkerem Maße mit harten Drogen in Verbindung gebracht und wir werden verantwortlich gemacht für die steigende Anzahl junkies. Diese sind aber ein Problem der Gesellschaft und nicht unsere Schuld. Sie kommen aus den Städten und haben leider ihre harten Drogen mitgenommen. Wenn du vor Jahren probiert hättest in einem camp Heroin zu verkaufen, wärst du sofort rausgeschmissen worden. Jetzt ist in vielen camps der Dealer gleichzeitig der Leiter"
Leider gibt der zunehemden Heroingebrauch unter den travellern den Behörden neue Argumente, um das traveller-Leben zu beenden. Zed hat keine Ahnung, was dagegen unternommen werden soll. „Aber wir werden doch nie verschwinden, welches Gesetz sie sich auch ausdenken. Falls sie morgen ein Gesetz verabschieden sollten, daß ich illegal bin, dann sitze ich trotzdem noch hier in meinem Bus. Und wenn mir jemand erzählt, daß ich da wo ich stehe nicht mehr stehen darf, dann werde ich nachts einfach um die Ecke stehen und tagsüber rumfahren. Aber in einem Haus werde ich nie wohnen. Wir werden immer losziehen. Alle Straßenränder und Parkplätze in England werden nachts voll mit Zeltern und Bussen stehen. 'We just carry on'."
Harry denkt, daß travellers zur erst mal ganz normale Menschen sind. „Es gibt welche die arbeiten und andere, die es nicht tun. Menschen die trinken und andere, es gibt welche die kämpfen und andere, die nicht... - wie überall. (..) Was sie füe ein Gesetz sich auch ausdenken mögenm, ich denke nicht, daß die Menschen aufhören. Ich auf alle Fälle nicht und viele tausend ebenso nicht. Es wird schwerer werden. Sie werden nicht mehr mit einem Formular kommen, wo draufsteht, daß du 24 Stunden Zeit hast, um woanders hinzugehen. Sie werden mit Sondereinsatzkommandos der Polizei kommen und Sozialarbeitern. Sie werden unsere Kinder mitnehmen und unsere Hunde erschießen. Aber wenn sie das tun, werde ich kämpfen. Wenn du mehr als drei Jahre rumgefahren bist, bist du traveller und willst nichts mehr anderes. Es ist nicht zu vergleichen mit anderen Lebensstilen. Du mußt einfach weitermachen."
Auch Stud ist nicht zu stoppen: „Ich bin glücklich. Bevor ich auf Reisen ging hatte ich eine kleine Wohnung, in der ich verrückt wurde. Jetzt kann ich nach draußen schauen und hab einen herrlichen Ausblick. Das einzige, was mir das Leben erschwert, ist, daß ein Großteil der Bevölkerung micht haßt. Sie wollen mein Leben verunmöglichen, durch ihre Unwissenheit. Sie können von mir aus alles verbrennen, was ich habe, weil ich keinen Wert auf materille Dinge lege. Ich kann genausogut unter freiem Himmel schalfen. Der einzigste Weg, mich zu stoppen, ist mich zu erschießen, aber selbst das stört micht nicht, denn ich habe keine Angst vor dem Tod."
Jay: „Ich werden meinen Wohnwagen nie gegen eine vier- oder fünf-Zimmerwohnung in der Stadt tauschen. Die Umgebung, der Raum um dich herum, ist genauso wichtig wie du selbst. Ich habe eine zeitlang in Wales gelebt, genau auf der Spitze eines Hügels, wo du 360° um dich herum schauen konntest ohne jemanden zu sehen. Das Gefühl von Raum und Privatheit ist mir sehr viel wert."

Prag -
Good morning, good bye
aus: Zweite Zeitung der Besetzten Zone

Den BewohnerInnen des U zlate lodi („auf dem goldenen Schiff") wurde am Morgen des 30. Mai ein plötzliches Aufwachen beschert. Ein Schwadron Polizei verschaffte sich über die Eingangstüren in der Naprstkova Nr.4 zutritt, verteilte sich sofort über das ganze Haus. Sie trugen Waffen, schlugen Türen ein und trieben die Leute wie Vieh zusammen. Es war die Art des Erwachens, die du erwarten mußt, wenn du ein Haus besetzt.

Die 35 BewohnerInnen und Ihre Gäste wurden mit samt dem Besitz, den sie gerade noch so tragen konnten, auf den Gehweg geworfen. Während ein Trupp Bauarbeiter die Eingangstüren zumauerten, überprüften Polizei sowie Einwanderungsbehörde die Papiere der Besetzerinnen.

„Ein Freund von mir stand mit dem Schlüssel in der Hand vor seiner Tür und wollte ihn der Polizei geben", erinnert sich ein Besetzer. „Die schauten ihn nur an und dann brachen sie die Tür auf. Die wollten einfach die Türen aufbrechen."

Obwohl die Tschechische Republik eines der härtesten Gesetzte in Europa gegen Besetzungen hat (illegale Besetzungen eines Gebäudes ist ein Verbrechen und wird mit bis zu 2 Jahren Knast und einer Geldstrafe von bis zu 5 Mio Kronen bestraft), wurde niemand wegen der Besetzung verhaftet. Nur eine Gruppe BesetzerInnen, die in der Nacht eine Möglichkeit zur Wiederbesetzung gefunden hatten und mit Barrikadenbau versuchten, Polizei und Bauarbeiter fernzuhalten, wurden ohne Anklage festgenommen.

Jedoch wurden sechs AusländerInnen für drei Jahre ausgewiesen und mußten innerhalb von 12 Tagen das Land verlassen. Eine bosnische Frau wurde auch noch wegen einem großen Beutel Marihuana, den sie bei sich trug, verhaftet.

Die BesetzerInnen berichten, das es vorher keine konkrete Räumungsandrohung gab, obwohl die Polizei seit der Besetzung im Herbst 91 schon dreimal das Haus stürmte. Einen Monat zuvor gab es eine ähnlich dramatische Szene mit der Polizei. Aber nach all der Aufregung und dem Türen eintreten stellte die Polizei nur sicher, daß sie alle Räume und alle BesetzerInnen auf Video hatten und gingen dann wieder.

Aber als dann im Prager Rathaus beschlossen wurde, das Haus für andere Zwecke zu benutzen, kam die Polizei zurück und räumte U zlate lodi. Nach zweieinhalb Jahren fast durchgehender Besetzung ging eine in Prag einzigartige Lebensmöglichkeit abrupt zu Ende.

„Ich konnte mich heute Abend selbst im TV sehen", sagt Benedikt, seit November 91 Bewohner des U zlate lodi, nach der Räumung. „Ich war echt deprimiert." Benedikt ging es nach der Räumung noch halbwegs gut, weil er in dem Gebäude, in dem er arbeitet, einer Teestube, vorübergehend unterschlüpfen konnte. Der Großteil seiner MitbesetzerInnen verbrachte die erste Nacht nach der Räumung in der Gasse vor dem Haus und schlief auf dem, was sie gerade noch retten konnten.

„Wir hatten soviele Ideen, was wir hier alles so machen können", sagt er. Es gab eine Galerie und ein illegales Cafe im Erdgeschoß, es gab Pläne für einen Kellerclub, für ein vegetarisches Restaurant und viele andere Projekt. „Und nun", sagt er und zeigt mit der Hand um sich, „nichts mehr! „

Als Benedikt ins Haus zog war die Besetzung gerade mal einen Monat alt und es wohnten nicht einmal fünf Leute dort. Das Gebäude stand über 10 Jahre leer und in dieser Zeit wurde es geplündert und vollgemüllt. Es gab Wasserrohrbrüche und Kellerüberschwemmungen. Aber es war ein schönes Gebäude, an einem schönen Ort gelegen - im Zentrum der Altstadt, aber nicht in einer Touristengegend.

Es ist ein Rätsel, wie solch ein Gebäude so verfallen konnte. Ursprünglich sollten Teile des Hauses abgerissen werden für einen großen Neubau. Anfang der achtziger Jahre wurde das Haus dann entmietet, aber als die alten MieterInnen ausgezogen waren, stand es Jahre um Jahre leer.

Nachdem sie den Zustand des Gebäudes gefilmt hatten, begannen Benedikt und die anderen das Haus zu renovieren. Wasserleitungen wurden repariert, Elektrizität gelegt. Nach und nach zogen immer mehr tschechische und ausländische Menschen in das Haus, bis es dann vollständig besetzt war. Am Ende wohnten dann 3 Dutzend Leute, inklusive 2 Familien mit Kindern, im Haus.

In der Tschechischen Republik gibt es strenge Mietkontrollgesetze, die zwar niemanden helfen können, aber trotzdem ihre Rolle spielen. Fast alle BesetzerInnen hier sind Leute, die aus dem einen oder anderen Grund hier in Prag keine mietpreisgebundene Wohnung bekommen können. Nicht nur ausländische Leute, die etwa ein drittel der BesetzerInnen des U zlate lodi ausmachen, sondern auch junge TschechInnen, die gerade von zu Hause ausgezogen oder von auswärts in die Stadt gekommen sind, müßten gesalzene Schwarzmarktpreise für Wohnungen bezahlen um in Prag leben zu können. Nur wenige würden eine Wohnung in der Altstadt bekommen.

BesetzerInnen müssen sich oft mit im Winter unbeheizbaren Zimmern, Wochen ohne fließendem Wasser und eingeschränktem Privatleben herumschlagen. Aber umgekehrt hat auch jede Besetzung ihre unverwechselbaren Züge und für frühere BewohnerInnen des U zlate lodi war das die BewohnerInnengruppe selbst.

„Es war ein ganzes Haus voll von Menschen, die Freunde waren, die einander kannten und die sich gegenseitig besuchten", sagt der Vater. „Ich möchte hier auch gar nichts verklären. Natürlich hatten die Leute ihre persönlichen Probleme. Aber es ist dort wirklich etwas passiert. Wir arbeiten zusammen ohne in irgendeinerweise institutionalisiert, politisch oder religiös zu sein ... wir versuchten nur einen vernünftigereren Lebensweg zu finden als die meisten anderen Menschen."

Die traurigste Folge der Räumung ist auch gleichzeitig die offensichtlichste. Wohnen im besetzten Haus machte Freiräume möglich, die normalerweise in modernen Großstädten nicht existieren. Und in bürgerlich, demokratischen Gesellschaften werden diese Freiräume nicht toleriert. Das langfristige Ziel jeder Besetzung ist es die Löcher in den gesetzlichen Bestimmungen zu finden um aus einer Besetzung ganz legales Mietverhältnis machen zu können. In manchen anderen Ländern funktioniert das und der Staat gibt den BesetzerInnen auch oftmals Hilfestellungen beim Renovieren und erhalten der Häuser.

Laut den BesetzerInnen haben diese alles mögliche getan die richtigen Fäden zu ziehen, um legale MieterInnen zu werden.

> Am 3. Juni gab es eine Demonstration von 50 BestzerInnen, die die Förderation anarchistischer Prager Gruppen organisiert hatte und die sich gegen das neue Anti - Besetzungs - Gesetz, das Januar verabschiedet wurde, richtete. Petr, 21 Jahre und Besetzer in der Ladronka, glaubt nicht, daß diese Demonstration erreicht, daß das Gesetz zurückgenommen oder das es dadurch mehr öffentliche Unterstützung für die BesetzerInnen gib. „Es war eine spontane Reaktion auf die Räumung. Es wird nichts ändern."
>
> In derselben Nacht gab es noch ein Konzert in der Ladronka. Eine der beiden Bands, „Der kleine Hirnfick", erzählte über Häuserkämpfe in Zürich und wie ihr besetztes Haus von der „politischen Polizei" überfallen wurde wegen einem kleinen Video, daß sie gedreht hatten.
>
> Ladronka, ein alter Gebäudekomplex im Zentrum eines Parks, ist das 3. von AnarchistInnen besetzte Haus in Prag. Die beiden ersten wurden aufgeben unter dem kombinierten Druck aus Polizeiaktionen und Skinhead - Angriffen.
>
> Am 5. April wurde der Anarchist und Charta - 77 - Unterzeichner Bovi Unger verhaftet, weil er angeblich im Zusammenhang mit Verbrechen, die nach einer Räumung im Dezember 92 stattfanden, stehen solle. Die AnarchistInnen in der Ladronka bezeichnen diese verspätete Verhaftung als Schickane und Provokation.

Jana, 19 Jahre alt und seit 2 Jahren im besetzten Haus, hat eine Kopie des Papiers aufgehoben, mit dem ein Projekt vermittelt werden sollte, daß durch einen Verein die Besetzung legalisieren wollte. Das Projekt beinhaltet das Cafe und die Galerie, genauso wie ein vegetarisches Restaurant im Hof. Es gab Pläne 100 billige Portionen Essen am Tag zu verkaufen und den Rest an alte und behinderte PragerInnen abzugeben. Auf diesem Wege hätte die Stadt noch einen kostenlosen Service durch das Haus erhalten. „Die haben uns keine Erklärung für die Ablehnung gegeben, haben uns nur mitgeteilt, daß wir keinen Chance haben", erzählt Jana.

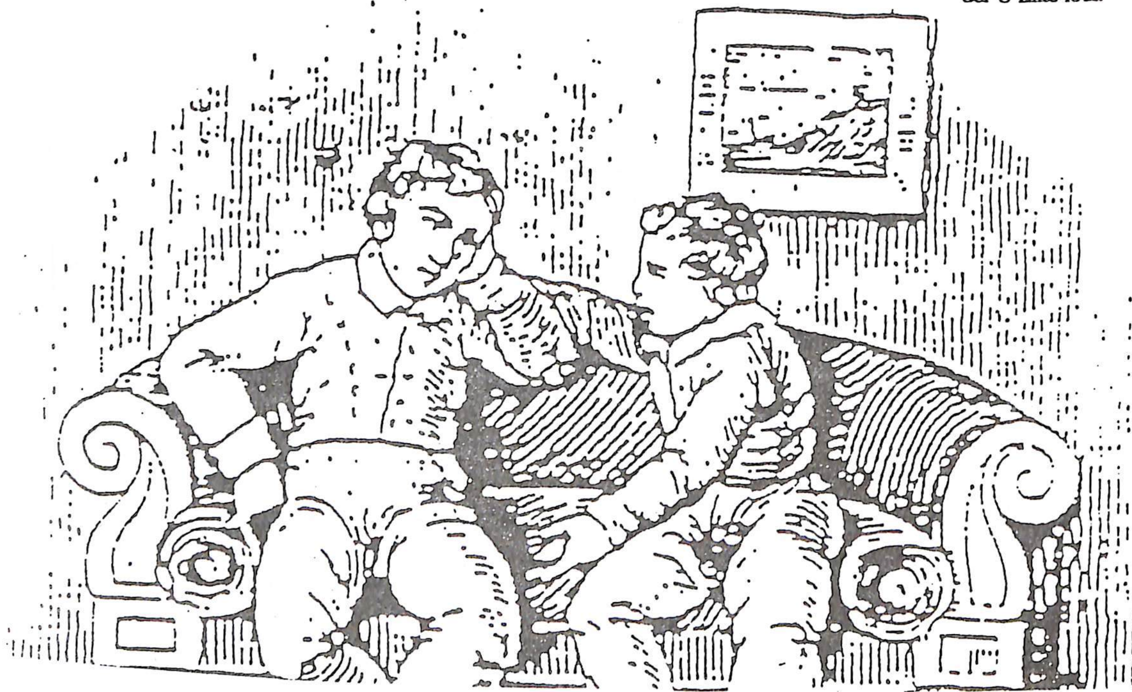
Jan Koukal, Bürgermeister von Prag, sagt dazu, daß die BesetzerInnen nicht das Kapital für ihr Projekt hätten. „Wir wollen Bankbürgschaften haben. Es ist immer dasselbe Problem ... da will jemand einen Mietvertrag haben und kann die Miete nicht bezahlen. Wir hatten dieses Problem 2 Jahre lang, jetzt haben wir unsere Politik geändert. „

Die BesetzerInnen beklagen, daß die Stadt ihre Miete lieber durch ein kommerzielles Unternehmen bekommen möchte, als ihr Angebot anzunehmen einen sozialen Service einzurichten. „Das Haus wird sofort für Wohnungen renoviert", sagt Koukal. „Nur in das Erdgeschoß kommen Läden. Wir haben unsere Pläne, das Haus später zu vermieten wird kein Problem. Gerade jetzt brauchen wir dringend Unterkünfte für 20 Familien, die in Wohnungen leben, die wir gerne renovieren würden."

Noch hat die Stadt das neue Gesetz nicht gegen die BesetzerInnen angewandt, hält sich aber die Option darauf offen. Koukal will diese Sachen auf zukünftigen Treffen mit den 10 Prager Bezirksbürgermeistern besprechen. „In Prag gibt es Wohnungsnot und so gibt es nicht viel Gelegenheit für diese Art von Mißbrauch", sagt er. „In 5 Jahren werden wir mit diesem Problem häufiger konfrontiert werden. Ein anderes Problem für uns ist der Drogenkonsum in denm besetzten Häusern".

Die BesetzerInnen aus dem U zlate lodi sagen, daß sie gegen harte Drogen sind und in einigen Fällen mußten Leute schon das Haus verlassen. „Es war schrecklich als es mit Herion anfing", erzählt Benedikt. „Aber das Besetzen half vielen Menschen."

Was immer die herangehensweise der Stadt auch sein mag, die meisten der früheren BewohnerInnen des U zlate lodi wollen ihr Leben selbst in die Hand nehmen. Innerhalb einer Woche nach der Räumung haben einige ein neues Haus im Süden an einer stark befahrenen Autobahn besetzt, während sich andere einen weniger verschmutzten Platz suchten, inclusive zwei neuen Möglichkeiten in der Nähe der Altstadt, jedes mit ungefähr der Hälfte an Platz der U zlate lodi. aus Prag



Kiezpolitik und Öffentlichkeitsarbeit

aus dem Einladungspapier zum Kongreß

Dieser thematische Schwerpunkt ist natürlich nicht völlig losgelöst von „Verweigerungshaltung und Freiraumkultur, Projekte" und „BesetzerInnenräte" zu betrachten, besitzt jedoch eine eigene Bedeutung, welche sich zum Beispiel schon in einer Diskussion um das anzusprechende Zielpublikum des BesetzerInnenkongresses zeigte und bei der es darum ging, ob denn der „Nachbar" und die „Nachbarin" eines besetzten Objektes diesem zugerechnet werden können. Doch Unterschiede in den Auffassungen zu „Kiezpolitik und Öffentlichkeitsarbeit" entstehen schon in der jeweiligen Motivation für eine Besetzung. Besonders latent werden sie, ist diese Besetzung in ein Netzwerk anderer Projekte eingebunden, liegt also im sogenannten „Kiez". Für viele wird dieser dann zur Ersatzheimat, in der sonst kritisierte gesellschaftliche Mißstände wegen übertriebenen Harmoniebedürfnissen weggeschwiegen, übersehen und geduldet werden.

Aus welchen Gründen soll nun aber der Bürger und die Bürgerin mit den Zielen und Vorstellungen der Besetzung agitiert werden? Ist diese nicht Ausdruck für eine grundlegende Differenz zwischen „alternativ denkenden Menschen" und „stillschweigend zustimmendem, nationalistisch angehauchtem Mob"? Ragt der „Kiezbürger" aus dem rassistischen deutschen Alltag heraus? Unterstützen die „einfachen Bürger" bei akuter Gefahr der Räumung ein besetztes Objekt? Ist die Orientierung auf den „normalen" Stadtteilbewohner nicht eine pure Vereinnahmung, die nicht zu rechtfertigen ist?

Aber Kiezpolitik ist auch der Umgang untereinander, unter BesetzerInnen und SymphatisantInnen und unterschiedlichen Projekten. Ist ein genereller Informationsaustausch notwendig und wie ist er zu gewährleisten? Einigt man sich auf eine einheitliche politische Linie im Kiez und wann ist der Zeitpunkt für Gegenwehrmaßnahmen gekommen? Wenn „der Typ von dort und dort" beim Drogendealen festgenommen wird? Wenn ein neues Einkaufszentrum errichtet werden soll?

Bei diesem Komplex handelt es sich um mehr als nur um die Wahl zwischen Abgrenzung und Einbeziehung, es geht auch um den Umgang mit Öffentlichkeit, sowohl der bürgerlichen als auch der szenespezifischen. So ist zumindestens bei akuten Gefahrensituationen bekannt, daß ein Einschalten der Öffentlichkeit - wie zum Beispiel bei anstehender Razzia oder Räumung - erfolgreich sein kann. Ebenfalls hat sich gezeigt, daß ein angekündigter Krawall sich in die Aufmerksamkeitsschemen der Medien und die Rezeptionsgewohnheiten der Nutzer hervorragend einpasst. Öffentlichkeit als Mittel und als Waffe? Ein negatives Medienbild positiv ausnutzen oder Beschränkungen auf die eigenen Möglichkeiten von Gegeninformation?

Eure Erfahrungen und Meinungen sind gefrag

Kontakt über BesetzerInnenkongreß

Widerstand gegen Bonzen + andere Arschlöcher

aus: Zweite Zeitung aus der Besetzten Zone

WBA steht für „Wir Bleiben Alle" und ist in den letzten Jahren fast zum Synonym für den Wiederstand gegen Mietwucher, Vertreibung und Luxusmodernisierung in Berlin geworden. Mit den drei Buchstaben We, Be und A verbindet so mancher Spekulant gar grausige Erinnerungen. Einige spektakuläre Aktionen sind seit 1992 von der WBA initiiert worden, doch dahinter steckt natürlich auch jede Menge zäher und nicht immer von Erfolg gekrönter Kleinarbeit. Der folgende Artikel erzählt von Erfolgen und Rückschlägen im täglichen Kampf gegen die Bonner und Berliner Bonzen, Banker und Beamte und dem Versuch, diesen eine starke MieterInnenbewegung entgegenzusetzen.

Die Enstehung der WBA-Prenzlauer Berg

Die Geschichte der WBA seit 1992 stellt den Versuch dar, aus dem Szene-Ghetto auszubrechen und eine breit getragene, auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingehende MieterInnenbewegung aufzubauen, ohne den Bezug zu den eigenen Idealen zu verlieren. Der besondere Reiz der WBA lag zunächst genau bei der Heterogenität ihrer politischen Ansätze. Das Konzept der WBA war von Anfang an Aktionen zu machen, die möglichst vielen Leuten die Chance gaben, sich daran aktiv zu beteiligen. Die politischen Forderungen der WBA waren so ausgelegt, daß sie allgemeinverständlich und inhaltlich auch für Außenstehende nachvollziehbar blieben. Die wichtigste Botschaft war, sich nicht auf die PolitikerInnen und ihre Versprechungen zu verlassen, sondern gemeinsam und selbstbestimmt das Recht auf ausreichend billigen Wohnraum zu verteidigen.

Es gibt in Berlin eine lange Tradition von MieterInnenkämpfen. Schon in den zwanziger und dreißiger Jahren gab es fortwährend Mietstreiks und Demonstrationen, die zuweilen sogar in Straßenschlachten mündeten. Zwar lassen sich die gesellschaftlichen Umstände von damals nicht auf heute übertragen, doch berührte das Thema Mieten auch in den neunziger Jahren den Zentralnerv der Ostberliner Bevölkerung. An diese Tradition nun wollte die WBA anknüpfen.

WBA ist ein Zusammenschluß von MieterInnen und kommt ursprünglich aus dem Prenzlauer Berg. Mitlerweile hat er sich auch in Friedrichshain etabliert, sowie zwischenzeitlich in Berlin-Mitte. Der thematische Schwerpunkt dieses Aktionsbündnisses lag natürlich Zeit seines Bestehens bei der Verteidigung billigen Wohnraums in Ostberlin, obwohl er mittlerweile eher den Charakter offener Stadtteilgruppen angenommen hat.

Schon zu Ostzeiten war der WBA ein Sammelbecken von Oppositionellen, und zwar damals noch als Wohnbezirksausschuß Oderberger Straße. Im Jahre 1985 machte sich eine Gruppe Prenz'lbergerInnen daran, den personell schwachen Wohnbezirksausschuß zu unterwandern. Nachdem diese „Eroberung" erfolgreich abgeschlossen war, wurde u.a. auch die Kommision „Sicherheit und Ordnung" aufgelöst und an ihrer statt eine Kulturkommision eingesetzt, die alternativen Kulturprojekten als Träger dienen sollte. Dem WBA Oderberger Straße, der übrigens der einzige oppositionelle in der DDR war, gelang es sogar den Abriß der Oderberger Straße zu verhindern. Als nun Anfang der neunziger Jahre die Mietspekulation im Prenzelberg immer unerträglicher wurde, besannen sich einige ehemalige WBA-MitgliederInnen auf ihre alte Tradition und rückten den raffgierigen Miethaien auf die Pelle. Die Gruppe nannte sich unter Bezug auf den alten Namen „Wir Bleiben Alle".

Die Hausbesetzung in der Kollwitzstraße

Mitten durch das Herz des Prenzlauer Bergs verläuft die Kollwitzstraße. Nummer 89, ein gut erhaltener Altbau war nach einem Eigentümerwechsel Ende 1990 / Anfang 1991 systematisch entmietet worden und sollte nun in ein Hotel umgebaut werden. Dieser Skandal sprach sich im Kiez herum und eine Gruppe von Leuten fand sich, um diese üblen Machenschaften rechtzeitig zu durchkreuzen. Kurzerhand wurde das Haus besetzt. Da nach Einschätzung der BesetzerInnen das Haus realistischerweise nicht zu halten war, lief diese gut vorbereitete Aktion als „Besetzung neuen Typs" ab. Statt durch vernagelte Türen versuchten die BesetzerInnen durch Offenheit und Argumente zu überzeugen. Die AnwohnerInnen konnten sich vor dem Haus über die Pläne zur Wohraumvernichtung informieren, die Presse war reichlich eingeladen, der Prenzelberger Baustadtrat Klipp, ebenfalls schon beim berüchtigten Wohnbezirksausschuß Oderberger Straße dabeigewesen, sprang genauso um das Haus wie VertreterInnen des Berliner Mietervereins.

Trotz des breiten Zuspruchs wurde die Besetzung zwei Tage später am 15. Mai polizeilich geräumt. In der Folgezeit wurden noch zwei weitere Besetzungen vorgenommen, immer mit dem Blick auf eine gute Vermittelbarkeit nach außen. Die dritte Besetzung stand allerdings mehr als ihre beiden Vorgänger unter dem Ziel konkreter Wohnraumbeschaffung. Umsonst. Nach der dritten Räumung gab sich die WBA mit einem Teilerfolg zufrieden. Fazit: Eine gelungene Öffentlichkeitsaktion, die Verhinderung der Umbaupläne durch den Druck von Unten und die Signalwirkung für andere Spekulan.en im Kiez.

Waren schon nach der ersten spektakulären Besetzung in der Kollwitz 89 viele INitiativen und Politniks auf den fahrenden Zug aufgesprungen, sollte sich dieser Trend vorallem durch eine ganz andere Aktion noch verstärken und die WBA endgültig stadtweit ins gerede bringen.

Die Zeit der großen Demonstrationen

Im Juli 1992 hatte die WBA-Prenzlauer Berg nämlich zu einer Demonstration gegen die bevorstehenden Mieterhöhungen zum Jahreswechsel 92/93 aufgerufen. Wir waren ohne große Erwartungen zum Treffpunkt am Roten Rathaus gekommen und was wir dort sahen, übertraf all unsere Vorstellungen. Eine riesige Menschenmenge drängelte sich auf dem Platz, Menschen jeden Alters, die lautstark Parolen riefen. Die ganze Kundgebung vermittelte ein Gefühl von Stärke und Entschlossenheit, das wir in dieser Form seit den großen Montagsdemos nicht mehr erlebt hatten. Tausendfach schallte es über den Marx-Engels-Platz: „Wir zahlen nicht, wir zahlen nicht". Siebzigjährige RentnerInnen fuchtelten aufgeregt mit ihren Gehstöcken herum, reihe in Reihe mit Punks und ArbeiterInnen. Die Kundgebung wurde ein voller Erfolg. Die bevorstehenden Mieterhöhungen vermittelten ein neues Gefühl von Kollektivität, (fast) alle waren im gleichen Maße betroffen. In diesem Augen-

blick wirkten die Mieterhöhungen als verbindendes Element auseinanderbrechender Ostidentität, endlich gab es wieder einen gemeinsamen Feindund es schien als könne die bevorstehende Mieterhöhung tatsächlich noch abgewendet werden.

Spontan wurde vor dem Roten Rathaus eine weitere Demonstration geplant, die noch größer werden sollte. Alle wollten ihre NachbarInnen und Bekannten einladen und mit einer riesigen Menschenmenge sollte der Weg diesmal in den Westen führen, zum Ku-Damm, um den bösen Spekulanten mal die Türe einzurennen. Den plötzlich sprunghaft gestiegenen Erwartungen indes konnte diese zweite Kundgebung und Demonstration nicht mehr gerecht werden. Die Spontanität war schnell langwieriger Planung gewichen und überhaupt war wohl schon mit der Zahl 15.000 die maximale Mobilisierungsgrenze erreicht. Die Demo selber brachte wiederum 15.000 Menschen auf die Beine, doch glich sie in weiten Teilen mehr einer Routineübung denn einem spontanen Aufbegehren. Nach ewiger Rennerei war endlich der rettende Ku-Damm in Sicht, die TeilnehmerInnen liefen allmählich auseinander und damit vorerst auch die Idee einer großen übergreifenden MieterInnenbewegung.

Die WBA-Friedrichshain gründet sich

Inspiriert durch die erste große Demo vor dem Roten Rathaus versammelten sich in den nächsten Woch einige Leute, um auch im Friedrichshain dem Protest einen organisatorischen Rahmen zu geben. Die Gründung der WBA-Friedrichshain fiel zeitlich zusammen mit dem endgültigenBegräbnis des Friedrichshainer BesetzerInnenrates. Schon bald wuchs die Gruppe auf ca. 20 Interessierte aus verschiedenen Spektren an. Obwohl selbstverständlich auch Friedrichshain nicht von Rückübertragungen, Privatisierungen und Luxusmodernisierungen verschont blieb, legte die WBA von Anfang an Ihren Schwerpunkt auf die Probleme der MieterInnen mit der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft WBF (Wohnungsbaugesellschaft im Friedrichshain). Dies hatte den Vorteil, einem klar definierbarem Feind gegenüberzustehen. Gerade zur Zeit der ersten großen Mietendemonstrationen vor dem Roten Rathaus, wurden in einer Reihe von Häusern der ehemaligen Stalinallee, jetzt Karl-Marx-Allee, die Heizungen erneuert. Die Kosten für diese Sanierung wurden als Modernisierungspauschale auf die Mieten umgelegt. Da diese Arbeiten aber nur der Erhaltung der Wohnsubstanz dienten und keinesfalls eine echte Modernisierung darstellten, entbehrte diese von der WBF geplante Mieterhöhung jeder rechtlichen Grundlage. Als das herauskam, bildeten sich in meheren betroffenen Häusern spontan Hausgruppen, die gemeinsam die Rücknahme dieser unverschämten Mieterhöhung durchsetzen konnten. Über den Mieterladen bekamen wir auch einiges an Frust über die schlechten Wohnsituationen mit. Einmal kam ein alter Mann in die Beratung, der für seine Wohnung die volle Miete zahlte, obwohl in einem Zimmer bereits der Boden durchbrochen war.



Gerade alte Leute und diejenigen, die noch Arbeit hatten und deshalb nicht über die Zeit verfügten, sich auf langwierige Auseinandersetzungen mit den SachbearbeiterInnen einzulassen, hatten das Nachsehen. Sie mußten die horrenden Mieterhöhungen zahlen, ohne das sich an ihrer tristen Wohnsituation etwas geändert hätte.

Die Aktionsschwerpunkte der WBA-Friedrichshain lagen demzufolge in den ersten beiden Jahren darin, die Machenschaften der WBF aufzudecken und gemeinsam mit möglichst vielen MieterInnen Gegenstrategien zu entwickeln. Es gab Plakate, Flugblätter und Veranstaltungen, die die komplizierte rechtliche Situation erklärten. Es gab ein Plakat, in dem der überhohe Anteil der Betriebskosten an der Grundmiete kritisiert wurde, durch welchen sich die WBF einen zinslosen Kredit in Höhe von ca. 38 Millionen DM ergaunerte.

Wir entwarfen ein Plakat mit einem überdachten L, welches Leerstand symbolisieren sollte und klebten dies an viele Häuser, in denen Wohnungen leerstanden. Und natürlich prangerten wir die unsozialen Mieterhöhungen an. Auf Wochenmärkten waren wir mit Informationsständen präsent, wo die Leute unter anderem ihren ganz persönlichen Frust auf große Pappkärtchen schreiben und diese auf einer Meckerleine aufhängen konnten.

Die WBA beteiligte sich an einer überregionalen Blockade der B 96, in dem sie zwei Stunden lang vor dem Rathaus Friedrichshain die Straße besetzte. Erstaunlicherweise wurde diese Blockade hauptsächlich von alten Leuten jenseits der sechszig getragen, dementsprechend hilflos wirkten auch die anwesenden Einsatzkräfte. Sie waren den resoluten Omas und Opas nicht gewachsen. Zwei ebenfalls von der WBA organisierte Kiez-Demos erhilten leider weniger Zuspruch. Sowohl von der Vermittelbarkeit der Inhalte, als auch vom Versuch der Sichtbarmachung unseres Protestes auf der Straße her, waren beide Demos eher Kontraproduktiv. Der Versuch,den großen Mobilisierungserfolg vom Roten Rathaus in den eigenen Kiez hineintragen zu können, erwies sich als Wunschdenken.

Das Konzept „Aktive Wohnungssuche"

Aus dieser Einsicht heraus ist die WBA seit Frühjahr 1994 mit einem neuen Konzept in die Offensive gegangen. Aufbauend auf die bislang erfolgten Leerstandserfassungen entstand die Idee, diesen Leerstand doch nun ein für alle mal zu beseitigen. Traditionelle Hausbesetzungen schienen jedoch in Anbetracht des momentanen Kräfteverhältnisses wenig zur Durchsetzung dieses Ziels geeignet, vorallem wäre über diese radikale Aktionsform schon im Vorfeld vielen Wohnungssuchenden die Teilnahme erschwert worden. Auch waren zu diesem Zeitpunkt kaum noch geeignete leerstehende Häuser auffindbar, so daß sich der Leerstand vorwiegend auf einzelne Wohnungen verteilte.

Auf dieser Basis entwickelten wir ein ganz neues Konzept: Offensives Verhandeln mit möglichst vielen Leuten und möglichst guten Argumenten.

Am Anfang stand die Aufgabe, erst einmal genügend Leute für unsere Idee zu gewinnen. Wir richteten ein wöchentliches Treffen ein, zu dem wir per Flugblatt aufriefen. Die Resonanz darauf war geteilt. Zwar kamen an die 40 Leute allein zum ersten Treffen, von der Struktur der Gruppe her waren wir andererseits ein bischen enttäuscht, da fast ausschließlich Studis und Sceneleute gekommen waren. Nun denn, zumindest waren wir ein relativ motivierter und homogener Haufen. In den nächsten Wochen bestand unsere Arbeit hauptsächlich darin, das gemeinsame Vorgehen abzustimmen, d.h. einen Konsens über unsere Ziele und Forderungen herzustellen, was auch gelang und im Kiez systematisch mit MieterInnen zu reden und weiteren Leerstand aufzudecken.

In wenigen Wochen hatten wir eine Liste mit ca. 250 leerstehenden Wohnungen zusammen, wobei diese zumeist schon mit detaillierten Angaben über Zustand und Größe der Wohnungen, sowie Dauer des leerstandes und Status des Hauses erfaßt waren.

In einen nächsten Schritt versuchten wir, eine breitere Öffentlichkeit für unsere Forderungen herzustellen, in dem wir Informationsstände aufstellten, Flugblätter mit dem jeweils aktuellen Stand der Dinge verteilten und regelmäßig vor der Wohnungsvergabestelle aufliefen, um den wartenden unsere Forderungen mitzuteilen und sie soweit wie möglich einzubeziehen. Der Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft, Batschulat, erklärte sich unter dem Druck der Verhältnisse dann auch bereit, in einer öffentlichen Verhandlungsrunde über eine vereinfachte Vergabemöglichkeit leerstehenden Wohnraums mit uns zu verhandeln. Nachdem wir eine solche Veranstaltung organisiert hatten und diese mit 90 Leuten nicht schlecht besucht war, versetzte er uns jedoch mit scheinheiligen Argumenten.

Wir betrachteten dies als einen von der

Wohnungsbaugesellschaft provozierten Abbruch der Verhandlungen. Soweit der aktuelle Stand der Dinge. Unsere Konsequenz ist, jetzt massenhaft Wohnungen zu besetzen, eine solidarische Struktur unter den einzelnen WohnungsbesetzerInnen aufzubauen und über dieses Druckmittel die WBF doch noch an den Verhandlungstisch zu zwingen. Zwar sind wir momentan leider wieder ein Stück weit von unserem offenen konzept abgerückt, doch zielen unsere Forderungen nach wie vor darauf ab, alle interessierten Wohnungssuchenden miteinzubeziehen.

Unser Bonus ist, daß die WBF sogut wie keinen Überblick über ihren Wohnungsbestand hat, also nie genau weiß, welche Wohnungen überhaupt besetzt sind und daß es unter der Friedrichshainer Bevölkerung eine starke Verunsicherung und Unzufriedenheit über die miserable Wohnungssituation gibt. Sehr viele Leute stehen prinzipiell auf unserer Seite, oder haben sogar selbst mal besetzt, bzw. zahlen keine Miete oder nur einen Teil davon. Klar ist, wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir kontinuierlich am Ball bleiben und wir werden immer wieder herbe Rückschläge erleiden. Trotzdem stellt dieses Konzept eine unserer Ansicht nach aussichtsreiche Alternative für die Zukunft dar. In diesem Sinne: **W.K.S.- Wir können es schaffen.**

Linke Scheinidentitäten und der Mythos "unser Viertel"

aus 17°C Nr. 10

Als Antinationalisten und -Innen, die sich aus im doppelten Sinne verschiedenen Zusammenhängen der radikalen Linken zusammengefunden haben, aus eigener Erfahrung also, wissen wir und müssen wir kritisieren, daß auch im autonomen Spektrum mit der momentan so hippen Luftblase „Identität" hantiert und Politik gemacht wird. Innerhalb dieses Spektrums also, das doch mittlerweile so oft als quantitativer Hoffnungsträger genannt wird, wie es vor 1989 noch regelmäßig verdammt wurde. Nur zur Erinnerung: Autonome galten – und für einige gelten sie sicherlich noch heute – als theoriefeindlicher, antiintellektueller Krawallhaufen, dessen eigeninitiierter Identitätsklimbim um Sturmhauben, Alkohol, Dressing Code und Massenmilitanz kreiste. Das Bild hat sich heute, zumindest zu einem nicht unerheblichen Teil, gewandelt. Das ein oder andere akustische oder gar niedergeschriebene „Ah" und „Oho" gilt offenbar dem Erstaunen darüber, daß auch unter den gegenwärtigen Bedingungen und unter Berücksichtigung des Verschwindens der Linken, Widerstand – und sei es nur gegen organisierte Faschisten – möglich und machbar ist. Die organisatorischen und vor allem inhaltlichen Erosionserscheinungen sind natürlich auch an der autonomen Bewegung nicht vorübergegangen. Es ist also kein unbedingtes Vergnügen, jene zu kritisieren und gegebenenfalls gegen sie zu polemisieren, denen wir uns nach wie vor kritisch verbunden fühlen.

Bereits vor 1989 gab es natürlich auch in linksradikalen Szenen all die Phrasen und heißen Luftballons, die sich um den Begriff der „Identität", sei es nun der politischen, der subkulturellen oder der persönlichen ranken. Seit jenem magischen Augenblick des Falls des Antifaschistischen Schutzwalls – wahlweise mit oder ohne Anführungszeichen – beschäftigt jedoch auch die Linksradikalen in zunehmendem Maße die Suche nach kollektiven Zuschreibungen mit dem Ziel, sich mit sogenannten Gleichgesinnten heimisch zu fühlen in einer nicht sehr heimeligen Welt. Nach einem ähnlichen Schema, wie dem, daß Rassifizierte sich gedanklich als „Rasse" konstituieren, um sich anschließend vom Rassisten entgegenschleudern lassen zu müssen: „Hab ich doch gleich gesagt – ihr seid eine Rasse", funktioniert bei ihnen die Identitätssuche. Nicht zufällig hat als kultureller Bestandteil hierbei HipHop den Punk abgelöst. Als nach den Los Angeles-Riots 1992 die ersten bewundernden LA-Graffities im Hamburger Szenestadtteil Schanzenviertel auftauchten und gleichzeitig auf jeder Solidaritäts-Disco Public Enemy statt The Clash auf dem Plattenteller lag, kamen weitere Merkmale der unsinnigen Identitätssuche hinzu: das unwissende Übertragen und die hilflose Suche nach Vorbildern, die angeblich gleiches erleiden und der typische Wunsch, seine angebliche Identität auch wieder loswerden zu wollen, wenn sie nicht mehr in den Kram oder die Zeit paßt.

Gängige Praxis linker Heimatsehnsucht ist nicht umsonst der „Unser-Viertel"-Mythos. An ihm läßt sich wie kaum an einem anderen ablesen, in welchem Zustand sich das Kollektivgemüt befindet. Die Identitätsstiftung via „In unserem Viertel ist alles anders", die Zuschreibung einer angeblich gemeinsamen „Befindlichkeit" durch das „Zusammenleben" (in die auch Personen und Gruppen qua mehr oder minder zufälligem Wohnort miteinbezogen werden, mit denen mensch sonst keinerlei Gemeinsamkeiten hat) verrät die Phantasterei, mit der auf diesem Feld zu Werke gegangen wird. Wenn mit fortschrittlichem Bewußtsein ausgestattet sich wähnende „Unser Viertel" von Drogendealern säubern wollen, so wie in Hamburg geschehen (der Drogendealer an sich ist Südländer, vornehmlich Kurde oder Afrikaner, dieses Märchen bürgerlicher Propaganda wird widerspruchslos übernommen, allenfalls für die weit entfernten Vereinigten Staaten von Amerika wird ab und an noch geltend gemacht, daß lediglich der

Straßenverkauf von teilweise eingrenzbaren Gruppen vollzogen wird, in die höheren Hierarchien dieses Kapitalverhältnisses dringen die so von außen mit einer Identität versorgten nicht vor), wenn also zu kritischem Denken vermeintlich fähige der Mär einer Viertel-Identität aufsitzen, so versuchen sie doch nur den tatsächlichen oder auch nur eingebildeten Druck von außen durch Cliquenbildung im vermeintlich Inneren zu kompensieren. Es ist eben nicht schick, im Ghetto zu leben, zumindest dann nicht, wenn man dies nicht freiwillig tut. Es hat seinen subkulturellen Reiz, wenn man glaubt, damit einen bestimmten Lebensstil aufsaugen zu können. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, das sogenannten Szeneviertel nicht umsonst als kreative Reserve für Werbeagenturen und Yuppies sonstiger Couleur gelten.

Als Mitte der Achtziger ein größer werdender Teil unseres Spektrums unter der Prämisse „Raus aus dem Ghetto" die verschwindend geringe Massenakzeptanz autonomer Politik kritisierte, bezogen sich diese Ausbruchsversuche – erinnert sei z. B. an das Zeitungsprojekt „Unzertrennlich" – lediglich auf die Vermittlungskonzepte. „Wenn wir nicht verstanden werden, müssen wir dümmer formulieren" – nicht so abgehoben eben. „Die Menschen dort abholen, wo sie stehen". Kaum jemand wollte allerdings mitkommen. Diese Form des Massenopportunismus ist nie gedacht als generelle Infragestellung gängiger Identitätsmuster, sondern blieb und bleibt immer taktischen Erwägungen verhaftet.

Das „Unser-Viertel"-Wir-Gefühl führt nicht nur beim eben genannten Drogenbeispiel zu den absurdesten Verwirrungen. Warum ein in einem Szeneviertel wohnhafter Faschist bekämpfungswürdiger erscheint, als einer, der seine Fäden vom Stadtrand aus zieht, läßt sich nur erklären wenn die Empörung über eine solche Wohnsituation als kleinbürgerliche begriffen wird, nicht als antifaschistischer Widerstand.[1]

Ein anderes Beispiel soll hier nur am Rande erwähnt werden. Die unsägliche, unmaterialistische und teilweise hysterische Diskussion über vermeintliche Spitzel, die seit über einer Dekade verstärkt in Saure-Gurken-Zeiten geführt wird, entspricht und entsprach zu keiner Zeit der realen Bedrohung durch die Repressionsorgane, geschweige denn den tatsächlichen Machtverhältnissen. Wer vor sieben Jahren gängigen Hausbesetzerklischees widersprach und einer geregelten Erwerbstätigkeit nachging und seinen Leihwagen mit Kreditkarte zahlte, hatte gute Chancen in die „Ausschluß aus allen politischen Zusammenhängen"-Diskussion zu gelangen. Adäquate aktuelle Ausscherungen aus identitätsstiftendem Dressing Code und angesagtem Lebensstil ließen sich zuhauf nennen. Wobei die meisten, die diesem Zwang zum modernen Szeneleben widerstehen, dies nicht bewußt tun, sondern weil ihre Plattensammlung bei Pink Floyds „The Wall" aufhört – um auch die 68er nicht unerwähnt zu lassen.

Man hat sich also eingerichtet in seinem Lebenszusammenhang, glaubt, ein demoskopisch festgestellter erhöhter Anteil an ausländischen Mietern und Kochgerüchen würde die Menschen hier im Viertel irgendwie resistenter gegen rechte Propaganda machen und stellt doch die Unterteilung an sich nicht mehr in Frage. Im Gegenteil: Die dem Ghetto, wahlweise dem Kiez, von den Herrschenden zugeschriebenen Merkmale – laut, chaotisch, schmuddelig, multi-kulti, kreativ, materiell genügsam usw. – werden nicht zurückgewiesen, sondern positiv gewendet als Identität präsentiert. Bei dem so entstehenden Gemisch aus subkulturellem Habitus und organisiertem politischen Bewußtsein wird gerne verdrängt, das die so geschaffene Identität eine freiwillig gewählte ist, die sich – wie eingangs erwähnt – je nach Zeitgeist wechseln läßt. Die autonome Szene ist nicht umsonst lediglich Durchlauferhitzer und mit 30 für viele zur Jugendsünde geworden.

Der positive Bezug auf einen heimatlichen Raum wird nicht besser, weil er geografisch geringer dimensioniert ist als „die Nation". Wer „sein" Viertel idealisiert, wer nicht in der Lage ist, gesellschaftliche Macht- und Unterdrückungsverhältnisse über seinen, mit für ihn positiven Attributen versehenen Lebensort hinaus zu begreifen, der wird auch regionalistischen Diskursen gegenüber aufgeschlossen sein. Das so aufgebaute Wir-Gefühl – und das gilt genauso für das verbreitete Wir-Ostler – ist nicht Gegenkonzept zum Nationalismus der Herrschenden und ihrer willfährigen Untertanen sondern der Einstieg ins massenopportunistische Verständnis für Heimat-, Region- und Nationgesülze.

Was folgt nun für uns aus dieser kleinen Auflistung linksradikaler Identitätsvorstellungen und somit unserer eigenen Umgebung? Kollektive Identitäten sind, auch wenn sie aus linkem Munde kommen und vermeintlich unterhalb des Levels der Nation funktionieren, Phantasieprodukte. Sie sollen Homogenität vorgaukeln, wo von Unterschieden und Auseinandersetzung geredet werden müßte. Sie fungieren als intellektuelle und geografische Ersatzheimat, wo der Rückgriff aufs Vaterland tabu ist. Und ihre unhinterfragte Übernahme ignoriert, daß jene, die die Definitionsmacht besitzen, bestimmen, was marginal und was mainstream sein soll. Herrschenden Zuschreibungen zu entgehen, sie zu torpedieren, muß unser Ziel sein, nicht sie umzudrehen und das Brauereipferd zum Rennpferd zu phantasieren.

An den Rand gedrängt zu sein, ist nichts positives, sondern lediglich das einzige, was uns übrigbleibt in diesem Land der Beknackten, wenn wir kluge Gedanken äußern wollen. Sich im Widerspruch zu fast allen anderen zu befinden, ist unsere notwendige Perspektive, einen Kult oder Mythos sollten wir daraus nicht machen.

1 Dies ist nicht gedacht als Kritik an Aktionen gegen Faschisten. Allerdings dürfen im Kern richtige Ansätze nicht durch unsinnige Begründungen wieder entkräftet werden. Nicht weil der Faschist in „unserem Viertel" wohnt, wird er zur Zielscheibe unserer Aktionen, sondern weil er ein Faschist ist.

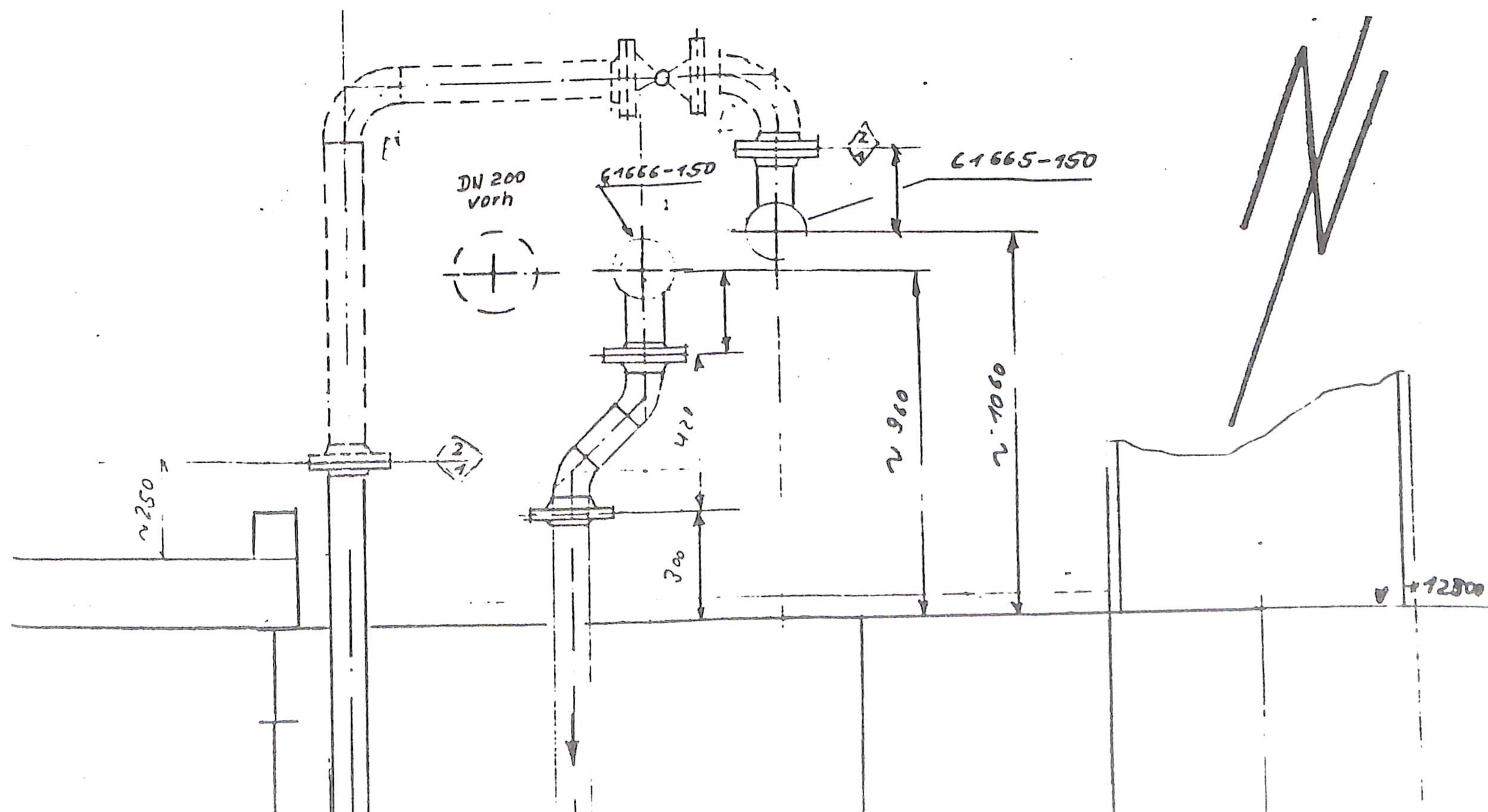
Etwas besseres als die Nation
Regionalismus

aus 17°C Nr.6

Heimat! Seit Mitte der 70er Jahre wurde der überschaubare lokale und regionale Raum in der alten BRD zum positiven Bezugspunkt der sogen. neuen sozialen Bewegungen. Große Teile der Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewegung, der Grünen sowieso, und auch so manches „militante" Stadtteilprojekt betrieben eine „alternative", als Widerstand gegen „den universalistischen Industrialismus" und „großräumigen Zentralismus" ausgegebene Renaissance des Heimatgefühls. An dieser aktiven Suche nach Geborgenheit, Überschaubarkeit und Identität fand auch der Mainstream Gefallen. In diese Zeit fällt die Ausbreitung von Mundarten (die auch in der deutschen Popmusik bis heute – neuerdings auch im deutschsprachigen Rap – einen „Heimatbezug" herstellen), kommerziellen Stadtteilfesten, Traditionsfesten aller Art, eines „Schützt den deutschen Wald"-Öko-Gemeinschaftsgefühls und eines Aufschwungs des deutschen Vereinslebens. Neun von zehn Deutschen fühlen sich dort besonders wohl, wo sie gerade leben. Nachbarschaft, Gemeinsinn, Recycling-Tonnen etc. stehen hoch im Kurs. Selbst für einen neuen identitätsstiftenden Landespatriotismus („Wir Hamburger", „Hessen vorn", etc.) ist sich kaum jemand zu schade, zumal es dabei nicht zuletzt um industrielle Standortpolitik geht.

Heimat, Region usw. bedeuteten in der alten BRD nicht etwa eine Relativierung der „nationalen Identität", sondern bildeten deren untere Ebenen, auf denen in ideologischer Verkleidung die Konkurrenz um ökonomische Ressourcen ausgefochten wurde. Die beliebte Interpretation der neuen Lust am Lokalen als widerständig gemeinten Anspruch auf ein „authentisches Erlebnisfeld" und als – im Sinn von „Differenz versus Universalismus" – kritische Reaktion auf die „Entfremdungserfahrung in der Moderne" ist pure Ideologie. Die Heimat, die da propagiert wird und in der die neue Identität gefunden werden soll, ist auch nur ein Alptraum der besonderen Art. Der Raum, in dem Natur, Arbeit, Architektur und soziales Leben noch nicht zerstört sind, ist angesichts der strukturellen Dominanz des Kapitalverhältnisses eine Fiktion. Zu den Resultaten von Heimatbewegung und Regionalismus zählt dann auch nicht die Aufhebung irgendeiner Entfremdung, dafür aber ein größerer Konsenszwang für die Einzelnen und die Stärkung eines konservativen Gemeinsinns. Letzteren versprach man sich übrigens auch von der landsmannschaftlichen Aufteilung der DDR in fünf neue Bundesländer.

Der bürgerliche „Nationalstaat" hatte bisher nur zwei ernsthafte Gegner: den separatistischen Regionalismus (der dem Nationalismus symmetrisch ist) und den Inter-Nationalismus des radikalen Flügels der alten Arbeiterbewegung (der sich vom Patriotismus der Sozialdemokratie abgrenzte, später aber beim Konzept eines „sozialistischen Vaterlandes" endete). Beide Kontrahenten existieren in Deutschland nicht (mehr).



Mieterinnen und Mieter in Bewegung?

aus Uwe Rada: Mietenreport

Soziale Bewegungen und Reformen, politischer Druck und Zugeständnisse, Befriedung, Kriminalisierung und roll-back, das zeigt die Geschichte West-Berlins und der alten BRD, stehen in einem engen Wechselverhältnis. Der vermeintliche oder tatsächliche Konsens in der Bevölkerung, und sei es nur der einer stillschweigenden Mehrheit, ist dabei Voraussetzung für die Vermittelbarkeit politischer Entscheidungen und somit auch der „Regierungsfähigkeit". Wird dieser Konsens in Frage gestellt, bzw. lassen sich Protest und Widerstand nicht mehr isolieren oder spalten, gerät das Herrschaftsgefüge in Gefahr und muß auf der Ebene von Zugeständnissen, von „Teile und Herrsche", neu hergestellt werden.

Auf der anderen Seite bedeutet dieses Wechselverhältnis für eine soziale Bewegung, daß, wenn sie sich durch Zugeständnisse zufriedenstellen ließ, lediglich ihre Organisationen übrigbleiben. Diesen bleibt dann die Aufgabe, den Ist-Zustand zu verwalten und die restlichen Strukturen aufrechtzuerhalten. Am ganzen, an den Interessen der Mächtigen, an den prinzipiellen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen, vermögen sie dann freilich nicht mehr zu rütteln.

I.

Als in den siebziger Jahren die Kahlschlagsanierung des West-Berliner Senats am Widerstand der Bevölkerung scheiterte, war damit der Startschuß für eine neue Bewegung gefallen. Bürgerinitiativen, Stadtteilgruppen und Mieterläden hatten sich gegen Abriß, Leerstand und die Umstrukturierung ihrer Wohngebiete zur Wehr gesetzt und bestimmten für mehrere Jahre das Bild einer neuen Opposition gegen die bis dahin herrschende Wohnungspolitik.

Der Abrißbagger war gestoppt, am Leerstand freilich hatte sich nichts geändert. Die heruntergekommenen Altbauquartiere, insbesondere in Kreuzberg, wurden Sanierungs-, Sanierungserwartungs- und damit Spekulationsgebiet. Die Besitzer, private wie auch treuhänderische Sanierungsträger, warteten auf den angekündigten Subventionsregen staatlicher Instandsetzungs- und Modernisierungsprogramme – und ließen die Häuser weiter verrotten.

Andere dagegen hatten das Warten satt. 1979 wurden von der Bürgerinitiative SO 36 die ersten Wohnungen besetzt. Man wollte auf den Leerstand und den zunehmenden Verfall Kreuzbergs aufmerksam machen. Den Wohnungsbesetzungen folgte bald die Besetzung ganzer Häuser. Waren es im Dezember 1980 erst 14 Häuser, die besetzt waren, so stieg deren Zahl infolge der Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt bis zum Frühjahr 1981 auf über 150 an. Die Proteste gegen die Berliner Wohnungspolitik hatten inzwischen weite Kreise der Bevölkerung erreicht und für den Senat eine brisante Situation geschaffen. Die Folge: Die für das Jahr 1981 vorgesehene Einführung des „Weißen Kreises", die Aufhebung der bis dahin in West-Berlin gültigen Mietpreisbindung, wurde von der sozialliberalen Regierungskoalition verschoben. Für den krisengeschüttelten Senat kam freilich jede „Hilfe" zu spät. Im Mai 1981 kam es infolge des Bauskandals um den früheren Bausenator Garski zu Neuwahlen. Die Alternative Liste, das „Spielbein" der Oppositionsbewegung, wie sie sich selbst verstand, zog erstmals ins West-Berliner Abgeordnetenhaus ein. Es folgten weitere Zugeständnisse. In Kreuzberg kam es mit zunehmendem Einfluß der Stadterneuerungsgesellschaft S.T.E.R.N., der Nachfolgegesellschaft der „Internationalen Bauausstellung", zu einer Art Doppelherrschaft in der Baupolitik. Je „behutsamer" allerdings die Stadterneuerung wurde, desto rigider ging man gegen diejenigen besetzten Häuser vor, die keine Verträge erhalten hatten. Am 22. September 1981 ließ der damalige Innensenator Lummer acht besetzte Häuser gewaltsam räumen. Ein 18jähriger fand dabei den Tod.

Behutsame Stadterneuerung und Fortbestehen der Mietpreisbindung. Für manchen schien das Ziel erreicht, andere dagegen wollten es dabei nicht belassen. Sie sahen in den aus Steuermitteln finanzierten Modernisierungsprogrammen nichts anderes als eine gigantische Subvention der Hausbesitzer und Spekulanten und im Grunde eine nachträgliche Belohnung jahrelang vernachlässigter Instandhaltung. Ihre Forderung stattdessen: Instandsetzung auf Kosten der Hausbesitzer und damit die Verhinderung von Mieterhöhung infolge von Modernisierungsmaßnahmen.

Instandhaltung oder Modernisierung, Straße oder Parlament, die Bewegung begann sich zu spalten. Mit den Zugeständnissen war Ruhe eingekehrt. Die Mieter- und Besetzerbewegung überließ den alternativen Stadtplanern und Sozialarbeitern das Feld, die behutsame Stadterneuerung wurde hoffähig und im Jahre 1984 vom damaligen Diepgen-Senat als städtebauliches Ziel bestätigt.

II.

Daß Zugeständnisse bisweilen nur von kurzer Dauer sind, mußte man wenige Jahre später feststellen. Mitten in die trügerische Ruhe platzte 1987 der erneute Versuch, in West-Berlin die Mietpreisbindung aufzuheben. Offensichtlich war sich die christlich-liberale Koalition nun der Durchsetzbarkeit des „Weißen Kreises" sicher. Die Haus- und Grundbesitzerverbände hatten sich bereits seit längerem für die Aufhebung der Mietpreisbindung stark gemacht. Durch die Freigabe der Mieten und die Anlehnung an das System der (ständig steigenden) ortsüblichen Vergleichsmieten erhoffte man sich die Angleichung der Berliner Mieten an das Bundesgebiet und mithin eine Steigerung der Attraktivität privat finanzierter Modernisierungen.

Gegen diese Pläne organisierten die Berliner Mieterorganisationen, SPD und Alternative Liste, Gewerkschaften sowie zahllose Projekte und Initiativen eine bislang beispiellose Unterschriftensammlung. Über 500 000 Berlinerinnen und Berliner sprachen sich für die Beibehaltung der „Mietpreisbindung als Dauerrecht" aus. Die für Einführung des „Weißen Kreises" zuständige Bundesregierung scherte dies freilich wenig. Sie gab dem umstrittenen Gesetzesentwurf in einer leicht abgeschwächten Form ihre Zustimmung. Mit der Billigung des Berliner Abgeordnetenhauses (unter anderem auch mit den Stimmen der SPD!) trat der „Weiße Kreis" zum 1. Januar 1988 in Kraft.

Seither sind in West-Berlin die Mieten steil angestiegen. Insbesondere bei billigen Substandardwohnungen beliefen sich die Steigerungen aufgrund der hohen Fluktuation innerhalb von nur zwei Jahren auf 46 Prozent. Die durchschnittliche Mieterhöhung für Neuvermietungen betrug im Jahre 1988 20 Prozent. Die neugeschaffene Möglichkeit einer 10-prozentigen Erhöhung bei Neuvermietungen hatte sich als Freibrief für willkürliche Mietsteigerungen erwiesen. Bei bestehenden Mietverhältnissen, das war das Zugeständnis der Bundesregierung an die Protestbewegung, durften die Mieten – vorerst – nur um 5 Prozent jährlich steigen.

Der „Weiße Kreis" hat seine Wirkung auf Vermieter und Spekulanten nicht verfehlt. Sei 1988 ist die Zahl der privat modernisierten Wohneinheiten in West-Berlin sprunghaft angestiegen. Die Folge: Weitreichende Umstrukturierungs- und Verdrängungsprozesse, wie sie am Beispiel des Moabiter Stephan-Kiezes zum ersten Mal statistisch erfaßt wurden.

III.

Als am 4. November 1989 500 000 Menschen auf dem Berliner Alexanderplatz den Visionen einer anderen, gerechten DDR Beifall zollten, ahnte noch niemand, wer nur wenig später zu den Gewinnern der friedlichen „Revolution" avancieren sollte: Mit dem Fall von Mauer und staatlicher Wohnungsbewirtschaftung hatte sich der Tummelplatz für Spekulanten und Miethaie nahezu verdoppelt. Der Erneuerungsbedarf der Ost-Berliner Wohnquartiere ist so groß wie seine Kosten. Seit der Verabschiedung des Einigungsvertrags und der darin festgelegten Rückgabe ehemaligen Eigentums, setzte eine Welle von Rückübereignungsansprüchen ein, die den kommunalen Wohnungsbestand früher oder

später hinwegzuspülen droht. Nach Angaben des „Rings Deutscher Makler" will bereits jeder zweite Privateigentümer weiterverkaufen. Der Spekulation mit privaten Modernisierungsmaßnahmen ist damit Tür und Tor geöffnet.

Obwohl die Notwendigkeit – angemessener – Mieterhöhungen von den allermeisten Ost-Mietern nicht bestritten wird, sieht man doch nicht ein, warum man plötzlich selbst für die jahrelange Mißwirtschaft der DDR-Baupolitik aufkommen soll. Mit den Mieterhöhungen vom Oktober 1991 haben sich die Mieten vervier- und zum Teil sogar versechsfacht. Bundesbauministerin Irmgard Adam-Schwätzer betonte dabei ausdrücklich, daß es sich nur um einen ersten Schritt handele. Weitere Mieterhöhungen sollen, vielleicht schon bald, folgen. Bereits jetzt beträgt die Miete im Ost-Berliner Altbau nahezu dasselbe wie die „Einstiegsmiete" bei öffentlich geförderter Modernisierung in West-Berlin, mit dem Unterschied freilich, daß sich am maroden Zustand der Häuser und Wohnungen wenig geändert hat.

Die Hoffnungen der Mieter in den Neuen Bundesländern auf eine baldige Verbesserung ihrer Wohnungssituation hat sich bislang kaum erfüllt. Die im Ostteil der Stadt von West-Berliner Wohnungsbaugesellschaften übernommenen ehemaligen Kommunalen Wohnungsverwaltungen (KWV) beklagen zwar fehlende finanzielle Unterstützung, sehen sich aufgrund der „ungeklärten Eigentumsverhältnisse" aber auch nicht in der Lage, vorhandene Gelder zu investieren. Obwohl vom Senat empfohlen, hält sich so manche Wohnungsbaugesellschaft mit der Anwendung des „Investitionsenthemmungsgesetzes" noch immer zurück, zum Leidwesen der Mieter und Mieterinnen. Leerstand und Verfall bestimmen auch heute noch das Bild der Ost-Berliner Altbauquartiere.

Während die Stadterneuerung ruht und die Spekulation blüht, nimmt die Wohnungsnot ein immer dramatischeres Ausmaß an. Die Aussichten auf die künftige Rolle Berlins als europäische Metropole läßt schon heute viele Hausbesitzer mit ihrem Pfund wuchern. Die Folge: Mietsteigerungen und infolgedessen Umstrukturierungs- und Verdrängungsprozesse. Schon im Juli 1991 hatte Berlin bei den Neubaumieten die Schicki-Micki-Stadt München als bisherige Nummer Eins überholt. Die Gewerbemieten explodieren, Läden und Projekte sterben, im neuen Innenstadtbezirk Kreuzberg steht die vielgerühmte „Kreuzberger Mischung" vor dem Aus.

Stehen die Berliner und Berlinerinnen vor einer deartigen Entwicklung wie das Kaninchen vor der Schlange? Oder beginnen sie sich, enttäuscht von der Ignoranz und der Ohnmacht kommunaler Wohnungspolitik, selbst zu wehren?

IV.

Seit Ende 1989 haben sich im Ostteil Berlins zahlreiche Mieterinitiativen gegründet. Ähnlich wie auch in den Bürgerbewegungen wurde und wird hier versucht, die Sicht der Betroffenen in die politische Debatte einzubringen. Kurz nach dem Fall der Mauer war es zum Beispiel der Bürgerinitiative Spandauer Vorstadt gelungen, einen Abrißstop für den Kiez zwischen Wilhelm-Pieck- und Oranienburger Straße durchzusetzen. In Potsdam hatte die Bürgerinitiative Argus Ende 1989 zusammen mit West-Berliner Initiativen mit der Winterfestmachung der leerstehenden Häuser im ehemaligen Holländer-Viertel begonnen. Der Zustand der eigenen Wohnungen, das traurige Bild verfallener Städte hatte bei vielen Mietern und Mieterinnen die Bereitschaft geweckt, sich für die Belange der Stadterneuerung und der Durchsetzung der eigenen Interessen einzusetzen. Infolge der Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990 zogen die Bürgerbewegungen auch in die Bezirksämter und Bezirksverordnetenversammlungen. Dort schien sich zum ersten Mal die Möglichkeit zu ergeben, selbst aktiv an Entscheidungsprozessen mitzuwirken und die Basisaktivitäten durch administrative Hilfe zu unterstützen. Die Grenzen solcher Einflußmöglichkeiten wurden freilich bald erkannt. Die seit der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 von der Regierung de Maizière konsequent betriebene Anschlußpolitik an die BRD räumte mit den Utopien einer „erneuerten DDR" schnell auf. Währungsunion und Einigungsvertrag konfrontierten 16 Millionen Menschen mit den Spielregeln eines Wirtschaftssystems, denen viele ehemalige DDR-Bürger nicht folgen konnten oder nicht folgen wollten. Mit dem 3. Oktober 1990 begann nicht nur die Abwicklung in den Betrieben, sondern auch im Wohnungswesen. Und die Mieter und Mieterinnen?

V.

Februar bis April 1991: In der Presse häuften sich Meldungen über Proteste, Demonstrationen und Unterschriftensammlungen aufgebrachter Mieter:

„Gegen die (Bonner Mieterhöhungspläne, d. V.) haben am Wochenende Berliner Mieterorganisationen entschiedenen Widerstand angekündigt. (...) Geplant ist ein breites Aktionsbündnis aller 50 Berliner Initiativen und Organisationen, um durch Infostände, Flugblattaktionen, Unterschriften-Sammlungen bis hin zu Menschenketten und Demonstrationen auf die dramatische Situation aufmerksam zu machen." („Der Morgen", 11.2.1991)

Der erste Entwurf der Bonner Rechtsverordnung hat bereits kurz nach Bekanntwerden Staub aufgewirbelt. Am 9. Februar 1991 fand ein erster „Mietenratschlag" der Berliner MieterGemeinschaft statt. Auf einem Flugblatt des neu ins Leben gerufenen „Aktionsbündnisses gegen Mietenexplosion", ein Zusammenschluß von Mieterinitiativen, Parteien, Mieterorganisationen und besetzten Häusern, wurde massiver politischer Druck angekündigt:

„Die Regierungskoalition in Bonn wird ihre Pläne nur durchsetzen können, wenn die Mieter und Mieterinnen still halten und sich nicht wehren. Darauf zu hoffen, daß die Neuen Bundesländer im Bundesrat ein Veto gegen Bonn einlegen, heißt, die Sache aus den eigenen Händen zu geben. Wollen wir die Bonner Pläne verhindern, müssen wir selbst unsere Sache in die Hand nehmen, um so der Regierung unmißverstäündlich deutlich zu machen: NICHT MIT UNS!" (Flugblatt des Berliner „Aktionsbündnisses gegen Mietenexplosion", Februar 1991)

Der „Runde Tisch von unten", ein Zusammenschluß von Bürgerbewegungen und Initiativen, der sich nach dem „offiziellen" Ende des Berliner Runden Tisches zusammengefunden hatte, forderte neben einer Mietpreisobergrenze ein generelles Spekulationsverbot, „das eine steuerliche Abschöpfung jeglicher Spekulationsgewinne vorsieht, sowie ein generelles Vorkaufsrecht gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften für alle zum Verkauf stehenden Wohnungen." Auch hier setzt man auf den Druck der Mieter:

„Sollten die geplanten Mietrechtsverordnungen im wesentlichen unverändert verabschiedet werden, wird der ‚Runde Tisch von unten' über gemeinsame Widerstandsaktionen beraten. Dazu könnte dann auch ein Mietstreik in den Fünf neuen Bundesländern und Berlin gehören." (Erklärung des „Runden Tischs von unten", Februar 1991)

Auch im „Aktionsbündnis gegen Mietenexplosion" wurde ein Boykott in Erwägung gezogen. Damit sollte insbesondere gegen den im Februar 1991 noch geplanten Instandsetzungszuschlag vorgegangen werden:

„Diese Mieterhöhungen zahlen wir nicht!

Der geplante Instandsetzungszuschlag ist eine verfassungswidrige, eklatante Verletzung des Gleichheitssatzes des Grundgesetzes: Das Bürgerliche Gesetzbuch legt in §536 grundsätzlich fest, daß Instandsetzung Pflicht des Vermieters ist. Wenn dieser Grundsatz nun in der Ex-DDR abgeschafft werden soll, so ist dies eine krasse Benachteiligung der Ost-Berliner gegenüber den West-Berlinern, der Ost-Bundesbürger gegenüber den West-Bundesbürgern, der Mieter gegenüber den Vermietern! Der enorme Instandhaltungs-Nachholbedarf in der ehemaligen DDR kann nicht allein auf Kosten der dortigen MieterInnen beseitigt werden.

Wir kündigen hiermit vorsorglich an, daß wir die von der Bundesregierung geplanten Mieterhöhungen verweigern werden, wenn sie in dieser Höhe beschlossen werden sollten." (Eine von mehreren Unterschriftenlisten des Aktionsbündnisses)

Unterdessen hatte der Berliner Mieterverein innerhalb nur eines Monats 40 000 Protestbriefe und -unterschriften gesammelt. In Potsdam waren die aufgebrachten Mieter vor den dortigen Landtag gezogen. Aufgerufen hatten der Mieterbund des Landes Brandenburg und die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen:

„,Die 12 Mark Wohngeld, die schenk ich dem Kohl'. Mit rotem Kopf rechnete ein Potsdamer Rentner vor, daß ihm bei 490 DM Miete nur 12 DM zustehen. Für Arbeitslose und Rentner reiche der staatliche Mietzuschuß ‚hinten und vorne' nicht aus, stellte er fest. ‚1989 sind wir auf die Straße gegangen, weil wir einiges ändern wollten, heute gehen wir wieder auf die Straße, um noch mehr zu ändern.'"

Zeichnete sich hier eine neue Bewegung ab? Gingen die Bürger und Bürgerinnen der ehemaligen DDR nun auch in Sachen Mieterhöhungen

auf die Straße? Wolfgang Nagel, Berlins Bausenator, sprach von „sozialpolitischem Sprengstoff", falls die Mieten, wie noch im Februar 1991 geplant, erhöht werden sollten. Die Bauminister der Neuen Bundesländer kündigten im Bundesrat ihren Protest gegen die Pläne der Bundesregierung an.

Beides, Mieterproteste sowie die Einwände der Neuen Länder, zeigten im März 1991 Wirkung. Der heftig umstrittene Instandsetzungszuschlag wurde auf Eis gelegt. Im April 1991 wurde bekannt, daß die Mieten erst zum 1. Oktober 1991 steigen sollten. Heiz- und Warmwasserkosten sollten plötzlich aber mit 3 DM pro Quadratmeter umgelegt werden. Das „Aktionsbündnis gegen Mietenexplosion" rief für Ende April zu weiteren Protesten der Mieter und Mieterinnen auf:

„Die vorläufige Rücknahme des Instandsetzungszuschlags bedeutet ... nicht dessen endgültiges Aus.

Das Wohngeld für die Neuen Bundesländer und Ost-Berlin soll bereits nach einem Jahr wieder schrittweise abgebaut werden.

Mietsteigerungen um das Zehnfache sind bei Modernisierung durch private Eigentümer absehbar.

WEHREN WIR UNS BEVOR ES ZU SPÄT IST!"

(Aufruf zu Aktionstagen vom 20.-29.April 1991)

Höhepunkt der Aktivitäten sollte ein „längstes Transparent der Welt" zwischen dem Oranienplatz in Kreuzberg und dem Alexanderplatz in Ost-Berlin werden. Es mehrten sich allerdings bald die Anzeichen dafür, daß die Luft aus den Protesten weitgehend heraus war. Die vorläufige Rücknahme des Instandsetzungszuschlags sowie die nach langem Hin und Her festgelegte Höhe der sonstigen Umlagen hatte die Mieterhöhungen zu einer kalkulierbaren Größe gemacht. Der Elan war dahin, die Demonstrationsbereitschaft in den Neuen Ländern, die wenige Wochen zuvor durch die neuerlichen Montagsdemonstrationen in Leipzig wieder aufgeflammt war, hatte nur wenige Wochen angedauert. Es schien, als würde man nicht mehr an die Macht der Straße, die noch im Herbst 1989 so viel bewirkt hatte, glauben. Die Organisatoren der Berliner Montagsdemonstrationen blieben weitgehend unter sich, und auch das geplante „längste Transparent" blieb dem Guiness-Buch der Rekorde vorenthalten. Nur etwa 500 Mieter und Mieterinnen zogen am 29. April 1991 zum Alexanderplatz. Danach lösten sich sowohl die Montagsdemonstrationen als auch das Aktionsbündnis gegen Mietenexplosion vorläufig auf. Mit der zunehmenden Abwicklung der eigenen Lebensbereiche schwand auch das Vertrauen in die eigene Stärke.

VI.

Die Frage, warum sich, anders als in den siebziger und frühen achtziger Jahren, aus den Protesten gegen die Mieterhöhungen keine Bewegung entwickelt hatte, beschäftigte Mieterinitiativen und Mieterorganisationen gleichermaßen. Die Zugeständnisse der Bundesregierung jedenfalls geben keinen Anlaß zur Beruhigung. Der Instandsetzungszuschlag liegt, trotz gegenteiliger Beteuerungen der Bundesbauministerin, lediglich auf Eis, und die Mieterhöhungen vom 1. Oktober sollten darüber hinaus nur ein erster Anfang sein. Dennoch überwog das Gefühl von Ohnmacht und Resignation. Nicht die eigenen Vorstellungen und Forderungen waren es, die man formulierte, sondern die staatlichen Instanzen, auf die man, mangels Alternativen, die Hoffnung setzte. „Das können die doch nicht mit uns machen", war auf Versammlungen und an Infoständen eine weitverbreitete Haltung. Diejenigen, die mit der neuen (Rechts-)Lage weniger flexibel umgehen können, droht selbige zu überrollen.

In der ehemaligen DDR haben der Kampf um die tägliche Existenz, Ellenbogen- und Karrieredenken so manches ehemalige soziale Gefüge zerstört. Man ist einsamer geworden. Wo sich jeder selbst der nächste zu sein hat, scheint für Solidarität kein Platz. Dies gilt offenbar besonders für die eigenen vier Wände. Zwar sind nachbarschaftliche Kontakte und gewachsene soziale Strukturen, zumal in Altbaugebieten, immer noch vorhanden. An den existentiellen Problemen, Geldsorgen, Wohnungsängsten, so hat es den Anschein, finden sie jedoch ihre Grenze. In einer Gesellschaft, in der Privatsphäre und Öffentlichkeit weitgehend voneinander getrennt sind, gelten die eigenen vier Wände als Ort des Privaten, des Rückzugs aus der Öffentlichkeit, der Erholung. Man ist eben nicht im Betrieb zu Hause, sondern in der eigenen Wohnung. Die Wohnung ist mehr noch als das Auto ein Prestigesymbol. Dementsprechend ist auch der drohende und tatsächliche Verlust der eigenen vier Wände weitaus mehr mit dem Stigma des Asozialen behaftet als der des Arbeitsplatzes. Für die Arbeitslosigkeit sind andere verantwortlich, die Treuhand, der West-Unternehmer, für Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit dagegen, so die weitverbreitete Meinung, trägt man selbst die Schuld. Dies hat nicht selten zur Folge, daß Wohnungsprobleme, trotz besseren Wissens, als individuelle begriffen werden und auch dementsprechend gehandelt wird. Eine Unterschrift gegen Mieterhöhungen, warum nicht. Aber deswegen gleich auf die Straße gehen? Da könnte ja der Nachbar denken...

Dieser Individualisierung entsprechend ist auch der Umgang damit:



Insbesondere nach der Wiedervereinigung sind die Mitgliederzahlen der Berliner Mieterorganisationen stark angestiegen. Information, Rechtsberatung und Prozeßkostenübernahme sind wichtige Dienstleistungen im Falle von Wohnungsproblemen. Wer seine Rechte nicht kennt, kann sich nicht durchsetzen. Und nicht selten ist es nötig, gegen den Vermieter vor Gericht zu gehen, um die eigenen Rechte einzuklagen. Dieser juristische Weg bewegt sich allerdings nur im Bereich der jeweils gültigen Gesetzeslage, an den Rahmenbedingungen selbst vermag er nichts zu ändern. Oftmals sind die Mieterorganisationen dazu gezwungen, ihren Mitgliedern gegenüber Gesetze zu erläutern, gegen deren Verabschiedung sie sich noch wenig zuvor eingesetzt haben. Das Einklagen der wenigen Mieterrechte, die individuelle Abwendung von Notlagen, steht dabei im Vordergrund. Da bleibt wenig Platz für die politische Interessenvertretung und entschiedene Einflußnahme auf die wesentlichen Konflikte. Pressemitteilungen und Protestbriefe werden wenig bewirken, solange nicht eine Bewegung dahinter steht. Nur eine solche Bewegung kann die Kraft und den politischen Druck aufbringen, eine Änderung der Rahmenbedingungen zu erkämpfen. Voraussetzung dafür ist freilich der Wille jedes einzelnen, nicht nur die Probleme in den eigenen vier Wänden, sondern auch die des Nachbarn und der Nachbarin als Teil einer Entwicklung zu begreifen, bei der es um mehr geht als Mieterhöhungen und Warmwasserkosten. Mit den Mieten verändern sich, wie im Moabiter Stephan-Kiez, die Stadtteile und schließlich die Lebensbedingungen eines großen Teils der Bevölkerung.

Dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen bedarf es der Solidarität und des Vertrauens in die eigene Stärke. Damals wie heute ist von den Regierenden nur dann etwas zu erwarten, wenn sie nachhaltig unter Druck gesetzt werden. Und damals wie heute liegt es an den Menschen selbst, sich nicht als willenlose Objekte regieren zu lassen, sondern von sich aus den Kampf für ihre eigenen Interessen aufzunehmen.

„Verweigerungshaltung und Freiraumkultur“

aus dem Einladungspapier zum Kongreß

Diese Thematik umfaßt zunächst zwei Ebenen.

Auf der einen Ebene spielt sich der Kampf um die Schaffung von sogenannten Freiräumen zur Realisierung von Strukturen ab, die als „Gegenwelt“ zu dem begriffen werden, was die gesellschaftliche Norm darstellt. Eine wie auch immer näher beschriebene BesetzerInnenbewegung lebt neben dem Streben nach billigerem Wohnraum und gewaltsam erkämpften Mietverträgen für einzelne auch meist von dem Wunsch, den Privatbereich „Wohnen“ nicht länger als Reproduktionszelle in Form der verfassungsgemäß geschützten Ehe und Kleinfamilie zu sehen, sondern vorallem gemeinschaftliche Wohnformen auszuprobieren, die über die konventionelle Klein-WG hinausgehen. Daneben haben „Freiräume“, die im Laufe der Zeit mehr oder weniger stark vom Staat formalisiert wurden, denen die Rahmenbedingungen mittels Staatsgewalt und der Verhandlungsstrategien der EigentümerInnen und Besitzenden diktiert wurden, große Bedeutung für kulturelle Projekte, Einrichtungen wie Volxküchen und Kneipen, Druckereien und Kopiestuben, Fahrradwerkstätten, Kinderläden, Hundefrisiersalons etc. Gewohnt, getanzt, gekocht und gedruckt wird letztlich für sich selbst. Die Ghettoisierung setzt ein und mit ihr die Überheblichkeit über die angeblich „Normalen“ außerhalb des Ghettos, die uns zwangsläufig genauso bedrohlich erscheinen wie wir ihnen selbst. Derweil führt die Eigendynamik von Wohn- oder anderen Projekten oft auch dahin, daß gesellschaftliche Strukturen einfach reproduziert werden: in der großen WG findet sich schon eine große Schwester/ein großer Bruder, der für alles die Verantwortung tragen soll; ökonomische Projekte kommerzialisieren sich oder/und gehen nicht nur wegen der geringen Überlebenschancen mit Selbstausbeutung oder der Ausbeutung anderer einher.

Der Staat indes braucht kontrollierbare Nischen, in denen unsere Wut auf reale gesellschaftliche Verhältnisse und den Druck von oben kanalisiert werden kann. Ein Rückzugsgebiet ist erobert, aus dem heraus Bewegung zur gesamtgesellschaftlichen Kritik und sozial- politischer Aktion nicht mehr möglich ist.

Besetzungen zur Vergrößerung dieses Gebietes oder als Ersatz für verlorene Häuser werden immer weniger möglich, denn Besitzende haben ihre eigenen Interessen. Besetzungen haben maximal eine individuelle una eine kommunale Bedeutung. Kurzzeitiges (über)regionales Interesse wecken sie erst, wenn sie von besonders dreisten Bulleneinsätzen oder Repression begleitet werden.

Rückzug in die Nischen oder eine Politik, die an den realen gesellschaftlichen Realitäten in diesem Land orientiert ist?

Verweigere ich mich nur der gesellschaftlichen Norm und lebe mich in meinen angeblich selbstbestimmten Freiräumen aus oder verweigere ich mich aufoktroyierten Zwängen, verzichte ich auf (Kleingruppen-)egoistische Zugeständnisse des Staates und meinerselbst zu Gunsten einer breiteren, solidarischen Bewegung gegen Mietenwucher, Wohnraumspekulation und komerzieller Umstrukturierung.

Kontakt über BesetzerInnenkongreß

Das Modell Verweigerung

Das Modell der Verweigerung gegenüber staatlicher Optionen hat sich aufgrund individueller Existenzzwänge stark geschmälert. Die vorgegebene „Förderungswürdigkeit“ durch fixierte „Förderrichtlinien“ etc. hatte zur Folge, das ursprüngliche strikte Verweigerung eine Fülle von Kompromissen einging und existentiell eingehen mußte, wollte man die gewonnene, als Freiraum begriffene Struktur nicht aufs Spiel setzen. Der Staat hat dabei mit der Zeit aus partiellen Niederlagen, etwa bei massiven Protesten bei einem Haus, die er als Zugeständnis begriff, inzwischen eine Taktik entwickelt, deren Ziel die geschickte Integration innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse ist. Dabei ist es ebenso funktional, auf die Eigendynamik der Besetzergruppe zu bauen: irgendwann werden die schon weich.

Besetzungen heute haben maximal eine kommunalpolitische Brisanz. Nur besonders dreiste Bulleneinsätze oder andere Repressionen haben überregionale Bedeutung. Deren Mythisierung innerhalb der Szene als Auslöser einer Mobilmachung im eigenem Lager widerspiegelt deren Verfassung: der verbal existierende Sympathisanten-Kreis ist für Proteste kaum noch zu motivieren. Zu oft ist man in der Vergangenheit, etwa Anfang der 80er, ins Leere gelaufen. Die Frage der Demotivierung ist aber nur zu beantworten, wenn man im selben Zusammenhang die Entwicklung der gegangenen und gekommenen Subkulturen betrachtet. Der Medienhype der „Generation X“ ist logischerweise in seiner Festschreibung so nicht existent. Reflektiert er doch nur das Ergebnis gesellschaftfähig gemachten Undergrounds, die Aufnahme in den Mainstream. Bei der Einschätzung und Standortbestimmung heutiger Freiraumkultur ist der Aspekt der Vergrößerung des Mainstreams und damit die Frage, wo die Grenze zwischen Hauptströmung/Gesellschaftsfähigkeit und des wirklich existenten Freiraumes, ohne Medienabhängigkeit oder Bedarfsweckung von oben, verläuft, einer der ausschlaggebensten Punkte. So war es mit der Punk-Bewegung, dem Mythos des autonomen Straßenkämpfers usf. Alles fand Einbettung in den Mainstream: die Codes des Punk in den Mainstream-Pop und Designer-Fashion, in Anlehnung die Attitüde des Straßenkämpfers in den Habitus der netten Jungs von nebenan: den Hooligans. Die Dekontextualisierung, die hier seit fast 20 Jahren funktioniert, hat sich seit dem Beginn der sogenannten „MTV-Zeitalters“ um ein Vielfaches beschleunigt. Wenn Teckno-Raves noch vor zwei bis drei Jahren ihre Authenzität aus illegalen Partys in für einige Stunden /Tagen oder Nächten besetzten Gebäuden bezogen, so ist dieses Prinzip zum jetzigen Zeitpunkt schon wieder Auslaufmodell. Zum einem, weil die kontinulierlichsten Veranstaltergruppen heute feste Locations ihr eigen nennen und somit ihren Platz in der (legalen) Gesellschaft fanden und zum anderem, weil die Schnelligkeit der Kommerzialisierung dieser Subkultur, Leute nicht in eine ausgeprägtere Verweigerungshaltung aus der Szene herausschreckte oder abspringen lies. Freiraumkultur läßt sich nur dann nicht von einer dem Mainstream skeptisch eingestellten Verweigerungshaltung trennen, wenn die formals intuitiv in Besitz genommenen Häuser, Locations usw. von einer theoretisch fundierten Motivation getragen werden. Diese muß parallel zu der Verteidigung des als Freiraum begriffenen Ortes entstehen. Sie schließt, als wirkliche Verweigerung begriffen, eine Kooperation mit dem „Bäcker von nebenan“ aus. Solch angestrebte Kooperationen ist ein falscher Kompromiß.

Kontakt über: BesetzerInnenkongreß

Doppelte Böden

1. Exkurs

Bereits 1970 wurden aus dem antiautoritären Flügel der StudentInnenbewegung heraus in mehreren westdeutschen Städten (Hamburg, Frankfurt, München, Köln) demonstrative Hausbesetzungen organisiert. An ihnen beteiligten sich neben Studierenden auch viele andere vornehmlich junge Leute aus der sogenannten Spontiszene. Für sie alle standen die Besetzungen von zum Teil seit Jahren leerstehenden Altbauten sowohl in einem politischen als auch in einem unmittelbaren sozialen Kontext. Zum einen wurde eine erklärte politische Kampfform entwickelt, um den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Ausbeutung in den Produktionsstätten der Betriebe, wo sich viele als Auszubildende, ArbeiterInnen und vorallem Jobber in der politischen Agitation engagierten, und dem Wohnraum als Reproduktionsstätten herzustellen und zu thematisieren. Wohnheimagitation, Mietstreikbewegung und Häuserkämpfe sollten zu zentralen Punkten des antikapitalistischen Kampfes in der Reproduktionssphäre werden. In der Zeitung „WWA"(Wir wollen alles) vom Mai 1973 laß sich das so:

„Häuser besetzen bedeutet, den kapitalistischen Plan in den Vierteln zu zerstören. Bedeutet keine Miete zu zahlen, bedeutet die kapitalistische Schuhkartonstruktur aufzuheben. Bedeutet Kommunen und Zentren zu bilden, bedeutet das gesellschaftliche Leben des Stadtteils zu reorganisieren..."(Geronimo,1990:39)

Zum anderen wurden Hausbesetzungen (wieder)entdeckt, um für sich persönlich ein dringendes Wohnungsproblem lösen zu können. Immer mehr Jugendliche strebten nach eigenen vier Wänden, die sie auch mit anderen Gleichgesinnten teilen wollten.

Daneben wurden Häuser besetzt, um sich eigene, selbstverwaltete Jugendzentren schaffen zu können. Vielerorts wurden von den besetzenden Jugendlichen auch vorläufige Lösungen akzeptiert, wie die Einsetzung von bei den jeweiligen Jugendämtern angestellten Sozialarbeitern. Der staatliche Versuch einer so organisierten Sozialkontrolle wird bis heute praktiziert.

Hausbesetzungen gaben auch wesentliche Impulse für die sogenannte „Alternativökonomie"; d.h. vielerorts wurden räumliche Voraussetzungen für ökonomische Projekte wie linke Buchläden, Bibliotheken, Kopieshops, Druckereien, Kneipen, Konzerthäuser, Cafes, „Bio"- Läden, Fahrradreparaturen usw. geschaffen.

Anfang der 80er Jahre beginnt eine neue Welle der Besetzerbewegung und zwar im Zusammenhang mit einem Aufschwung der Neuen Sozialen Bewegungen, die sich auf Themen wie Friedensarbeit, Antimilitarismus, Feminismus, Minderheiten und Migranten, Antikernkraft(AKW), Häuserkampf u.a. konzentrierten. Was von den regierenden Stellen und den die Gesellschaft dominierenden Medien sowie der universitären Soziologie als „Jugendrevolte" angesehen wurde, war in Wirklichkeit *„vom Sozialprozeß gesehen (...) zuallererst der Zwang, sich gegen staatliche Arbeitskultur Einkommen, Wohnung und das Recht auf menschenwürdige Existenz unabhängig von den Normen der Leistungsgesellschaft erobern zu müssen, einfach um überleben zu können. In den Zentren der Revolte handelt es sich um jene mehr oder weniger informellen und wechselnd zusammengesetzte Jobberszene, die sich (...) auf bestimmte Aktivitätenschwerpunkte (...) konzentrieren..."*(Roth,1982: 60) Roth stellt vor dem Hintergrund von über 160 besetzten Häusern mit insgesamt ca. 3000 Besetzern in Westberlin die Frage, ob diese Sozialrevolte in tatsächliche Emanzipation umschlagen oder aber ob die „Massenarmut" in Ghettos abgeschoben werden wird. Im Häuser- und Stadtteilkampf sowie in der Jugendzentrenbewegung sah er eine weitergelebte Utopie, eine Gegenbewegung zu staatlich anerkannten Strukturen und Normen. In dieser Gegenbewegung müssen neue, informelle Strukturen im Bereich des Wohnens (Hauskommunen) sowie im Bereich der Ernährung, Freizeit-Kultur und Information aufgebaut werden, die eine ernsthafte Gegenstruktur zu herrschenden Modellen darstellen. Der Maßstab solle aber der Bezug auf die konkrete soziale Realität der *„Klasse und deren Emanzipationsinteressen"* sein. (Frombeloff,1993: 177) Besetzerbewegung sollte **nicht** heißen: Rückzug in aufzubauende



und zu verteidigende Nischen bei gleichzeitiger Partizipation am gesellschaftlichen Reichtum. Zwar postuliert Roth als Pfeiler der Wiederaneignung des gesellschaftlichen Reichtums im Rahmen des antikapitalistischen Widerstandes Hausbesetzung, Mietpreisboykott, Schwarzfahren, Diebstahl und mehr Freizeit, aber es bleibt die Forderung nach einer gesamtgesellschaftlichen Kritik und nach Veränderung.

Im Berliner Kampfblatt aotonomer Richtungen ließt sich das anders:

„Wir kämpfen für uns und führen keine Stellvertreterkriege, nicht für Ideologen, nicht fürs Proletariat, nicht für's Volk, sondern für ein selbstbestimmtes Leben." (Geronimo, 1990:96 f)

Ohne weiter auf die Geschichte linksradikaler Bewegungen einzugehen, soll an dieser Stelle festgehalten werden, daß dieser, erklärtermaßen autonome Ansatz die politischen Diskussionen und Auseinandersetzungen innerhalb der Hausbesetzungsbewegung dominiert.

„Wer unter den Besetzern auf die Suche nach einem neuen Gesellschaftsentwurf geht, nach Vorstellungen von oder Synonymen für Sozialismus oder Kommunismus, wird bestenfalls verstaubte Bruchstücke aus vorangegangenen Bewegungen finden, kaum Originäres. Auch die Anarchie, von der zuweilen die Rede ist, stellt sich bei genauerem Nachfragen als negative Definition heraus: die Abwesenheit von Herrschaft, aber nicht eine Form gesellschaftlicher Organisation." (Härlin, 1981:26)

In diffuser Abgrenzung von z.B. den zahlreichen kommunistisch orientierten Gruppen und Parteien, die in den 70er Jahren entstanden waren, setzte sich innerhalb der von Autonomen dominierten Besetzerbewegung der Bezug nur auf sich selbst durch, der sich an der Erklärung der eigenen Nischen als einzige („revolutionäre")gesellschaftliche Alternative, die militant gegen Staat und „Spießbürger" verteidigt werden müßte, festmacht. Hausbesetzung gilt hier als die einzig zu akzeptierende Antwort auf staatlich verfehlte Wohnungspolitik und auf die Strukturen und Normen der kapitalistischen Gesellschaft BRD allgemein. Eine Verbindung mit Teilen der Bevölkerung, die ebenfalls individuell oder organisiert über Mietervereinigungen und oppositionelle Parteien sich gegen steigende Mieten, Willkür von Wohnungsbaugesellschaften und privaten Betreibern auflehnt, wird in den 80er und Anfang der 90er Jahre immer seltener. Die von HausbesetzerInnen und „normalen" AnwohnerInnen gemeinsam getragene Bewegung „Wir bleiben alle" in Ostberlin, die 1992 mit einer fast 100.000 Menschen erfassenden Demonstration ihren Höhepunkt erreichte, sind in diesem Zusammenhang eine Ausnahme.

2. Diskurs

Der Titel der Veranstaltung ist nicht eindeutig und kann zu völligen Mißverständnissen führen.

Die Begriffe Verweigerung und Freiraum sind einfach Schlagworte.

Sowohl der Begriff von Verweigerung als auch der von Freiräumen definiert sich in unserem Zusammenhang über die Frage der Formalisierung, sprich der juristischen Legalisierung. Für *die einen* ist Hausbesetzung (nur mehr) ein politisches Kampfmittel, um gewissermaßen militant auf die Wohnungsnot, den Mietenwahn und den Spekulantenterror im Stadtteil aufmerksam zu machen. Wir nennen das auch „Scheinbesetzungen". Und wenn es der Zufall so will und sich das Theater, gespielt von EigentümerInnen, städtischer Politmafia und Staatsschutz, anders entwickelt, d.h. „Gesprächsbereitschaft" angeboten wird, kann darauf eingegangen werden. Erfahrungsgemäß sind aber die, die sich bei diesen Verhandlungen gegenüber der Obrigkeitsformalisierung und -Instrumentalisierung mit all den schön geschriebenen Bedingungen und Sonderklauseln kompromißlos verhalten und auf (wohnungs-)politischen Grundsätzen und Forderungen beharren, auch die, die in den nächsten Wochen das gleiche Spiel wiederholen müssen. Das gleiche kann auch bei *den anderen* und zweckgebundener kompromißbereiter Haltung passieren. Eine Frage nur, die den Frieden eines frisch besetzten Hauses, einer BesetzerInnengruppe, ja ganzer BesetzerInnenräte ernsthaft bedrohen kann, ist die:

Hausbesetzung zur eigenen Sicherung von Wohnraum bzw. von Raum für unsere Projekte bei weitgehender Ausblendung oder Zurückstellung des gesamten wohnpolitischen Kontextes

oder

Hausbesetzung als demonstrative und ausdrucksstärkste Kampfform gegen herrschende Kommunalpolitik ?

Wenn ich davon ausgehen würde, daß alle Leute, angefangen beim Bäcker von nebenan, über die Spießer im Vorderhaus bis hin zu meiner eigenen Oma und meinem blöden Onkel, den ich nie leiden konnte, weil er mir jedes Jahr zu Weihnachten einen langen peace-igen Rock schenkt, also all die Leute, die gemeinhin „Bevölkerung" genannt werden, ohnehin keine „Zivilisten" mehr sind und, dem „rassistischen Konsens" zustimmend, für gesellschaftliche Veränderungen nicht zugänglich sind... Dann, dann verhandle ich mit der Stadt auf Teufel komm raus. Ich hab dann auch nichts gegen streetworker oder gar die Gründung eines e.V., die Erlangung der Gemeinnützigkeit und den Genuß von städtischen Zuschüssen. Schließlich müssen auch kulturelle und auch ökonomische Strukturen her für unsere eigene Randgruppe , die ansonsten nichts mit dieser Gesellschaft und ihrer Verfassung zu tun haben will.

Die Schaffung von Freiräumen, d.h. Wohn-/Projekträume, (relativ) frei von Strukturen und Verhaltensmustern, die in der kapitalistischen Gesellschaft die Norm sind, kann ein direkter Ausdruck für eine Verweigerung gegenüber der verfassungsgemäß geschützten Ehe und Kleinfamilie, patriarchalischen Ausbeutungsverhältnissen in „Produktion" und „Reproduktion", kapitalistischer Aneignung und Tauschwertprinzip etc. sein. Problematisch ist nur, daß in rasanter Eigendynamik Zweck und Ziel verwechselt werden. Freiräume haben nicht mehr den Zweck, gesellschaftliche Verhältnisse frei von Ausbeutung und Unterdrückung vorwegzunehmen, als Gegenwelt vorzuleben und die politische Kritik und Auseinandersetzung mit dem herrschenden System zu begleiten. Sie gelten mehr und mehr als Ziel.

Hinzukommt, daß der Staat an der Formalisierung und bedingten Kontrolle dieser Freiräume interessiert ist, und mit Erfolg Protest und Widerstand kanalisiert. Wo dies fehl schlägt, droht er mit der Dezentralisierungskeule. Ansonsten ist etwas desillusionierend, wie schnell sich in erkämpften Freiräumen gesellschaftliche Strukturen reproduzieren. Die „Alternativökonomie", Kommerz in Kneipen und Cafes usw., aber auch die zunehmende Intoleranz und soziale Kälte in Häusern und Vierteln, Beibehaltung oder Reetablierung von geschlechtlicher Arbeitsteilung u.a. seien als Beispiele angedeutet.

Hin und wieder finden sich noch einige geistig Verirrte, die oben beschriebene Freiräume schaffen(wollen), um aus ihnen heraus und über sie hinaus politische Ansätze zu formulieren und handlungsfähig zu bleiben oder zu werden. Etabliert hat sich aber das Nischendasein, das jeden Bezug auf die soziale Realität in der Stadt und in diesem Staat verloren hat.

Literatur:

Geronimo: Feuer und Flamme. Zur Geschichte der Autonomen. Amsterdam 1990

Frombeloff (Hrsg): ...und es begann die Zeit der Autonomie. Politische Texte von Karl Heinz Roth u.a. Hamburg 1993

Roth,K.H.: Sozialrevolte und Antiimperialismus.in: Autonomie. Neue Folge Heft 10. Hamburg 1982

Härlin, Benny:Von Haus zu Haus- Berliner Bewegungsstudien, in: Kursbuch (Michel/Spengler) Berlin 1981

Kontakt über:
BesetzerInnenkongreß * Koburger str. 3 * 04277 Leipzig

Keine Atempause - Geschichte wird gemacht!!!

aus: frauen der radikal: BZ Nr. 47

Nebenwiderspruch Sexismus ?

Wo hat der Kampf gegen Sexismus in der linksradikalen Politik seinen Platz????

Da kann Frau suchen, wo sie will, Sexismus ist in großen Teilen der Scene immer noch Nebenwiderspruch, alles andere sind schöne Worte!

Ein Vergleich:

Als Erklärung dafür, daß Männer (auch linke Männer) sexistisches Verhalten untereinander nicht thematisieren und nicht gegen Sexisten vorgehen, wird von ihnen oft ihre eigene Befangenheit und Verstricktheit ins Feld geführt: Alle Männer seien schließlich mehr oder weniger Sexisten und Mann könne ja schwer was gegen sich selbst oder gegen etwas, was einem nicht fremd ist, machen.

Auf der anderen Seite können sich momentan relativ viele weiße, linke Männer sehr wohl vorstellen, gegen Rassismus vorzugehen, obwohl auch bzgl. dieses Themas bekannt ist, daß MigrantInnen und Flüchtlinge ihre Schwierigkeiten mit dem Rassismus linker, weißer Männer und Frauen haben.

Wir finden es nicht falsch, daß der Kampf gegen Rassismus tatkräftig angegangen wird, auch bevor weiße Männer und Frauen sich absolut sicher sein können, daß in ihrem Reden, Sehen und Tun nichts mehr an Rassismus übrig ist, natürlich vor dem Hintergrund, den eigenen Rassismus genauso scharf anzugehen.

Wir machen diese Gegenüberstellung nur, um die Frage aufzuwerfen, warum linke Männer sich so wenig tatkräftig zu Sexismus verhalten?

Nachdem der offene Rassismus im letzten Jahr in der BRD- Gesellschaft wieder salonfähig geworden ist und vor dem Hintergrund zunehmender Überfälle bis hin zu Morden an AusländerInnen, wurde antirassistische antifaschistische Arbeit einer der zentralsten Bereiche autonomer Politik. Die empörte und betroffene Scene reagierte auf den erstarkenden faschistischen Terror mit antifaschistischen Mobilisierungen, Aktionen, Demonstrationen, mit dem Versuch einer direkten Unterstützungsarbeit für und mit den Flüchtlingen, mit Veranstaltungen, Diskussionen,...

Im Prinzip ist das ja auch richtig, wenn nicht alles andere scheuklappenmäßig ausgeblendet wird und in andere Bereiche gar keine Energie mehr gesteckt wird oder die einzelnen Bereiche starr voneinander getrennt werden, obwohl es Möglichkeiten gäbe sie zu verbinden.

Gleichzeitig mit den rassistischen Angriffen und Morden finden, fast völlig unbemerkt von jeglicher autonomer (und natürlich sonstiger Öffentlichkeit, alltäglich sexistisch motivierte Morde an Frauen statt. Nicht ein Mal gab es in den letzten Jahren aus Anlaß dieser Verbrechen eine Solidaritätsdemonstration! Die Tötung der Frauen ist der autonomen Scene nicht einmal eine Diskussion wert!

Gewalt an Frauen, die unterhalb der Tötung liegt, ist so sehr gesellschaftlicher Alltag, daß davon kaum Notiz genommen wird und es erst recht nicht zu Aktionen kommt (außer von wenigen Frauengruppen).

Uns geht es nicht darum , die Gewalt gegen ausländische Frauen und Männer herunterzuspielen oder zu verharmlosen, bzw. die sexistische Gewalt an Frauen gegen die rassistische Gewalt an ausländischen Frauen und Männern aufzurechnen.

Allerdings müssen wir feststellen, daß autonome Politik den Bereich sexistischer Gewalt noch immer weitgehend ausblendet und sich statt dessen den "wichtigen, tagespolitischen" Ereignissen zuwendet und das sind dann eben eher die Angriffe gegen Flüchtlingsheime als die unspektakuläre Tötung einer Frau in der Nachbarwohnung.

Mit diesem Vorgehen vollzieht autonome Politik eine Wertung entsprechend der gesellschaftlichen Normen, die alltägliche Gewalt gegen Frauen unsichtbar macht, und gerade dagegen wehren wir uns.

Wie wenig Bewußtsein Scenemänner noch immer darüber haben, in welcher Weise die alltäglich erfahrene Gewalt und Bedrohung den Alltag jeder Frau hier nachhaltig prägt, zeigt sich z.B. an dem Entsetzen und der berechtigten Wut, die viele darüber äußern, daß ausländisch aussehende Menschen sich angesichts rassistischer Bedrohung nicht (mehr) frei und ohne Angst auf der Straße bewegen können. Zu keiner Zeit konnten wir eine ähnlich vehemente Empörung und Betroffenheit darüber feststellen, daß das Lebensgefühl von Frauen in der Öffentlichkeit ständig von Angst, Konfrontationen vermeiden und dem Bewußtsein der allgegenwärtigen Bedrohung geprägt ist. Und das, obwohl dies seit Jahren von Frauen öffentlich gemacht wird und die meisten Männer Kontakte oder sogar intensive Beziehungen zu Frauen haben.

Diese gleichgültige Ignoranz, mit der viele Scenetypen die Lebensbedingungen von Frauen nicht wahrhaben wollen, läßt ihre "mitfühlende" Betroffenheit gegenüber rassistischem Terror bedrohten AusländerInnen scheinheilig und heuchlerisch erscheinen.

Soweit zum Nicht- Verhältnis radikaler Linker zum Thema Sexismus und Gewalt gegen Frauen.

Frauen, die den Schritt geschafft haben, sich gegen Patriarchat und Sexisten zu organisieren, haben keinen leichten Stand. Sie sind mit Schwierigkeiten konfrontiert, mit denen kein linker Mann zu kämpfen hat, denn sexistisches Verhalten und Angriffe von Typen auf Frauen sind auch im autonomen Scenealltag an der Tagesordnung.

Während sich autonome Männer "ungestört" dem Kampf gegen Imperialismus, Kapitalismus, Faschos,... widmen können, existiert für Frauen, egal ob aus gemischten- oder aus Frauenzusammenhängen eine weitere Konfrontationslinie und zwar direkt in den vielbeschworenen "eigenen Reihen". Damit muß sich jede auseinandersetzen, ob sie will oder nicht.

Das Gemeinsamkeitsgefühl auf einer Demo schwindet rasch, wenn neben dir einer sexistische Sprüche brüllt oder den Frauenblock damit kommentiert, wir seien ja alle "frustrierte Emanzen". Auch das "selbstbestimmte" Leben in den autonomem WG's, in den von Frauen und Männern besetzten Häusern, stellt



sich für die Frauen oft als wenig selbstbestimmt heraus, wenn sie es immer noch sind, die den Spülberg alleine beseitigen müssen, die die Kinder am Arsch haben, ... während die Männer ihren "wichtigen politischen und geschäftlichen Tätigkeiten" nachgehen. Aktuelles Beispiel in der Interim 199, in der öffentlich gemacht wird, daß ein Scenemann vor Jahren eine Frau brutal vergewaltigt hat und sich bis jetzt noch nicht zu einer Auseinandersetzung darüber (unter Männern) "in der Lage sieht" (der Arme!).

Frauen haben sich immer wieder gegen Mackertum, Rollenzuweisung und sexistische Angriffe bis hin zu Vergewaltigungen durch linke Männer zur Wehr gesetzt und den Sexismus in der Scene thematisiert..

Vereinzelt ist es gelungen, Vergewaltiger aus autonomen Zusammenhängen rauszuschmeißen.

Jede von Frauen aufgenommene Auseinandersetzung diesbezüglich ist eine Machtprobe, die viel Kraft kostet und leider nicht selbstverständlich zu unseren Gunsten ausgeht.

Jüngstes Beispiel ist die Auseinandersetzung in Autonomen Zentrum Heidelberg:

Der Rausschmiß eines AZ- Typen, der wegen Anmache und Bedrohung einer Frau untragbar geworden war, konnte nicht erzwungen werden, weil sich laut Flugi ein großer, bzw. relevanter Teil der AZ- NutzerInnen hinter den Typen stellte und damit sein Verhalten legimitierte. Der Frau, die durch den Typen bedroht wurde, wurde der Aufenthalt im AZ unmöglich gemacht. Laut Stellungnahme konnte nicht einmal eine Lösung durchgesetzt werden, wo beide, sowohl die Frau, als auch der Mann, das

AZ weiter nutzen können, was im unseren Augen eine absolute Minimalforderung gewesen wäre.
Genauso beschissen war die Situation einer Frau im Studentenwohnheim in Göttingen. Sie wurde von dem Mitbewohner Werber Günther massiv sexuell belästigt und bedroht. Vergebens bemühte sie sich um Unterstützung bei anderen MitbewohnerInnen des Wohnheims, um den Sexisten loszuwerden. In dieser akuten Notlage bekam sie keine Hilfe. Erst später, als Werner Günther sich eine andere Wohnung suchen mußte, weil sein Mietvertrag abgelaufen war, kam es zu einer Aktion von Frauen degen ihn (siehe oben), als er sich in ihrer WG, in der anscheinend noch ein Zimmer frei war, vorstellte.
Beim Lesen solcher Artikel, angesichts solch unsäglichen Elends autonomer oder linker Sozialstrukturen, packt uns die blanke Wut und die Gewißheit, daß wir auch innerhalb der Scene viel schärfer gegen Sexismus vorgehen müssen!!!

Kopf hoch Frauen! Versucht weiterhin alles (Un-) Mögliche und ganz viel Power für die kommenden Kämpfe!!!



Günstiger als oben beschrieben verlief eine handgreifliche Auseinandersetzung mit einem "aufrechten" Antifaschisten, der stolz seinen Aufnäher "Homefucking Is Killing Prostitution" übersetzt, "Zu Hause ficken tötet (bekämpft) die Prostitution" auf seiner Jacke trug. (interim Nr.) Das war während einer Antifa-Demo in Straußberg am 18.4. Einige Frauen versuchten seinen Aufnäher zu übersprühen, woraufhin es zu einem Handgemenge kam, bei dem sich eine ganze Menge unbeteiligter Männer aus der Demo mit dem Typen solidarisierte. Die Männer schafften es trotzdem nicht, die Frauen davon abzuhalten, dem Typen eins auf die Nase zu geben.
Scheußlich war's sicherlich trotzdem, wiedermal mitzukriegen, was Frau hier alles schlucken soll, ohne in den Augen linker Männer, das Recht zu haben, sich zur Wehr zu setzen. Ob die entsprechenden Männer auch so tolerant gewesen wären, wenn jemand einen "Ausländer Raus" Aufnäher auf der Jacke gehabt hätte ???
Wir finden es gut, daß die Straußbergerinnen den Typen angegangen sind, denn über den Spruch "Homefucking Is Killing Prostitution" sind wir schon öfters gestolpert. (Es soll Autonome geben, die das Plakat auf dem Klo hängen haben!)
Dieser Scheiß meint ja nichts anderes, als:
Frau ist so oder so zum Ficken da! Vorgezogen wird's umsonst zu Hause, anstatt wenigstens dafür zu bezahlen. Zu Hause ficken wird als moralisch besser (besser = billiger ?) dargestellt, mit der Beziehungskiste, die treu ergeben und allzeit bereit sein soll. Mal abgesehen davon, daß mit fucking männliche Rammlersexualität gemeint ist!

Irgendwas ist nach Meinung der meisten Männer immer falsch, wenn Frauen Männer aus der politischen Scene (im weitesten Sinne) wegen ihres Sexismus angreifen: Sei es, daß wir doch nicht auf unsere "eigenen Leute" einschlagen können, daß der Ort, der Zeitpunkt falsch ist, daß wir damit andere gefährden....
Wir blockieren also die wichtigen (richtigen ???) politischen Prozesse. Sexismus wird einmal mehr zum Nebenwiderspruch. Schönen Dank auch!!!
Daß Männer, die mit solchem oder ähnlichem Zeugs rumlaufen, nix auf ner autonomen Demo zu suchen haben, liegt auf der Hand. Die, die das angeblich nicht verstehen, können ja mal darüber nachdenken, während sie ihr Nasenbluten stillen.

Wer sich da parteilich zu dem Mann verhält, ist Mittäter und genauso Sexist, wie der Typ. Wenn Männer nicht selber darauf achten, daß solche Typen nicht mitlaufen, dann wird es immer wieder zu solchen Auseinandersetzungen kommen.

Wir wissen nicht, wie die Situation in Straußberg bezüglich der Bullen ausgesehen hat aber generell unterstützen wir solche Aktionen, wie die, der Straußberger Frauen. Auch auf einer Demo! Das Gejammere "Nicht vor den Bullen!" was viele Typen in solchen Situationen anstimmen, kennen wir auch.
Es trifft aber äußerst selten zu, daß Frauen, durch ihr Vorgehen gegen Männer während einer Demo, irgend jemanden den Bullen ausliefern, in dem sie z.B. genau dann angreifen, wenn die Situation durch die Bullen total eskaliert ist und die Bullen dabei sind auf die Demo einzudreschen.
Das Gejammere der Männer hat meist gar keinen berechtigten Anlaß, außer daß sie ihre Friede, Freude Eierkuchenidylle zerstört sehen.

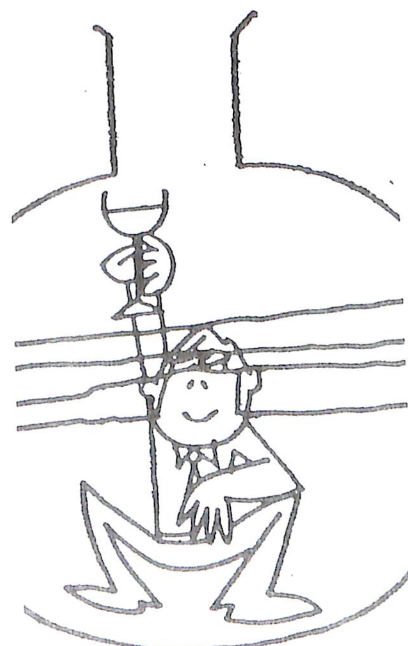
Dazu können wir nur sagen: wer so etwas vertritt, der gehört nicht zu uns!
Frauen schlagt die Sexisten, egal wo und wann ihr sie trefft !!!

Wir haben versucht, verschiedene Konfrontationslinien zu beschreiben, mit denen organisierte Frauen zu kämpfen haben, wenn sie den Widerstand gegen Imperialismus, Rassismus, Patriarchat ect.pp auf ihre Fahnen geschrieben haben. Deutlich wird daran, daß Frauen bei ihrer Organisierung grundsätzlich andere Ausgangsbedingungen und von vorne herein viel mehr Schwierigkeiten vorfinden, als jeder Mann. Von daher sind die Kämpfe von Frauen auch anders zu bewerten.
Ob das die gesellschaftliche Ächtung ist, die alle Frauen trifft, die aus ihrer vorgesehenen Rolle springen, sexistische Scenetypen oder die Ignoranz autonomer Linker gegenüber den besonderen Bedingungen, unter denen Frauen hier Widerstand leisten, oder die alltägliche Gewalt - auf jeder Ebene, bei jedem Schritt, gibt es ein Problem mehr, mit dem Frauen sich auseinandersetzen müssen.

Aber soviele Konfliktlinien es gibt, so viele Möglichkeiten gibt es auch, Widerstand zu leisten. Nicht nur an den von uns zitierten Beiträgen und Erklärungen sehen wir, daß eine Reihe von Frauen Sexismus und Patriarchat den Kampf angesagt haben. Tun wir alles, damit wir viele, viele mehr werden; allein darauf können wir setzen.

Wir freuen uns riesig über jeden Kommentar, jede Kritik von Frauen an unserem Artikel oder auch über jeden Bericht von euren Auseinandersetzungen und Erfahrungen zu diesem Thema.
Wenn ihr uns schreiben wollt:
Packt euren Brief in einen Umschlag, auf den ihr Frauen Z.K. schreibt. Diesen Umschlag steckt ihr in einen 2. Umschlag, auf den unsere aktuelle Auslandsadresse kommt.

äußerer Umschlag: NN, van Ostadestraat 233n, NL-1073 TN Amsterdam



Mehr als nur Raum zum Wohnen

Gespräch mit Berliner Hausbesetzerinnen

aus: taz-Journal Nr. 3

Zwei Straßen weiter ist ein Haus nur von Frauen besetzt. Ihr habt das anders gemacht. Ihr lebt hier mit Männern zusammen. Geht das so problemlos, wie es den Anschein hat? Ich habe Euch gesehen in den Tagen, die ich hier war. Ich fand keinen Hinweis, daß Ihr Euch überhaupt noch wehren müßtet.

J.: (lachend) im Gegenteil vielleicht —

E.: Es gibt aber Probleme, nur laufen die ziemlich subtil. Ich persönlich gehe mit Frauen anders um, viel unbefangener. Ich mache auch viel mit Frauen zusammen.

J.: Ausschlaggebend in diesem Haus ist wohl, daß die Frauen ziemlich stark sind. Daß viele, nein, die meisten mit der Frauenbewegung zu tun hatten.

Woher nehmt Ihr diese Stärke? Ist es die Bedrohung, daß Euch das Haus weggenommen werden kann? Aber Ihr geht auch zur Arbeit, feiert Eure Feste: Ihr lebt hier. Wie geht das zusammen?

E.: Wir leben hier unter anderen Bedingungen, als wir sie bisher kannten. Wir sind viel mehr Leute, an die dreißig. Das läuft hier viel lockerer.

J.: Beispielsweise, wenn mal im Haus so quere Kisten ablaufen, müssen wir uns nicht die ganze Zeit damit rumschlagen. Das geht ohne großen Kraftaufwand.

— sondern Ihr diskutiert das offen?

E.: Eine Diskussion läuft nicht mehr. Eine Klarstellung. Das ist es, wir können uns überhaupt nicht aufeinander fixieren. So was läuft in der Wohngemeinschaft fast ständig. Hier können wir uns auch räumlich ganz gut aus dem Weg gehen. Mir geht es zeitweilig so, daß ich bestimmte Bezugspersonen habe, das aber wechselt.

J.: Wenn ich das mit meiner alten Wohngemeinschaft vergleiche, wo die Probleme immer am Abwasch und an der Knete aufgehängt wurden — das waren wirklich nur Aufhänger, denn da liefen die Auseinandersetzungen nicht wie hier. Ich habe zum Beispiel auch hier im Haus gelernt, herumzubrüllen oder einer Auseinandersetzung nicht permanent aus dem Weg zu gehen. In den Wohngemeinschaften werden Konflikte selten ausgelebt. So hatte ich im letzten Monat eine begründete — nein, ich weiß nicht warum, der M. ging mir schrecklich auf die Nerven. Ich fand ihn unausstehlich, habe ihm das auch gesagt; ihm ging das umgekehrt auch so. In der alten Wohngemeinschaft hätte ich ihn vermutlich ständig angemacht: jetzt wasch mal ab, jetzt tu mal was. Hier haben wir das solange ausgelebt, bis es vorbei war — ohne große Diskussion. Wir haben nicht rausgekriegt, was das war. Im Unterschied zur Wohngemeinschaft: Wir haben hier Zeit, das abzuwarten, und können uns auch aus dem Weg gehen, nach vier Wochen ist die Situation eine andere. Wir führen deshalb keine mörderischen Diskussionen.

E.: Das ist ein Beispiel, wie es jetzt, nach fast sechs Monaten, läuft. Das war am Anfang nicht so. Da gab es Schwierigkeiten zwischen den Typen und uns, Schwierigkeiten mit den alten Rollen. Ich kann mich an eine Situation am Besetzungstag erinnern. Wir haben die Türen zugenagelt. Die Typen waren im Nageln wie wild. Ich kann auch nageln, auch als Frau, auch Zimmermannsnägel. Da kam gleich ein Typ angeschossen und meinte: Laß mich das mal machen. Wo ich unheimlich sauer wurde: Was der sich rausnimmt, mir den Hammer aus der Hand zu nehmen! Er hat ihn mir wirklich weggenommen und fing dann an zu klopfen. Ich habe ihm gesagt, was ihm einfällt, ich kann auch hämmern!
Als ich als Zimmermädchen gearbeitet habe, da ist niemand auf die Idee gekommen, mir den Wäschekorb aus der Hand zu nehmen und zwei Treppen hoch zu bringen. Und in der Fabrik, wenn ich ein leeres Ölfaß in der Hand habe, dann kommt ein Typ an: Darf ich Dir das abnehmen? Da konnte ich nur noch sagen: Ich hau Dir eine ins Maul, wenn Du das machst. Das hat der nicht kapiert. Der hat das dann vielleicht mal kapiert, wenn ich ihm die Sache mit dem Wäschekorb erzählt habe.

J.: Das war am ersten Besetzungstag, da war unwahrscheinlich viel Hektik, es hieß: schnell verbarrikadieren. Ich glaube, das war eine Situation, in der sie ihre alten Verhaltensweisen wieder drauf hatten. Es gab dann auch Konflikte, wo die Typen zurückgesteckt haben.

Was denkt Ihr, sähe Euer Leben anders aus, hätte es die Frauenbewegung nicht gegeben?

J.: Ich hätte nicht den Anschluß gefunden, wäre nicht in diese Auseinandersetzungen geraten; obwohl ich nicht aktiv in der Frauenbewegung war.

E.: Eine irre wichtige Sache ... Ich glaube, ohne Frauenbewegung wäre so was wie Männer und Frauen im besetzten Haus überhaupt nicht möglich. Eine so offene Form des Zusammenlebens, mit all den Emotionen! Es ist ein wahnsinniger Schritt für eine Frau, den Abschied vom Märchenprinzen zu nehmen, nicht mehr zu glauben, ich heirate mal, habe Kinder, wohne in einer Dreizimmerwohnung und fühle mich ganz toll.

J.: Es muß nicht mal das Heiraten sein: schon alles auf eine Beziehung zu setzen, ist dasselbe.

E.: Daß man den Absprung überhaupt schaffen konnte. Zu sehen, wie die anderen Frauen das machen. Sich gegenseitig auffangen zu können.

J.: Das ist nämlich der Punkt. Wenn Du nur in Deinem Kopf, in Deinem Bauch das Gefühl hast, irgendwie stimmt das nicht mit diesem Glück zu zweien — und Du siehst, alle andern machen das so, alle andern wohnen in ihrer Dreizimmerwohnung, sind angeblich furchtbar glücklich, dann denkst Du Dir schließlich auch, daß muß so sein, bist Du es fast selber glaubst. Durch die Frauenbewegung haben viele Frauen andere Lebensformen gefunden. Du hast das gesehen, und wenn Du es bloß von weitem gesehen hast, sei es in Büchern oder anderswo, da hast Du gewußt: Es gibt sie, die anderen Möglichkeiten.

H.: Ich habe sechs Jahre mit einem Typen zusammengelebt, fünf Jahre davon in Tübingen. Das war genau das, was Du sagst. Alle anderen um mich herum haben das so gemacht. Ich war da zwar unglücklich, aber aus der Atmosphäre wäre ich da nie rausgekommen. Und hier in Berlin habe ich gemerkt —

— durch die Scene oder durch die Frauenbewegung?

H.: Es war in meinem Fall nicht konkret die Frauenbewegung. Und es war dennoch die Frauenbewegung. Es gäbe weder mich hier noch die Scene ohne die Frauenbewegung.

J.: Ich komme von einem Hof. Meine Schwestern sind jünger, zwei schon verheiratet, Zweieinhalb Kinder sind da ... Daß mit mir als Frau anders umgegangen wird als mit Mannern, das fiel mir auf, als ich das erste Mädchen im Dorf war, das eine höhere Schule besuchte: Das ganze Dorf stand Kopf. Da habe ich die ersten Anstöße bekommen, so daß ich jetzt so bin, wie ich bin. Meine Schwestern sind halt auf die Volksschule gegangen, haben ihre Lehre gemacht, die eine Gärtnerin, die andere Hauswirtschaftslehre, und nun sind sie brave Hausfrauen.
Mit vierzehn, fünfzehn habe ich gemerkt, daß sich die Mädchen in der Stadt ganz anders verhalten als auf dem Land.

E.: Was jetzt in der Scene zu spüren ist: die Frauen sind ganz anders drauf, sind viel durchsetzungsfähiger. Die ganze Emotionalität, die hier gelebt wird, die kommt ursprünglich von den Frauen. Für die Männer heißt das: Sie sind mit ganz anderen Frauen konfrontiert worden. Frauen mit einem anderen Bewußtsein. Ab einem bestimmten Punkt blieb ihnen nichts anderes mehr übrig, als sich mit den Frauen auseinderzusetzen, die nicht mehr kuschen.

J.: Es bleibt ihnen nichts anderes mehr übrig.

Und wo ist die Grenze, wo Auseinandersetzungen, wie Ihr sie Euch wünscht, nicht mehr laufen?

J.: Ja, da wo das alte Frauenbild in den Köpfen der Männer spukt. Im Grunde ihres Herzens sind ihre Bilder von uns zerrissen: Frauen, wie sie waren, wie sie sind. Das geht hin und her in ihnen. Da gibt es Schwierigkeiten. Sie finden es gut und kommen doch nur schwer damit zurecht, daß wir selbständig sind, daß wir wissen, was wir wollen, und es auch machen. Am besten erfährt man die Grenze da, wo es um Gefühle geht. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß die meisten Männer unwahrscheinliche Schwierigkeiten haben, auszusprechen, was in ihnen ist.

E.: Vor allem draußen, vor anderen Männern, sobald der Kreis größer wird, tragen sie eine Coolness, eine Unverbindlichkeit zur Schau, die verletzend ist. Und sie setzen sich mit diesem Verleugnen von Gefühlen nicht auseinander, weil sie den Mangel nicht sehen. Wir Frauen sind es, die diese Sensibilität fordern.

J.: Ich stoße auf starke Widerstände genau da, wo ich diese Form von Beziehung in Frage stellen will: Man trifft sich, man unternimmt etwas miteinander, dann geht man ins Bett miteinander, dann trifft man sich nach zwei Tagen wieder — es muß ja alles locker sein. Wenn ich dann etwa versuche, die Trennung zwischen abstrakten Diskussionen in der Kneipe und dem Bett zu durchbrechen, wird's schwierig.
Ich habe gemerkt, es läuft nur, wenn man „nur" eine freundschaftliche, eine tiefe freundschaftliche Beziehung zu jemand hat, ohne daß dieses Wort „Liebe" oder dieses Gefühl da ist. Als ich dagegen mit demselben Mann eine Beziehung hatte, da lief das nicht.

Du könntest Dir vorstellen, daß beides möglich ist?

J.: Das ist immer noch meine Hoffnung (Lachen) — Aber manchmal denke ich, ich geb's auf: Eine solche freundschaftliche Beziehung ist mir da wichtiger und dann ist es egal, ob das ein Mann oder eine Frau ist. Ich denke, daß ich mir die Zärtlichkeit anderswo hole — ich weiß es nicht.

H.: Es gibt andere Orte, wo die alten Geschichten noch laufen! Manchmal merke ich's auf dem Plenum. Es gibt Plena, wo großenteils Typen reden. Ja, die machen hier die Öffentlichkeitsarbeit, das heißt, die fühlen sich dafür verantwortlich.

J.: Das liegt aber nicht an den Typen.

Wie stellt Ihr Euch Euer Leben weiterhin vor?

H.: Ich wußte vor zwei Jahren auch nicht, wie ich heute lebe.

E.: Ich kann nur sagen, was ich nicht will. Bis vor einem Jahr habe ich noch Angst gehabt, irgendwann mal eine gute Mittelstandsmutti zu sein, verheiratet, mit Kindern. Also, jetzt weiß ich. Ich nicht. Das geht einfach nicht mehr. Der Punkt ist überschritten.

J.: Das ging mir ganz genau so. Ich habe eine Geschichte hinter mir. Diese fünfzehn Jahre daheim sind auch darin. Daß die andere, die neue Form des Lebens schwieriger ist — ja, daß ich irgendwann einmal in einer Dreizimmerwohnung lande, die Befürchtung habe ich auch gehabt. Das ist auch mir klar, daß ich das auf keinen Fall mache. Für mich ist die Hoffnung da, daß ich so lebe, wie ich jetzt lebe, also in einer größeren Gemeinschaft kontinuierlich mit Leuten was zusammen tun kann.

E.: Ich möchte schon gerne mal allein leben, das habe ich noch nie gemacht. Doch glaube ich, daß ich danach wieder mit mehr Leuten zusammenleben will. Ob in der Form wie hier oder nicht, das weiß ich jetzt nicht.

Nun werdet Ihr ja solche Lebensbedingungen, wie Ihr sie habt, nicht immer haben ...

J.: Ich weiß nicht, in welcher Situation ich sein werde. Sicher ist, ich werde mit den Mitteln, die ich habe, kämpfen. Ich würde auf die Straße gehen, versuchen, in Gruppen weiterzuarbeiten. Ich weiß nicht, wie weit ich gezwungen werde, radikal zu sein und weiter radikal zu werden.

Was könnte das heißen, radikal zu sein oder radikal zu werden?

J.: Ich hatte vor zwei Jahren nie einen Stein auf einen Polizisten werfen können. Da habe ich nicht diesen - Haß kann man nicht sagen -, nicht diese Erfahrung gehabt. Ich habe die Erfahrung mit deren Form der Auseinandersetzung gemacht, habe mitgekriegt, wie Leute zusammengeknüppelt worden sind. Und irgendwann kann man vielleicht nicht mehr anders, als Steine schmeißen. Ich weiß nicht, wie das weitergeht. Ich kann jetzt nicht sagen: Die treiben mich dazu, daß ich irgendwann schieße. Ich kann's mir nicht vorstellen. Aber ich weiß nicht, wie weit der Prozeß läuft. Das kann ich nicht beurteilen. Aber so, wie ich jetzt bin, würde ich versuchen wiederzukriegen, was sie mir nehmen würden. Mit welchen Mitteln —?

E.: Ich habe das Gefühl, seitdem ich im Haus bin, bin ich radikaler geworden. Das ist ein Lernprozeß. Ich habe mehr Ansprüche heute. Es geht nicht um die Zahl der Räume. Ich kann es so fest machen: hier im besetzten Haus, in der Situation zu leben, da ist es überhaupt nicht mehr möglich, privat und politisch zu trennen. Das ist völlig unmöglich geworden. Wenn ich zum Haus rausgehe, kann es sein, daß ein Zivi hinterläuft. Da kann ich nicht sagen, ich wohne da halt — geht nicht. Daraus folgt für mich, daß ich auch immer weiter nach oben trete. Ich kann nicht mehr stillhalten. Ich habe die Erfahrung gemacht: Wenn ich nach oben trete, dann passiert was, dann reagieren sie. Dann merke ich aber auch immer mehr, was mir nicht paßt. Nur in dem Moment, wo ich mal wieder zugetreten, nach oben getreten habe und wieder mal versucht habe, mehr für mich zu kriegen, da werde ich abgeblockt. Dieses Mehr — das fängt an beim Ungewaschen-auf-Straße-Gehen und hört damit auf, daß ich, nicht allein, auf der Straße action mache. Das eine soll heißen. Mich stört's nicht mehr, wenn ich anecke. Ich ecke oft auch ganz bewußt an bei diesen braven Bürgern, die überhaupt nichts an sich heranlassen. Das andere, das geht viel weiter. Zum Beispiel habe ich bei der Türkendemo, die sich gegen die Faschisten-Demo, die ‚Grauen Wölfe' richtete, zum ersten Mal voller Überzeugung „Hoch die internationale Solidarität" geschrieen. Das war ganz meine Sache, denn: Unsere Bullen gingen vor unseren Augen gegen die vor, auf die die Faschisten geschossen hatten. Die Faschisten schossen und wir mußten rennen wie die Hasen, weil die Bullen uns jagten. Durch solche Repression merke ich erst, was alles meine Sache ist. Daß es nicht nur um Häuser geht, daß es nicht nur drum geht, hier in diesem Land was zu ändern.

J.: Mir geht es ähnlich. Vor ein oder zwei Jahren, da hätte ich mich vielleicht noch stoppen können, vielleicht wieder unpolitisch werden können. Bei mir ist das jetzt so, daß ich nie — also wie ich das jetzt sehe, man soll ja nie ‚nie' sagen —, nie in meinem Leben unpolitisch sein kann, daß ich nie leben kann, ohne politisch zu sein, daß das eins geworden ist, daß ich das nicht mehr trennen kann. Also, daß es eben nicht die J. gibt, die hier in der Küche steht und kocht. Das ist eins.

Welchen Stellenwert hat da nun noch die Frauenbewegung? Wo ist die überhaupt heute?

J.: Die ist in uns drin.

E.: Aber nicht in allen. — Die Frauenbewegung sehe ich so: Es gibt einmal die Frauen, die die Männer unterstützen, zum Beispiel Sozialistischer Frauenbund, Deutscher Frauenbund, die letztlich nur männerunterstützende Politik machen. Dann gibt es die autonome Frauenbewegung, wo es Frauen gibt, die ganz konkret für sich was wollen und rausholen. Dazu habe ich mich auch gezählt. Schließlich der Teil der autonomen Frauenbewegung, die sich in Frage zu stellen beginnt: Sind wir Sozialarbeiter? Sind wir billige Arbeitskräfte für den Staat? Machen wir nicht doch nur dasselbe, was der Staat auch macht? Was machen wir eigentlich? Machen wir wirklich eine feministische Beratung? Ich habe das beim Notruf mitgekriegt. Ich habe das nicht mitgemacht, ich habe mich immer gesträubt, Sozialarbeit zu machen. Ich sehe einerseits die Notwendigkeit von Frauenhäusern. Aber ich sehe auch, daß die Frauen, die Gruppen, die diese Arbeit tragen, für sich selbst nichts oder nur ganz wenig rausholen. Einerseits radikalisieren sie sich zwar, denn sie erleben lauter Fälle von Gewalt in der Ehe, sie sehen die Bedrohung der Frauen in deren engsten Lebensbereichen, in ihrer Sexualität. Viele Frauen wurden Lesben, sie können Männer nicht mehr sehen. Aber sie blieben Sozialarbeiter, machten karitativen Dienst — für andere.

Ich träume immer noch von einer militanten Frauengruppe. Ihr lacht — Ich habe bei einer ‚feministischen Stadtrundfahrt' mitgemacht. Wir haben einen Anwalt besucht, der einen Vergewaltiger verteidigt hat auf eine fiese Art und Weise, so daß er nämlich die Frau zur Angeklagten gemacht hat.
Militant, das heißt für mich — nein, nicht mit Knarre, sondern radikal, mit Nachdruck und praktisch.

Drogen im AJZ Zürich

Wintervorschlag - Auszug aus dem Palast

aus: taz-Journal Nr. 3

„Jedermann/Jedefrau hat Augen und Nase, um zu sehen und zu riechen, daß die Zustände in den verschiedenen Ecken so nicht weiterbestehen können. Was vielleicht nicht alle sehen, ist das Ausmaß der bakteriellen Verseuchung. Insekten jeder Sorte rennen über die Matratzen und warten auf ihre Opfer. In allen Winkeln des Palastes stinkt es unmißverständlich nach Urin und Menschenkot. Irgendwelche noch wachen Alkis brechen mit Regelmäßigkeit in die geliebten Lagerhallen ein, transportieren große Posten mit Wägelchen ab, horten sie wie Eichhörnchen irgendwo und trinken sie in aller Ruhe aus. Das ganze Gebäude ist nicht beheizbar, überall zieht's. Kein Mensch zeigt große Begeisterung mehr, hier zu arbeiten. Kurz: Der Stadtrat will schließen. Wir auch. Wir wollen nicht, daß einer noch im Rausch erfriert."

In zahlreichen Dokumenten der Zürcher Bewegung, nicht zuletzt im Kultfilm „Züri brännt", waren sie beschworen worden: Krüppel, Schwule, Säufer, Junkies, Brandstifter, Knackies, Hänger und Alkis. Und in Scharen strömten sie nach der Wiedereröffnung des AJZ am 3. April 81 denn auch in die heiligen Hallen der Bewegung. Doch die wurde auf die Dauer nicht glücklich mit ihnen. Nach einen halben Jahr internem Kleinkrieg macht das Zürcher AJZ Mitte Oktober dicht. Flucht nach vorn oder Niederlage der Bewegung?

Schon bald nach der AJZ-Wiedereröffnung brachten westdeutsche Polittouristen von ihren Zürich-Abstechern fast nur noch negative und deprimierende Berichte mit. Aber auch in der Zürcher Scene selbst machte sich Enttäuschung über den Verlauf des Experimentes AJZ breit. „Mehr AJZ = weniger Kampf?" fragte ein Spray am Zwingli-Platz. Man beklagte das Abschlaffen, gar den Tod der Bewegung, den Rückzug vieler Kämpfer in die innere Emigration. Das AJZ war nicht wie erhofft zu einem Zentrum des Widerstandes, sondern zu einem dreckigen, stinkenden Sammelbecken für Drögeler und Penner geworden. Die früher als Inkarnation von Spontaneität und Organisationslosigkeit gepriesenen legendären Vollversammlungen (VauVaus) wurden von Mackertum und Mikro-Dauerlutschern beherrscht. Es gab Gerangel um's Geld. Laufend Schlägereien. Eine Frau wurde vergewaltigt. Im AJZ lief's schlecht, außerhalb fast gar nichts mehr.

Viele Gründe spielten dabei mit. Die drei wichtigsten waren und sind wohl: Der soziale Dreck, den dieses System produziert, die destruktive Strategie von Polizei und Stadt gegen das AJZ und die Schwächen und inneren Probleme der Bewegung selbst.

Zürich, die Hauptstadt der Provinzstädte, ist in Relation zu seinen mickrigen 350.000 Einwohnern auf der Weltrangliste nicht nur ungeschlagener Rekordinhaber, was die Anzahl ausländischer Nummernkonten angeht, sondern auch bezogen auf die jährlichen Drogentoten. Nach der Eröffnung des AJZ überfluteten Abhängige, Dealer, Alkis und Penner diesen neu eroberten Freiraum - der ja tatsächlich so etwas wie ein „rechtsfreier Raum" ist und sein soll - richteten in jedem Winkel ihre Matrazenlager ein, prägten Tag und Nacht die Atmosphäre. Auch mit Aktionswochen, Arbeitsgruppen und Nachtwachen gegen Dealer gelang es nicht, diese unheimlich stressige und kantige Atmosphäre zurückzudrängen. Das einzige, was zuletzt noch funktionierte, war der „arabische Markt" im Eingangsbereich der Aktionshalle, der die gesamte Region mit Drogen aller Art versorgte.

Verschärft wurde die Situation zusätzlich durch das rigide Vorgehen der Polizei gegen die Drogen-Scene an anderen Orten der Stadt. Sie wurde im wahrsten Sinne im AJZ zusammengetrieben. Die harte Linie von Stadt und Polizei trug das ihre bei. Statt zugesagter Unterstützung totale Repression. Ein funktionierendes AJZ war nicht tragbar. Also trat man an, um zu zerstören, was noch halbwegs funktionierte oder neu angefangen war. Funf mal rückte der „cordon bleu" (die blauuniformierten Polizeitruppen) unter billigen Vorwänden zu Großrazzien an: Druckerei gefilzt, Leute trotz Ausweis verhaftet, Einrichtung demoliert - und was besonders schlimm war, jedes Mal wurden die Schlösser aufgebrochen und Türen eingeschlagen. Und das war tödlich im AJZ: War ein Gruppenraum nur einen Moment unverschlossen, war er sofort vollgekotzt und verschissen. Wenn die Junkies nicht rechtzeitig Nachschub bekommen, kotzen sie, wo sie gerade gehen oder stehen. In der Aktionshalle hat ein Aktivist mit dem Pinsel an die Wand geseufzt: „Ihr kotzt zuviel!!"

Dabei sind's knappe 5 Monate her, seit Yoko ihren Ruedi an einer Demo kennenlernte.



Und jetzt kämpfen sie gemeinsam GEGEN den Polizeistaat.

Das Dilemma der Bewegung ist, daß sie sich selbst während der letzten einhalb Jahre auf den Kampf ums AJZ reduziert hat. Die Fixiertheit auf so ein „Zentrum", auch eines mit Autonomieanspruch, widerspricht doch eigentlich sehr unseren sonstigen Denkweisen und Ansätzen in Richtung Dezentralität, alternative Infra-Struktur usw. Die zentrale Rolle, die das AJZ in der Zürcher autonomen Linken spielt, kann man nur vor dem Hintergrund der Tradition des Kampfes um ein selbstverwaltetes Jugendhaus verstehen. Die Forderung nach einem AJZ entstand eben nicht im Frühling '80 aus dem Nichts, sondern durchzieht wie ein roter Faden die letzten 50 Jahre. Es gibt eine lange Tradition des Kampfs, aber wenige Erfahrungen, die jetzt ihre Zeit brauchen. „Jetzt rächt sich die Theorielosigkeit der Bewegung", muß eine Bewegung feststellen.

Jedenfalls erreichte die Bewegung im September ihren absoluten Tiefpunkt. Es konnte eigentlich nur noch besser werden. Bezeichnend die letzte VV, auf der ein Jugendlicher rief: „Ihr redet immerzu von der Bewegung. Wo ist sie denn, die Bewegung?" Zaghaft reckte sich ein einzelner bewegter Finger. „Es schiist mi alles total aa!" war jedoch der häufigste Wortbeitrag. Direkt daneben die Penner auf ihren verpissten Matratzen, am Eingang der florierende Handel. Gerüchte verdichteten sich, die Schließung des AJZ durch die Stadt sei zu erwarten. Sie schien ihrem Ziel näher denn je, das AJZ im eigenen Dreck ersticken zu lassen.

Gleich am Morgen nach dieser VV setzte die Polizei nach: Wieder Razzia. Die fünfte. Turen aufgebrochen. 142 Leute verhaftet. Abends das ubliche Katz-und-Maus-Spiel zwischen Kids und „cordon bleu". Barrikaden und CS-Orgie. Kein Mensch wollte unter diesen Bedingungen im AJZ weiterarbeiten. Es gab zwei Tendenzen: Eine Radikal-Kur oder der Auszug der Bewegung aus dem Palast, die Hutte anzunden oder sie ihren Bewohnern samt ihren Tierchen zu uberlassen.

Eine VV wurde zusammengetrommelt. Die Devise war: Der Stadt zuvorkommen. Die Offensive ergreifen. „Wir wollen die Sache selber in die Hand nehmen und nichts beschonigen." Die Vorschläge der Koordinationsgruppensitzung vom Vorabend wurden unter großem Applaus angenommen. Alternativen gab es eh keine. Also wurde

beschlossen:
1. Schließung aller Dienstleistungsbetriebe (Kneipe usw.)
2. Große Entgiftungs- und Entrümpelungsaktion. Das ganze Gelände wird für 10 Tage zum Giftsperrgebiet.
3. Bis das AJZ wintertauglich ist, bleibt es geschlossen.
4. Die einzelnen Arbeitsgruppen führen ihre Arbeit fort.

Zur Bekräftigung des Kampfeswillens und in Erwartung der Erholungspause wird noch schnell der Busparkplatz ein bißchen weiter aufgerissen und ein Auto angezündet. Am vergangenen Montag dann früh morgens vor dem AJZ: Penner und Alkis packen ihre Köfferchen und schleichen sich. Sie tun mir jetzt unheimlich leid. Es trifft auch hier wieder die Schwächsten der Gesellschaft. „Wo pennt ihr jetzt?" - „Wir haben schon unsere Plätzchen." Gute Stimmung bei den ca. 80 Jungen, die das AJZ entrümpeln; sie schleppen Matratzen, Klamotten, Decken und anderes Zeugs in Freie und verbrennen es. Die Spezialisten einer Entgiftungsfirma rücken an: statt mit Grasdämpfen oder CS-Schwaden werden die rund 6.500 Quadratmeter AJZ dieses Mal mit einem Insektizid und Akarizid (Wurmgift) eingenebelt. Am Rand ein Hüttchen, ein kleines Lagerfeuer und ein paar Jugendliche. Die Stallwache sorgt dafür, daß keiner ins AJZ geht.

Seitdem ist es leer und ruhig ums AJZ. Eigentlich zu ruhig. Warum gab es keinen Protest gegen die Selbst-Schließung? Vermißt womöglich gar niemand das AJZ? Nach der Entgiftungsaktion soll das AJZ winterfest gemacht werden. So lange bleibt es geschlossen. Seit der Eröffnung war das AJZ ständig überlaufen; nie konnten die nötigsten Reparaturarbeiten in Ruhe zu Ende geführt werden. Das soll jetzt geschehen: Die AG's wollen vor allem die WC-Anlagen und die Fenster instand setzen, sowie die Heizung betriebsfertig machen. Wegen Geldmangel können die größeren Arbeiten allerdings momentan noch nicht angegangen werden. Vielleicht wird dieses Problem durch jene Erbschaft gelöst, die Marion Gretler-Wünsche, die verstorbene Witwe des Schauspielers Heinrich Gretler, der Jugendbewegung vermacht hat. Immer 200.000 Stutz (Schweizer Franken). Momentan rätselt der Stadtrat allerdings noch rum, was denn wohl unter Jugendbewegung zu verstehen sei.

Was besonders wichtig ist: Die sonst vom AJZ-Alltags-Streß Zerschlissenen haben jetzt endlich Zeit für notwendige Diskussionen. Wie soll es weitergehen? Eines zeichnet sich schon ab: Daß man den offenen Konsumbetrieb einschränken wird zugunsten von Veranstaltungen und Arbeitsgruppen. Man ist sich klar, daß eine erfolgreiche Selbstverwaltung im AJZ nur klappen kann, wenn nicht alle sozialen Probleme am AJZ hängen bleiben. Momentan lebt die Drogenscene wieder am Hirschenplatz neu auf, einige Alkis haben ein Haus besetzt.

So werden von den AJZ-Aktivisten flankierende Maßnahmen, wie die Schaffung zusätzlicher Auffangstationen und Therapie-Einrichtungen für Drögeler gefordert. Es ist jetzt an der Stadt, Farbe zu bekennen. Will sie einfach warten, bis das AJZ wieder öffnet und dann die ganzen Sozialfälle dort erneut ablagern? Drücken sich die Stadtoberen „nur" vor ihrer sozialen Verantwortung, oder wollen sie die psychischen und physischen Opfer dieses Systems auch noch dazu benutzen, diejenigen Jugendlichen, die nach wie vor zähe Aufbauarbeit im AJZ leisten wollen, klein zu kriegen? Auch die Alt-Linken, die intellektuellen Trittbrettfahrer der Revolte und vor allem die SP geraten unter Zugzwang. Grönland-Reminiszenzen und Bewegungs-Lyrik sind nicht mehr gefragt. In fünf Monaten sind Gemeinderats und Stadtratswahlen in Zürich. Eine gute Zeit für ein heißes Thema.

Thomas Scheuer

Linksradikale Drogenpolitik

aus Interim Nr. 223

Mit FixerInnen zu reden, sich solidarisch zu verhalten, ist schwer. Zu entfernt ist uns oft diese Welt, die sich unter der ständigen Repression organisiert. Zuerst sind es immer die gleichen Heldengeschichten, Coolheiten, Stories aus Dichtung und Wahrheit. Die politische und persönliche Perspektivlosigkeit bestimmt den Lebensalltag, strukturiert Gespräche und Beziehungen. Aber wenn eine wirkliche Beziehung aufgebaut ist, taucht hinter den Phrasen eine Person auf, die im destruktiven Szenealltag fast verschüttet ist.

Lebensgeschichten, Lebensbrüche machen aus lichtlosen Gestalten, die allenfalls unser kostenloses Mitleid bekamen, ernstzunehmende Männer und Frauen. Einige von ihnen sind GenossInnen, einige sind interessant, andere Spießer, voller Rassismen oder Feiglinge, manche kämpferisch, feministisch, selbstbewußt. Eben wie im richtigen Leben. Das ist das erste, was wir lernen müssen: DrogenkonsumentInnen als Persönlichkeiten wahrzunehmen.

Das zweite: Die besondere soziale Situation erfordert besondere Lebensstile. Totale Illegalisierung, dramatische gesundheitliche und soziale Probleme, Herrschafts- und Machtverhältnisse untereinander - notwendig geworden durch permanente Präsenz von Polizei, Ermittlung, Knast. Hier helfen platte Sprüche wie, "Dealer raus!" nichts. Denn das BtmG zwingt alle KonsumentInnen zu "dealen". Hier hilft auch nicht das gutgemeinte laissez-faire-Argument "wir sind doch alle irgendwie ein Stück weit süchtig". Denn wir haben gesehen, daß das Problem nicht in der "Sucht" liegt, was immer das sein mag, sondern in dem, was Recht und Gesetz ist. Wir sind zwar alle "irgendwie" süchtig, aber einige kommen dafür in den Knast oder sterben schwer erkrankt oder mit falschem Stoff vergiftet, weil "der Staat" das so will.

Aufstandsbekämpfung?

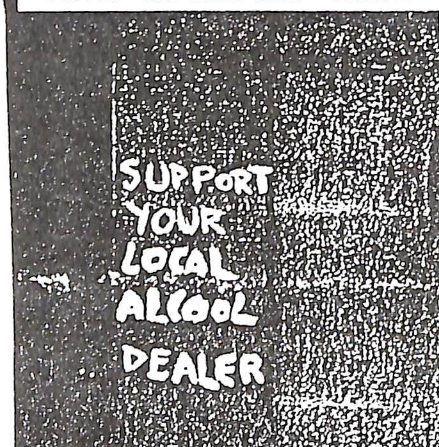
Auch halte ich nichts davon, herrschende Drogenpolitik als geheimes "Aufstandsbekämpfungsprogramm" gegen linksradikale Projekte in der BRD zu begreifen. Zwar tauchen immer wieder Junkies in besetzten Häusern auf, werden immer wieder gezielt soziale Widersprüche in autonomen Projekten geschürt. Auf dem Höhepunkt der Häuserkampfbewegung zum Beispiel war zu beobachten, wie durch Lenkung der Kripo-Aktivitäten die FixerInnen-Szene räumlich in die Nähe der Polit-Punk-Szene bugsiert wurde. [...] Aber das massenhafte Vollstopfen mit Heroin u.ä., die Lähmung ganzer communities, wie wir es aus den USA kennen, findet in der BRD nicht statt. Der deutsche Staat hat ein ganz anderes Instrumentarium entwickelt, Opiate sind ihm da nicht so zentral.

Die staatliche Repression gegen die FixerInnen-Szene ergibt als "Aufstandsbekämpfung" auch gar keinen Sinn, das ist nicht das Feld auf dem "der Staat" sich durchsetzen müßte. Auch hier wieder ein entscheidender Unterschied zur Situation in den Ghettos der USA.

Diskussionen um Heroin in der Berliner autonomen Szene -
oder das Ausgrenzungsgespenst geht um

aus Interim Nr. 259

Diese Informationen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da ich sie nur aus verschiedenen gesammelten Flugblättern habe.
Als 1981/82 die Heroinpreise in Kreuzberg beträchtlich fielen und immer mehr Junkies



in Kreuzberg auftauchten, vermutete die Linke, daß die Häuserbewegung durch das Einschleusen von "H" zerschlagen werden sollte. Für die Gruppe "Kiez gegen Heroin", die sich daraufhin bildete, waren wichtige Fragen: Wie kommt jemand auf die Idee, daß wir auf Junk abfahren? Warum wird auch in der Szene soviel Alkohol und Shit konsumiert? Gründe dafür fanden sie in dem Umgang der Szene untereinander. Sie kritisierten, daß nicht offen miteinander geredet wird, daß der Umgang untereinander zu ungenau wäre und sich kritisieren als zu moralisch gilt. Sie verglichen die Verhaltensweise der Szene mit den "Normalis", nämlich daß niemand etwas gegen Saufen oder anderes Abstürzen sagt, solange der o. die Berteffende weiter funktioniert. Für diese Sichtweise bekam die Gruppe den Vorwurf, daß dies ein Rückzug auf neue Innerlichkeit und Psychokisten bedeuten würde.
Innerhalb der Bewegung gab es verschiedene Positionen zum Umgang mit Junkies. Die einen meinten, daß FixerInnen in der Szene aufgefangen werden müßten, andere verlangten, daß Junkies aus den Häusern fliegen sollten.
In linken Lokalen wurden Junkies ausgegrenzt. Damals gab es Buttersäureanschläge gegen türkische Reisebüros, die des Heroinhandels verdächtigt wurden.

1987/88 entzündete sich die Diskussion um Heroin ebenfalls daran, daß sich die Junkieszene nach Kreuzberg verlagerte, es dort guten und billigen Stoff gab und vermutet wurde, daß Heroin in die Szene gepumpt werden sollte. Die Auseinandersetzung lief ähnlich wie 81/82. Der Umgang untereinander und der eigene Drogenkonsum wurden in Frage gestellt, was wiederum den Vorwurf der Psychologisierung einbrachte. Auch in dieser Zeit duldeten viele Kneipenkollektive keine FixerInnen mehr. Es wurden Läden genannt, hinter denen Geldwaschanlagen vermutet wurden. Auch wurden bestimmte Geschäftsinhaber in Kreuzberg als Kokaindealer verdächtigt, deren Namen veröffentlicht wurden.

Im Herbst 1992 ging wieder das Ausgrenzungsgespenst in mehreren Westberliner linken Lokalen um. Maßnahmen, wie durchbohrte Löffelchen, Schwarzlicht auf dem Klo (damit Junkies ihre Adern nicht finden) oder abgeschlosseneToiletten und Duschen in einem Frauenstadtteilzentrum häuften sich. Erklärungen, wie es zu diesen Schritten kam, gab es entweder gar nicht oder wurden auf Anfragen hin nachgereicht. Ein Kollektiv, welches Schwarzlicht in den Klos anbrachte, wurde stark kritisiert. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, die in der Interim (Berliner Szenezeitung) veröffentlicht wurden. Leider entwickelte sich keine breite Diskussion zum Umgang mit Junkies in der Szene daraus. Auch diese Frauen/Lesbenveranstaltungen zu Drogen und linker Drogenpolitik im Frühjahr '93 konnten eine breite Diskussion nicht in Gang bringen.







THESEN

UMGANG MIT JUNKIES IN DER SZENE UND UNTEREINANDEN

In der Veranstaltung diskutierten wir einige Thesen zum Umgang der linken, autonomen Szene mit Junkies aussieht. Sicher treffen diese Thesen nicht für jerdermann/jedefrau zu, doch bestehen Strukturen und ungeschriebene Gesetzte, die Junkies ausgrenzen.
1. Die Szene übernimmt gängige Moralvorstellungen: Heroin ist eine "böse" Droge und gefährlich und macht krank. Die Gefährlichkeit von Alkohol (20000 Alkoholtote und 2000 Herointote pro Jahr) und der eigene Konsum davon wird dagegen kaum hinterfragt.

2. Von Heroinabhangigen wird erwartet,daß sie clean sein müssen um kämpfen und sich auseinandersetzen zu. können, während eigene Abhangigkeiten (Marihuana, Alkohol, ...) nicht in Frage gestellt werden. Für eine (oder mehrere) durchgesoffene Nächte haben alle Verständnis.

3.Die meisten in der autonomen Szene haben genauso Berührungsängste und die gleichen Vorurteile gegenüber Junkies wie die bürgerliche Gesellschaft auch. Das ist kein Wunder: weil wir auch von der Meinungsmache der Medien abhängig sind und eine größere



Diskussion und Auseinandersetzung über "H" und Junkies innerhalb der Szene nicht stattfindet. Viele können erst was mit Junkies anfangen, wenn diese im Knast sitzen und frau/man über Knastarbeit in Kontakt mit den "Opfern des Systems" tritt.

4. Wir tun so, als ob uns Junkies und die Politik, die mit ihnen gemacht wird, nichts angeht. Beispiel dafür ist, daß die Trennscheibe bei Besuchen im Knast bei politischen Gefangenen bekampft, aber bei BTM-Gefangenen nicht thematisiert wird.

5. Die linke Drogenpolitik, die z.Zt. gemacht wird, beschrankt sich hauptsachlich auf Schwarzlicht in Klos u.ä. und grenzt Junkies aus unseren Zusammenhangen aus. Diese Ausgrenzung bedeutet Spaltung! Wir ermöglichen Junkies nicht, sich bei uns aufgenommen zu fühlen, sich Raum zu nehmen.

Zielrichtung für die Diskussion uber diese Thesen sollte die Frage sein: Wie konnen wir mit Junkies in unseren Kneipen und Zusammenhangen umgehen? Linke Kneipen sehen fur sich einen Handlungsbedarf, wenn sie Blutspritzer oder benutzte Spritzen auf ihren Klos finden. Für ihre vestandlichen Reaktionen darauf wurden sie zum Teil heftig angegriffen. Die berechtigte Kritik der Kollektive ist, daß sie mit dem Problem allein dastehen und keine breite Diskussion darüber in der Szene stattfindet.

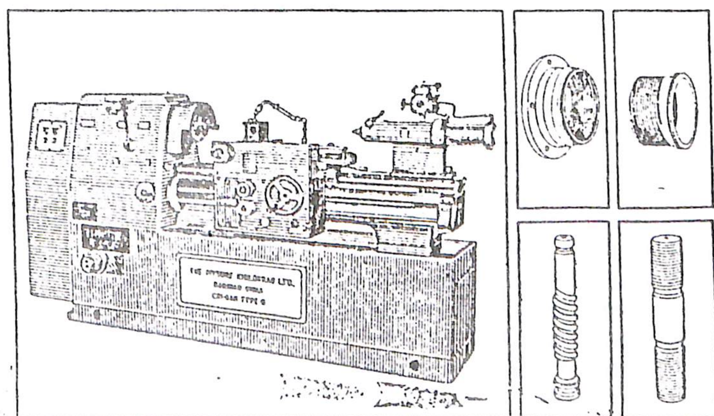


Denn " Auseinandersetzung mit "H" heißt auch konsequenterweise Selbstkritik, Hinterfragen unserer Beziehungen untereinander, unserer Umgangsformen und unseres sonstigen Drogenkonsums, vor allem Haschisch und Alkohol." (Flugblatt Gruppe Kiez gegen Heroin,1982)

Warum fahren manche von uns auf Junk ab? Gehen wir kritisch und solidarisch miteinander um, so wie es unser Anspruch ist? Wie tolerant sind wir mit Andersdenkenden? Ist unser Normenkorsett nicht mindestens genauso eng, wie das der bürgerlichen Gesellschaft? Wie schnell fallt eine/r raus, wenn sie/er eine Weile durchhangt und politisch nicht aktiv ist; wenn sie/er nicht mehr funktioniert?

Wie ist unser eigener Umgang mit legalen und illegalen Drogen? Viele machen sich mit irgendwas dicht, wenn es ihnen nicht gut geht oder können sich nicht anders als mit Alkohol oser Shit entspannen.

Es geht uns nicht darum, daß alle von allen Drogen clean sein müßen, aber daß wir das Feindbild Heroin und Junkies hinterfragen. Daß wir vielleicht ganz ähnliche Mechanismen haben wie Fixer und Fixerinnen, nur daß die meisten das Glück haben, von legalen Drogen abhangig zu sein und nicht in der Illegalität leben zu mussen.



Rechtliche Möglichkeiten und Grenzen

aus dem Einladungspapier zum Kongreß

Der einleitende Text unserer Einladung sagt ja schon, daß es zumindest in Leipzig keine neuen Hausbesetzungen gibt, da sofort geräumt wird. Es gibt aber in anderen Städten andere Erfahrungen oder Gesetzeslücken. Keine Frage, daß alle KongreßteilnehmerInnen Interesse daran haben zu erfahren, wie solche Gesetze umgangen werden können!

Da nun aber die meisten Hausbesetzungen „legalisiert" sind, stehen ständig Verhandlungen mietrechtlicher Art mit den städtischen Behörden und den Hauseigentümern an. Für die Verhandlungen ist es von Vorteil genau informiert zu sein, was in den einzelnen Gesetzen und deren Auslegungen z.B. bezüglich Mieterhöhungen, Mietdauer, abverlangte Eigenleistungen und Unseriosität von Vertragsklauseln und Verträgen steht, um nicht total über den Tisch gezogen zu werden. Natürlich spielen hier alle „Verhandlungsbegleitenden" Maßnahmen auch eine Rolle!

Desweiteren sollte darüber gesprochen werden, wie unproblematisch in einem Hausprojekt ein Treffpunkt mit Café oder Volxküche eingerichtet werden kann. Auch da gibt es Tricks, im Rahmen rechtlicher Möglichkeiten die Behörden zu ärgern!

Was für Rechte hat ein/e „Neu"-Hausbesetzer/in? Gemäß „Leipziger Linie" gar keine: Es wird im Auftrag der Stadt geräumt. Aber damit stehen auch schon die „Gesetzeshüter" parat. In so einem Fall ist es wichtig zu wissen, wofür man strafrechtlich verfolgt werden kann. Was für „Spiel"regeln sind einzuhalten, wo bekommt mensch Unterstützung, welche Paragraphen treffen zu? Sofort steht auch die Frage: Wann ist die Stadt/der Hauseigentümer verpflichtet, Ersatzwohnraum zu stellen? In dieser Arbeitsgruppe soll es möglich sein, solche Fragen zu klären.

Wenn dann immer noch Zeit ist, können auch noch Überlegungen angestellt werden, was es für Möglichkeiten gibt, im Kiez gegen das Umwandeln von Wohn- in Gewerberaum oder den Bau eines monströsen Geschäftshauses am Ende der Straße vorzugehen.

Wir stellen uns vor, daß zu diesen Themen juristisch Gebildete und rechtsanwaltlich Erfahrene sprechen und Fragen beantworten.

Kontakt über BesetzerInnenkongreß

Rechtsformen und Finanzierung in Hamburger Wohnprojekten

aus: Herbert Brinkmann, ?

Rechtsformen

Die Wahl der Rechtsform läßt sich nicht unabhängig von den Notwendigkeiten darstellen, die zum Zusammenschluß einer Gruppe führen.

Geht man zunächst von der Wohngruppe aus, so ist da Bedürfnis oder der Wunsch sich rechtsverbindlich zu organisieren, unterschiedlich stark ausgeprägt. Die Notwendigkeit hierfür entsteht meistens erst aus der Finanzierung. Sobald die Gruppe erste Überlegungen anstellt, wie sich ihre Wohnbedürfnisse umsetzen lassen, kommt sehr schnell auch das notwendige Geld ins Spiel. Dabei geht es dann um die Frage: Unter welchen Bedingungen stehen der Gruppe Geldmittel zur Verfügung?

Die Wahl der Rechtsform läßt sich weder unabhängig von Finanzierungsüberlegungen, noch ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen ausgeprägten Bedürfnisse einzelner Gruppenmitglieder sich zu organisieren, entscheiden. Jeder einzelne und wiederum jede Gruppe verbindet unterschiedlich lange und qualitativ verschiedene Vorstellungen vom miteinander leben. Während bei der einen Gruppe ein Zeitraum von fünf Jahren schon nicht mehr zu überblicken ist, wollen die anderen möglichst lange Zeiträume abgesichert haben und schrecken auch vor Entwürfen für die nächsten 50 Jahre nicht zurück.

Bei der Wahl der Rechtsform müssen unterschiedliche Interessen berücksichtigt werden (Vgl: Matthias Neuling: Auf fremden Pfaden, Berlin: 1987): Bewohner, Eigentümer der Häuser, Geldgeber für Kauf oder Instandsetzung, alle haben ihre Erwartungen und Befürchtungen im Umgang miteinander und wollen diese abgesichert wissen.

Alle Wohngruppen haben eine Forderung gemeinsam: Sie wollen in Selbstverwaltung die Häuser bewirtschaften in denen sie leben, ohne vom Hauseigentümer oder von Geldgebern eingeschränkt zu werden.

Vertragsgestaltung zwischen Eigentümer und Wohngruppe

Der Nutzungsvertrag

Als das Amt für Stadterneuerung im August 84 erste Leitsätze für das sogenannte Alternative Baubetreuer (ABB) veröffentlichte, ging man davon aus, daß die Objekte mittels eines Leihvertrages zwischen Grundeigentümer (der Stadt Hamburg) un der Wohngruppe vergeben werden. Leihe ist für Juristen die kostenlose Überlassung von Objekten. Die Häuser waren abgewirtschaftet, ohne enorme Anstrengung der zukünftigen Bewohner und Fördermittel der Baubehörde würden die Häuser nicht wieder bewohnbar gemacht werden können, dies war der Hintergrund der „Leihe". Zu diesem Zeitpunkt gab es für das Schröderstift bereits einen Leihvertrag. Hier wurde davon ausgegangen, daß nur das Grundstück verliehen wird, der Wert des Hauses blieb unberücksichtigt. Der Vertrag hatte eine Gültigkeit von zunächst fünf Jahren. In der Zwischenzeit ist er um weitere fünf Jahre verlängert worden.

Die Finanzbehörde machte nach den ersten Kontakten mit der STATTBAU deutlich, daß es keine direkten Verträge zwischen dem Grundeigentümer (der Liegenschaftsverwaltung oder den Liegenschaftsämtern in den Bezirken) und den Wohngruppen geben würde. Verwalteraufgaben würden für die Stadt nur von der SAGA (Gemeinnützige Siedlungsaktiengesellschaft, 100% im Besitz der Stadt HH) bei Wohnobjekten oder von der Sprinkenhof AG bei gewerblichen Objekten wahrgenommen.

Eine entscheidende Forderung aller in dieser Zeit aktiven Wohngruppen war, keine Verträge mit der SAGA abzuschließen. Die SAGA war schon in der Vergangenheit Verwalter dieser Häuser und hatte sie in einen Zustand kommen lassen, in dem nun die meisten vom Abriß bedroht waren, weil sie nach den herrschenden Wirtschaftlichkeits-

kriterien als unrentabel für Instandsetzung galten.
Die ersten Wohngruppen die mit der SAGA einen Vertrag schließen sollten, waren die in dem Verein „Selbsthilfe Altona Altstadt e.V." um die Häuser in der Chemnitzstraße 3-7 ringende Gruppe und die „Mieterselbstverwaltung Jägerpassage e.V." die seit Jahren bereits um die Terassenhäuser in der Wohlwillstraße 20-26 kämpfte.
Die Gruppen willigten schließlich in Verhandlungen mit der SAGA ein und es gelang zwischen dem STATTBAU-Anwalt und dem SAGA-Anwalt in wenigen Wochen einen akzeptablen Gruppenmietvertrag auszuhandeln. Am 23.9.985 sollte der SAGA-Vorstand über den Entwurf entscheiden. Doch zu dieser Entscheidung kam es nicht mehr. Der Aufsichtsratsvorsitzende (Bausenator Wagner) hatte die Vertragsverhandlungen gestoppt. Dies alles nach einem Wochenende, dessen Verlauf wegen des Todes von Günther Sare (Demo in Frankfurt) auch in Hamburg äußerst turbulent verlief.
Die grundsätzliche Übereinkunft zwischen Grundeigentümer und Wohngruppe ist Vorraussetzung für die Förderung des Projekts mit Instandsetzungsmitteln der Baubehörde. Ein Vertragsabschluß hätte den Baubeginn ausgelöst, weil daran, neben anderen Punkten die bereits erfüllt waren, die Finanzierungszusage des Amtes für Stadterneuerung (ASE) geknüpft war.
Im März 1986, nach sechsmonatiger Pause, konnte STATTBAU die Verhandlungen um den Nutzungsvertrag erneut aufnehmen. Diesmal waren beteiligt die Baubehörde, die Justizbehörde, das Baurechtsamt, die SAGA und ein von der Stadt beauftragter Anwalt. STATTBAU ging zeitweilig mit drei Anwälten zu den wöchentlichen Terminen. Die Verhandlungen zogen sich über drei Monate hin, wobei einmal in der Woche ganztägig verhandelt wurde. Das Ergebnis ist ein lediglich vom Gewicht und Umfang gewichtiger Vertrag, ansonsten sind in die von uns angestrebte Selbstverwaltungsautonomie erhebliche Eingriffe gemacht worden.

Die wesentlichsten Punkte;
. Der Verein legt bei Vertragsschluß eine Liste von Erstbeziehern vor. Die SAGA darf ablehnen wenn sie als Vermieter berechtigte Einwände hat (z.B. frühere Mietschulden etc.)
- Bei Bewohnerwechsel schlägt der Verein der SAGA die neuen Bewohner vor, die die SAGA unter Angabe von Gründen in den nächsten 14 Tagen ablehnen oder einfach bestätigen kann.
- Der Verein zahlt pro Jahr pro Wohnung 80 DM und für das Haus nochmal DM 240 als Verwaltungspauschale an die SAGA.
- Die Instandhaltungspauschale wird zunächst von der Gruppe verwaltet. Sechs Monate nach Ablauf des Kalenderjahres muß die Gruppe über die Verwendung der Mittel Rechenschaft ablegen. Gibt es Restmittel, so müssen diese auf ein Konto übertragen werden, zu dem nur beide Parteien gemeinsam Zugang haben.
- Jede Veränderung am Bau bedürfen neben eventuellen baurechtlicher Genehmigungen auch die Zustimmung der SAGA. Dies gilt ganz besonders für Plakatierungen und Beschriftungen der Fassaden.

Da die meisten Bedingungen bei Nichteinhaltung mit der Kündigung des Vertrages geahndet werden, lebt die Gruppe praktisch ständig an der Schwelle der gerichtlichen Auseinandersetzungen.
Seit Februar 1987 gibt es durch Beschluß der Hamburger Bürgerschaft die Alternativen Sanierungsträger STATTBAU und Laweatz-Stiftung. Im Zuge der Umsetzung dieses Programms wird als Vertragspartner für die Stadt in Zukunft (im Projekt Winterstraße bereits geschehen) die Laweatz-Stiftung den Nutzungsvertrag schließen. Die Vertragsinhalte haben sich zwar nicht ändern lassen, obwohl auch die Laweatz-Stiftung sich dafür eingesetzt hat, doch das Vertragsleben wird sich, so hoffen alle Beteiligten, in Zukunft angenehmer gestalten

Der Erbbaurechtsvertrag

Während die Auseinandersetzungen um den Nutzungsvertrag noch liefen, bemühte sich eine andere Wohngruppe von der Stadt ein Grundstück im Wege des Erbbaurechts zu bekommen. Die Drachenbau St. Georg e.G., zum damaligen Zeitpunkt noch in zwei Vereinen organisiert, mußte das Grundstück in Erbpacht übernehmen, weil die Fördermittel für die Instandsetzung und den Umbau des ehemaligen Gewerbetraktes nicht ausreichten. Eine Bank sollte Darlehen geben und ein Darlehen läßt sich nur absichern, wenn man das Grundstück als Pfand geben kann. Mit dem Erbbaurechtsvertrag trennt sich die Stadt, in diesem Fall für die Dauer von 50 Jahren, von der Rolle des Eigentümers. Das Grundstück unterliegt der Verfügung des Erbbaurechtsnehmers und konnte deshalb auch beliehen werden. Die größere Autonomie kostet Geld. In der derzeitigen Situaton läßt sich die Stadt die Pacht für die nächsten 50 Jahren in einer Summe auszahlen, anstelle wie sonst üblich jedes Jahr einen bestimmten Pachtzins zu kassieren.
Diesen Weg haben in der Zwischenzeit noch zwei weitere Wohnprojekte beschritten. In beiden Fällen kam der Anstoß zu diesem Schritt aus Finanzierungsengpässen, die in einem Fall durch ein Bankdarlehen ausgeglichen werden mußten, in dem anderen Fall war die Förderung daran geknüpft, daß das Objekt nicht mehr der Stadt gehört.
In beiden Fällen war die Durchsetzung des Projekts dadurch nicht gerade leicht. Im Wege des Erbbaurechts muß praktisch eine weitere Behörde (Liegenschaftsamt) von der Notwendigkeit des Schritts überzeugt werden, die dann über Liegenschaftsverwaltung (Finanzbehörde) erst die Kommission für Bodenordnung zu befragen hat. Letztere ist mit Vertretern der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien besetzt, eines der entscheidenden Mini-Parlamenten in der Freien und Hansestadt Hamburg, wo abseits von Presse und Öffentlichkeit Politik gemacht wird.

Kaufvertrag

Bislang ist es uns noch nicht gelungen einen privaten Eigentümer zu einem langfristigen Nutzungs- oder Erbbaurechtsvertrag zu überrreden. In einem Fall (Bergiustr. 29) ist dies fast gelungen. Doch der NH-Nord war das schnelle Geld lieber als die Pacht verteilt auf 17 Jahre. Dies läßt den vorläufigen Schluß zu, das nur der Verkauf von privaten Grundstücken auf diesenWohnprojekte entstehen läßt. Entscheidend ist hierbei die Haltung der Gruppe zur Eigentumsfrage. Für viele Gruppen, hauptsächlich mit jüngerer Zusammensetzung, kommt der Wandel vom Besetzer zum Besitzer nicht in Frage. Der Rollenkonflikt ist oft zu groß. Oft stehen bei Objekten nur Teile leer und die Bewohnergruppe die sich zum Kauf entschließt, sieht sich plötzlich in der Situation als Vermieter gegenüber Altmietern. Plötzlich stellen dann die Altmieter Forderungen an die Gruppe nach Instandhaltung, die sie zu diesem Zeitpunkt aus Geldmangel vielleicht ablehnen muß.
In einen Fall hat sich anläßlich des Konflikts um die Besetzung von leerstehenden Häusern im Privatbesitz eine Genossenschaft als Auffanggesellschaft gerundet. Zunächst in der Hoffnung, daß die Besetzer später noch Mitglieder der Genossenschaft würden, hat die Schanze e.G. im September 1987 die besetzten Häuser in den Schanzenstraße 41a, samt der dazugehörenden Vörderhäuser NR. 39-45, gekauft. Der neue Eigentümer hat in der Zwischenzeit mit den Besetzern einen Gruppenmietvertrag geschlossen. Die neuen Mieter haben sich zu diesem Zweck zu einer GbR (Gesellschaft bürgerlichen Rechts) zusammengeschlossen.
Derzeit verhandelt die Genossenschaft „Schanze e.G." über zwei weitere Grundstücke im Privatbesitz. In beiden Fällen gibt es eine Bewohnergruppe, die die zur Zeit leerstehenden Hinterhäuser wieder bewohnbar machen will, in die Eigentümerrolle gegenüber den Altmietern in den Vorder-

häusern aber nicht schlüpfen will.
Das entscheidende Problem beim Kauf ist jedoch nicht der Vertrag sondern die Finanzierung des Kaufpreises.

Vertragsgestaltung innerhalb der Wohngruppe: Der Verein

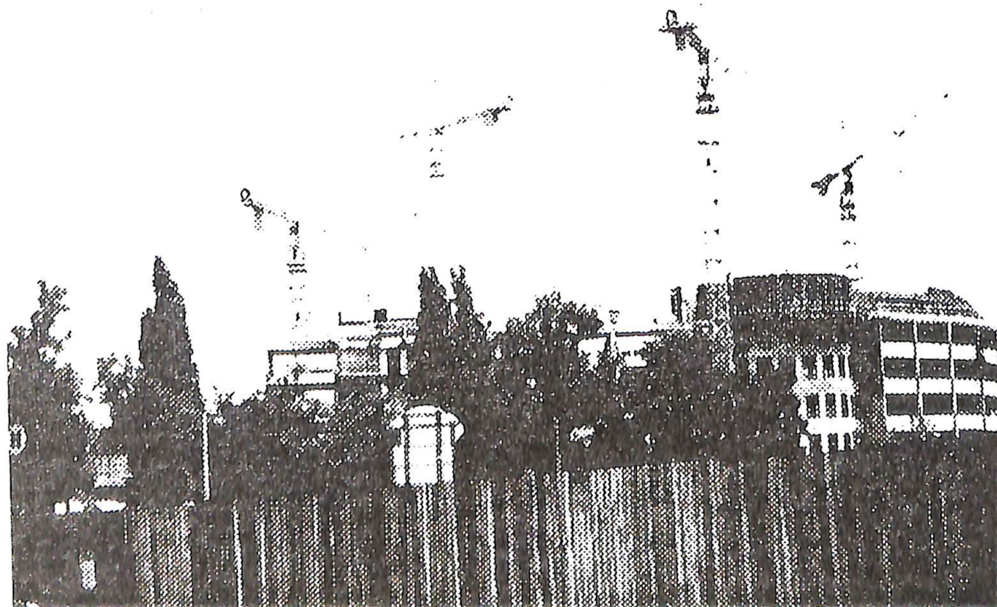
Viele Wohnprojekte haben sich als eingetragene Vereine organisiert. Die Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand. Die Satzung des Vereins legt den Zweck, das Eintreten oder Ausscheiden der Mitglieder, die Wahlmodalitäten, die demokratische Struktur sowie die Aufgabenverteilung zwischen den Organen des Vereins fest. Nur der Vorstand ist auch dem Registergericht und damit der Öffentlichkeit bekannt, die anderen Mitglieder sind nur im Verein selbst bekannt und der Verein ist nicht verpflichtet seine Mitglieder irgendwem zu melden.
Der Verein ist eine justistische Person, was insbesondere haftungsrechtlich bedeutet, daß nur diese juristische Person mit ihrem Vermögen haftet. Falls der Vorstand keine entscheidenden Fehler macht (grob fahrlässig oder betrügerisch handelt) ist auch er nicht haftbar zu machen. Die juristsche Person geht im Notfall unter und meldet Konkurs an oder wird aufgelöst. Auf jeden Fall ist auf das Privatvermögen der Mitglieder kein Zugriff möglich.
Der Verein verfolgt nur ideelle Ziele und darf Mitglieder nicht direkt wirtschaftlich fördern indem er ihnen Leisutngen zukommen läßt.
Der Verein stellt unter den juristischen Personen das geringste Maß an Verbindlichkeit für die Mitglieder dar. Der Ein- oder Austritt ist ohne großen Aufwand möglich. Es genügt die einfache Erklärung des Mitglieds.
Eine Verein ohne ausreichendes Vermögen hat einen entscheidenden Nachteil, wenn es um die Finanzierung geht, er bietet der Bank keine ausreichende Sicherheit und es gibt keine Bank, die ohne persönliche Zusicherung des Vorstands und/oder weiterer Mitglieder diesem Verein Geld borgt.
Wer nun gleich einen Verein gründen will, sollte sich zunächst den „Leitfaden für VereinsgründerInnen“ von der Johann-Daniel-Laweatz-Stiftung besorgen.

Die Genossenschaft

Auch die Genossenschaft ist nach ihrer Eintragung ins Register eine juristische Person. Auch hier gibt es Organe wie Mitgliederversammlung, Vorstand und Aufsichtsrat. Die Satzung legt den Zweck, Mitgleidschaft, die Rechte und die Pflichten der Mitglieder, die Aufgaben und die Organe, die Rechnungslegung, die Auflösung und Abwicklung sowie die Prüfung der Genossenschaft fest.
Die Genossenschaft ist aufgrund des Genossenschaftsgesetzes zu höherer Verbindlichkeit verpflichtet. Dies findet seinen Ausdruck zum Beispiel in den zu zahlenden Genossenschaftsanteilen, in der möglichen Nachschußpflicht, in den Vorschriften zur Rechnungslegung und zur jährlichen Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer des genossenschaftlichen Prüfungsverbandes. In der Gründungsprüfung werden neben der rechtlichen Prüfung, in der geprüft wird, ob die Satzung mit dem Genossenschaftsgesetz vereinbar ist, auch die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen und die persönliche Befähigung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder geprüft.
Eine Genossenschaft, die die Gründungsprüfung nicht überstanden hat, wird nicht zur Eintragung zugelassen. In diesen Fall bilden die Gründungsmitglieder eine Personengesellschaft bis die Vorraussetzung zur Aufnahme gegeben sind. In der Personengesellschafte haften die Personen auch mit ihrem Privatvermögen.
Die Genossenschaft ist verpflichtet ihre Mitglieder auf wirtschaftlichem Gebiet zu fördern. Der Verein verfolgt nur ideelle Ziele und darf die Mitglieder nicht direkt wirtschaftlich fördern, indem er ihnen Leistungen zu kommen läßt. Trotz allem gilt in der Genossenschaft im Unterschied zu Kapitalgesellschaften: Jeder Genosse hat unabhängig von der Höhe seiner Einlagen in der Mitgliederversammlung nur eine Stimme.
Nachteil für viele basisdemokratisch orientierte Zeigenossen: Die starke Stellung des Vorstands, so wie sie durch das Genossenschaftsgesetz vorgeschrieben ist.
Wer mehr zu den Genossehenschaften erfahren will, dem sei das Buch: „Gemeinsam und selbstbestimmt (Hrsg.: Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedanken e.V./Wohnbund e.V.) empfohlen.

Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)

Die Mitglieder des Besetzerplenums in der Schanzenstr. 41a haben sich in Abweichung der bisher geschilderten Organisationsformen in einer GbR organisiert.
Die GbR ist eine Personengesellschaft, die keine Organe, Eintragungs- oder Registerzwänge per Gesetz vorsieht. Die Gesellschafter sind frei in der Gestaltung ihres Gesellschaftervertrages. Der Klarheit willen empfiehlt es sich jedoch, ähnliche Regelungen, z.B. wie und zu welchen Fragen Entscheidungen getroffen werden und wer befugt ist, diese nach außen zu vertreten, vertraglich festzulegen.
In der Regel haftet die Gesamthand (also alle) für die Handlungen des einzelnen Gesellschafters der im Namen der GbR Geschäfte tätigt. Die GbR in der Schanzenstr. 41a versucht die Haftung auszuschließen, indem sie in ihren Schreiben die Kürzel mbH (mit beschränkter Haftung) an den Namen anfügt. Wer nun mit der GbR Geschäfte machen will, der wird sich den Gesellschaftvertrag näher ansehen. Der Gesellschaftvertrag der GbR verpflichtet die Gesellschafter nicht zu einer Einlage. Die GbRler verpflichten sich lediglich an der Instandsetzung durch Selbsthilfe mitzuwirken. Ein Haftungsvermögen exisitiert also nicht. Faktisch will sie also mit nichts haften. Praktisch hat sich auf dieses Konstrukt mit Annahme des Vermieters „Schanze e.G.“ (dem nichts anderes übrig blieb), niemand auf einen Vertrag mit der GbR eingelassen. Die Stromlieferungsverträge mußten deshalb über Einzelpersonen abgeschlossen werden. Die GbR darf keinen Eigennamen führen, sie muß alle Namen der Gesellschafter auf ihren Briefkopf schreiben.
(...)



Rechtsgrundlage

aus: Endriß Haas-Tröber: Achtung Polizei

Noch immer gilt: Auch das leerstehende Haus genießt den strafrechtlichen Schutz des § 123 StGB (Tatbestand des *Hausfriedensbruchs*). Dieser Auffassung muß aber entschieden entgegengetreten werden, weil für ein leerstehendes Haus oder eine leerstehende Wohnung vor dem Hintergrund des Mangels an Wohnraum überhaupt, erst recht aber billigem Wohnraum, ein »Hausrecht« nicht bestehen und es deswegen strafrechtlichen Schutz auch nicht genießen kann. Die Zweckentfremdungsverordnungen, die ein Leerstehenlassen von Wohnraum verhindern sollen, reichen nicht aus, um dies zu verhindern. Es ist ein Jammer: Zwar kann ein Eigentümer mit hohen Bußgeldern belegt werden, der Wohnraum zweckentfremdet, indem er eine Wohnung oder ein Haus leerstehen läßt; gleichzeitig genießt er gegen Personen, die den angestrebten Zweck erfüllen (nämlich die Wohnung oder das Haus beleben) ein vom Strafrecht geschütztes Hausrecht. Die Rechtsprechung ist aufgerufen, Veränderungen herbeizuführen. Hausbesetzungen bleiben aber eine riskante Sache. Immerhin:

Zwar sind Haubesetzungen in aller Regel strafbar, aber vielfach lassen die Eigentümer mindestens über die Eingehung befristeter Mietverhältnisse mit sich verhandeln! In aller Regel entfällt dann auch die Strafbarkeit, weil Strafanträge dann nicht gestellt oder doch zurückgenommen werden. Also: Öffentlichkeitsarbeit und verhandeln.

Auch ein Besuch beim Hausbesetzer kann strafbar sein, *aber* nur, wenn man weiß, daß der Besuchte kein Hausrecht hat.
Hausfriedensbruch ist schließlich nur auf besonderen *Strafantrag* strafbar. Die Richter neigen häufig dazu, solche Verfahren gemäß § 153, 153 a StPO einzustellen, weil die Schuld der Besetzer oft als gering anzusehen ist. Dies gilt insbesondere dann, wenn das Leerstehen der Häuser sich zugleich als Verstoß gegen die Zweckentfremdungsbestimmung darstellt.

Bislang angesprochen waren die gewaltfreien Hausbesetzungen. Kommt es zu Gewalttätigkeiten, liegt häufig eine Strafbarkeit wegen schweren Hausfriedensbruchs oder wegen Landfriedensbruch vor. Gewaltanwendungen ziehen also erhebliche Strafbarkeit nach sich. Sie geben zudem häufig erst den Vorwand zu Räumungsaktionen und schränken jeden Verhandlungsspielraum ein.

Repression

aus: wüster haufen (hrsg.): aufruhr. widerstand gegen repression und §129a

Während des letzten Jahrzehnts war so gut wie jede linksgerichtete soziale Bewegung in der BRD mit dem §129a konfrontiert. Aus Platzgründen beschränken wir uns auf die Anführung einiger exemplarischer »Fälle«.

Während im Rahmen der Organisationsdelikte zuvor gegen Hunderte von HausbesetzerInnen wegen §129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung) u.a. in Hamburg, Berlin, Nürnberg ermittelt wird und einige von ihnen deshalb auch zu Gefängnisstrafen verurteilt werden[40], ist der Verdacht auf »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung« die Begründung für eine Razzia im November 1984. 300 BeamtInnen durchsuchen 11 Wohnungen in Göttingen, Marburg und Bleckede. Die BewohnerInnen sind ehemalige BesetzerInnen der »Inneren Medizin« in Göttingen. Sie sollen 1981 zum »harten Kern« der Häuserkampfbewegung gehört und gemeinschaftlich Straftaten verübt haben. Das Verfahren wird nach einem Jahr eingestellt.

Auf Aussagen des »Kronzeugen« Walter Loos stützt sich ein Verfahren gegen den Frankfurter »Schwarzen Block«, den Rebmann im Juli 1981 mit dem Vorwurf des geschlossenen Auftretens bei Demonstrationen, der Sachbeschädigung sowie der Unterstützung der RAF zur »terroristischen Vereinigung« erklärt. In diesem Zusammenhang werden das damals besetzte Frankfurter »Freiland Intercity« geräumt und 30 Wohnungen im Rhein/Main-Gebiet durchsucht. Es gibt 54 Beschuldigte und 6 Haftbefehle. Als Loos kurz darauf alle seine Aussagen widerruft, bricht das selbst für BAW-Verhältnisse gewagte Konstrukt in sich zusammen.[41]

Aus der geschilderten Anwendungspraxis des §129a gegen militante Teibereichsbewegungen geht relativ eindeutig hervor, daß damit primär die Ausforschung und Einschüchterung sowie wohl auch die Abschottung dieser Bewegungen bezweckt wird. Bei den allermeisten Ermittlungsverfahren ist von Beginn an klar, daß es nie zu einer Anklageerhebung kommen wird, vereinzelt wurde jedoch auch eine langjährige Verurteilung angestrebt.

Rechtsformen, auch für legalisierte Häuser

aus: (Archiv)

Verfügungsform Rechtsform	Eingetragener Verein (e.V.)	Eingetragene Genossenschaft (e.G.)	Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Nutzungsvereinbarung	gut geeignet, da als Ansprechpartner des Eigentümers eine juristische Person besser ist als eine Privatperson; schnell zu gründen	nur geeignet, wenn schon die Übernahme des Grundstücks in Eigentum oder Erbbaurecht feststeht; sonst zu aufwendig	allenfalls für kleine Gruppen (max. 5 Pers.) geeignet, die später kaufen wollen: jedes Mitglied muß unterschreiben, da Gruppe nicht rechtsfähig	nicht zu empfehlen
Selbsthilfe-Mietvertrag	mit Einschränkungen geeignet	nicht geeignet, da zu aufwendig	nicht geeignet, da Gruppe nicht rechtsfähig	nicht zu empfehlen
Hausselbstverwaltungsvertrag	mit Einschränkungen geeignet	nicht geeignet	nicht geeignet, da Gruppe nicht rechtsfähig	geeignet, wenn verbunden mit Geschäftsbetrieb
Dauernutzungsvertrag gem. WEG	mit Einschränkungen geeignet	geeignet	nicht geeignet, da Gruppe nicht rechtsfähig	nicht zu empfehlen
Erbbaurecht	mit Einschränkungen geeignet	geeignet	geeignet bei kleinen Gruppen, jedes Mitglied muß unterschreiben	nicht zu empfehlen
Wohnungseigentum	nicht zu empfehlen	nicht geeignet	geeignet	nicht zu empfehlen
Grundstückseigentum	nicht zu empfehlen	geeignet, zu empfehlen	geeignet, bei kleinen Gruppen oder Verbindung mit Gewerbebetrieb	geeignet, wenn verbunden mit Gewerbetrieb

Tafel II: Eignung der Rechtsformen für Selbsthilfegruppen in Abhängigkeit von den Verfügungsmöglichkeiten

Besetzung (il)legal?

aus: AKS - Arbeitskreis Berliner Selbsthilfegruppen im Altbau e.V.

Speziell für den Osten:
Der mögliche rechtliche Status eines Hauses teilt sich im Osten in 3 Kategorien:

- Privatrechtlich verwaltet: Eigentümer steht im Grundbuch; es existiert ein privatrechtlicher Vertrag zwischen Eigentümer und Verwalter über die Verwaltung des Hauses; zuständig ist erstmal der Verwalter (z.B. Wohnungsbaugesellschaften (WBG)), wenns mit denen Schwierigkeiten gibt kann Man/Frau mit dem Eigentümer weiter verhandeln der sowieso das letzte Wort hat und auch seinen Vertrag mit dem Verwalter jederzeit künigen kann.

- Staatlich verwaltet: Das Haus wurde in Verwaltung des Staates genomen (z.B. nach Republikflucht des Eigentümers); Eigentümer steht im Grundbuch; der Staat hat die Verwaltung an die WBG übertragen, diese sind bis zur Aufhebung der staatlichen Verwaltung für die Häuser zuständig; der Eigentümer kann Handlungen des Verwalters blockieren und die staatliche Verwaltung in der DDR wird zum 31.12.1992 für alle staatlich verwalteten Häuser per Gesetz aufgehoben sofern die Eigentümer die Verwaltung wieder übernehmen.

- Volkseigentum: Eigentum des Staates, dieser steht auch im Grundbuch (z.B. Magistrat von Berlin, Stadt(Kommune) Potsdam, Komunale Wohnungsverwaltung (KWV), etc.); Verwaltung der Häuser wird vom Staat an einen Verwalter (z.B. WBG) übertragen, der dann als erster zuständig ist; gibts mit dem Schwierigkeiten kann mit dem Eigentümer (z.B. der Stadt Potsdam sprich die "demokratisch gewählte" komunale Bürgervertretung) weiter verhandelt werden.

Bei volkseigenen Häusern kann ein "Alteigentümer" (im Prinzip jeder der mal im Grundbuch als Eigentümer eingetragen war - auch durch unsere sowjetische Brüder enteignete Nazis und Kriegsverbrecher) einen Anspruch auf Rückübertragung des Hauses stellen; bei mehreren Anträgen gilt der ältere Antrag; entschieden wird darüber beim örtlichen "Amt zur Regelung offener Vermögensfragen"; zuständig ist der vom Staat bestellte Verwalter; sein Handlungsspielraum wird jedoch formal durch das Vermögengesetz (VermG) eingeengt; im Prinzip kann er jedoch alles machen bis das Haus rückübertragen wird (der "Alteigentümer" wird wieder im Grundbuch eingetragen); **Enteignungen von Nazis zwischen '45 und '49 (gibts offizielle Listen von) werden nicht rückgängig gemacht !!!!**

Grundbuch: Das heilige Buch des kapitalistischen Systems - Boden ist Eigentum. Im Grundbuch wird das Eigentum an Grund und Boden erfasst; für jeden Krümmel Land muß ein Eigentümer existieren; in diesem Buch darf nicht radiert und gestrichen werden, geführt werden diese Dinger schon seit über einem Jahrhundert; ohne Grundbuch ???; kann Man/Frau reinkucken wenn berechtigt (z.B. durch Miet- oder Pachtvertrag); im Grundbuch oder Liegenschaftsamt.

Kurze Exkursion ins bürgerliche (Würg!) Gesetzbuch (BGB):

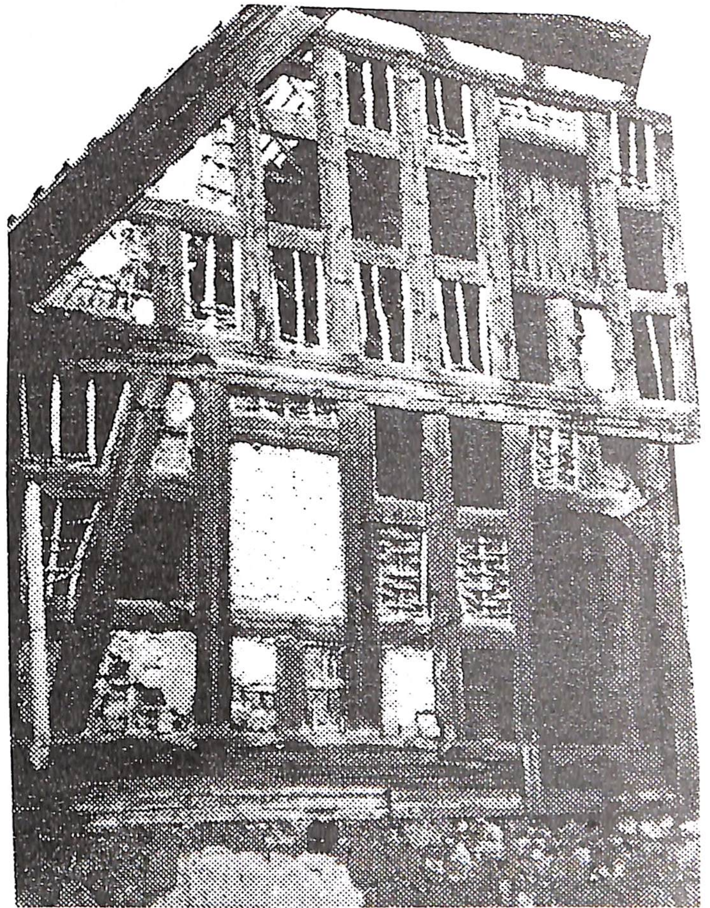
Prinzipiell unterscheidet das BGB zwischen Besitz und Eigentum. 1.Beispiel: A kauft sich Feuerzeug, B klaut's ihm - A ist Eigentümer und B Besitzer des Feuerzeugs. 2. Beispiel: Volkseigenes Haus ohne Antrag auf Rückübereignung: Eigentümer die jeweilige Komunne, Besitzer die örtliche WBG als Verwalter.

Durch eine Besetzung wird einer Person (z.B. einer juristischen Person wie einer WBG) der Besitz entzogen (ja,ja alle Hausbesetzer werden mit der Besetzung zu Hausbesitzern). Nach § 858 BGB ist dieser Entzug illegal und nach § 861BGB kann der Besitzer seinen Besitz zurückholen oder zurückfordern - z.B. durch Räumung mit den Grünkitteln.
Versäumt der Besitzer dies länger als 1 Jahr oder duldet er den Besitzentzug für mehr als 1 Jahr (z.B. durch ausdauerndes Verhandeln der Besetzer) so verfällt sein Anspruch auf den Besitz - § 864 BGB. Der ehemalige Besitzer(Verwalter) kann nach einem Jahr keine Räumung mehr durchsetzen.

Aber:

Der Eigentümer (privat oder öffentliche Hand) kann die Herausgabe des Eigentums vom Besitzer verlangen - § 985 BGB. Das geht aber nur auf dem Weg der Klage beim Amts- oder Landgericht, wovon Man/Frau auf jeden Fall erfährt und was im Moment im Schnitt länger als 1/2 Jahr bis zur Entscheidung dauert.

Ein aktuelles Urteil, das auch für den Osten Bedeutung hat:
Marchstr./1Steinufer im Westen von Berlin ist seit 2 Jahren besetzt und Landgericht Berlin hat entschieden, das durch diese Zeit ein mündlicher Nutzungsvertrag zwischen den Besetzern und den Eigentümern besteht - sie bleiben drin (Hoy y siempre !!!)



BesetzerInnenrat

aus dem Einladungspapier zum Kongreß

Nach unserer Vorstellung kommt ihm eine wichtige Rolle im Häuserkampf zu. So dient er der Abstimmung des Vorgehens der verschiedenen besetzten Häuser untereinander, insbesondere was Beratungen mit AnwältInnen und das Verhalten sowie die Verhandlungsstrategie der Stadt gegenüber angeht. Er ist ferner Anlauf- und Informationsstelle für die BesetzerInnen und dient dem Erfahrungsaustausch und der Beratung. Gleichfalls ist er Sprachrohr nach außen, was Verhandlungen mit der Stadt und die Schaffung einer Öffentlichkeit bzw. Mobilisierung der UnterstützerInnen angeht.

Damit schafft er aber auch ein Gefühl der Stärke und Solidarität zwischen den HausbesetzerInnen und bewirkt so eine Geschlossenheit in der jeweiligen HausbesetzerInnenszene einer Stadt. Mit ihm stehen und fallen damit auch die Chancen für die BesetzerInnen ihre Häuser zu erhalten und ihre Projekte zu verwirklichen.

Gerade im BesetzerInnenrat treten allerdings auch die meisten Probleme auf, die zum Teil darin begründet sind, daß die einzelnen Häuser unterschiedliche Projekte durchführen wollen und unterschiedliche Vorstellungen, sowohl von ihrer praktischen Arbeit, als auch vom Wie der Durchsetzung ihrer Projekte gegenüber der Stadt haben. Ein leidiges Thema hierbei ist z.B. die Frage der Gewaltbereitschaft.

Häufig fehlt es auch an der gegenseitigen Akzeptanz der unterschiedlichen Gruppen untereinander, weil z.B. Gruppen nicht links genug sind oder in einigen Punkten Ansichten vertreten, die nicht mit der Mehrheit der im BesetzerInnenrat vertretenen Häuser konform gehen.

Vielfach kochen die einzelnen Häuser auch ihr eigenes Süppchen und beschäftigen sich mit eigenen Problemen, ziehen sich also in die Isolation zurück, anstatt Wert auf kollektives Handeln zu legen. Oft entstehen Probleme auch aus der Differenz zwischen Anspruchsdenken und Wirklichkeit, sowie in internen persönlichen Konflikten der BesetzerInnen untereinander, die in dem BesetzerInnenrat getragen werden, ohne Bezug zur eigentlichen Sache, wobei häufig das eigentliche gemeinsame Ziel, der Häuserkampf und die Schaffung von Freiräumen, völlig vergessen wird.

Zusätzliches Problem ist noch, daß die Arbeit des BesetzerInnenrates teilweise sehr zäh voran geht, daß einige Häuser wegen mangelndem Interesse nur sporadisch erscheinen, bis dann die ganze Sache vielleicht sogar völlig zum Erliegen kommt oder die Arbeit auf dem Rücken Weniger lastet. Dabei wäre der BesetzerInnenrat an sich auch ein geeigneter Szene-Treff für Diskussion und zur Organisierung von anderen Sachen und Aktion. Eine Aufteilung in einzelne Arbeitsgruppen wäre dann überlegenswert.

Kontakt über BesetzerInnenkongreß

Unsere Stärke liegt im Kiez

Bewegung bei den Berliner HausbesetzerInnen

aus: taz-Journal Nr. 3

Anfang 1981 werden innerhalb weniger Wochen über 100 Häuser neu besetzt. Erst Anfang März zieht der Übergangssenat unter Ex-Justizminister Vogel erste Räumungen durch. Danach verstärken sich in Besetzerkreisen Konflikte um die Perspektiven der Bewegung. Ein Teil möchte noch vor den Neuwahlen im Mai die Zukunft der Häuser vertraglich absichern, ein anderer Teil will sich die erkämpften rechtsfreien Räume und vorallem die Forderung nach Freilassung der Gefangenen nicht ab(ver)handeln lassen.

Die Stimmung in der Szene brodelt - der Besetzerrat steht Ende April kurz vor der Spaltung. In dieser Situation veröffentlicht eine Gruppe Kreuzberger Hausbesetzer zusammen mit Mietervertretern, Kollektiven und Aktionisten im Kiez einen Vorschlag, der darauf hinausläuft, 'Blockräte' zu bilden und bestimmte Übergangsregelungen mit dem Senat zu treffen, um in die politische Offensive zu kommen. Jonny Eisenberg sprach mit einem Angehörigen dieses 'Blockrates'.

Wie kommt ihr denn gerade jetzt zu eurem Vorschlag, den ihr im letzten Besetzerrat gemacht habt?

Es ist einfach die Geschichte, daß wir die Schnauze voll haben. Das ist daher gekommen, daß hier im Kiez totale Unzufriedenheit in den Häusern herrscht über das, was im Bezirksbesetzerrat und dem Gesamtbesetzerrat läuft. Wir haben uns gesagt, daß man jetzt einmal Öffentlichkeitsarbeit machen muß hier im Kiez und daß man ne Öffentlichkeitsarbeit machen muß, die nicht bestimmt wird von außen, sondern von uns hier im Kiez. Und das ist nicht gelaufen. Gerade hier merkste das ganz genau, weil hier Strukturen vorherrschen, wo sich jeder kennt. Die Arbeit ist nicht gelaufen, weil wir selbst geschlampt haben, weil wir uns im Besetzerrat von Leuten, die die Verhältnisse hier im Kiez gar nicht kennen, immer wieder davon haben abhalten lassen. Wir sind dann auch wochenlang nicht mehr auf die Besetzerräte gegangen, weil wir frustriert waren.

Für wen sprichst du mit deinem „wir"?

Wir sind erst mal die Leute hier aus dem Kiez, 6 oder 7 Häuser, verschiedene Initiativen und dem Mieterrat. Wir haben gemerkt, daß es so nicht weitergehen kann. Wir haben ja auch viel mit Mieterläden, schon lange Zeit, zu tun. Einige arbeiten da auch mit. Wir haben vor vier oder fünf Wochen schon mal auf dem Besetzerrat gesagt, daß wir Blockräte bilden müssen, damit die Arbeit in den Blöcken intensiver laufen kann, zur wirklichen Mieter- und Blockarbeit, d.h. zur wirklichen Selbstbestimmung im Kiez. Die Diskussionen im Besetzerrat sind inhaltsleer geworden, als er so groß wurde: Chaotisch, und wirkliche Diskussionen, wo man auf den Punkt kommt: Erfahrungen, die sind einfach nicht mehr gelaufen. Früher, als im Besetzerrat nur sieben Häuser waren, da ist das echt gut gelaufen. Später, nachdem 12.12. war ne unheimlich gute Power in den Leuten, da war das auch gut, das wir zu vielen zusammengekommen sind. Aber als er dann immer größer wurde, haben wir mal den Vorschlag gemacht, Bezirksbesetzerräte zu gründen und von jedem Bezirksbesetzerrat zu schicken, die dann sinnvoll miteinander diskutieren können. Was ist aber gelaufen? Jeder kommt, der Bock hat und jeder powert seinen Senf durch. Entscheidungen konnten im Besetzerrat schon seit längerer Zeit kaum noch gefällt werden. Wenn man das vergleicht mit der Situation in Zürich, London oder Amsterdam, da läuft das anders.

Mit dem Punkt meinst du jetzt, daß die Besetzer sich hätten überlegen müssen, wie soll unser Kiez mal aussehen, wenn die Leute frei sind?

Der Punkt war auch, wie schaffen wir den Druck, daß die Leute mal raus kommen, da ist ja auch nichts gelaufen. Da wurde höchstens mal gesagt, wir machen Aktionswochen, wir machen ne Demo, wir machen Stadtteilfeste, die sind auch gut, aber was folgt nach? Gar nichts. Dann gibts mal wieder Krawalle, dann fliegen mal'n paar Steine und anfangs hatte das alles ja auch noch die Sympathie der Bevölkerung. Wir haben die Krawalle auch mitgemacht. Das weiß hier in Kreuzberg jeder. Aber irgendwann ist das Mittel der Straßenschlacht mal ausgeschöpft. Das letzte Ding am Ku-Damm wegen des Hungerstreiks, das hat hier im Kiez nur gegen uns gearbeitet. Die haben das nicht mehr verstanden. Mir haben hier Bewohner, Proleten, gesagt: ich finde das gut mit den Hausbesetzungen, ich hab da auch unheimlich viel gelernt durch, auch zu den Steinen am Anfang haben die original gesagt: ich find's gut, daß ihr soviel Dampf gemacht habt. Aber jetzt sagt er, gut, jetzt wissens wirs, jetzt müßt ihr mal anfangen, was mit euren Häusern zu machen und im Kiez. Das sind unsere Erfahrungen. Wir reden auch mit den Leuten, wir machen ne kleine Zeitung, wir gehen durch die Häuser, wir wissen deshalb einfach, wie die Stimmung hier ist.

Wirfst du anderen Häusern vor, daß sie sich um solche Sachen nicht kümmern?

Was wir gesehen haben, ist: „1, 2, 3, laßt die Leute frei", aber darüber sind wir nie hinausgekommen. Wir haben nicht überlegt, wie wir weiter machen, als wir gemerkt haben, daß die Krawalle für die Freilassungen nicht ausreichen. Wir haben schon vor Monaten gesagt, wir müssen Knastgruppen machen für die Gefangenen, ist auch nicht gelaufen, oder schlecht. Gekümmert haben sich nur Leute, die zufällig einen kannten, der eingefahren ist.

Und über die Forderung „1, 2, 3", haben wir andere Forderungen völlig vergessen: Kein Abriß, keine Bebauung über vier Stockwerke, keine Neubauten, keine toten Kinder mehr auf den Straßen, Selbstbestimmung in der Sanierung. Und das Ding ist, wir können diese Forderungen aufstellen, daß sind keine Verhandlungen. Am härtesten ist uns das aufgefallen, als sie hier in der Adalbertstraße nen Haus abgerissen haben, keiner von uns hat da was gegen gemacht. Nur noch „1, 2, 3". Alte Leute krepieren hier immer noch an TBC, tote Kinder im Verkehr. Die Mieterläden sind völlig überlastet, weil die Trennung zwischen Mietern und Besetzern immer weiter besteht. Mieterläden machen Mieterarbeit, Besetzer machen Besetzerarbeit, aber nie zusammen. Wenn wir in der Zeit seit Dezember straighter rangegangen wären, wenn wir uns auf Blockebene mehr zusammengeschlossen hätten mit all den Initiativen, Gruppen, Kommunen, Werkstätten, Kneipen, alles, was es hier gibt im Kiez, dann wären wir jetzt nicht an dem Punkt, wo wir uns fragen müssen: was ist nach den Wahlen? Und eins ist klar, die meisten von den Besetzern hoffen im Geheimen doch, das die SPD die Wahlen noch mal gewinnt, damit hier alles so weitergeht. Unsere Stärke liegt längerfristig darin, daß wir begreifen müssen, zu sagen, wir alle hier sind die Betroffenen, nicht ihr seid die Mieter, ihr seid gegen AKWs, Knäste und wir die Besetzer, sondern wir alle sind die Betroffenen. Und darum fordern wir gemeinsam dies und jenes. Und deshalb ist die Entscheidung darüber, was die besetzten Häuser hier im Kiez verändern, Entscheidungen letztlich aller Betroffenen, d.h. von allen Gruppen, die hier im Kiez aktiv sind. Wir haben auch gemerkt, daß die Diskussionen in so nem Blockrat besser sind. Wir kennen uns besser, sind näher dran. Wir finden leichter heraus, was wir wollen. Wir können unsere Gefuhle besser austauschen. Es wird ehrlicher und offener.

Eure Initiative zielt dann aber doch eigentlich weniger darauf, jetzt um jeden Preis mit dem Senat noch was auszuhandeln, sondern eher in der Suche nach einer wirkungs- und druckvolleren Organisation auf Blockebene.

Es geht uns auch darum, jetzt noch Kohle abzuziehen. Wir haben Informationen darüber, daß da jetzt noch was laufen kann. Die Wahlen spielen auch für uns ne Rolle. Es gibt hier Häuser, die noch nicht so lange besetzt sind, da kann man kaum wohnen. Keine Fenster, kein Strom, kein Wasser. Und es gibt hier Familien, die wollen aus ihrer 900-Marks-Neubauwohnung raus. Die brauchen aber ne bewohnbare Wohnung, die würden auch an den Häusern arbeiten, aber die brauchen auch Geld für die Instandsetzung. Unsere Überlegung ist, man kommt in den Häusern über den Sommer, aber wartet mal den Winter ab. Für uns selbst ist das nicht so nen Problem, weil wir hier schon über eineinhalb Jahre drin sind und am Haus gearbeitet haben.

Warum kommt ihr denn auf diese Ideen erst zwei Wochen vor der Wahl?

Ich habe das schon vor sechs Wochen im Besetzerrat vorgeschlagen mit den Blockräten. Alle haben gesagt, dufte, damit schaffen wir den Druck, den wir brauchen. Und ne Woche später wars vergessen. Bei uns wars halt auch so. Und dann wollten wir uns vor drei Wochen deswegen treffen, und dann waren die Räumungen und Durchsuchungen und so sind wir erst jetzt dazu gekommen. Wir treffen uns jeden zweiten Tag und ackern unheimlich. Außerdem hat dieser Blockrat nicht nur was mit den Wahlen zu tun: Die Strukturen hier sind, man kann fast sagen, seit Jahrzehnten gewachsenb. Ich bin einer der wenigen in dieser Bewegung, der hier aufgewachsen ist in Kreuzberg. An den Mieterläden hier kann keiner mehr was vorbei machen. Und die ganzen Kollektive hier, da kann auch ein CDU-Senat nicht viel gegen machen, wenn die zusammenhalten. Der Blockrat wird über die Wahlen hoinaus die Weiterarbeit hier ermoglichen. Egal, wie die ausgehen.

Unsere Stärke liegt im Block, wo wir uns gegenseitig kennen. Stell dir mal vor, nicht mehr nur die Besetzer fordern die Freilassung der Leute, sondern ganz normale Kiezbewohner. Wir sind nicht mehr so naiv, zu glauben, daß die 140 besetzten Häuser, die 2000 Besetzer und ihre 25.000 Sympathisanten und die Krawalle ausreichten, die Leute rauszuholen. Aber weil wir die anderen Forderungen (kein Abriß, Instandbesetzung der Häuser, Rausschmiß der Sanierungsträger aus dem Kiez, Forderung der Selbsthilfe der Bewohner) vergessen haben, standen wir den Leuten hier völlig abgehoben gegenüber. Als wir besetzt haben, haben wir gesagt: Wir haben keinen Bock mehr, daß unsere Lebenszusammenhänge hier zerstört werden, wir haben keinen Bock mehr, daß hier die Leute rausgesetzt und in die Betonsilos verplant werden, Jugendliche im Knast oder an der Fixe landen, auf den ganzen Konsumscheiß, bei Kaiser's den Fraß zu fressen, deshalb haben wir die Häuser besetzt, um dem auch was entgegen zu setzen, auch als nen Ansatz, hier im Block was zu entwickeln.

Warum glaubst du, hat der Besetzerrat vier Monate lang nicht nachvollziehen können, was du jetzt beschrieben hast?

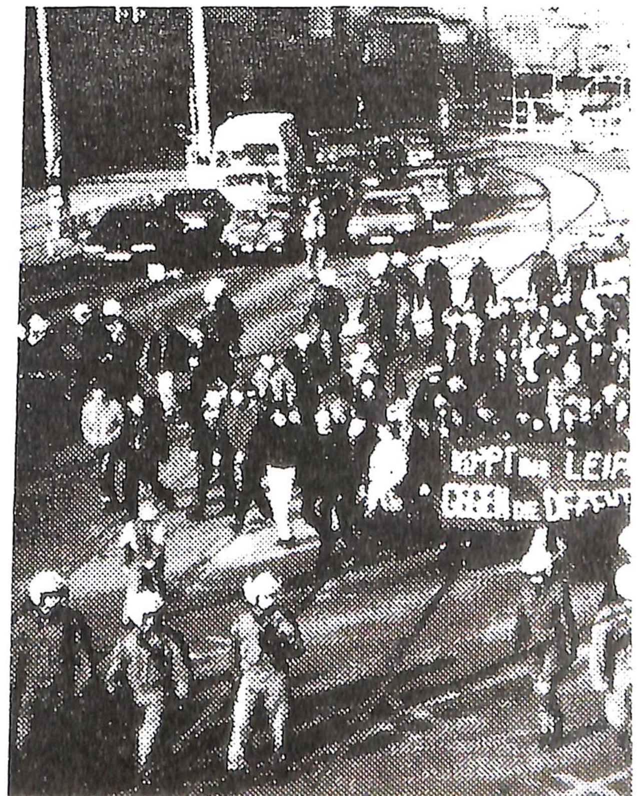
Die Leute hier kommen aus verschiedenen Situationen. Es gibt hier Besetzer, die reißen die Schnauze auf, obwohl die hier einen Monat in Berlin leben, einen Monat! Die haben die Zerstörung hier, das langsame Absterben der Stadtteile nicht mitgekriegt. Deshalb sind das zum Teil nur Phrasen, die die hier bringen. „Vernichtung von Lebenszusammenhängen" - „ja, ja!" Die verbinden zum Teil gar keine Perspektive mit den Häusern. Das tut mir oft weh! Ich mache den Leuten den Vorwurf, daß sie hier Häuser besetzt haben, weil es „in" ist. Abenteurertum vielleicht. Und ich sage erst mal, wir leben hier in Kreuzberg schon Jahre. Ich stehe hier als fast einziger, hier geborener Kreuzberger schon ganz schön alleine. Viele von den Hausbesetzern wissen gar nicht, worum es uns hier ging, als wir hier Häuser anfingen zu besetzen.

Und wie kommt es, daß die sich im Besetzerrat so durchsetzen konnten?

Da haben sich diese Leute nicht durchgesetzt, sondern die mit der größten Schnauze. Andere wurden da einfach untergebuttert. Und ne zeitlang durfte man einfach bestimmte Dinge, Verhandlungen, das Wort durfte man gar nicht sagen. Da gab es auch viel Angst. Aber das Problem war gar nicht diese Stimmung auf dem Gesamtbesetzerrat, sondern, daß wir von oben nach unten reagiert haben. Nicht die Bezirksbesetzerräte haben den Gesamtbesetzerrat beeinflußt, der dann die Vollversammlung, sondern von oben nach unten. Und dadurch wurde die Arbeit in den Bezirksbesetzerrat blockiert. Überschaubare Zusammenschlüsse in den Blöcken entstanden erst gar nicht. Da konnten sich Leute durchsetzen, die von den Kiezen gar keine Ahnung hatten. Ein gutes Beispiel für diese Strukturen ist, was kurzlich passierte: Da kamen Leute vom Besetzerrat Neukölln zu unserem Besetzerrat SO 36 und sagten: Wir haben über das Orlowsky-Modell diskutiert, sind aber nicht auf den Punkt gekommen. Wir schließen uns dem an, was ihr dazu sagt! Das ist doch pervers. Wir sind hier ja sowas wie'n Meinungsführer. Die Blockräte sollen sowas auch verändern. Von unten nach oben soll organisiert werden, dann muß sich unten jeder Gedanken machen und die auch äußern.

* Manne Wetzel ist wegen einer Auseinandersetzung zwischen der Polizei und Kreuzbergern, die am letzten 1. Mai eine Steinmauer auf dem Oranienplatz abrissen, zu zweieinhalb Jahren Knast verurteilt worden.

Werner ist 21 Jahre alt. Er ist in Kreuzberg 36 geboren und aufgewachsen. Nach Hauptschulabschluß und vergeblicher Lehrstellensuche versuchte er, zusammen mit anderen ein Lederkollektiv, später ein Fahrradreparatur-Kollektiv aufzubauen.
Vor Jahren lebte er im „Georg-von-Rauch-Haus", seit November 1979 in einem der ersten besetzten Häuser in Kreuzberg. Seine politischen Erfahrungen sammelte er in Schüler- und Knastgruppen. Vor drei Jahren saß er wegen einer Solidaritätsaktion mit einem Hungerstreik von Gefangenen zwei Monate im Knast.



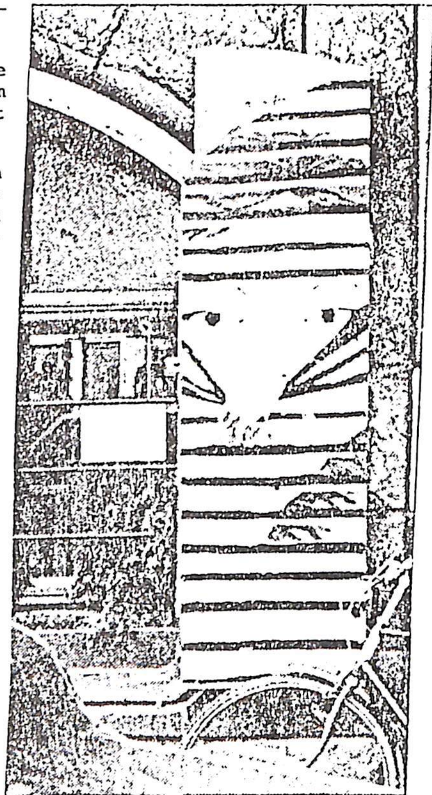
Das wars dann

oder über das unbemerkte Ende des PrenzelBerg - Rates

aus: BZ Nr. 22

Der BesetzerInnenrat Prenzlauer Berg hat sich politisch erledigt.

Sein Ende aber ist auf eine Art und Weise eingetreten, die selbst jene, die sich nach wie vor Woche für Woche unter dem Etikett „PrenzelBerg- Rat" treffen, nicht bemerkt haben. Es gibt ihn also noch- und trotzdem existiert er nicht mehr.



Diese Entwicklung war abzusehen. Schon vor viereinhalb Monaten wurde in der „BZ" (Nr.13) das „Ende der Fahnenstange" beschworen. Konsequenzen sind aus Warnungen, Kritiken und Totsagungen aber nicht gezogen worden. Das diese Entwicklung nun ausgerechnet den BesetzerInnenrat in Ostberlin trifft, der sich als erster im Januar 1990 konstituiert hatte und der nach dem Scheitern des Gesamtberliner B- Rates als einziger kontinuierlich weiter arbeitete, macht besonders traurig. Zu befürchten ist aber, daß hier eine Entwicklung vorweggenommen wird, die früher oder später alle Räte dieser Art treffen wird- oder, in vergangenen Bewegungsphasen, bereits getroffen hat. Eine grundsätzliche Kritik dieses „Räte- Modells" am Beispiel der BesetzerInnen-Räte ist daher notwendig.

Die Macht des Augenblicks

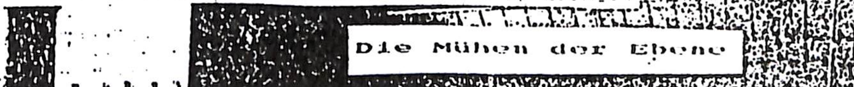
Räte entstehen immer spontan, wenn innerhalb sozialer Auseinandersetzungen größere Gruppen von Menschen ihren Widerstand gegen herrschende Verhältnisse organisieren müssen. Sie dienen zunächst dazu, diesen Widerstand zu strukturieren, unterschiedliche Ansätze und Herangehensweisen zu besprechen, Verständigung herbeizuführen und schließlich all die verschiedenen Vorstellungen unter einen Hut zu bekommen. Zersplitterung der Kräfte in der Auseinandersetzung soll verhindert werden. Das Bewußtsein, daß vielmehr nur ein Zusammenhalt untereinander die nötige starke Position gegenüber der „anderen Seite" verschafft, ist in dieser Phase das verbindende Element. Aus einer solchen Entstehung heraus erklärt sich, daß diese Räte zunächst rein informelle Gremien sind, ohne Entscheidungsbefugnis, ohne Weisungsrecht gegenüber den in ihnen arbeitenden Gruppen.

Genauso verhielt es sich in den Anfängen auch mit dem im Prenzlauer Berg entstandenen BesetzerInnenrat. Auch hier stieß man sehr schnell an die Grenzen dieser Organisationsform. Aktions- und Verhaltensvorschläge mußten immer erst in die Häuser zurückgetragen werden, um dann dort diskutiert und gegebenenfalls beschlossen zu werden. Um zu einer von allen getragenen Entscheidung zu kommen, waren immer mehrere Diskussionsgänge im Rat notwendig, was kurzfristiges Handeln sehr erschwerte. Gleichzeitig wurde jedoch durch eine solche Verfahrensweise verhindert, daß sich der Rat verselbständigte oder aber Zentralrats-Allüren annahm. Grundvoraussetzung für politisches Handeln blieb so der politische Konsens aller Beteiligten.

Die Auseinandersetzungen, als deren Instrument derartige Räte entstehen, verändern sich jedoch fortwährend. Aus zunächst diffusen Gegensätzen entwickeln sich in relativ kurzer Zeit feste gegensätzliche Fronten. Die Bewegung, die die Räte hervorbrachte, verbreitert sich. Immer mehr Gruppen stoßen hinzu und bringen ihre im einzelnen recht unterschiedlichen Ansprüche und Haltungen ein. Mit der Breite einer sozialen Bewegung nimmt aber auch ihre Brisanz für die etablierten Verhältnisse zu. Sie ist nicht mehr nur als Randerscheinung abzutun, sie droht allein durch ihre Präsenz destabilisierend zu wirken. In dem die öffentliche Resonanz steigt, die die Bewegung hervorruft, muß die "andere Seite" ihre Gegenmaßnahmen verstärken - sei es zum Schutz, sei es, was innerhalb der gesellschaftlichen Wirklichkeit entwickelter kapitalistischer Systeme und ihrer Machtverhältnisse viel wahrscheinlicher ist, um "das Gesicht zu bewahren". So werden die Räte zu echten Kampfmitteln der Widerständler in sich wechselseitig aufschaukelnden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Immer hinderlicher wird ihnen dabei aber, was wenige Monate vorher noch als Vorteil gegolten hat: sie sind von ihrer inneren Struktur her zu schwerfällig, um wirklich schnell auf Attaken des politischen Gegners reagieren zu können. Bloße Koordinierung tritt in den Hintergrund, die Räte werden mehr und mehr zu Initiatoren von Widerstandshandlungen.

Aus den Anfängen des Häuserrates im Prenzlauer Berg war in jener Phase der Entwicklung ein Gesamtberliner BesetzerInnenrat entstanden. Dem vorausgegangen waren viele Besetzungen in anderen Ostberliner Stadtbezirken, vor allem in Friedrichshain. Konsequenter Weise vertrat nun ein BesetzerInnengremium Gesamtforderungen gegenüber mindestens drei städtischen Verwaltungen, was der Bewegung einen zusätzlichen taktischen Vorsprung verschaffte. Daraus entstehen dann Gesamtverhandlungen, koordinierte Aktionen gegen kommunale Wohnungsverwaltungen und Bezirksämter, um den aus der Bewegung kommenden Druck maximal und effektiv umzusetzen. Gleichzeitig veränderte sich jedoch das interne Selbstverständnis des B-Rates. Mehr und mehr tauchten innerhalb des B-Rates Forderungen nach festen Strukturen (feste Arbeitsgruppen, Deligiertenprinzip, "Veramtung" von SprecherInnen und SchriftführerInnen) auf und schließlich wollte der BesetzerInnenrat sich als entscheidungsbefugtes, übergeordnetes Ratsgremium verstanden wissen. Damit sollte der unverändert bestehneden Entscheidungsschwerfälligkeit des Rates begegnet zu werden. Doch dieser, an sich vernünftige Ansatz wurde schnell zum Zerrbild, als nämlich für neue besetzte Häuser Bedingungen für eine Mitarbeit im Rat aufgestellt wurden. Immer mehr Gruppen warfen dem Rat vor, er instrumentalisiere und bürokratisiere sich. Schließlich zogen sie sich aus dem Rat zurück.

Damit hatte der Rat alle Vorteile, die er für die Bewegung besessen hatte, aufgegeben. Als Instrument war er bedeutungslos geworden, einzig ein zusätzliches Konfliktfeld (der "Ost-West-Konflikt) war innerhalb der Bewegung entstanden. Und das, während zur selben Zeit die damals zuständigen Bezirksverwaltungen und der MagiSenat ihre Positionen festigten und gegenüber den BesetzerInnen ausbauten. (näheres zu den Querelen innerhalb des Gesamtberliner B-Rates siehe DZ Nr. 8 + 9, 2.Jhg.)



In der Folge entstanden wieder auf einzelne Bezirke beschränkte BesetzerInnenräte (Friedel-Rat, Mitte-Rat, PrenzelBerg-Rat), die versuchten, dem ursprünglichen Prinzip folgend, die Gruppen in den jeweiligen Stadtbezirken zu organisieren und wenigstens auf dieser, beschränkten Ebene den Informationsaustausch unter den Gruppen ihres "Bereiches" nicht abreißen zu lassen. Dieser objektive Rückschritt wurde von vielen Leuten innerhalb der Bewegung auch so empfunden. Die durch die Staatsmacht aufgezwungene Dynamik der Ereignisse ließ der Bewegung aber nicht genügend Zeit zu vernünftiger Reflexion. Mit der nach der Räumung der Mainzer Straße einzetzenden Stagnation versandete auch die Arbeit der Räte vollends.

In gewissen Sinne eine Ausnahme bildete der PrenzelBerg-Rat. Die Ablehnung von vielen Häusern aus dem Prenzlauer Berg, die gegenüber dem Gesamtberliner Rat formuliert worden war, hatte nämlich auch einen politisch-taktischen Hintergrund. Entgegen der Mehrheitsaufassung favorisierten die Häuser im Prenzlauer Berg das aus den Tagen des DDR-Aufbruchs stammende Modell eines Runden Tisches zur diskursiven Lösung der anstehenden Probleme. Der Rat im Prenzlauer Berg faßte den Beschluß, einen solchen Tisch auch gegen die Haltung aller anderen BesetzerInnen zu instalieren, um damit eine neue Etappe der politischen Auseinandersetzung zu eröffnen.

Nach der militärischen Niederlage der Bewegung in der Mainzer Straße fühlten sie sich in ihrem Enschluß um so mehr bestätigt. In einer Selbstbestimmung, die zu den Wurzeln der BesetzerInnen-Räte zurückkehrte (informeller Zusammenhang), wurde gleichzeitig ein neues politisches Konzept entwickelt, mit dessen Umsetzung der Rat im Konsens betraut wurde. Dabei stützte sich der Rat anfangs nur auf eine Minderheit der besetzten häuser im Prenzlauer Berg - die anderen hatten - entnervt von den Auseinandersetzungen im Gesamtberliner B-Rat - längst die "Einheitslinie" verlassen und in Einzelverhandlungen versucht, ihre Häuser zu sichern. Indem diese wenigen Häuser aber das Prinzip des politischen Konsens nicht verließen und gleichzeitig eine neue Ebene der politischen Auseinandersetzung diktierten, blieben sie Subjekte der Auseinandersetzung, während sich andere Gruppe in die Defensive, in eine Verteidigungshaltung (permanenter Räumungsdruck während der Monate November und Dezember 90 und Räumungen Dez.90 und Jan. 91 in Friedrichshain) drängen ließen und so zum Objekt der Ereignisse wurden.

Damit war zumindest im Prenzlauer Berg die erste entscheidende Hürde genommen worden. Die einmal geschaffenen Instrumente der Auseinandersetzung (hier: der B-Rat) hatten sich neuen Gegebenheiten anpassen können, und dabei doch die Funktion erhalten, selbst zu bestimmen, wann was wie geschieht, d.h., selbst Motor zu bleiben und dadurch in der Hand zu behalten, die Geschwindigkeit der Ereignisse - und aufs erste auch ihre Richtung - zu bestimmen. Die notwendige Anpassung an die Dynamik der Auseinandersetzung wurde vollzogen, ohne zwischendurch eingetretene Ergebnisse und Tatsachen außer Acht zu lassen. Und dies bei gleichzeitiger Beibehaltung der ursprünglichen Vorstellungen von der politischen Selbstorganisation (hier: das Konsensprinzip). Zur Kenntnis genommen werden konnte so auch die Tatsache, daß das "eigene Lager" längst nicht so einheitlich war, wie man es im aktuellen Widerstand gerne gehabt oder gebraucht hätte. So gelang es, Gruppen, deren primär sozialer Widerstand nicht politisiert worden war, eben politisch wieder einzubinden. Das war nichts anderes, als die eigenen Kräfte "nach der Schlacht" wieder zu konsolidieren.

Widerspruch gegen die Verfahrensweise der PrenzelBergerInnen blieb nicht aus. Hauptvorwurf: man mache gemeinsame Sache mit dem "Schweinesystem". Und dennoch lag soviel Kraft in dem Vorstoß, daß sich selbst die Widersacher aus den eigenen Reihen neu organisieren konnten (B- + Tat-Rat), um ihr gegensätzliches Konzept zu formulieren. Jedoch standen sich die inneren Lager unversöhnlich gegenüber, so daß es der gesamten Bewegung nicht gelang, sich selbst inne zu werden.

In den Monaten der ersten Verhandlungen am "Runden Tisch Instandbesetzung" im Prenzlauer Berg übernahm der Rat hauptsächlich koordinative Funktionen.

Die Verhandlunglinie für die jeweils nächste Rund am Tisch wurde festgelegt, die SprecherInnen jeweils für einen Verhandlungsgang autorisiert, für alle zu sprechen. Gleichzeitig versicherten sich die BesetzerInnen im Rat permanent ihrer eigenen Stärke, was konkret bedeutete: der Zahl der durch den Rat am runden Tisch vertretenen Häuser. Diese Vertretung beschleunigte gleichzeitig die Einigung im Inneren der jetzt lokal beschränkten Akteure.

Dem PrenzelBerg- Rat gelang es auf diese Art und Weise, zumindest, gegenüber der Verwaltung einen unbeschränkten Vertrtungahspruch geltend zu machen. Alle Äußerungen von BesetzerInnen waren koordinierte Aussagen, man sprach hier mit einer Stimme, wurde schnell politisch handlungsfähig- und dies auch über den Bezirk hinaus. Eine neue Hochzeit des Rätemodells auf der politisch handelnden Seite war angebrochen.

Und doch liegen gerade in dieser Hochstimmung die Wurzeln des späteren Scheiterns des gesamten Rätemodells begründet. Daß sich im Inneren um eine höchst heterogen „Bewegung" handelte, wurde von Anfang an erfolgreich verdrängt.

Die Abkopplungen von Entwicklungen in anderen Bezirken (durch die äußeren Umstände begünstigt) war schließlich nahezu vollständig. Entscheidender aber war der Trugschluß, man könne eine einmal erreichte Ebene der politischen Auseinandersetzung konservieren- und dies sowohl gegen die Veränderungen im eigenen Lager als auch nach außen hin. Die erste Entwicklungsetappe des Streites ist erfolgreich gestaltet worden, die zweite wird nicht mehr wahrgenommen. Verwaltungen die dazu neigen, bestehende oder entstehende Machtverhältnisse zu konservieren, bestimmen zunehmend die Handlungen des Rates. Die politische Offensive wird pö a pö aus der Hand gegeben.

Metamorphose oder Mutation

Der Rat im Prenzlauer Berg erreicht Erfolge: Verträge werden parafiert, die als Modell für alle anderen zukünftigen Verhandlungen gedacht sind. Auf diese Art und Weise werden alle besetzten Häuser im Stadtbezirk „gesichert". Das positive Beispiel bringt schließlich auch ähnlich zusammengesetzte Verhandlungsgruppen (vulgo: Rund Tische) in den anderen Bezirken in Schwung; ähnliche bezirksweise Verhandlungeslösungen kommen schließlich überall zustande.

Doch der PrenzelBerg-Rat macht auch, während anderswo die Rate wieder im Aufwind sind, eine andere Erfahrung. Kaum sind die Ergebnisse am Runden Tisch ausgehandelt, sinkt die Teilnahme von Gruppen an den wöchentliuchen Treffen. Anfang 1991 stellt der Rat zeitweise seine Tätigkeit ganz ein: mangels Masse. Die BesetzerInnen, die zunächst glaubten, wenn sie nur die Verhandlungen zu einem akzeptablen Ergebniss brächten, wäre wieder Zeit und Raum da, um sich ihren "eigentlichen" politischen Aufgaben zuwenden zu können, müssen feststellen, daß der "Nebenschauplatz Runder Tisch" unter der Hand zu ihrer einzigen Aktivitat im Stadtbezirk

geworden ist. Der politische Anspruch ist bereits zu jener Zeit zugunsten eines rein sozialen aufgegeben wordcen. Dieser Wandel wurde nicht wahr genommen. Zwar gab es Ansätze, nach dem Verhandlungserfolg die eigene Arbeit anders (besser) zu organisieren, aber sie wurden nicht weiter verfolgt. Hierbei stand der Gedanke im Mittelpunkt, innerhalb des Rates Arbeitsgruppen zu bilden, die sich ganz speziellen Aufgaben widmen sollten. Im Auftrage des Rates und mit imperativem Mandat sollten Fragen der Zusammenarbeit mit anderen Bürgerinitativen im Bezirk, der weitere Umgang mit der Wohnungsbaugesellschaft und dem Bezirksamt, aber auch der inzwischen arg gestörte Austausch mit den BesetzerInnen anderer Stadtbezirke gelöst werden. Der kurze Moment, in dem der Rat als politisches Instrument auf die veränderte Situation innerhalb der eigenen Bewegung politisch hätte reagieren können, wurde verpasst. Anstatt die soziale Vielschichtigkeit der Bewegung, die nun unversehens aufbrach, in politische Kraft zu transformieren, mutierte der PerenzelBerg-Rat in eine Art kollektiven Sozialarbeiter, der für Probleme nur Lösungsmöglichkeiten innerhalb des bestehenden politischen Rahmens finden konnte. Dabei wurde unerheblich, daß er in besseren Zeiten an eben diesem Rahmen selbst mitgebaut hatte. Im Gegenteil wurde dies gerade zu einer der stärksten Fußangeln, in der sich der Rat verfing: die "andere Seite" (hier: das Bezirksmant und die Wohnungsbaugesellschaft) nahm ihn gnadenlos in die Pflicht dieser Mitverantwortung.

Anders als früher, als noch dem Gesamtberliner B-Rat vorgeworfen wurde, er instrumentalisiere sich selbst, wurde der PrenzelBerg-Rat nun als Ganzes von außen instrumentalisiert. "Außen" heißt dabei sowohl durch die Sozialstrategen in Bezirk und Senat, als auch durch die Ansprüche der "eigenen Leute". Die Verwandlung in ein wirkliches Selbstverwaltungsgremium für BesetzerInnen, das die politische Dimension der aktuellen sozialen Widersprüche ergründet und auf der Grundlage dieser Analyse nach außen politisch agiert, fand trotz günstigster Umstände nicht statt.

Dem Rat fand, einzig auf Grund außerer Problemstellungen wieder in seinen alten Arbeitsrhythmus zurück, mehr Häuser als je zuvor ließen sich plötzlich in einer zweiten Verhandlungsrunde am Runden Tisch im Prenzlauer Berg durch den Rat vertreten. Während in anderen Bezirken Räte wieder auseinanderbrachen (wie in Mitte) oder aber in ausweglosen Situationen versuchten, wenigstens so etaws wie Gemeinschaftsgefühl zu vermitteln (wie in Friedrichshain), sonnte sich der PrenzelBerg-Rat in seinem vorgeblichen Erfolg. Die Wohnungsbaugesellschaft versuchte, die Legitimation des Rates - für alle zu sprechen - zu kippen, und die AktivistInnen im Berg saßen dem Trugschluß auf, wenn jemand so etwas versuche, müsse man ja wichtig sein. In zähen Verhandlungen mit viel Säbelrasseln beider Seiten wurde schließlich der status quo ante wiederhergestellt - eine kritische Auseinandersetzung mit Ursachen und Folgen der Entwicklung gab es aber nicht. Alle Beteiligten machten weiter, wie wenn nichts geschehen wäre.

Offenbar wurde das ganze Trauerspiel bei der letzten wirklich politischen Handlung des PrenzelBerg-Rates. Trotz aller Selbsttäuschung und -überhebung war der Rat in der Lage, kollektiv zu erkennen, daß der politische Raum, der durch die Verhandlungen am Runden Tisch eröffnet wurde, inzwischen ausgeschritten worden war. Im Oktober beschloß daher der Rat folgerichtig, den offizellen Antrag auf Auflösung dieser Ebene zu stellen (siehe BZ Nr.13). Die Umsetzung dieses Beschlusses allerdings geriet zur Karrikatur. Anstatt ein deutliches Signal in alle Richtungen zu senden, ergab man sich den Beschwichtigungen und Vertröstungen auf ein besseres Morgen, die die anderen Beteiligten am Runden Tisch (Bezirksamt, Wohnungsbaugesellschaft und alle politischen Parteien) verbreiteten. Nur so ist die absurde Situation zu erklären, daß es diesen Runden Tisch nicht mehr gibt, obwohl er offiziell nach wie vor besteht. Die Selbstauflösung ist nie beschlossen worden.

Ende und notwendiger Nachtrag

Als Knack-Punkt von Räten, die spontan innerhalb sozialer Bewegungen entstehen, erweißt sich also, daß sie den ursprünglichen Impetus, der sie hervorbrachte, weiterhin mitsich führen. So sind sie nicht nur nicht in der Lage, auf Veränderungen im Kräfteverhältnis und in der gegenerischen Strategie so flexibel wie möglich zu reagieren, sie vermögen sich auch nicht auf die veränderten Bedingungen im eigenen Lager einzustellen. Räte bleiben, so ist die vorläufige Erfahrung, gekoppelt an den Kampagnen-Charakter einer Bewegung.

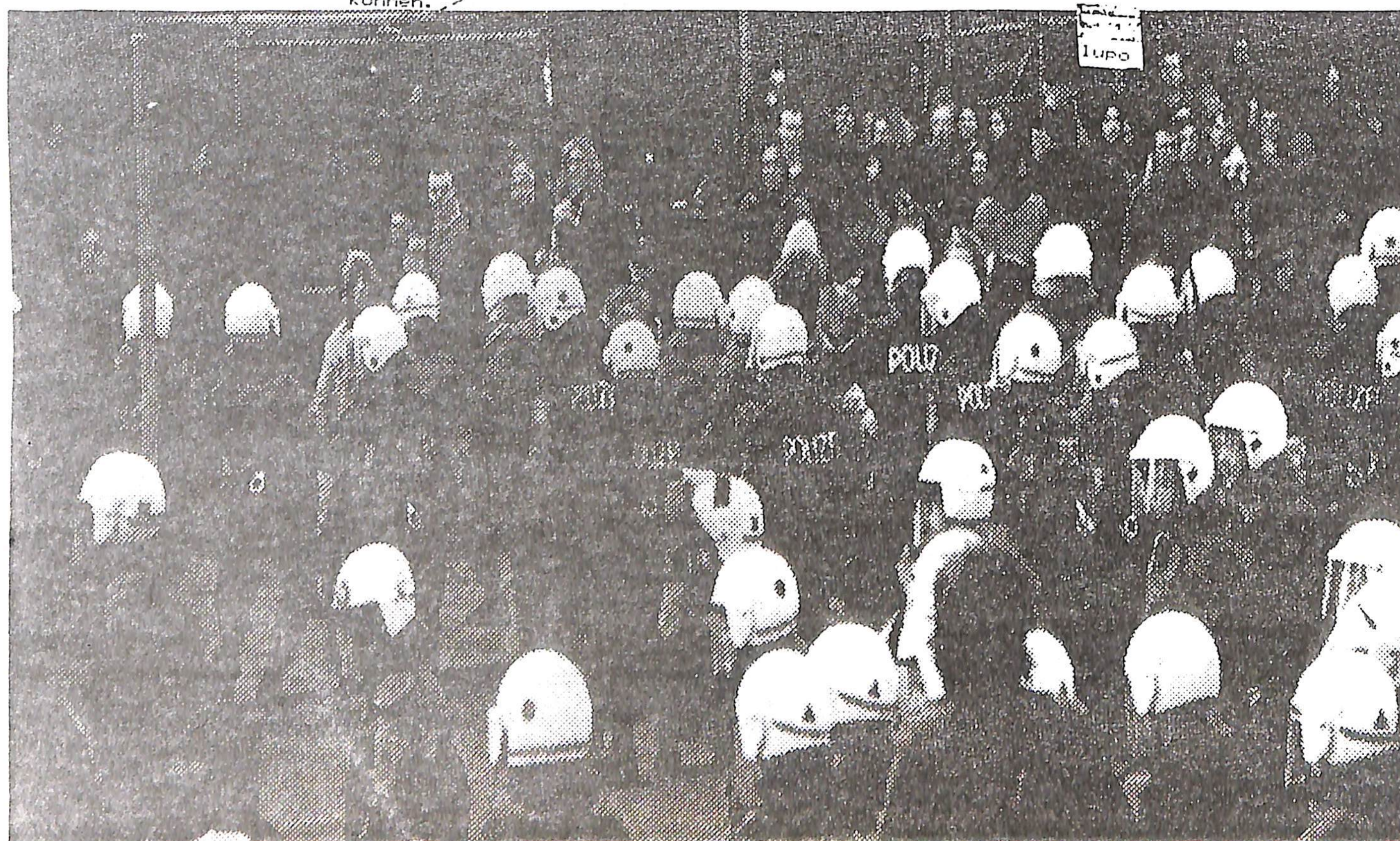
Auswege aus dieser deprimierenden Situation werden auf viellerlei Arten versucht. Der momentan am meisten diskutierte ist, der "Bewegung" ein festes politisches Konzept überzustpülpen. Will aber nichts anderes sagen als: eine Partei zu gründen (siehe Papiere der Antifa [M] Göttiungen und der Gruppe F.E.L.S. aus Berlin). Die andere Möglichkeit (und so verfährt der PrenzelBerg-Rat) besteht darin, so weiter zu machen wie bisher und vor den Realitäten die Augen zu verschließen (darum gibts ihn noch).

Als Grundfehler wären allerdings zwei Dinge auszumachen.

Im ersten Falle (der Parteigründung) wird vollständig vernachlässigt, daß die jeweilige "Bewegung" eine soziale Wurzel hatte. Im anderen Falle aber wird gerade dieser soziale Bezug zum bloßen Selbstzweck, schlimmer noch: zur bloßen Onanie. Das kann zwar sehr schön sein, das eigentliche Bezugsfeld aber gerät aus den Augen. Darum sind BesetzerInnen in Berlin momentan so wenig in der Lage, auf übergreifende soziale Umstrukturierungen zu reagieren. Und sie können genauso wenig ihren politischen und fachlichen Vorsprung in die anstenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einbringen. Zweckbündnise (etwa mit Kleingewerbetreibenden, die momentan durch unverschämte Gewerberaummieten aus den Kiezen verdrängt werden - siehe BZ Nr.21) kommen so kaum zu stande.

In der Verbreiterung aber, im Hinaustragen des politischen Impulses, der zu Hausbesetzungen führte, liegt die eigentliche gesellschaftsgestalltende Kraft der "Bewegung". Dafür müssen jedoch auch im Inneren, in den bestehenden Strukturen die Voraussetzungen geschaffen werden. Zu bezweifeln ist, daß die beiden oben angedeuteten Strategien daß leisten können. Wenn man sich daruf einigen kann, daß die Situation momentan verfahren ist, dürfte die Konsequenz daraus nur der Wille zu radikalen Änderungen sein, um politisch wieder handlungsfähig zu werden. Konsequent wäre beispielsweise, jetzt schnell die noch bestehenden Rudimente von BesetzerInnenräten aufzulösen. An ihre Stelle müßten Stadtteilinitiativen treten, die versuchen, alle verschiedenen, momentan bestehenden Aktivitäten, die sich in fortschrittlicher Weise als Teil sozialer Widerstandskultur von unten verstehen, zu koordinieren oder (zu mindest) an einen Tisch zu bringen. Das würde allen helfen, aus dem eigenen Saft, in dem sie zum Teil schmoren (wie die BesetzerInnen), herauszukommen. Weil sie Basis-Bewegungen wären, müßten diese Initiativen notwendiger Weise wiederum wie Räte organisiert sein. Nur so ließe sich der positive Ansatz, der im Räte-Modell insgestammt steckt, auf einen neue, höhere politische Ebene heben, nach vorne weiterentwickeln.

Alles andere ist das schon von den HolländerInnen ("Bewegungslehre") beschriebene Phänomen einer Bewegung, nicht aufhören zu können.



DOKUMENTATION DER LEIPZIGER VERHÄLTNISSE

Die folgenden Beiträge sind Dokumentationen und Heften aus dem Umfeld der Leipziger BesetzerInnen entnommen. Sie sollen an exemplarischen Fällen die Entwicklung der Besetzungen in Leipzig ab Herbst 89 darstellen. Entsprechend viel ist es, was alles erwähnenswert wäre, aber auf vieles was uns vorschwebte, verzichteten wir reinzunehmen, um die Bleiwüste in einem erträglichen Rahmen zu halten. (Für MeckerInnen: Dies soll ein Leseheft sein und kein Bilderbuch!) Aus den Texten geht kaum hervor, daß permanente Faschoangriffe auf besetzte Häuser bis vor zwei Jahren für die betreffenden Menschen die Hauptbedrohung darstellten. Die Abnahme des faschistischen Terrors in Leipzig ist auch auf die Strukturen der HausbesetzerInnen, deren Alltag durch die Kämpfe gegen die Nazis dominant geprägt war, zurückzuführen. Wenn mensch jede Nacht mit einen militärischen Angriff rechnen muß, ist es klar, gegen die Ursachen anzugehen.

Auch ist aus den Texten nicht unbedingt ersichtlich, daß der Umgang miteinander für viele ein gegenseitiger Lernprozeß ist, solidarisch und tolerant miteinander zu leben. Vieles haben wir nähmlich in diesem Scheißsystem nicht gelernt und viele idiotische Vorurteile und Klischees über HausbesetzerInnen, die ihren Ursprung in medialen Bildern haben, werden leider zu oft unkritisch und unreflektiert übernommen (Bildzeitungsautonome,Breitbeinmilitante, Nach-mir-die-Sintflut-TypInnen). Es klingt gewagt, aber die wirklichen Schwierigkeiten fangen nach der Durchsetzung einer Hausbesetzung an. Erst bei der Organisierung des Alltags merkt mensch, wie oft Anspruch und Wirklichkeit auseinanderliegen. Wie aus dem Reader hoffentlich hervorgeht, sind Hausbesetzungen nicht die ungefährliche Angelegenheit, sofern diese nicht militant verteidigt werden.

Es gibt viele Formen Hausbesetzungen durchzusetzen und es lohnt sich. In Leipzig sind alle unkomerziellen Kulturprojekte durch Besetzungen entstanden. Leider gibt es die „Leipziger Linie", die keine Neubesetzungen dulden will und diese wurde bei allen nicht stillen Besetzungen durchgezogen. In letzter Zeit wird immer deutlicher, daß neben der „Leipziger Linie" auch die Dezentralisierung etablierter Projekte durchgesetzt werden soll. Derartige Politik findet in Leipzig trotz gegenteiliger Beteuerung der Stadtverwaltung auf der Grundlage des Polizei- und Ordnungsrechts statt. Die Widersprüche werden sich im Zuge der Stadtsanierung und des Auslaufens der befristeten Mietverträge 1997 für den Großteil ehemalig besetzter Häuser verschärfen. Lösungen sind nur ansatzweise in Sicht. Unter den BesetzerInnen setzt sich verstärkt die Einsicht durch, daß vereinzelt und unter der „Leipziger Linie" ihre Karten schlecht stehen. Institutionen wie der BesetzerInnen- wahlweise auch BewohnerInnenrat gewinnen an Bedeutung.

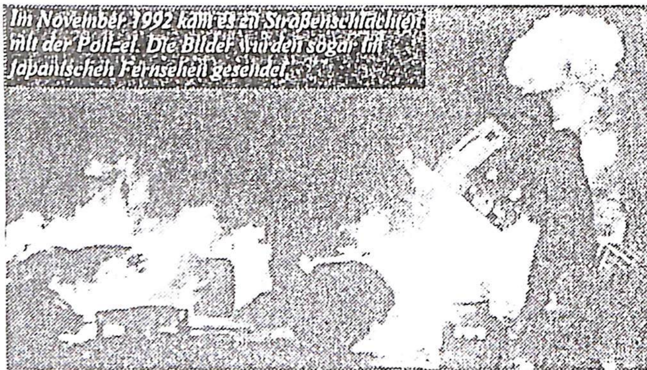
Die Stadt fährt zur Zeit eine Befriedungspolitik. Über alles kann ja geredet werden. Es fand vor kurzem ein Treffen zwischen Leuten aus Connewitzer Projekten und VertreterInnen einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe der Stadt Leipzig zu Connewitz statt, welche aber auch nur in Unverbindlichkeiten, Andeutungen und Beteuerungen, Connewitz zu unterstützen, mündete. THE FUTURE IS UNWRITTEN!

Der ewige Überlebenskampf Alternativer Wohn -und Kulturprojekte

Die Stadt erwies sich als ewiger Bremsklotz und bedepperter Handlanger profitgeiler Spekulanten, konservativer Politik und rechtem Straßenterror

Jeder Meter Freiraum mußte erkämpft und verteidigt werden

-Erste Besetzungen gab es schon zu DDR Zeiten, da Altconnewitz leergewohnt wurde für plattenbauliche Betonideen.
-Im Frühjahr 1990 wurden mehrere Häuser der Stöckartstraße in Connewitz besetzt und somit der Abriß von Altconnewitz gestoppt.
-ein Verbund von 14 besetzten Häusern, die Connewitzer Alternative, bekommt von Tschense für 14 Häuser Leihverträge
-für die vor dem Abriß geretteten 14 Häuser werden 12 Restitutionsanträge gestellt
-Tschense und die LWB verhandeln endlos mit der Alternative um gültige Verträge, alle Häuser landen letztendlich bei der LWB Süd
-andere besetzte Häuser außerhalb der Connewitzer Alternative gründen einen Besetzerrat und verhandeln mit der LWB, sie bekommen 5 Jahresverträge mit unerfüllbaren Auflagen
-1990 kommt es zu mindestens 13 Überfällen von Faschisten (manchmal mehrere Hundert) auf besetzte Connewitzer Häuser
-1991 kommt es zu mindestens 5 Überfällen auf Connewitzer Projekte, bei einem bennt die Szenekneipe "K.O. Backwahn" völlig aus und macht für immer dicht
-Herbst 92, das Nessi in der Meusdorfer Straße muß geräumt werden und wird zugemauert
- 27./28.11. 92 die Polizei provoziert durch Schußwaffengebrauch eine Straßenschlacht, dabei wird eine Veranstaltung im ZORO von der Polizei gestürmt und die Einrichtung zerstört
-23.12.92 bei einem Angriff von vermeintlichen Faschos auf ein Haus in der Leopoldstr. wird ein Verteidiger, Steffen Thüm, in der Biedermannstraße erschossen
-Lehmann Grube erläßt eine Anweisung, nach der jede Hausbesetzung innerhalb von 24 Stunden zu räumen ist
-das Dezentralisierungskonzept der AG Connewitz wird erfunden, nach dem die Connewitzer Szene zerbochen und die Projekte über die Stadt verstreut werden sollen
-1992 kommt es zu mindestens vier Überfällen auf Connewitzer Projekte, darunter einen Angriff auf die Kneipe Marienburg und einen Brandanschlag auf das Conne Island
-ein weiteres ehemals besetztes Haus in der Hermannstraße steht heute wieder leer
- die Kneipe Auerbachstraße 1 "Quelle" mußte 1994 geräumt werden
-ein Haus in der Brandtstraße wurde besetzt vom Verein "Jugend wohnt e.V.", mußte räumen und ist nun in der Auerbachstraße 2 bei Nichteinhaltung von Auflagen wieder von Räumung angedroht
-Brandtstraße 24 mußte Sommer 93 von den BesetzerInnen geräumt werden, Mietvertragsverhandlungen wurden von der LWB abgelehnt
- ein Haus in der Prinz Eugen Str. wurde im Winter 93/94 geräumt
-Braustraße 20 und 22 mußte im Sommer 92 geräumt werden, da Räumung angedroht wurde, heute leerstehend
-besetztes Boahaus, Bornaische/Ecke Pfeffinger Str., mußte geräumt werden, heute weggerissen
-Stöckartstr.7 muß geräumt werden, steht heute leer
-4. April 93, die Ernestistraße 6, 9, 10, 12, 15 wird von der Polizei geräumt, Tschense ist dabei, alle Häuser stehen heute leer
-LEIPZIG KOMMT feiert seinen 1000. Investor: alle Häuser in der Ernesti Str., inclusive der Ernestistraße 8, dem letzten Haus in der E.-Str., das aus einer Besetzung hervorging, werden verkauft an den Firmenchef Heiermann und zwei westdeutsche Architekten
-Leopoldstraße 9, mußte von den BesetzerInnen geräumt werden, steht heute leer
-Biedermannstraße wurde von Studenten mit Übergangsverträgen bezogen, mehrere Häuser wurden abgerissen

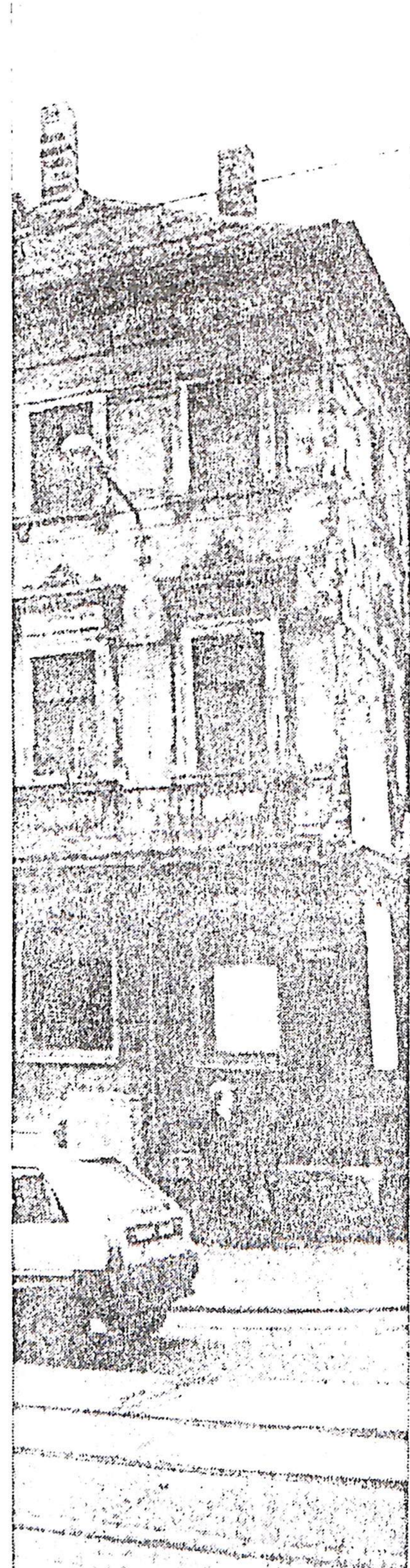

Im November 1992 kam es zu Straßenschlachten mit der Polizei. Die Bilder wurden sogar im japanischen Fernsehen gesendet.

-besetztes Haus Bornaische Str. Ecke Biedermannstr. wurde 94 geräumt
-Bornaische Straße 72 wurde nach Faschoüberfall aufgegeben, heute vollrenoviert und leerstehend
-Stöckartstraße 7 mußte von den BewohnerInnen geräumt werden, heute leerstehend
-ebenfalls besetzte Wohnhäuser gibt/ gab es in der Körnerstraße und Arndtstraße (derzeit ist Räumung angedroht)

Die Connewitzer Projekte:
Werk II- entstanden durch eine Besetzung 1990, nachdem das Besetzungsprojekt "Kulturfabrik Brauerei" in der Biedermannstr. gescheitert war , beheimatet mehrere Vereine und Kulturprojekte
ZORO - entstanden durch eine Besetzung im Herbst 91,
- vom Aus bedroht: u.a.- ein Tonstudio, eine Kinder und Jugend Werkstatt, ein Tatoo Studio, Konzertveranstaltungen (bereits verboten), ein Cafe (bereits geschlossen), eine Galerie (existiert nicht mehr), Künstlerateliers, eine Food Kooperative, Wohnräume, eine Fahrradreperaturwerkstatt, Buch-und Infoladen (geschlossen)
Stöckartstraße- entstanden durch Besetzungen im Frühjahr 1990
vom Aus bedroht: -Winfried von Kessler Lichtwirtschaft (ehemals Kino), heute Cafe, Konzertort,
-Weltladen, Verkauf von Alternativwaren, Bibilothek
-Freiluftbühne im Hinterhof
-Verein Ausländischer Mitbürger
Conne Island - bei Bekanntwerden von Verkaufsabsichten des Eiskellers und Ankers bei einer Rathausdemonstration mit der Stadt ausgehandelt als Ersatzobjekt für die "Kulturfabrik Brauerei" in der Biedermannstraße
- Konzertort
-Cafe
-Skaterrampen
-Volleyballplatz
-Streetballanlage
-Kinderspielplatz
-Proberäume

-Biedermannstraße Ecke Auerbachstraße, ehemals besetzt, heute leerstehend
-"Hermannsloge", ein Haus in der Hermannstraße, wurde noch von der Stasi geräumt, heute abgerissen
-Leopoldstraße 13, nach mehrmaligen Faschoüberfällen steht das Haus heute leer

Buchladen und Bibliotheken
-Freizeiträume
Brauerei Biedermannstraße - 1990 besetzt, von der Stadt abgeblockt
-1992 Neubesetzung, Domizil der Musikkneipe Rastapub (verboten) und Distillery (verboten)
-**Objekt Sowjetkaserne Brandtstraße**, Bemühungen der naTo, dort einen Kulturraum zu errichten, kommen zu keinem Ergebnis
-**Kino Connewitz** - Bemühungen, dort einen alternativen Tanzschuppen einzurichten scheitern, heute leerstehend
-**Hermannstraße 4** - entstanden durch Besetzung, heute eine Töpferei, Food Coop, Wohnhaus
-**Cafe Backwahn**, Szenekneipe in der Auerbachstr., bei Faschoüberfall ausgebrannt
-**Cafe Spontan** - Alternativkneipe in der Stöckartstr., nach Verbot geschlossen
-**Volksküche** - Stöckartstr.9, nach ABM Stellenabbau geschlossen, heute wieder in Betrieb
-**Elsatic** - Tanzschuppen in der Kochstraße
-**König Heinz** - Cafe-Projekt der Auerbachstr.2, entstanden durch Besetzung (...eines Hauses in der Brandtstr.)
-**Der Raum** - W. Heinze Str., Alternativladen mit An- und Verkauf, heute geschlossen
-**Sack und Hand** - Alternativladen in der Auerbachstr., entstanden durch Besetzung (...eines Hauses in der Brandstr.)
-**Galerie StöckArt** - ehemalige alternative Kunstausstellung in der Stöckartstr.
-**Zündspule** - alternativer Tanzschuppen Ecke Braustr., entstanden durch Besetzung, heute wegen Verbot geschlossen
-**Feinkost** - ehemaliger Tanzschuppen in der Liebknecht Str., heute wegen Verbot geschlossen
-**Quelle** - Alternativkneipe Auerbachstr.1, heute wegen Verbot und Räumungsdrohung geschlossen
-**Waldbad Connewitz**, alternat. Ausflugs- und Freizeitziel, wollte die naTo entstehen lassen, Projekt ist an abgelehnten ABM Stellen gescheitert ☺



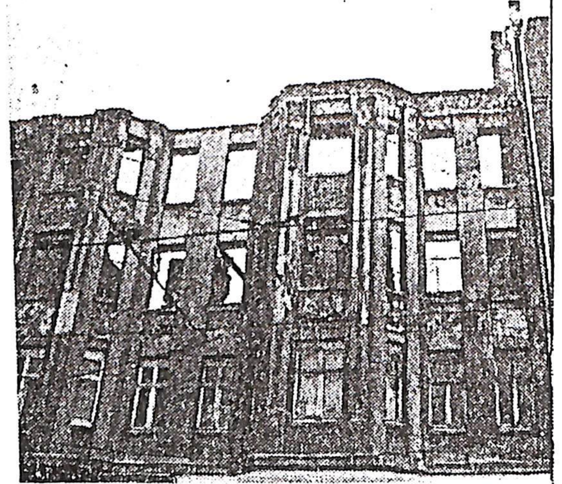
Connewitzer Kreuzwege

40 Jahre DDR- das sind 40 Jahre, in denen die Arbeiterklasse unter Leitung der Partei- und Staatsführung und in Zusammenarbeit mit allen werktätigen Menschen das Wohnungsproblem immer erfolgreicher löste. Hauptsächlich dadurch, daß von Parteitag zu Parteitag von Fünfjahresplan zu Fünfjahresplan das Problem immer wieder neu formuliert wurde, wobei die Genossen Formulierer stets darauf achteten, daß mit der neuen Formulierung erstens mehr Zeit vorhanden und zweitens weniger Wohnungen nötig waren. Aber das war natürlich nicht alles, denn schließlich war das werktätige Volk werktätig und jede Arbeit trägt ihre Früchte. Nun, ob Früchte hier das passende Wort ist, sind doch die Produkte auf den Landkarten, die erhöhte Selbstmordraten ausweisen, deutlich zu erkennen. Aber Plattenbauweise ist unkompliziert und schnell und fünf Jahre sind fünf Jahre. Allerdings ergaben sich doch ein paar kleinere Probleme. Erstens brauchen auch Plattenbauten Platz, der nicht so einfach zu beschaffen ist, wenn Landwirtschaft und Tagebau auch noch ein Wörtchen mitzureden haben und zweitens haben alte Häuser die Eigenschaft zu verfallen, wenn sie nicht ab und an rekonstruiert werden. Dieser zweite Umstand macht das Wohnungsproblem nicht einfacher, da Hausrekonstruktionen komplizierter als Plattenbauten sind.
Die Führung des werktätigen Volkes entwickelte in dieser Situation zwei Strategien. So konnten einige Wohnungen bezogen werden, unter der Bedingung, daß die BewohnerInnen sie selbst ausbauten und somit in bewohnbaren Zustand versetzten. Die andere Strategie war das Abreißen ganzer Viertel und die Errichtung neuer sozialistischer Wohngebiete. Daß diese Strategien nicht der Stein der Weisen waren, siehst du leicht daran, daß das Wohnungsproblem die DDR überlebte und auch heute noch ganz ungeniert sein Dasein fristet. Unabhängig von Führung und Leitung entwickelte ein Teil der Jugend ein eigenes Konzept, das persönliche Wohnungsproblem zu lösen: die stille Besetzung von Wohnungen oder Häusern. Am auffälligsten von Anhängern westlicher Subkulturen wie Blues und Punk oder Studenten praktiziert, erreichte diese Art der Wohnraumerschließung, über das ganze Stadtgebiet verteilt, eine wachsende Popularität, so daß sogar von einem gesamtgesellschaftlichen Weg gesprochen werden kann. Stadtteile wie Connewitz,



in denen Abriß geplant war und die deshalb nach und nach leergezogen wurden, eigneten sich dafür natürlich besonders. Trotzdem war damals noch nicht zu befürchten, daß sich Connewitz einst in ein Zentrum alternativer Lebensformen verwandeln sollte, wie es sich heute in den Köpfen einiger Leute im Rathaus als Schreckgespenst darstellt. Damit es dazu kommen konnte, bedurfte es eines glücklichen Timings während der Wendezeit.
Ein gewisser Herr H., auf den einige Leute heute nicht mehr ganz so gut zu sprechen sind, fing die in Connewitz herumgeisternden Wohnungssuchenden ab, bzw lockte sie mit einem Artikel, den er durch Mitglieder des Neuen Forums in der LVZ abdrucken lies, zu sich und sagte zu ihnen: "Kommt Freitag wieder, da besetzen wir ein Haus". Und so kam es, daß Connewitz plötzlich eine ganze Straße mit Hausbesetzern hatte. Platz war genug da im Frühjahr des Jahres 1990, nachdem die erste (und vorraussichtlich auch letzte) Volksbaukonferenz im Januar beschlossen hatte, daß ein Abrißstop der Häuserzerstörung durch die Nationale Volksarmee (was erwartet ihr schon vom Militär) ein Ende setzt. Wenn eine Volksbaukonferenz sowas sagt, dann wird das auch gemacht. Also erstmal rein in die Häuser und hin zum Amt für Stadtsanierung. Das hatte nämlich irgendwie den Hut für die Häuser auf, die die LWB-Vorgängerfirma an einen Verwalter zum Abriß abgegeben hatte. Das Amt für Stadtsanierung spuckt auch tatsächlich Geld für die notwendigsten Instandsetzungsarbeiten aus (kurz vor der WU!) und jedem der sie haben wollte geormikte Nutzungsverträge, die besagten, daß die BewohnerInnen die Wohnungen kurz vor der Sanierung zu räumen hätten und nach Abschluß der Arbeiten bevorzugt Wohnraum bekämen. Alle Unterschriften nur kopiert und für WestanwältInnen ein Greuel. Aber so war das damals halt und bürgerliches Recht nennt sowas Vertrag auf Treu und Glauben. Unser Herr H. ließ seine BesetzerInnen einen Verein gründen: Connewitzer Alternative e.V. und die Nutzungsverträge ausschließlich auf seinen Namen schreiben. Sehr dominant muß er ja gewesen sein, Herr H., mit seinen Verbindungen und Ideen. Jedenfalls hat er sich bei Verhandlungen mit der Stadt nicht viel helfen lassen. Ja so war das im Frühjahr 90. Irgendwann stellte in einer ruhigen Minute des Wendechaos jemand fest, daß die Stadt Häuser gar nicht so ohne weiteres haben/verwalten darf und so bekam die LWB erneut die Verantwortung für das, was jetzt die BesetzerInnen bewohnen. Inzwischen waren auch noch andere Häuser besetzt worden und als die Reaktionskonzerte in Connewitz einen ständigen Raum bekamen, war wohl endgültig klar, daß Connewitz das linke Zentrum Leipzigs werden würde, obwohl auch einige besetzte Häuser in einer Straße nah der Innenstadt anfangs günstige Voraussetzungen zu bieten schienen.
Wie schon gesagt, die LWB bekam die Häuser von der Stadt zurück, allerdings waren alle Akten verschwunden. So kam es, daß die LWB die Nutzungsverträge nicht kannte und folglich auch nicht akzeptierte. Aus heutiger Sicht ist das wohl eher ein Glück, denn mit der Zahl der besetzten Häuser wuchs auch die Zahl der Vorstellungen. Vorstellungen, die die Hausbesetzungen nicht mehr ausschließlich als Akt der Wohnraumsbeschaffung sahen, sondern mit immer schneller wachsenden Mieten auch politische Aspekte einbezogen. Menschen die durch die Instandbesetzung eines Hauses auch Protest gegen die Politik der Stadttochter LWB leben wollte, die in einer Zeit des Wohnungsmangels regelrecht Mietwucher betreibt, um wirtschaftlich zu arbeiten. Als ob Wirtschaftlichkeit wesentlicher wäre, als das Menschenrecht Wohnen. Doch wenn die LWB ihre Mieter auch aus-

saugt soweit es irgend geht, so ließ sie doch die HausbesetzerInnen in Ruhe. Diese sprachen ausschließlich mit der Stadt. Dort ließ Herr Tschense, Leiter des Wohnungsamtes, das zum Dezernat Recht, Ordnung und Sicherheit gehört, Anfang Januar hören, daß von Seiten der BesetzerInnen doch mal über Leihverträge nachgedacht werden solle. Ja der Herr Tschense, der im Rathaus inzwischen als profilierter, den BesetzerInnen zugetaner Insider gehandelt wird, gibt gern mal einen Tip weiter. Doch sollten sich leichtgläubige BesetzerInnen davor hüten, diesen Tips mehr Bedeutung zuzumessen, als sie haben, denn offensichtlich sind es die Tips eines Herrn Tschense und nicht die Tips eines Leiters des Wohnungsamtes, der schon Entscheidungen vorbereitet. So ist es zu erklären, daß nachdem die Connewitzer Alternative für ihre 14 Häuser Leihverträge vorlegte, plötzlich 9 Häuser mit Restitution (Rückführungsantrag ehemaliger BesitzerInnen) belegt waren und deshalb nicht mehr zur Verhandlung standen, während das Stichwort für die verbliebenen 5 Häuser Erbbaurecht war. Die BesetzerInnen der Alternative überdenken also Erbbaurecht und in der Zeit des Überdenkens frißt die Restitution 3 weitere Häuser. Bleiben zwei und für diese beiden stellten die BesetzerInnen entsprechende Anträge bei der LWB. In der nächsten Aufsichtsratssitzung wurden diese Anträge dann vom Vorstand der LWB beraten. Was dabei genau vor sich ging, ließ sich nicht genau rekonstruieren, jedenfalls tauchte die Meinung auf, die BesetzerInnen hätten eh kein Geld und die Anträge wurden daraufhin abgelehnt. Als die BesetzerInnen die Begründung erfuhren, gab es ein großes Hin und Her mit dem Ergebnis, daß die ganze Sache totgeredet wurde.
Mausetot waren die Gespräche mit Stadt und LWB, als im Juli 92 Streetworker die Kunde brachten, daß Herr Tschense am 21.7. ein Treffen plane, bei dem Nutzungsverträge ernsthaft(!) überdacht werden sollten, wobei er sogar so ehrgeizig war, alle Verträge bis Ende August abgeschlossen haben zu wollen. Im Ergebnis dieses Treffens stimmte der neu berufene LWB-Geschäftsführer Herr Blum, dessen Vorgänger wegen Inkompetenz gefeuert worden war, einem Vertragsabschluß mit den 14 Häusern der Connewitzer Alternative zu. Während den restlichen Häusern, die sich in einem BesetzerInnenrat koordinierten, mitgeteilt wurde, daß sie gemeinnützige Vereine gründen sollten, für die das Jugendamt die Häuser von der LWB anmiete. Dies wurde von einigen Häusern dann auch gemacht, wohingegen andere sich weigerten Vereine zu gründen und Verträge als lose Hausgemeinschaften abschließen wollten. Letztendlich landeten aber alle Häuser bei der Niederlassung Süd der LWB, die nur noch die konkreten Einzelheiten aushandeln sollte. Zu diesem Zwecke wurden in den Räumen der Niederlassung Süd den BesetzerInnen normale Mietvertragsmuster vorgelegt, in denen eine Befristung auf 5 Jahre vorgesehen war und die durch zwei Anlagen ergänzt worden waren, welche das Rechtsamt ausgearbeitet hatte. Anlage 1 wiederholte einige Passagen der Hausordnung, wie Nachtruhe, Verschmutzung der Nachbargrundstücke und Ähnliches mit dem Zusatz, daß bei Verstoß gegen diese Punkte durch die 'Hausgemeinschaft oder deren Gäste, die Verträge fristlos gekündigt werden können. Eine absolut unübliche Vereinbarung, die bei einem späteren Treffen mit Herrn Tschense und Rechtsamtschef Lenze als politische Geste an Opposition und Bevölkerung erklärt wurde. Abgemildert wurden die Konsequenzen der Anlage 1 durch die Tatsache, daß entgegen den ursprünglichen Intentionen die Verträge nicht für ganze Häuser, sondern für einzelne Wohnungen angeboten wurden. Wer diese Veränderung vorgenommen hat, bleibt unklar. Der Aufsichtsrat der LWB wurde kurz nachdem die Entscheidung gefällt wurde, in welcher Form die Verträge angeboten werden, aufgelöst. Es wird aber behauptet, die Veränderung sei von einer Mitarbeiterin der Niederlassung Süd eigenmächtig vorgenommen worden, da diese als ehemalige Schwarzwohnerin mit den BesetzerInnen sympathisiere. Womit die Schuld nach unten deligiert wäre.
Anlage 2 regelt die Instandsetzungsarbeiten, die ausschließlich von den BesetzerInnen durchgeführt bzw. bezahlt werden sollen. Andernfalls droht auch hier die fristlose Kündigung. Die Arbeiten umfassen dabei alles, von der Elektrik, Gas bis Dach. Bei dem Zustand einiger Häuser sind allein die Kosten von Einzelbereichen immens und das selbst dann, wenn nur die sicherheitstechnisch relevanten Sachen mit



maximalen Eigenleistungen gemacht werden. Ganz nebenbei war noch vermerkt, daß die BesetzerInnen auf ihr Wegnahmerecht ersatzlos verzichten. D.h., die Arbeiten und Materialkosten werden bei Kündigung oder Auszug nicht zurückerstattet. Etwas Derartiges ist nach geltendem Recht nicht möglich, aber Argumente waren zwecklos. Das Verhandlungsteam der LWB hatte seine Order vom Aufsichtsrat und nach denen standen die Anlagen nicht zur Diskussion. Erst nach Rücksprache mit der Stadt wurde wenigstens eine Entschädigung vorgesehen. Aber sonst verliefen die Verhandlungen mit den deutlich überforderten VertreterInnen der LWB sehr zäh und ohne sich in wesentlichen Punkten zu bewegen.
Ähnlich war es bei der Befristung auf 5 Jahre, die keinen vernünftigen Sanierungsplan, geschweige denn zu beantragende Finanzmittel von Stadt oder EG zuläßt. Besonders der Zusatz, daß eine Kündigung nach dieser Frist aufgrund von Sanierungsarbeiten vorgesehen ist, verleiht dieser Klausel eine enorme Bedeutung, liegen doch alle besetzten Häuser in Connewitz in mittel- oder kurzfristigen Sanierungsgebieten. Wer glaubt da schon den Beteuerungen der LWB, daß sie solche Arbeiten natürlich nicht durchführen würde, sollte sie noch Eigentümerin der Häuser sein, zumal diese Beteuerungen nirgendwo niedergeschrieben sind, gibt es doch kein einziges Protokoll zu

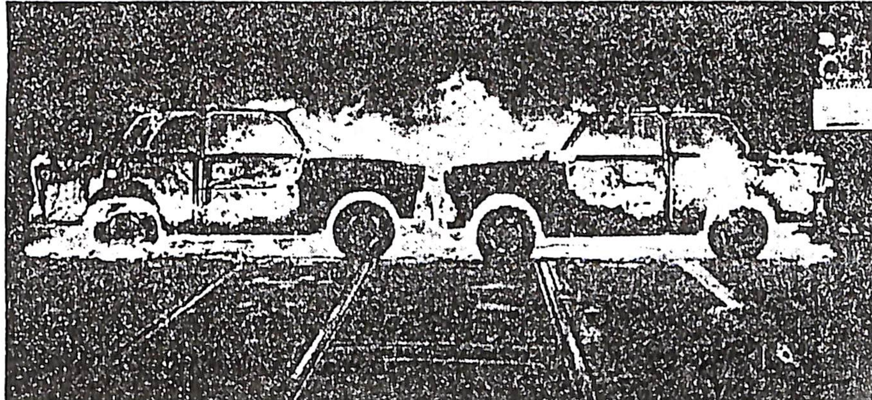
den Verhandlungen mit Stadt oder LWB.
Oder der andere heikle Punkt der Miethöhe. Will doch die LWB tatsächlich volle Miete für Wohnraum, der sich nach ihren eigenen Angaben in nichtvermietbarem Zustand befindet. Mietminderung wird nur in Form von Instandsetzungsaufwendungen gewährt, die ja auch in den Besitz der LWB übergehen. Ich würde so etwas als Mietzahlung in Naturalien, aber nicht als Mietminderung bezeichnen. Also maximaler Profit ohne Einsatz. Ein Vertragsentwurf von BesetzerInnen wurde ohne Begründung abgelehnt. Und auch sonst war jeder Versuch, eine Änderung der wesentlichen Punkte herbeizureden fruchtlos, war doch das letzte Argument immer, sie haben die Häuser widerrechtlich besetzt, sie begehen Hausfriedensbruch (juristischer Schwachsinn, hatte doch niemand gefordert, die Häuser seien zu räumen) und wenn's ihnen nicht paßt, können sie ja ausziehen.
In diese Situation des zeitfressenden und nervenaufreibenden Verhandlungspokers, bei dem die BesetzerInnen übereinstimmend das Gefühl hatten, mit den falschen Leuten zu verhandeln, die fehlende Kompetenz durch das Blättern in der Taschenbuchausgabe des BGB wettzumachen suchten, platzten die Ereignisse des 27./28. November, die den gerade einschlafenden Verhandlungen eine neue Richtung geben sollten.

Noch etwas wäre zu den Mietverträgen zu sagen. Unsere Erfahrungen haben gezeigt, daß Auflagen mit Instandsetzungen immer reiner Nippes sind. Mensch sollte nicht denken, bei einem Mietvertrag, in welchem eine Verpflichtung zur Instandsetzung festgeschrieben ist und dadurch eine Mietminderung von 10% der Baukosten/Arbeitsleistungen, sowie keine zu erwartenden Mieterhöhungen/Ausstattungszuschläge enthalten sind, irgendetwas gewonnen zu haben. Mensch bekommt dann nämlich kein Wohngeld mehr und eine höhere Miete wird auch vom Sozialamt bezahlt. Wie das Baumaterial bezahlt wird, bleibt Sache der MieterInnen, genauso wie der Baustreß auf sie zurückfällt. Streß, weil wird die Instandsetzung nicht vertragsgemäß durchgeführt, könnte es ein Grund zur fristlosen Kündigung sein. Solche vertraglichen Vereinbarungen sind also nur für wohlbegüterte Menschen von Vorteil, welche aber in der Regel nicht an Hausbesetzungen beteiligt sind, noch es für notwendig erachten, Freizeit, Kraft und Energie in den Ausbau von alten Häusern zu stecken. Ergo: Scheiß System.

Am Rande des Atomkrieges...

27./28.11.1992

Aus heutiger Sicht stellen sich die Ereignisse wie folgt dar:
Gegen halb acht Uhr abends randalierten 2 junge Menschen in der Leopoldstraße in Connewitz. Sie zerschlugen Autoscheiben. Die Polizei wurde informiert und traf rund eine Stunde später mit einem Aufgebot von 19 Beamten und einer Beamtin am Ort ein, um die "KFZ-Beschädigungen" zu prüfen. Dabei haben sie "mehrere, teils vermummte Personen" in der Umgebung gesehen. Kurz darauf klirrten Schaufensterscheiben in der Straße und die Polizei konnte zwei "Tatverdächtige" verhaften, nachdem der Besitzer der Scheiben sie wiedererkannt hatte. Daraufhin holte ein Freund der beiden Hilfe aus einem nahegelegenen Jugendtreffpunkt. Um den Gefangenen zu helfen,



setzte sich nun eine 15 bis 20- köpfige Gruppe in Richtung Leopoldstraße in Bewegung. Dort griffen sie die immer noch anwesende Polizei mit Steinwürfen an. Dabei ging die Frontscheibe eines Polizeibarkasses zu Bruch. Die Polizistin Oertel fühlte sich nun so bedroht, daß sie ihre Pistole zog. Sie warnte vor einem Schuß, und als sich die Situation nicht entspannte, gab sie zwei "Warnschüsse" ab, von denen einer die Hüfte eines jungen Mannes durchschlug.
Die erste Version vom Warnschuß halten wir für sehr unglaubwürdig, da die Polizistin im Barkas saß, also gar nicht in die Luft schießen konnte. (Das verstehen wir unter einem Warnschuß.) Auch die zweite Variante der Polizei, in der sie von Notwehr spricht, scheint an den Haaren herbeigezogen, zumal Frau Oertel schon früher einmal durch einen besonders hysterischen Angriff auf die Fahrräder von TeilnehmerInnen einer Fahrraddemonstration auffiel, wobei noch zu sagen ist, daß damals keiner ihrer Kollegen den geringsten Anlaß sah, auch nur aus dem Auto zu steigen.
Die Polizei entfernte sich dann aus der Leopoldstraße und von diesem Zeitpunkt an, der Schuß fiel gegen 22.35 Uhr, entwickelte sich alles rasend schnell.
Die Kunde, daß die Polizei scharf schießt und trifft, verbreitete sich mit Windeseile in Connewitz. Das Gerücht, die Räumung aller besetzten Häuser stünde jetzt bevor, kam noch hinzu. Die Stimmung war extrem spannungsgeladen. In der Leopoldstraße wurde aus Protest (und zum Schutz) eine Barrikade gebaut und angezündet. Auch in einer anderen Straße wurde an Barrikaden gebaut.
Am Connewitzer Kreuz führte die Polizei zu der Zeit Fahrzeugkontrollen durch. Dabei zeichnete sie sich besonders durch Brutalität aus. So wurde eine junge Frau aus ihrem Auto gezogen, mit Gummiknüppeln bewußtlos geschlagen und mit Fußtritten wieder zum Leben erweckt. Anschließend mußte sie sich an die Wand stellen und wurde durchsucht. Zuschauer dieser Szenerie waren einige Neonazis. Sie konnten sogar Menschen anpöbeln und beschimpfen, die Polizei unterband dies nicht, und sie drängte überdies noch Hand in Hand mit dem Faschistennachwuchs die Leute von der Straße. Die Nazis gingen dann später zu einem Konzert ins Werk II, dort, wo die Polizei später auch die Möglichkeit haben sollte, ihre Wasserwerfer zweimal mit je 5000 Litern neu zu betanken.
Vom Barrikadenbau aufgeschreckt, holte sich die Polizei Verstärkung aus Dresden, Chemnitz und aus dem sächsisch- anhaltinischen Halle. Diese war auch prompt zur Stelle, wußten doch die dortigen Kräfte bereits 15.00 Uhr von dem bevorstehenden Einsatz in Leipzig.

Als sie dann gegen Mitternacht am Kreuz angegriffen wurde, entwickelte sich eine Straßenschlacht zwischen insgesamt 291 BeamtInnen und 150 sich spontan solidarisierenden jungen Menschen. Die Polizei setzte neben den PolizistInnen selbst auch Hunde, Schilde, Knüppel, Tränengas- und Nebelgranaten und Wasserwerfer ein. Die "Störer", die mit allem warfen, was zur Verfügung stand, wurden in Richtung Süden abgedrängt. Auf diesem Weg zerstörten (meist auswärtige) RandaliererInnen kleine Läden und plünderten sie aus. Das führte zu heftigen Kontroversen unmittelbar am Ort des Geschehens, doch da viele Leute in Leipzig zu einer Party waren, so waren sie durch Alkoholkonsum kaum in der Lage und Willens, in einer solchen Extremsituation nachzudenken, wollten vielmehr ihren Spaß haben.
Während der ganzen Zeit nutzten Kameraleute in Uniform die Gelegenheit, um möglichst viele Gesichter, aber auch Häuserfronten und (möglichst) -einblicke festzuhalten. Deswegen vermummten sich viele Leute.
Als ins nächstgelegene Jugendzentrum die Kunde kam, die Polizei rücke näher, brach dort Chaos aus. Einige verfielen in Panik, andere hingegen wollten etwas erleben. Überstürzt und strategisch völlig deplaziert wurde eine Barrikade gebaut. Als die Polizei dann anrückte, flüchtete eine Anzahl Leute in das Jugendzentrum hinein, während der übergroße Teil an diesem vorbeirannte. Anstatt aber nun die Weiterflüchtenden zu verfolgen, wurde die Gelegenheit genutzt, das Jungendzentrum zu stürmen. Und obwohl bis auf zwei oder drei alle Anwesenden völlig unbeteiligt waren, mußten sich alle auf den Boden legen und sie wurden verhaftet, bis die Knastautos voll waren. Selbst eine Krankenschwester, die ihrer Pflicht nachkam, wurde mitgenommen. Vorm Abtransport mußten die Verhafteten auch noch einen Spießrutenlauf mit gezielten Schlägen auf Kopf und Oberkörper mitmachen. Anschließend wurde das Jugendzentrum durchsucht (wonach auch immer), wobei Türen, durch die Polizei mußte, aufgebrochen wurden, ohne auch nur zu klinken. Eine mitgeführte Kettensäge war dabei wohl doch nur Abschreckung und kam nicht zum Einsatz.
Die meisten, der an diesem Abend 41 Inhaftierten, wurden aus dem Jugendzentrum heraus verhaftet, bis zum Ende der Polizeiaktion um 4.18 Uhr war nur noch sporadischer Widerstand gegen die "Ordnungshüter" zu verzeichnen.
Die Feuerwehr, sie stand ja schon Stunden bevor die erste Barrikade brannte bereit, löschte, die Notärzte arbeiteten auf Hochtouren.
Der Feuerwehr ist es auch zu verdanken, das es am nächsten Abend nicht wieder zu Gewalteskalationen kam. Einige (vermutlich) Neonazis schoben ein brennendes Auto in eine Barrikade des Vorabends und die Polizei, die überall Streife im Schrittempo fuhr, war augenblicklich mit großem Aufgebot zur Stelle. Sie ließ keine Verhandlungsversuche zu und ein Konflikt war vorgezeichnet. Die drei jungen Feuerwehrmänner erkannten die Situation richtig und vermittelten zwischen den Leuten dieser Straße und der Polizei.
Im Ergebnis dieser paar Stunden kommt einiges zusammen. Am schmerzlichsten sind wohl die insgesamt 42 Verhafteten, doch auch die vielen Menschen mit Platz-, Prell- und Schürfwunden, mit Knochenbrüchen, mit ausgekugelten Gelenken sind Resultat der Ereignisse. Der Teil der insgesamt rund 1 Million DM Sachschaden, der die kleinen LadenbesitzerInnen trifft, die ja das Connewitzer Stadtbild entscheidend präg(t)en, darf auf keinen Fall vergessen werden.
Die Probleme, die sich später ergaben, sind immens: AnwältInnenkosten müssen aufgebracht werden. Die Glaubwürdigkeit unserer Ideale ist bei vielen Leuten erst einmal weg, Connewitz wurde in zwei Lager gespalten, die Bürger auf der einen, die "Chaoten" auf der anderen Seite. Doch nicht nur negative Ergebnisse stehen zu Buche: Neben der Gründung des Koordinierungsgruppenbüros, empfinden wir es als äußerst positiv, daß wir und viele andere Menschen nachgedacht haben, und in Zukunft vielleicht besser mit Extremsituationen wie dieser umgehen können!

Anfangs schien es ja so, als ob die Geschichte vom 27/28.11. gar keinen größeren Einfluß auf die Vertragsverhandlungen haben sollte. Also nicht, daß jetzt gar keine Bemerkungen in der Richtung aufgetaucht wären, aber durch den Hinweis, daß die Leo schließlich eines der ersten Häuser mit Verträgen war, während andere Häuser mit direkten Vertragsverhandlungen überhaupt nicht zu den Schauplätzen der Ereignisse gehörten, sah sich das LWB-Verhandlungsteam genötigt auf diesen Trumpf zu verzichten. Auf Nachfragen, was die LWB denn bezüglich der Leo plane, erfuhren die VertreterInnen eines besetzten Hauses allerdings etwas sehr interessantes. Niederlassungsleiterin Merschjohann äußerte sich dahingehend, daß erstens die Polizei gegen bekannte Straftäter vorgehe (soweit so gut) und zweitens sie sich nicht vorstellen könne, daß irgendjemand in diesem Haus die geplanten (und somit vertraglich bindenden) Instandsetzungsarbeiten durchgeführt hätte. Das heißt im Klartext: "Wir können jederzeit den Vertrag wegen einseitigem Vertragsbruch kündigen. Räumung ist dann Sache der Polizei." Genau dies war einer der Hauptkritikpunkte einiger BesetzerInnen an den Verträgen, daß diese durch die bei den meisten Häusern immensen Instandsetzungsarbeiten, praktisch jederzeit unbefristet gekündigt werden könnten.
Eine dreckig braune Brühe, die zum Himmel stank, floß das hinab, was früher einmal Leipzigs Flüsse gewesen waren. Die LWB ließ nichts von sich hören. Nein das stimmt nicht ganz, baten doch zwei LWB-Vertreterinnen am 7.12. in dem Haus, das die Zusage der Prüfung einer Vorvertragsmöglichkeit hatte, um Einlaß. Die Begründung: "Laß uns doch mal rein, die Leute denken sonst die LWB traut sich nicht mal in die besetzten Häuser." Die Nachricht: "Vorverträge sind nicht möglich." Die Entscheidung wurde wie immer nicht begründet. Nach einem kurzen Gespräch bestand jedoch Einigkeit die Möglichkeit ein weiteres mal zu prüfen. Aber bis auf dieses kurze Zwischenspiel absolute Ruhe. Bis zum Donnerstag dem 10.12., dem Tag an dem die LWB neue Briefe verschickte. Der Inhalt dieser Schreiben war ziemlich gleich und ist das was der Mensch wie ich und du eine Erpressung nennen würde. Wäh-

Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH

LWB

Niederlassung Süd · Tel.: 3913710
Floßplatz 34 · Riemannstr. 37

An die
Bewohner der
Ernestiestraße 9

0-7030 Leipzig

Ansprechpartner: Frau Merschjohann

mc/me 10.12.92

Mietvertragsverhandlungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Ihnen bekannt ist verhandele ich seit geraumer Zeit mit Ihnen für den Abschluß von Mietverträgen für das Objekt Ernestriestraße 9.

Dazu muß ich feststellen, daß unser letztes Vertragsangebot von Ihnen nicht akzeptiert wurde. Ich muß Ihnen mitteilen, daß dieses unser letztes Angebot ist und dann keine Veränderungen mehr vorgenommen werden.

Aus diesem Grund fordere ich Sie auf, bis zum

15.12.92

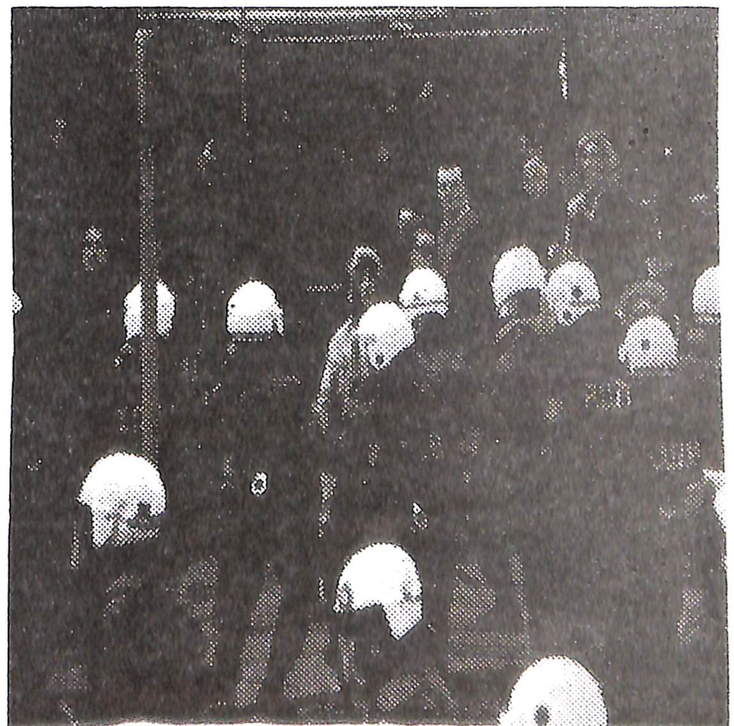
die von uns angeboteten Verträge zu unterzeichnen oder die von Ihnen widerrechtlich genutzten Häuser bis zum Ende dieser Woche, also bis zum 18.12.92 zu verlassen. In diesem Fall gehe ich davon aus, daß durch eine Ortsbesichtigung am 21.12.92 die Rückgabe der Räume festgestellt werden kann.

Um künftige Konfrontation zu vermeiden empfehle ich Ihnen dringend, sich beim Amt für Wohnungswesen um Wohnraum zu bewerben oder eine andere Bleibe zu suchen.

Mit freundlichen Grüßen
i. A.
Merschjohann
Niederlassungsleiterin
Wohnraumbewirtschaftung

rend einem Haus mitgeteilt wurde, die Verhandlungen seien gescheitert und das Haus bis zum 18.12. zu räumen, erhielten die anderen die Aufforderung am 15.12. das "letzte Vertragsangebot" der LWB zu unterzeichnen. Das Haus mit der Hoffnung auf Vorverträge hatte den Vertrag nicht einmal schriftlich vorliegen. Ein vereinbarter Termin, an dem ein Vertragsexmplar abgeholt werden sollte, stellte sich als außerhalb der Dienstzeit von Frau Merschjohann heraus. Die Konfrontation war vorprogrammiert und machte sich in einem Streitgespräch mit einer LWB-Angestellten Luft. (Angeblich sollen auch Klingelanlage und Briefkasten der LWB in Mitleidenschaft gezogen worden sein. Alles Lüge sagen die BesetzerInnen.) Also nichts mit Vertragsexemplar, das in den verbleibenden zwei Werktagen von einer Anwältin hätte geprüft werden können! Aber eine Prüfung hätte wohl auch nichts anderes ergeben als bei den anderen, denen ein Rechtsbeistand riet zu unterschreiben und sittenwidrig Stellen im Nachhinein zu beklagen. Und so kam es, daß die HausbesetzerInnen zum LWB-Headquater zogen, um den erpreßten Vertrag zu unterschreiben. Das ging auch gut, bis die VertreterInnen ohne Vertragsexmplar am 15.12. kamen und unterschreiben wollten. Der Vertrag war nicht da. Stattdessen gab's ein Schreiben, in dem mitgeteilt wurde, Frau Merschjohann sei nicht bereit die Verträge zu unterschreiben. Die Entscheidung, ob Verträge abgeschlossen würden, liege jetzt bei der Geschäftsführung. Ursache sei neben dem Streitgespräch am 10.12. die aggressive Verhandlungsweise, was auch immer das bedeutet. Was konnten die BesetzerInnen anders tun als sich ihre Vertragsbereitschaft schriftlich bestätigen zu lassen und zu gehen. Am Tag danach erfuhr die Stadtverordnetenversammlung davon, daß die Verhandlungen gescheitert sein. Die BesetzerInnen erfuhren dies so direkt nie. Ihnen wurde nur mitgeteilt, daß sie das Haus bis Anfang Januar zu räumen hätten.

Aus inoffiziellen Quellen verlautet, daß diese Entwicklung, die am 10.12. völlig überraschend begann, vom Innenministerium in Dresden angewiesen wurde, das Druck auf die Stadt ausübte, das Problem Hausbesetzungen endgültig zu lösen. Das nicht alle Häuser die Verträge, zu denen sie erpreßt wurden, unterzeichnen konnten geht wohl einzig und allein auf das Konto der LWB. Da die erpreßten Verträge von mehreren Leuten, die sich mit Mietrecht auskennen als sittenwidrig (also rechtlich anfechtbar bezeichnet wurden, ist das Problem aber wohl kaum gelöst, sondern eine neue Kriese schon jetzt abzusehen. das vertragsbereite Haus ist nicht geräumt worden und auch die LWB hat wohl inzwischen eingesehen, daß eine Räumungsklage nach akzeptierten Vertragsangebot wohl reine Geldverschwendung wäre. Die Stadt hat jetzt die Verhandlungen mit diesem Haus übernommen. Jedenfalls sagt das die LWB. Sollte das politische Motiv des übertriebenen Polizeieinsatzes vom 27/28.11. also die für konservative Kräfte günstige Lösung der Vertragsverhandlungen gewesen sein,so ist dieses Ziel nur teilweise erreicht worden. Einziger Erfolg, der wohl kaum anfechtbar sein dürfte, ist die Befristung der Verträge auf fünf Jahre. Spätestens dann wird das Problem erneut auftauchen, wenn alle Verträge gekündigt werden.



23.12.1992 0.35Uhr

Hergang des Mordes an Thümy
Auf dem Dürrerplatz treffen sich die Kids, die so im Alter zwischen 15 und 20 Jahren sind, in ihrer Clique, wo sie irgendwann mal anfingen aus Spaß Autos zu knacken. Die meisten sind wohl ohne politische Meinung, wahrscheinlich betreiben sie den Autoklau auch nicht professionell, um das große Geld zu machen - wobei die Verstrickungen Einzelner nicht bekannt sind. Nach dem Krach am 27./28.11. haben die Leobesetzer beschlossen: "Wir hören auf mit dem Autoklau" und sie waren auch clean. Nur in der Nacht vom 21./22.12 ist mit einem von ihnen dann doch die Kleptomanie wieder durchgegangen. S. schnappt sich den Mazda Xedos 6, der einem Professor der Uni- Klinik gehört (ein großer und teurer Wagen, ca. 51000 wert). Nächsten Tag erscheint er damit auf dem Dürrerplatz, wo er von mehreren Typen aus Zuhälterkreisen gefaßt wird und sie ihr Auto zurückkriegen. Nachdem S. fliehen kann, wird ein anderer Bewohner der Leopoldstraße von den Typen in den Kofferraum ihres Wagens gesteckt. Aus ihm werden sie herausbekommen, wo S. zu finden ist.
Nun ein Ortswechsel in die Leopoldstr.9; es ist kurz vor Mitternacht des 22. Dezember. Mit Baseballschlägern und ähnlichem bewaffnet, kommen ca. 10-13 Leute und schlagen Krach - sie wollen S., doch der versucht diesmal über die Dächer zu fliehen. Während die Männer drohen und ins Haus eindringen wollen, wird S. doch von ihnen erwischt. Er kann jedoch, nachdem er leicht verprügelt wurde, wiederum entkommen. - Die Bewohner der Leopoldstraße rufen die 'Bullen per Funktelefon.
Zur gleichen Zeit in einem Connewitzer Jugendobjekt:
Dienstagabend, es wird Tischtennis gespielt, mensch unterhält sich, hört Musik.
Plötzlich kommt S. herein: "Zuhältertypen sind in der Leo" ruft er, "sie verprügeln dort die Leute!". Es entsteht eine Diskussion, bei der die Standpunkte zwischen helfen und nicht helfen schwanken. Während der kurzen Auseinandersetzung meint Thümy: "Wir können die Leo nicht im Stich lassen."

Nach einigem Hin und Her gehen sechs Leute los, um zu helfen. Bis dahin ist noch unklar, von welchem Kaliber die Typen in der Leo sind.
An der Ecke Leopoldstraße- Biedermannstraße angekommen, sehen sie die Gruppe der Typen, die S. suchen, vor besagtem Haus stehen. Die Leute, die die Leokids unterstützen wollten, befinden sich jetzt ca. 50 m in der Straße, links und rechts beginnen nun die Häuser (das Stück vorher ist ein freier Platz). Ein dunkles Auto, eventuell ein schwarzer Golf, der eindeutig den Zuhältertypen gehört, parkt aus, fährt, nachdem er gewendet hat, in Richtung Biedermannstraße schnell auf die sechs zu. Einer ruft: "Paßt auf die schießen auch!". Sie flüchten. In dem Moment (ca. 0.40 h) fallen 6-7 Schüsse. Thümy, der als Letzter rennt, wird, wie sich später herausstellt, von 4 Kugeln, die aus einem kleinkalibrigen Schnellfeuergewehr abgegeben wurden, getroffen. Er schleppt sich noch bis an das Jugendzentrum und bricht zusammen. Kurz darauf wird er gefunden. Zu dieser Zeit ist er noch bei vollem Bewußtsein.

Die Leoplenen

Hausbesetzerlnnen diskutieren über ihre eigene Kriminalität.
Hat es sowas schon einmal gegeben?
Angesichts der Tatsache, daß die illegale Nutzung leerstehender Häuser einen Strafbestand darstellt, d.h. kriminell ist, müßte es doch eigentlich absurd sein, daß derart Kriminelle darüber nachdenken, sich von Leuten zu distanzieren, die sich nicht an eine Reihe anderer Normen des bürgerlichen Rechtsstaates halten.
Doch nicht so in Connewitz ...
Bis zu den riots Ende November und ihren fatalen Folgen war keiner/em hier in Connewitz klar geworden, daß eine Diskussion über Kriminalität in und aus unseren besetzten bzw. legalisierten Häusern notwendig ist. Bis zum Spätsommer 92 war allen, die nicht taub und blind sind, bekannt, daß die Bewohner der LEO 9 extrem viele Dinge, besonders Autos (der Deutschen größtes Heiligtum) außerhalb der Ladenöffnungszeiten

Von seinen Freunden und Freundinnen wird Thümy ins Elisabeth Krankenhaus gefahren, wo schon Bescheid gesagt worden war (auch die Polizei war zu diesem Zeitpunkt bereits informiert). Gegen 1.00 Uhr wird Thümy in die Obhut der Ärzte übergeben, welche sich sofort bemühen. Seinen Freunden bleibt nichts anderes Übrig als zu warten.
Uniformierte Polizisten kommen und stellen Fragen zum Tathergang- sie bleiben nicht lange. In der Zwischenzeit kommen mehr Ärzte, zum Schluß sind es vier, aber es ist kein Gefäßchirurg aufzutreiben, der nötig gewesen wäre.
Eine Stunde später zwei Kripoleute in Zivil, deren erste Frage war, wer Thümy transportierte, um dann eine Belehrung abzulassen. Als die Polizisten sich nicht sehr taktvoll und mit scheinbarem Desinteresse nach dem Tathergang erkundigen, wird ihnen gesagt, sie sollen gehen, man könne im Moment nicht darüber sprechen. Nach einigem Hin und Her gehen sie, wobei sie nun ausfällig werden und sagen: "Du Arsch ..." und "Naja, wenn ihr nicht wollt ...".

3.30 Uhr erliegt Thümy zweien der Schüsse, nachdem die Ärzte und Krankenschwestern alles versucht haben. Er bekam insgesamt 14 Blutkonserven und ist doch innerlich verblutet.

Am nächsten Tag, dem 23.12. begeben sich mehrere Leute zur Kripo um Zeugenaussagen zu machen. Die Täter sind heute gefaßt; Was bleibt sind Gerüchte, ob eventuell Drogen in dem Auto waren, S. schon vorher Probleme mit den Zuhältertypen hatte. Ähnliche Typen traten bis heute noch mehrmals auf: Einmal Anfang Januar wegen eines anderen Autos, einmal Anfang Februar um ein geklautes Funktelefon wiederzufinden - beide Male war es wahrscheinlich nicht in Connewitz zu finden. Wie weitreichend die Beziehungen einzelner Ex- Leobewohner waren oder noch sind, ist unklar.

Am 22.1.93 wurde Thümy beerdigt, viele seiner Freundinnen und Freunde und die, die ihn kannten, waren gekommen ...

organisierten und dabei ausgesprochen selbstdenunzierend agierten, indem sie Mengen von diesen geknackten Stinksargen zerschroteten und in der Nähe ihres Hauses stehen ließen. Die bürgerliche Presse nahm dies zum willkommenen Anlaß, die hiesige Szene zu einem Haufen krimineller Chaoten zu stempeln. Schon diese Hetzkampagne betraf uns alle persönlich, weil damit die Existenz unserer Lebensräume und Projekte in Connewitz bedroht wurde (mensch erinnere sich nur an den Räumungsantrag der CDU). Reagiert hat allerdings keine/r von uns.

Nach dem 27.11 sahen sich dann doch einige gezwungen zu reagieren, indem eine Gesprächsrunde mit den BewohnerInnen der Leo 9 veranstaltet wurde, die zum Ergebnis hatte, daß die betroffenen Leute vor die Wahl gestellt wurden, sich in den hier besetzten Häusern zu integrieren und das Autoknacken einzustellen oder aber in anderen Teilen der Welt ihren bisherigen Lebenswandel fortzusetzen. Sie entschieden sich geschlossen dafür, die Knackerei sein zu lassen und weiter hier in ihren gewachsenen Zusammenhängen zu leben. Bis zum 22.12 war das Thema dann erst mal erledigt.

Die Ermordung Thümis infolge der Rückfälligkeit von einem der Leo-Leute heizte die Stimmung gegen eine weitere Duldung der betreffenden Kids im Stadtteil mächtig auf. Dementsprechend emotionsgeladen verlief dann auch das sofort angesetzte All-Connewitz- Plenum am 23.12. Viele Leute waren verständlicherweise sehr wütend auf die Leo-kids, da sie jene als Mitschuldige am Tod einer ihrer besten Freunde ansahen. Es war sehr schwierig miteinander zu reden und manchmal verkam der Verständigungsversuch zu einem Durcheinander wüster Beschimpfungen.

Das eigentliche Anliegen des Treffens, einen Konsens über unsere Haltung zur Kriminalität zu finden, wurde nicht erreicht, weil niemand in der Lage war, eine grundlegende Diskussion zu führen, denn dazu hätte es einer Definition bedurft, welche Art Kriminalität für uns in den besetzten Häusern vertretbar bzw notwendig ist (z.B Baustoff- und Werkzeugbeschaffung). Lediglich die Tatsache, daß keine/r der Anwesenden jegliche Art von Eigentumsdelikten verurteilen wollte (denn welche/r bricht schon den Kontakt zu Leuten ab, nur weil diese in der Kaufhalle Käse klauen), brachte uns zu dem Schluß, daß nicht der Sinn oder Unsinn eines Diebstahls oder gar die staatlichen Gesetze Maßstab sind, sondern die Auswirkungen auf unser Leben.

Da die Leo-Kids zu ihrer Verteidigung das Argument vorbrachten, seit dem 27.11. vier Wochen lang "clean" gewesen zu sein und nicht in hierarchisch geordneten Strukturen zu leben, so daß sie sich nicht für die Idiotie einer ihrer Mitbewohner zur Verantwortung ziehen lassen, hatten die Forderungen nach einem sofortigen militanten Rausschmiß aller Ex-Autoknacker keinen Erfolg. Viele Leute mußten feststellen, daß sie bis jetzt keinen Kontakt zu den Kids gesucht hatten und jene, gegen die "jetzt zur Tat geschritten werden sollte", überhaupt nicht kannten. Dies wäre aber notwendig gewesen, um angemessen zu reagieren. Eine weitere Schwierigkeit dabei war, daß auch in anderen Häusern noch jüngere und noch weniger in der Szene bekannte Kids leben, die regelmäßig Autos klauen. Am Ende einigten wir uns darauf, daß die Leo 9 von den BewohnerInnen selbständig geräumt wird und diese sich auf andere Häuser verteilen oder ein anderes Haus besetzen, da ihnen sonst der kriminelle Ruf ihres Hauses ewig und unabhängig von ihrem individuellen Lebenswandel anhängen würde. Weiterhin nahmen wir uns vor, bei der Sichtung geklauter Autos in Connewitz sofort und wenn nötig militant gegen die Verantwortlichen vorzugehen. In der darauffolgenden Woche wurden ein paar wenig erfolgreiche Aktionen in dieser Richtung gestartet da wieder geknackte Autos auftauchten. Allerdings waren die schuldigen Idioten nicht zu finden.

Anlaß für das zweite Anti-Autoknacker-Plenum war die Durchsuchung zweier Häuser in der E. am 4.2. durch dubiose Gestalten, die sich in Mafia-Manier Zugang zu den Häusern verschafften, um dort einen ehemaligen Bewohner der Leo 9 zu suchen. Auf dem Plenum forderten die BewohnerInnen der betroffenen Häuser und andere den Rausschmiß aller Ex-Leokids aus Connewitz, da sie sich durch deren mutmaßlich kriminelle Geschäfte und deren Folgen (angeblicher Mafiakontakt und andere finstere Vorwürfe) bedroht fühlten. Es konnte aber geklärt werden, daß die inzwischen in anderen besetzten Häusern lebenden Kids mit den besagten dunklen Geschäften rein gar nix zu tun haben. Die von den Mafiatypen gesuchten und für den Stress verantwortlichen Leute waren längst aus Connewitz raus. Im Endeffekt kamen die Leute, die eine Gruppenbestrafung aller Ex-Leos durch Connewitzverbot forderten, nicht durch, da sie es in keiner Weise versucht hatten, erst einmal Kontakt zu denen aufzunehmen, von denen sie sich in Gefahr gebracht sehen. Auch wenn die Ängste vollkommen verständlich sind, sollten wir doch zuerst versuchen, mit Kids, die in unseren Augen Scheiße bauen, ins Gespräch zu kommen und uns erst dann eine Meinung über sie zu bilden. Denn pauschal über Individuen zu urteilen, deren Lebenseinstellung wir nicht kennen, ist eine echte Minusaktion. Schon um einen weiteren Zerfall der BesetzerInnenszene zu verhindern, würde es sich lohnen, darauf zu verzichten, Kids ihre vergangenen, undurchdachten Taten nachzutragen (echt schwer), denn wir sind alle nicht zu perfekten BesetzerInnen geboren worden und jede/r hat doch ein Recht auf einen Lernprozeß und ein allmähliches Hineinwachsen. Naja, entscheidet selbst!

Hauptsache ist doch selbstbestimmt und staatenlos ...

Das Traurige ist, daß für viele diese Ereignisse keine Lehre gewesen ist. Auch dann nur nicht, wenn wie voriges Jahr ein 18jähriger unter Drogen vom Dach der Stöckartstrasse in den Tod springt. Es ist ebenso, daß es immer wieder Menschen gibt, für die es hauptsächlich um die ewige Party geht und aufgrund ihres exessiven Lebensstils (was den Gebrauch diverser Drogen mit einschließt), abstumpfen und rücksichtslos werden. Der Spaß hört aber dann auf, wenn andere Menschen bedroht und angemacht werden, neue Leute (Kids) nur nach Connewitz kommen wegen Drogen und wenn von übergeschnappten Kids schon wieder geklaute Autos vor unseren Häusern auftauchen. Andererseits finde ich es falsch, bei einem Menschen der durch Drogenexesse oft dermaßen daneben ist, daß andere sich bedroht fühlen, mit einem Überfallkommando heimzusuchen - so wie es diesen Monat in Leipzig geschehen ist. Der von allen auf den Leoplenen getragene Konsens war doch, daß wir uns ersteinmal mit einem Menschen auseinandersetzen wollen und nicht durch Überreaktion unser Nichtverhalten wettmachen können. Diese Art von Gewalt macht es doch denen leicht die gar nicht verstehen wollen (können), um was es geht und die Art und Weise dieses Vorgehens steht im Vordergrund. Hilfen sowie Warnungen können ausgeschlagen werden, aber dazu müssen diese ersteinmal vorgetragen werden. Wer's dann nicht begreift, hat in unseren Zusammenhängen nichts zu suchen. BASTA!

14. April 1993, 6⁰⁰ Uhr, Ernestistraße Leipzig Connewitz. Eine Hundertschaft Polizei fährt auf und hält an der Ecke Teichstraße/Ernestistraße. Unbemerkt dringen die uniformierte Staatsdiener in die Häuser 6, 10, 12, und 15 ein. Die noch schlafenden BewohnerInnen werden durch das Eintreten ihrer nicht abgeschlossenen Zimmertüren geweckt. Es folgen Durchsuchungen, Identitätsfeststellungen und bei den Personen ohne Ausweispapiere Festnahmen. Die Festgenommenen werden zum Zwecke der Identitätsfeststellung zum Peterssteinweg gefahren. Im Gegensatz zur eigentlich zuständigen Polizeiwache Süd befinden sich dort auch die Büros des Staatsschutz. Statt einer einfachen Überprüfung finden neben Schikanen, wie langem Stehen, auch eine Erkennungsdienstliche Behandlung statt. In den Häusern wurde inzwischen der gesamte bekannte Leipziger Staatsschutz (bis auf LUDA und einen seiner Mitarbeiter) tätig. Den zurückgebliebenen BewohnerInnen wird danach die Möglichkeit gegeben, ihre Habseligkeiten auf die Straße zu räumen. Die Sachen nicht anwesender werden von Angestellten des Ordnungsamtes in ein Lager gebracht, von wo sie die BesitzerInnen später abholen dürfen.
Inzwischen hat auch in der ebenfalls besetzten E9 ein reges Leben eingesetzt, nachdem die aus dem Schlaf erwachten die in ihr Haus filmenden bzw. auf der Straße rumlungernden Einsatzkräfte bemerkten. Eilig werden die Sicherungsanlagen überprüft und Kontakt zur Außenwelt aufgenommen. Allerdings weis niemand, was genau auf der Straße passiert. Die Vermutungen gehen dahin, daß die leerstehenden Häuser auf der gegenüberliegenden Seite zugemauert werden sollen. Die sechs Leute sind sich einig, daß eine Gegenwehr ihrerseits der reine Selbstmord wäre. In ihrer Vermutung, sie würden von der Aktion nicht betroffen, bestärkt sie die Äußerung Herrn BURGERs (Stellvertreter des kommissarischen Leiters des Dezernats Recht/Ordnung/Sicherheit und Leiter des Wohnungsamtes Herrn TSCHENSE, der wie heute bekannt ist diesen Tag an Stadt und Abgeordneten vorbei plante und letztendlich auch realisierte). Herr BURGER antwortete auf die Frage eines E9-Besetzers, was denn los wäre und ob die Stadt im Zuge einer Deeskalation nicht wenigstens vor einer solchen Aktion Bescheid sagen könne: "Wieso in der 9 ist doch alles ruhig." Das war es dann auch, da sich die BewohnerInnen, wie gesagt, außer Stande sahen, etwas zu unternehmen. Bis gegen 8⁰⁰ Uhr, als plötzlich die Klingel des Hauses läutete. Unten stand neben der immer noch anwesenden Polizei Frau MERSCHJOHANN (aufmerksame LeserInnen kennen die Niederlassungsleiterin der LWB-Süd aus dem letzten Heft) und begehrte zusammen mit dem, bis dahin noch nie in Erscheinung getretenen, Justitiar ihrer Firma Herrn LASKE Einlaß. Der Hinweis, daß sie als Eigentümer sich auch notfalls mit Hilfe der Einsatzkräfte Zutritt verschaffen würden, durfte dabei nicht fehlen. Also Polizei ein Stück zurück. Tür ein Stück auf und die beiden rein in den Gemeinschaftsraum. Das Lied, das hauptsächlich von LASKE gesungen wurde, war ziemlich kurz. Er wolle die Identität der BewohnerInnen, die Stadt habe ein Ausweichobjekt, daß sie zur Verfügung stelle, Umzug sei heute und zwar bis 12⁰⁰ Uhr. Nee sagten die BesetzerInnen, da sind welche im Urlaub, wir haben weder Haus noch Vertragsmodalitäten gesehen und überhaupt, ist das eine Art mit einer Hundertschaft Bullen anzurücken, um einen solchen Vorschlag zu machen, der doch in Ruhe diskutiert werden könne? Schließlich war durch das Jugendamt schon im Januar durchgesickert, daß in der Stadt über ein Ersatzobjekt nachgedacht werde. Nein, die VertreterInnen der LWB hatten ihre Order. "Sind sie bereit das Haus heute zu räumen, ja oder nein?", war ihre Frage. "Bereit zu Verhandlungen, aber nicht zum sofortigen Umzug.", war die Antwort. Die bis dahin vor LWB und Stadt schwer gehütete Identität wurde natürlich auch nicht preis gegeben. Da könnte ja jeder kommen! Dachten sich wohl auch die Leute auf der Straße, und so schickten sie eine Horde grün befrackte, deren Anführer in ein Megaphon brüllte, daß das Haus zur Identitätsfeststellung innerhalb von zwei Minuten zu verlassen sei, sonst nach sächsischem Polizeigesetz usw. bla bla. Also wieder die Polizei ein Stück zurück, die Tür ein Stück auf BesetzerInnen raus, LWB-Mitarbeiter schreiben Ausweise ab und verlangen bei manchen die Unterschrift auf ihrem vorgedruckten Formular. Dieses hat sich dann aber doch noch jemand durchgelesen, worauf hin er seine Unterschrift zurückzog und nach ihm auch alle anderen, die unterschrieben hatten, daß sie keinerlei Besitz mehr im entsprechenden Objekt hätten. Glück gehabt! Inzwischen ist auch ein Anwalt eingetroffen, der allerdings nur meinte, da könne er überhaupt nichts machen.
Danach Tür wieder zu und warten. Nach ca. 5 Minuten klingelt Blondschopf SELLE, den sich die Stadt für eine was weis ich denn wie hohe Ablösesumme im Westen gekauft hat.(hoffentlich haben sie nicht so viel bezahlt!-d.t.) Eigentlich hat niemand Lust auf einen solchen Psychoterroristen. Hatte der Mann doch bei der Personalienfeststellung mit Sprüchen wie, was soll denn das Indianerspiel?, geglänzt. Aber der steht unten und bettelt um 5 Minuten. Es soll ja auch nicht so aussehen als wären die im Haus verschwundenen nicht gesprächsbereit. Also beschließen sie ein letztes mal die Tür zu öffnen, um dem Abgesandten der auf der Straße frierenden mitzuteilen, daß es unmöglich sei, heute noch umzuziehen, aber doch gern über das Angebot gesprochen werden könne, möglichst nicht hier. SELLE will aber gar nichts hören und nur eine Keilerei, wie er sich auszudrücken beliebt, verhindern.

WENN DROHUNGEN WAHR WERDEN

Leipziger Wohnungs-
und Baugesellschaft mbH



Niederlassung Süd · Tel.: 3913710
Floßplatz 34 · Riemannstr 37

BewohnerInnen
Ernestistraße 9

0-7030 Leipzig

Ansprechpartner: Frau Merschjohann

ma/mt 20.01.93

Mietvertragsverhandlungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst bestätige ich den Eingang Ihres Schreibens vom 08.01.93, das ich am 15.01.93 erhalten habe.

Ich möchte Sie hiermit davon in Kenntnis setzen, daß ich bis zu einem noch folgenden Gespräch von der Räumung des von Ihnen bewohnten Objektes absehen werde.

Dieses Gesprächsangebot erfolgt durch Vertreter der Stadt und wird voraussichtlich Ende Januar erfolgen.

Ich bitte Sie, diese Einladung abzuwarten und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Merschjohann
Niederlassungsleiterin
Wohnraumbewirtschaftung

Wie er noch so im Erzählen ist, stößt Streetworker VOLKER hinzu. Als Vertreter des Jugendamtes genießt er genügend Vertrauen bei Herrn SELLE, um diesen davon überzeugen zu können, daß die Bedenken gegen das Ersatzobjekt, die davon ausgehen, daß in der vorgeschlagenen Gegend (Leipzig-West) mit Angriffen Rechtsradikaler zu rechnen ist.

Tja, was nun tun? Das Ausweichobjekt ist ungeeignet, aber ein Verbleiben der BesetzerInnen im Haus will die Obrigkeit auch nicht. Anstatt von ihrem unsinnigen Vorhaben Abstand zu nehmen, verfallen die Stadthalter darauf, eine vorübergehende Bleibe zur Verfügung zu stellen. Da aber die Leute im Haus gar nicht umziehen wollen, wird von SELLE der Rest des perfiden Plans offenbart. Sollte das Haus nicht freiwillig verlassen werden, verschafft sich die LWB mit ihren Bediensteten Zutritt zum Haus (die Polizei würde dafür sorgen, daß dies möglich wäre), um dort Medientrennung, wie der euphemistische Ausdruck für die Zerstörung von Wasser- und Stromleitungen lautet, durchzuführen und Fenster auszuhängen. Die BewohnerInnen hätten dann bis zur Entscheidung, ob eine Räumung rechtmäßig sei oder nicht, die Möglichkeit im Haus zu bleiben. So erpreßt, beschlossen die letzten HausbesetzerInnen ohne Mietvertrag in Connewitz, sich das Ersatzobjekt anzusehen und falls es nicht akzeptabel sei die vorgeschlagene Zwischenlösung zu nutzen.

Zuvor mußte aber noch der Justitiar der LWB besänftigt werden, der sich benahmen, als wäre geplant, seinen Neuwagen in die Luft zu jagen. Anschließend machte sich eine Expedition auf den Weg und im Haus verblieben noch drei. Um der ganzen Situation die Ernsthaftigkeit zu nehmen und die trübe Stimmung zu bekämpfen, beschlossen die zurückgebliebenen, ein Fenster zu öffnen und die Anwesenden durch eine Beschallung von ihren bösen Gedanken abzulenken. Das gelang ihnen nicht. Herr LASKE sah sich außerstande einen der drei, der zu Besorgungen geschickt worden war wieder ins Haus zu lassen. Überhaupt fiel der Mann durch ständige Pöbeleien auf. Höhepunkt des Tages war wohl der Song Cop Killer des Ensembles Body Count, obwohl die Anwesenden Bullen nicht so aussahen, als hätten sie die Message begriffen. Die Rückkehr des Expeditionscorps brachte die erwarteten Nachrichten.

Sobald klar war, daß der Umzug beginnen würde, hatte die LWB nichts besseres zu tun, als die Medientrennung vorzunehmen. Entsprechend ungünstig waren dann auch die Bedingungen unter denen das letzte Haus verlassen wurde. Aber mit manchen Leuten kannst du einfach nicht reden, stellten die frustrierten BewohnerInnen fest.

Die Zwischen"lösung" sieht so aus, das neun Menschen mit all ihren Sachen in zwei möblierten 3 Raum Wohnungen untergebracht sind. In Anbetracht der Tatsache, daß drei von ihnen kurz vor den im Mai beginnenden Abiturprüfungen stehen, ist diese Situation mehr als nur schwer erträglich. Doch solcherlei stößt bei der Stadt auf Desinteresse. Eine Begründung, warum das Haus verlassen werden mußte, obwohl doch auch weiterhin verhandelt wird und jederzeit Vertragsbereitschaft bestand, blieb die Stadt und insbesondere TSCHENSE, der ja der Verantwortliche für diesen Wahlkampfgag ist, schuldig. Bei einem Gespräch, daß BesetzerInnen und SymphatisantInnen am darauf folgenden Tag durch die Besetzung des Büros des Dezernenten für Recht/Ordnung/Sicherheit erzwungen wurde, logen die Staatsgewaltigen, daß sich die Balken bogen. Trotzdem gelang es den Betroffenen die Situation vor der Presse darzustellen. Konkrete Ergebnisse, die vor allem für diejenigen der von der Räumung Geschädigten, die obdachlos wurden wichtig gewesen wären, wurden allerdings nicht erzielt. Verhandlungen laufen, aber was durch diese Eskapade der Stadtregierung mit einem finanziellen Aufwand, der richtig genutzt alle strittigen Probleme hätte lösen können, an Wohnraum und Lebensgrundlagen zerstört wurde läßt sich wohl nicht so leicht wieder erlangen. Verhandlungen laufen, aber wie sagen Stadt/LWB immer? Wir haben schon seit einem halben Jahr verhandelt irgendwann ist Schluß. Dieser Stadt kann nur geraten werden, den Bogen nicht zu überspannen, sonst ist plötzlich mit Sachen Schluß, von denen die Damen und Herren der Stadtverwaltung noch nicht einmal in ihren ärgsten Angstphantasien vermuten, daß sie dereinst zu Ende seien können. Oder sieht das jemand anders, da draußen?

Moa

80 Connewitzer Jugendliche besetzten das Ordnungsdezernat

Leipzig (EB).Rund 80 Jugendliche der Connewitzer „Szene" besetzten gestern das Büro des Dezernats Recht, Ordnung, Sicherheit im Neuen Rathaus. Sie forderten ein Gespräch mit den Verantwortlichen des Polizeieinsatzes am Mittwoch, bei dem Hausbesetzer aus der Ernestistraße vertrieben wurden. Vertreter der LWB, der Polizei, von Parteien und Verwaltung stellten sich den Jugendlichen zur Diskussion. Nach einer erregten Debatte endete die Aktion friedlich. *Seite 9*

PRESSEERKLÄRUNG/AUFRUF

Am Mittwoch, dem 9. März 1994, scheiterten die Verhandlungen zwischen den ehemaligen BewohnerInnen der Ernestistraäe 9 und der Stadt Leipzig! Bei den Gesprächen ging es um ein Ersatzhaus für die Ernestistraße 9. Diese wurde am 14. April 1993 bei einem Polizeieinsatz "versehentlich" mitgeräumt.

Es ergeben sich für uns folgende Konsequenzen:

1) Wir werden nach Ablauf einer Frist von 14 Tagen (gerechnet ab Donnerstag, dem 9. März 1994) beginnen, unsere Forderungen nach Lebens- und Projektraum durchzusetzen. Dabei werden wir unabhängig von der Stadt und uns ehemals beratenden Institutionen agieren.

2) Wir behalten uns die Entscheidung über die Art und den zeitlichen und räumlichen Rahmen unserer Aktionen selbst vor.

3) Bei unseren Aktionen ist der Anspruch des Staates auf ein Gewaltmonopol ohne Bedeutung. Wir werden uns gegen alle zur Wehr setzen, die uns bedrohen. In unserem Fall hat der Staat, vertreten durch die Stadt Leipzig, deutlich gezeigt, daä er mit der Verantwortung, die er trägt, nicht umgehen kann. Alle Widerstandshandlungen werden von uns deshalb als Notwehrhandlungen interpretiert.

4) Wir lehnen jede Verantwortung für Schäden, die im Zuge unserer Aktionen Dritten entstehen, ab. Trotzdem werden wir versuchen, sie zu vermeiden.

5) Wir rechnen mit einem brutalen Vorgehen der Stadt und werden darauf entsprechend reagieren.

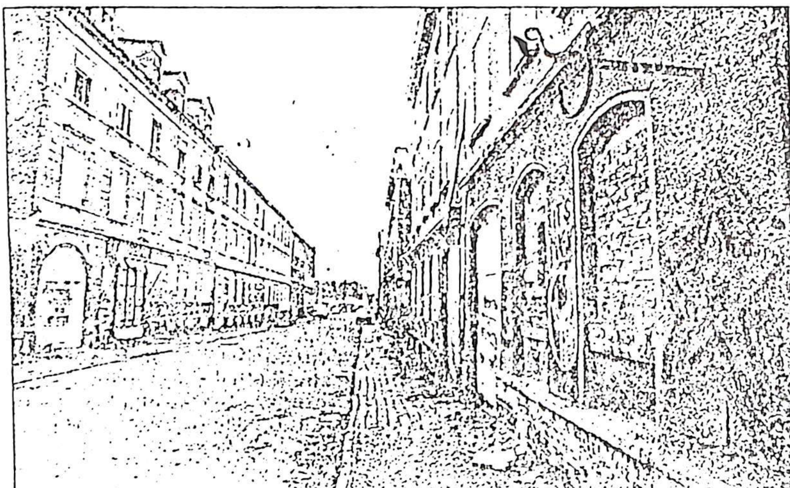
6) Angebote der Stadt Leipzig werden wir nach wie vor prüfen. Reagieren werden wir auf sie allerdings nur, wenn sie sofort zu Ergebnissen führen. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß ein vorzeitiges Eingehen auf Angebote dazu führt, daß die Stadt durch schlampige Arbeit bestehende Einigungschancen zerstört.

Wir rufen hiermit alle Menschen auf, uns nach all ihren Kräften zu unterstützen! Wenden sie sich gegen Willkürherrschaft und tote Verwal-

Neun Monate nach der Räumung: Ernestistraße soll verkauft werden

Wohnungsamt will sozialen Wohnraum, aber die Grundstücksbörse weiß nichts davon

Vor neun Monaten ließ die Stadt die besetzten Häuser räumen und die Eingänge zumauern, jetzt werden sie verkauft. Bei der Ausschreibung zur 6. Grundstücksbörse der Stadt Leipzig ist fast die gesamte Ernestistraße in Connewitz zu haben.



Traurige Ernestistraße. Stadt und LWB suchen Käufer, die die zugemauerten Ruinen wieder bewohnbar machen. Foto: Andre Kempner

Die kleine Straße zwischen Brand- und Teichstraße sieht traurig aus: Drei, vier bewohnte Gebäude, die anderen zweistöckigen Vorstadt-Häuser sind leer und verfallen. Dazwischen Baulücken und Garagen. Erdgeschosse und erste Etagen der meisten Häuser sind zugemauert. Nur ein paar Graffiti-Sprüche erinnern an die letzten Bewohner der Ernestistraße. Im April ließ die Stadtverwaltung die neubesetzten Häuser räumen: „Sicherung von LWB-Eigentum."

Alle leerstehenden Häuser und zwei bewohnte wollen Stadt und LWB jetzt loswerden. Im Rahmen der 6. Grundstücksbörse sind die Grundstücke 1, 3, 6 bis 15, 17 und 19 zum Verkauf ausgeschrieben. LWB-Sprecher Rainer Rehbein: „Die unbewohnten Häuser verursachen nur Kosten. Deshalb verkaufen wir alles, was leer ist."

Die zum Teil auch unbebauten Grundstücke sind in fünf Objekten mit je zwei bis vier Flurstücken zusammengefaßt. „Grundlage für die Vergabe sind die Anzahl der zu schaffenden Arbeitsplätze und Wohnräume, die städtebauliche Qualität und der gebotene Kaufpreis", so die Ausschreibung. Beim Grundstücksverkehrsamt gibt es die Exposé-Mappen und Kaufinteressenten erfahren, daß bisher nur die Bodenpreise feststehen. Bärbel Schwieger von der städtischen Grundstücksbörse: „Der Verkehrswert der einzelnen Objekte wird erst geschätzt, wenn es Interessenten gibt." Davon gibt es genug: Allein 40 kauften sich in den ersten drei Tagen für 15 Mark eine Objektmappe. Von Auflagen der Stadt, wonach die Investoren nur sozialen Wohnraum schaffen dürfen, steht nichts in den Exposés. Dem Amt für Wohnungswesen zufolge gibt es aber doch welche. Silke Lem: „Die Investoren dürfen später nicht mehr als 12 Mark pro Quadratmeter Miete verlangen." Damit sollen Spekulanten und Luxus-Sanierer gebremst werden. Nur die städtischen „Börsenmakler" wissen nichts davon. „Wenn einer Sozialwohnungen schafft, wären wir natürlich dankbar", sagt Bärbel Schwieger. Aber sicher ist nichts: Wenn das erworbene Objekt lange genug leer stand, muß sich ein Investor nicht mehr an die Mietpreisbindung halten. *H. Witzel*

---

tungsstrukturen als Machtmittel gegenüber Personen und Ideen! Wir hoffen auf Ihr aktives Auftreten, wie auch immer es aussehen mag. Jede Unterstützung hilft uns und letztendlich auch Ihnen, denn wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Während der gesamten Verhandlungsdauer haben die VertreterInnen der Stadt ein Höchstmaß an Unseriosität und schlechter Verhandlungsführung gezeigt. Informationen, die während der Verhandlungen weitergegeben wurden, stellten sich sehr oft als Halb- oder Unwahrheiten heraus. Die Bearbeitung einfacher Fragen, wie die interne Klärung von computergespeicherten Eigentumsverhältnissen, nahmen stets mehrere Wochen in Anspruch. Unterstellen wir den Stadtbehörden guten Willen, so hat sich hier ein Maß an Unprofessionalität offenbart, daß für Leipzigs Zukunft Schlimmes befürchten läßt. Jugendpolitisch waren diese Verhandlungen auch von unserer Seite ein Experiment, dessen Scheitern wir jetzt eingestehen müssen.

Wir können niemandem empfehlen, sich auf Zusagen der Stadt einzulassen.

Bis zum April 1993 erfolgte kein Abschluß von Mietverträgen. Und das trotz Zusagen der Stadt Leipzig durch Oberbürgermeister Lehmann-Grube und Stadtparlament sowie Vertragseinigkeit mit der LWB. Es folgten ein knappes Jahr Scheinverhandlungen, in denen das Wohnungsamt, in Persona Amtsleiter Holger Tschense, immer wieder unhaltbare Angebote vorlegte.

Alle von der Stadt angebotenen Häuser erwiesen sich als nicht mit vertretbaren Mitteln sanierbar oder bewohnt. Die von uns unterbreiteten Vorschläge lehnte Herr Tschense ab. Er verwies darauf, daß wir von anderen "alternativen" Projekten in Leipzig-Connewitz zu dezentralisieren wären. Bis zum heutigen Tag ist unklar, wieso uns diese Dezentralisierung traf und wodurch dieses Vorgehen des Herrn Tschense legitimiert wurde. Das Ordnungsamtes trägt diese Dezentralisierung mit, der entsprechende Amtsleiter Herr Gunther Wassermann jedoch leugnet einen entsprechenden Beschluß. Auch die Abteilung II (Inneres) im Regierungspräsidium hat nach Auskunft ihres Leiters Nolze keine Information über eine entsprechende Weisung. Trotzdem im Regierungspräsidium eine Sicherheitskonferenz tagt, die sich mit derartigen Fragen befaßt.

Einschließlich des Regierungspräsidenten wurde uns von dieser Behörde versichert, es gäbe kein Interesse an einer derartigen Sonderbehandlung.

Wir akzeptierten im September 1993 die beiden letzten von der Stadt angebotenen Häuser. Gezwungen durch die starren Verhandlungspositionen der Stadt, die auch durch das Votum des demokratisch legitimierten Jugendhilfeausschusses nicht beweglicher wurden. Dieser machte über alle Parteigrenzen hinweg einstimmig unsere Positionen zu seinen eigenen. Das erste dieser letzten Angebote wies "plötzlich" einen schon weit vorangetriebenen und ernsthaften Restitutionsanspruch auf. Die zweite Möglichkeit zerschlug sich im Vorfeld der für den 9. März 1994 geplanten Baukonferenz. Es ist nicht mit den vorhandenen Mitteln instandsetzbar. Außerdem kann es nicht in absehbarer Zeit bezogen werden, da eine Erbengemeinschaft Ansprüche erhebt

genüberstehen, Sprüche, die sich später als Windeier erwiesen.
Am Donnerstag, den 20. Oktober war es soweit. Die Bullen räumten in einem Einsatz „zur Gefahrenabwehr" die Gebäude. Daß die BesetzerInnen sich dabei nicht militant verteidigten, will Herr Tschense in seine weiteren Handlungen zur Lösung des Problems als beschleunigenden Fakt einfliessen lassen (haha!). Lächerlich, schließlich hatten auch die ErnestistraßenbesetzerInnen friedlich das Feld geräumt, und die sitzen heute noch in ihren zwei Gewährleistungswohnungen. Die Bekämpfung der Gefahr war nötig geworden, weil die BesetzerInnen in ihrem Café die öffentliche Ordnung dadurch gefärdeten, daß im Brandfall keine Fluchtmöglichkeiten bestanden, schreiben die Grünmützen in einer Pressemitteilung. Da bin ich diesen Turtles ja dankbar, daß ich nun davor geschützt bin, im RM943 (so der Name des Cafés) zu verbrennen, dafür aber nicht mehr die Möglichkeit habe, im Leipziger Westen in einigermaßen angenehmer Atmosphäre bei billigen Getränken FreundInnen zu treffen. Schön.
Die 14 im Gebäude Verhafteten wurden sämtlichst ED-behandelt bis auf einen Mann, der sich konsequent geweigert hatte, sich die Finger blau zu schmieren, der dafür aber ein paar unangenehme Polizeigriffe an sich ausprobieren lassen mußte. Zwei Leute, die beim Zuschauen an der Absperrung festgenommen wurden, ursprünglich „um ihre Personalien festzustellen", wurden dann noch drei Stunden festgehalten und auf Polaroid gebannt, um einer Gefährdung der polizeilichen Maßnahmen durch die zwei vorzubeugen. Am späten Nachmittag saßen die BesetzerInnen mit ihrem Häuflein Gepäck auf der Straße vor der Bullenwache in der Dimitroffstraße. Gegen sie werden nun Verfahren wegen „Hausfriedensbruch" und „Sachbeschädigung" eingeleitet, dem einen, der sich nicht ED-behandeln lassen wollte, wurde gedroht, ihn wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt" zu belangen.
Daß letzten Endes das Ordnungsamt die treibende Kraft hinter dieser Räumunq war, läßt am „guten Willen" der Stadthäuptlinge zweifeln. So hätte die Besetzung in Lindenau eigentlich ihre Zustimmung finden sollen, schließlich arbeitete man seit anderthalb Jahren an der „Dezentralisierung" der BesetzerInnenszene. Aber OBerMacker Grube hatte sich ziemlich weit aus dem Fenster gelehnt, als er 1993 verkündete, die Stadt werde keinen neuen Besetzungen mehr dulden, eine Äußerung, die jetzt natürlich zum handeln zwang, wollte man sich nicht lächerlich machen.
Sämtliche Gespräche mit der Stadtverwaltung, auch über dritte, brachten nichts. Jetzt fällt es der Stadt freilich leicht, sich von der Verantwortung für die Räumung freizusprechen, immerhin hatten die Verwalter der Gebäude Anzeige erstattet, aber letzten Endes ist es klar, daß es die Häuptlinge dieser Stadt störte, daß sich die Leute selbst einen Kopf machten und sich selbst aussuchten, wohin sie die BesetzerInnenszene „dezentralisierten". Beim nächsten mal, so Tschense sinngemäß in der LVZ, sollten sich die BesetzerInnen vorher an die Satdverwaltung wenden, um gar nicht erst kriminell zu werden.
Abzuwarten bleibt, ob es überhaupt weiterführende Gespräche mit der Stadt geben wird, und wenn ja, wie lange sich diese hinschleppen. Legale Mühlen mahlen langsam, und wer hat schon Lust, zwei Jahre bei FreundInnen mitzuwohnen, die selbst kaum Raum haben? *t.v.*

"Gute Quelle" versiegt

Nachdem im letzten Heft unter der Überschrift "Wer sich nicht wehrt, macht was verkehrt" eine Solidarisierung mit der von Räumung bedrohten "Guten Quelle" zu verzeichnen war und alle Zeichen auf Sturm standen, haben sich die BesetzerInnen trotzdem entschieden, ihr Haus freiwillig aufzugeben. Zuvor hatte es von städtischer Seite (Tschense, Beigeordneter Ordnung und Umwelt; Tiefensee, Beigeordneter Jugend, Schule, Sport) Erpressungsversuche gegeben. Die beiden Stadtnasen meinten, die Unterstützung anderer Projekte müßte unter dem Fortbestehen der "Guten Quelle" leiden. Allerdings stießen diese Drohungen ins Leere. Um so unverständlicher, daß die BesetzerInnen sich kampflos der "Leipziger Linie", die neue Besetzungen verbietet, beugten. Damit könnte das falsche Signal in Richtung Stadt gegangen sein, es gäbe kein Gewaltpotential mehr. Solche Signale führen nur dazu, daß im Rathaus Übermut entsteht, der mit blutigen Nasen endet. Wir fragen: muß das sein?
Kleiner Spaß am Rande: Mit dem friedlichen Auszug sieht Tiefensee eine Chance von eins zu neunundneunzig, daß die BesetzerInnen zurück können. In einer Stadt, in der selbst auf feste Zusagen Jahre vergehen bis Ersatzobjekte bezogen werden können (siehe Ernesti 9), ist doch klar wie sowas ausgeht. Traurig!

Lange angkündigte Razzia jetzt endlich in der Auerbachstraße

Obwohl sich die Drogenhunde während einer auf Plakaten der Leipziger Polizei eigentlich für Anfang diesen Jahres angekündigten *(KlaroFix berichtete)* dann aber erst jetzt durchgeführten Razzia in der Auerbachstraße von den vielen einheimischen Hunden haben ablenken lassen, konnte die sächsische Drogenfahndung einen Achtungserfolg beim Kampf gegen Cannabisprodukte erringen. 6 Gramm verbotene Substanzen sollen die BeamtInnen Insiderinformationen zufolge sichergestellt haben. Wir fragen: Kann ein kommunales Jugendamt eine solche Drogenhochburg noch weiter unter seinen Schutz stellen, Herr Braun?

Täuschend echt nach Polizei sehen Plakate aus, die Unbekannte gestern im Leipziger Süden klebten und darin eine Großübung der Beamten in Connewitz ankündigen, um die innere Sicherheit im Viertel wiederherzustellen. Erst auf den zweiten Blick erschließt sich, daß die Verfasser sich offenbar einen bösen Spaß geleistet haben. So kündigen die Unbekannten unter anderem die Beschlagnahmung von Drogen an und führen darin neben Haschisch und Speed auch weiße Schokolade („auch Kleinstmengen") an. Desweiteren sei die innere Sicherheit durch „Drogensüchtige, Prostituierte, Autonome, Hausbesetzer, Hundebesitzer, Radfahrer, Brillenträger und Beatmusiker akut gefährdet", heißt es darin. Angekündigt wird in dem mitunter satirisch anmutenden Schriftstück aber auch ein Polizeieinsatz, der nach „simuliertem Widerstand" im Nachhinein den Großeinsatz nach den Krawallen im Viertel Ende November '92 rechtfertigen soll. Die Polizei distanzierte sich gestern von dem Plakat. Ein Sprecher: „gefährlicher Unfug."

Unbekannte wollten nur den Rechtsfrieden in Connewitz stören und alle bisherigen Maßnahmen zur Beruhigung im Viertel in Mißkredit bringen, glaubt die Polizei.

Wann liegt die Stadt in Schutt?

Am 1. März 1995 trat in Leipzig erstmals die „Initiative gegen Umstrukturierung" in die Öffentlichkeit. In einem Flugblatt fordert sie noch für denselben Tag zu einer Protestdemonstration auf. Der konkrete Anlaß: „Mit der drohenden Schließung des ZORO, dem Veranstaltungsverbot des WERK II, der Vernichtung der DISTILLERY, der Ablehnung des Projekts Küchenholz geht die Stadt in eine neue Offensive zur Bekämpfung von nach ihrem verständnis unwerten Kultureinrichtungen." Auch die LVZ, die sonst eher Stellungnahmen des Rathauses druckt, statt Hintergründe zu recherchieren, schrieb an diesem Tag, die Stadt würde die BetreiberInnen der Projekte, denen „der Boden unter den Füßen weggezogen wird", „schlichtweg für dumm verkaufen". Bei der Protestaktion am frühen Abend wird erst der Ring in Höhe des Peterssteinwegs blockiert. Dann kommt plötzlich Bewegung in die ca. 50 DemonstrantInnen. Steine fliegen und die Schaufenster der inzwischen zahlreich in der Petersstraße vertretenen Schuhgeschäfte splittern. Als die Polizei eintrifft ist schon lange wieder Ruhe. Trotzdem werden alle angehalten, die ins Klischee der Beamten passen. Einige werden festgenommen. Angeblich wiedererkannt, obwohl die, welche die Steine warfen, vermummt waren.

Aber wie konnte es dazu kommen? Die letzten Ausschreitungen liegen über zwei Jahre zurück. Im November 1992 hatte die Polizei den Stadtteil Connewitz mit einem massiven Polizeiaufgebot heimgesucht, nachdem eine Beamtin einen Jugendlichen mit einem „Warnschuß" verletzte. Die Polizei setzte Wasserwerfer ein und verhaftete willkürlich. Seitdem schien Frieden zu herrschen zwischen den Autonomen und der Stadt. Allerdings ein einseitiger Frieden. Immer wieder gab es Schließungs- und Räumungsandrohungen gegen alternative Projekte seitens der Stadt. Nicht immer blieb es bei Drohungen. Schon im Frühjahr 1993 wurde die Häuser in der Ernestistraße geräumt. Eine Woche zuvor hatte der Dezernent für Jugend/Schule/Bildung, Wolfgang Tiefensee, noch Unterstützung für die Instandsetzung zugesagt. Im Herbst letzten Jahres wurde die Fabrik in der Aurelienstraße in Plagwitz geräumt, obwohl die Notwendigkeit von Jugend- und Kulturarbeit in diesem Stadtteil immer wieder betont wurde. Kurz darauf wurden die BetreiberInnen der „Guten Quelle" in Connewitz zur Aufgabe ihres Projekts gezwungen.

Das Faß begann überzulaufen, als im Januar das Ordnungsamt die Einstellung des Veranstaltungsbetriebs in der Kulturfabrik ZORO forderte. In einem Gespräch, daß im Ordnungsamt mit den BetreiberInnen nach (!) erlaß der Verfügung geführt wurde, stellte sich heraus, daß eine Erlaubnis der Veranstaltungen auch auf lange Sicht abgelehnt wird. Vorgeschobenes Argument ist die Lärmbelästigung. Allerdings wurde vom Ordnungsamt bisher darauf verzichtet diese nachzuweisen. Als Beleg dienen Beschwerden von Nachbarn, die Verkehrslärm beklagen, der mit den Veranstaltungen in Verbindung gebracht wird, ein Vorwurf der einer eingehenden Prüfung bedarf, befinden sich doch in unmittelbarer Nähe zum ZORO Gaststätten und ein Hotel. An einer prüfung ist im Ordnungsamt aber niemand interessiert. Der mit dem Fall betraute Mitarbeiter, Zimmermann, verweist stattdessen auf die Lage des ZORO in einem Wohngebiet, die eine Erlaubnis einfach unmöglich mache. Doch auch hier wurde schlecht recherchiert. Das Gebiet, auf dem sich das ZORO befindet, ist aus stadtplanerischer Sicht unbeplant. Statt aus diesen Fehlern die Konsequenz zu ziehen und das Verbot zurück zu nehmen, verfährt das Ordnungsamt mit dem Widerspruch der BetreiberInnen planmäßig. Die Entscheidung wurde ans Regierungspräsidium verwiesen. Eine notwendige politische Lösung wird so erschwert. Dabei gibt es eine Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung vom Oktober 93 für das ZORO in seiner jetzigen Form.

Auch bei der seit September 1992 in den Kellern der Kronenbrauerei in Connewitz beheimateten Distillery verfügte das Ordnungsamt im Januar die Schließung. Im Oktober 93 hatte das Ordnungsamt die Keller erstmals besichtigt. Unzureichender Brandschutz und fehlende Toiletten wurden festgestellt. Die BetreiberInnen konnten aber mit dem Ordnungsamt ein Konzept entwickeln, wie diese Mängel zu beheben sein. Die Umsetzung dieses Konzepts versetzte Wohnungsamtschef und „Koordinator in Sachen Connewitz" Holger Tschense im Januar 94 in die Lage ein Verbot des beliebten Clubs aufzuheben. Aus heiterm Himmel erfolgte das Ende der Duldung im Januar. Eine Begehung fand vor dem Erlaß nicht statt. Die Beteuerungen der BetreiberInnen Notausgänge seien geschaffen, Toiletten und Strom in ausreichendem Maße vorhanden bleiben ungehört.

Über Ersatz wird geredet. Die Distillery kann eventuell im Sommer nach Plagwitz umziehen. Bis dahin sieht es düster aus:



„Das Ordnungsamt hat sich in der Vergangenheit umfangreich um Ersatzobjekte bemüht, gleiches geschah durch das Kulturamt der Stadt. Das Jugendamt hatte ebenfalls nach geeigneten Objekten Ausschau gehalten. Alle Vorschläge wurden verworfen", heißt es im Ambtsblatt vom 4. März 1995. Obwohl nichts gefunden wurde, wird im selben Artikel die Vermauerung der Eingänge zur Distillery angekündigt, die dann auch prompt durchgeführt wurde. Auch für das ZORO wird vom Jugendamt nach Umzugmöglichkeiten gesucht, erfahren die BetreiberInnen aus dem Ordnungsamt.

Alle Alternativen haben eines gemeinsam. Sie liegen außerhalb einer Bannmeile von einem Kilometer um das sogenannte „Bermudadreieck", im Rathaus die halboffizielle Bezeichnung für das Straßendreieck zwischen Connewitzer Kreuz und der Meusdorferstraße. Hintergrund ist eine vom Stadtparlament nie diskutierte Dezentralisierungsstrategie, die alles betrifft, was nach „links-alternativem" Projekt aussieht. Sie umfaßt neben einem Ansiedungsstopp in dem genannten Gebiet, die Bestrebung existierende Projekte umzusetzen. Ein Vorhaben, das weder die Entstehung von Stadtteilkultur noch die vielfältigen Beziehungen basisorientierter Projekte untereinander berücksichtigt. Aber auch außerhalb der Bannmeile tut sich die Stadt schwer. Nach einem Jahr Verhandlungen über ein „in wenigen Wochen beziehbares Ersatzhaus" mit den Vertretern der Stadt Tschense und Tiefensee zogen die BesetzerInnen der Ernestistraße Bilanz: „Jugendpolitisch waren diese Verhandlungen auch von unserer Seite ein Experiment, dessen Scheitern wir jetzt eingestehen müssen. Wir können niemanden empfehlen, sich auf Zusagen der Stadt zu verlassen", heißt es in einer Presseerklärung. Bis heute haben die wieder aufgenommenen Verhandlungen nicht zum Einzug geführt. Die Ersatzhäuser, die für Aurelienstraße und „Gute Quelle" zugesagt wurden sind nicht in Sicht.

Trotzdem wird auf der „Leipziger Linie" beharrt, die Neubesetzungen nicht dulden will. Ein Abweichen von dieser Linie ist derzeit aber der einzige Weg, unkommerzielle Basiskultur neu entstehen zu lassen. Das Angebot des Bürgermeisters Tiefensee, Projekte, die Räume bräuchten, mögen sich an ihn wenden, hat nach den bisherigen Erfahrungen keine Aussicht auf Erfolg. Die BetreiberInnen der Distillery kümmerten sich folgerichtig selbst um Ersatz. In einem Fabrikgebäude in der Brandvorwerkstraße, konnte am 11. März, erstmals nach einer Zeit des Nomadisierens auf Leipzigs Straßen, wieder eine reguläre Party stattfinden. Eine Woche später stürmte eine Hundertschaft der Polizei Räume in der Kronenbrauerei, beschlagnahmte, was sie fand und verhaftete drei der BetreiberInnen, bei der Vorbereitung der wöchentlichen Party, die dort mangels Alternative stattfinden sollte. Anschließend riegelten 500 Beamte, voll ausgerüstet und von zwei Wasserwerfern unterstützt, das völlig ruhige Connewitz ab. Auf einer Pressekonferenz, die am 9. März im Conne Island stattfand, gaben sich VertreterInnen von Polizei und Stadt, allen voran der unvermeidliche Wolfgang Tiefensee, noch moderat. Es gelte einen neuen November 1992 zu vermeiden, hieß es. In einer von Giradet (Beigeordneter für Kultur), Tiefensee und Tschense (inzwischen Beigeordneter für Umwelt und Ordnung) unterschriebenen Presseerklärung, die im Amtsblatt vom 18. März veröffentlicht wurde, heißt es weiter: „Die Stadt vertritt nach wie vor die entschiedene Position: Die bestehenden Connewitzer Projekte werden nach besten Kräften begleitet und gefördert. Weil sie ein unverzichtbares, prägendes und wichtiges Element unserer Stadt sind." Doch bei der konkreten Abrechnung der bisher geleisteten Arbeit zeigt sich, daß keines der als Erfolg bejubelten Projekte maßgeblich durch eine Initiative der Beigeordneten entstand. Erfolg heißt Schließung oder Abriß in letzter Minute verhindert. Erfolg heißt nicht auf lange Zeit im Bestehen gesichert. Beim ZORO wird verschwiegen, daß das Jugendamt zur Zeit mit Räumung droht, falls nicht Mietverträge zwischen Amt und BetreiberInnen abgeschlossen werden. Verträge scheitern bisher an den untragbaren Konditionen, die sich aus dem schlecht ausgehandelten Vertrag zwischen Herrn Tiefensee und der LWB ergeben. Jetzt soll eine Entscheidung erpreßt werden, obwohl das Betriebskonzept des ZORO wegen der neuen ornungsrechtlichen Lage unsicher ist. Bei der Distillery geht das Beigeordnetentrio sogar soweit, zu behaupten: „Ein Verbleib in Connewitz ist - auch aus Sicht der Betroffenen - nicht relevant." Mark Busse von der Distillery erklärt dagegen: „Connewitz hat eine ideale Infrastruktur für uns." Und Steffen Kache ergänzt: „Plagwitz ist nur ein Notplan. Dort müssen wir mit rechten Übergriffen auf unsere Veranstaltungen rechnen." Zu dem Notplan sah sich die Distillery gezwungen, nachdem Holger Tschense von Anfang an deutlich gemacht hatte, daß eine dauerhafte Ansiedlung in Connewitz nicht tolleriert würde. Entsprechend wurde auch mit Vorschlägen des Besitzers umgegangen, gemeinsam die Distillery zu erhalten. Das Conne Island distanzierte sich übrigens von der Pressekonferenz, auf der keinerlei Ergebnisse präsentiert werden konnten. Die dort ansässigen Projekte schrieben in einer Presseerklärung: „Eine gemeinsame Pressekonferenz ist immer die Präsentation eines Ergebnisses gleichberechtigter Partner. Wir sehen jedoch weder, daß diese Pressekonferenz ein konsensfähiges Ergebnis beider Seiten präsentiert, noch, daß hier gleichberechtigte Partner an die Öffentlichkeit treten. (...) Wir denken, daß mit dieser Pressekonferenz auch vollendete Tatsachen präsentiert werden, die beispielsweise die stattfindende Demonstration am Samstag (11.3.) ins Leere laufen lassen sollen."

Zu der Demonstration am 11. März hatte erneut die „Initiative gegen Umstrukturierung" aufgerufen. Im Aufruf wurde die derzeitige Situation so beschrieben: „Unwichtig ist im Grunde den Verantwortlichen, welche Arbeit in bestehenden Projekten und Initiativen geleistet wird: Da reißen sich Menschen den Arsch auf, um - ideell motiviert - Angebote zu schaffen, die grundsätzlich soziale, präventive oder kulturelle Aufgabenstellungen beinhalten, die die Stadt und das Land gelinde gesagt aus ihrer verdammten Pflicht und Schuldigkeit nehmen, tun das dann auch noch um ein vielfaches günstiger, als die bürokratiegeschädigten Verantwortlichen und werden dafür nur mit Schmutz und Hinterlist bedacht. Wir werden uns nicht länger auf einen Schmusekurs mit der Stadt und dem Land einlassen können!" Dem Aufruf folgten über 1.000 Menschen. Unter dem Motto: „Kippt die Leipziger Linie!" verlief die mehrstündige Demonstration weitgehend friedlich. Erst als nach einer Umrundung der Innenstadt, die Polizei verhinderte, daß der Demonstrationszug zurück auf den Peterssteinweg gelangt, kam es zu einer kurzen Auseinandersetzung. Nachdem sich der Zug am Connewitzer Kreuz fast vollständig aufgelöst hatte griff, die Polizei in den frühen Abendstunden ein zweites Mal ein und räumte die Zufahrtsstraßen

Während es am 11. März nur bei verbalen Drohungen blieb („Macht ihr Connewitz kaputt, legen wir die Stadt in Schutt!"), hat der Stadtfrieden doch einen entscheidenden Knacks bekommen. Ob Beigeordnete wie Wolfgang Tiefensee, der nicht einmal die Existenz der von ihm vorrangig unterstützten Projekte sichern kann oder Holger Tschense aus dessen Dezernat trotz massiver Vorwürfe und Proteste nur ordnungsrechtliche Floskeln zu hören sind, ob solche Beigeordnete das zertrümmerte Vertrauen wieder herstellen können, muß bezweifelt werden. Nach den schweren politischen Fehlern, für die beide verantwortlich zeichnen, kann auch die Frage nach personellen Konsequenzen nicht ungestellt bleiben. Noch scheint Zeit zu sein, den Frieden zu retten, aber dafür müßten politische Kursänderungen her und weit und breit ist niemand in Sicht, der bereit scheint den ersten Schritt in eine solche Richtung zu wagen

aus Klarofix 1/95

Gespräch mit VertreterInnen der Initiative gegen Umstrukturierung zum Thema Gewalt

Am 28.2. kam es nach Bekanntwerden der Schließung verschiedener Connewitzer Projekte zu einer spontanen Scherbendemo. Auch in Sprechchören und Flugblättern wird bei Zerschlagung der Connewitzer Szene Gewalt angekündigt. Ist Gewalt eine Lösung?

R.: Wenn du bedroht wirst, wenn deine Lebenssituation angegriffen wird, deine Arbeit, deine Projekte, dann wird niemand etwas für dich tun, wenn du nicht selbst anfängst, dagegen Widerstand zu leisten. Diesen Standpunkt, den wir vertreten, sollen alle wissen.

Es geht ja auch nicht darum, seine Wut an irgendwelchen Unbeteiligten auszulassen, sondern es sollen genau die Leute unter Druck gesetzt werden, die in diese ganze Umstrukturierungspolitik der Stadt verstrickt sind, die sich letztendlich gegen eine Alternativ- Kultur und Lebensweise von Unten, außerhalb von Profit und Karriereinteressen, in dieser Stadt richtet.

Aber Lehmann Grube bei der Ratouseparty am 7.3., Tschense und Tiefensee oder die Polizei auf ihren "Anti-Gewalt-Flugblättern" zur Demo am 11.3., haben doch immer wieder auf ihr Verständnis hingewiesen und ihren Willen zu einer friedlichen Lösung erklärt.

K.: Das ist ja alles logisch erklärbar, daß die Leute das sagen. Die sind doch daran interessiert ihr Gesicht zu wahren und daß die Polizei nach außen auf Deeskalationstaktiken fährt ist auch logisch, weil sie diese Politik weiterführt auf der Straße, die Politik des Gesichtwahrens.

R.: Das sind doch bloß Lippenbekenntnisse. Die Strategie der Stadt gegenüber Connewitz hat doch erst zu dieser Situation geführt. Die "Leipziger Linie" von Lehmann Grube und die Dezentralisierungspolitik der "AG Connewitz", also die Jugendamt-Streetworker, das Regierungspräsidium, das Ordnungsamt, das Kulturamt und die Bullen zielen doch konsequent auf eine Zerschlagung der Connewitzer Szene. Der bisherige friedliche Widerstand der Szene in den letzten Jahren wurde doch von der Stadtverwaltung, der Stadtverordnetenversammlung und den Medien noch nicht einmal zur Kenntnis genommen.

Verbaut man sich durch solche Gewaltbereitschaft nicht mögliche Wege?

K.: Die Gefahr ist natürlich gegeben, aber das Zurückweichen bringt uns hier keinen Schritt weiter. Den "Bürgerrechtlerbonus" der "Runden-Tische-Zeit" haben sich die Regierenden mittlerweile durch ihre jahrelange Inkompetenz bei politischen Entscheidungen verspielt. Die besitzen die Macht und setzen sie bewußt oder unbewußt gegen uns ein. Wir sind in unserer Existenz bedroht und agieren Macht-los. Also wählen wir auch adäquate Mittel.

R.: Für uns gibt es ja auch gar keine andere Alternative. An wirklich friedlichen Lösungen ist man bei denen ja nicht interessiert. Die ziehen ihren Stadtentwicklungsplan ja in aller Ruhe weiter durch, da brauch man ja nur mal genau hinhören, was die mit Leipzig vorhaben, Leipzig Kommt und so... Eine Umstrukturierung von Connewitz soll weiterhin Anreize für Investoren schaffen. Hier passiert zur Zeit das, was Ihnen außer Kontrolle geraten könnte, ein kultureller und sozialer Schmelztiegel, der aus seinem Ansatz heraus eine falsche Politik benennen kann und laufende Schweinereien aufdeckt.



K.: Die wollen nur keine Probleme mit uns haben, deshalb dieser heuchlerische Schmusekurs.

S.: Sie (die Stadt) ist in der Lage Rahmenbedingungen für Alternativkultur zu schaffen. Solche Rahmenbedingungen wird sie nicht im Selbstlauf schaffen, sondern auf die wird sie nur mit dem notwendigen Druck und dem notwendigen Widerstand durch bestehender Kräfteverhältnisse eingehen. Diese Kräfte werden sich natürlich auch irgendwann politisch artikulieren und die Stadt muß politische Entscheidungen treffen.

Lehmann Grube sagte in der LVZ, die Stadt läßt sich durch solche Gewaltandrohungen nicht erpressen. Das war doch eigentlich voraussehbar und spielt der Stadt wieder die Trümpfe in die Hand...

R.: In den Medien kommt das natürlich so rüber. Aber du mußt doch auch sehen, daß hier ständig herumgelogen wird. Tiefensee behauptet er hätte mit "Alternativ-Projekten" ein neues Konzept für die Jugendarbeit in Connewitz entwickelt, was gar nicht stimmt. Die Stadtverordnetenversammlung redet vielleicht viel von "Connewitz bleibt Connewitz", aber bekennt sich in keiner Weise dazu. Tschense erzählt, sich für Connewitzer Projekte einzusetzen, fällt den Leuten aber nur in den Rücken. Die Stadtkämmerei denkt, sie könne sich aus der Verantwortung heraushalten und die Connewitzer an der Nase herumführen, während Investoren und Spekulan-



ten den Stadtteil umkrempeln. Auch die einzelnen Fraktionen machen nicht konsequent genug Druck, die antikommunistische CDU will hier ja eh alles zerschlagen, was irgendwie links ist.
Wenn wir da nicht Druck ausüben, werden sich alle auf ihren Worten ausruhen und wird gar nichts passieren, wird für alle keine Notwendigkeit bestehen, die Situation in Connewitz zu klären.
K.: Die Stadt, das Parlament und die Fraktionen sollen endlich mal klar Text reden! Wenn sie für die Connewitzer Alternativ-Projekte sind, dann sollen sie auch konkret was dafür tun. Wenn sie auf Konfrontationskurs sind, dann müssen sie die Konsequenzen auch auf ihren Buckel nehmen, und wir wollen dafür sorgen, daß die auch schwer zu kauen haben daran.
S.: Es ist eine grundsätzliche Lüge, daß Connewitz gleichgeschaltet, ist mit Projekten wie die Oper oder Gewandhaus und ein Klima vortäuscht wird, was aber offiziell nicht da ist. Das muß man der Stadt begreiflich machen: Wenn sie schon einfordert, daß Leipzig eine westliche Metropole wäre, dann muß sie im selben Atemzug auch begreifen, daß es keine soziale Gleichschaltung in der Stadt gibt, daß es also Unterschiedlichkeiten in der sozialen Schichtung der Stadtteile gibt. Wenn sie das nicht begreifen will, dann muß man das eben mit allen Mitteln vehement einfordern, zum Beispiel mit der Bedienung bestimmter Links-Alternativer Klischees in der Öffentlichkeit und die Stadt damit vorführen.
Was fordert ihr denn?
R.: Die Stadt ist nach wie vor in der Lage, durch eine Verankerung im Stadtentwicklungsplan, die grundlegenden Bedingungen für Alternativkultur in Connewitz festzuschreiben. So kann ein Vorkaufsrecht bei restitutionsbehafteten Objekten angestrebt werden und klare Signale an Investoren ausgesendet werden, in wie weit es für sie in Connewitz Sinn macht, sich niederzulassen. Es könnten Richtlinien für Initiativgruppen erarbeitet werden, die diese nicht vor der Dezentralisierungstaktik der Stadt kapitulieren lassen, wie so oft geschehen.
K.: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Bei der Finanzierung des neuen Messegeländes fanden sich auch wie zufällig mehrere Millionen Mark. Nur haben wir als Leipziger Alternativ-Kulturprojekte von solchen Investitionen gar nichts, auch wenn die Stadtväter das immer lauthals propagieren. Diese Politik nützt nur irgendwelchen Unternehmen oder Spekulanten, um aus Leipzig ihren Profit zu ziehen. Genau zu solchen Kommerzunternehmen versuchen wir ja eine Alternative zu sein. ☺

*Bildserie oben:
Eine Demonstrantin wird am Floßplatz verhaftet und hat ihre ersten(?) große Filmrolle - so werden Träume war*

H a u s m i t t e i l u n g — Leipzig, den 11.08.1994
Sel/Wil

von: Amt für Wohnungswesen, Amtsleiter Herrn Tschense

an: Herrn Stadtpräsident Magirius

Mietverträge ehemals besetzter Häuser in Connewitz

Sehr geehrter Herr Magirius,

im Auftrag des Amtes für Wohnungswesen hatte bekanntlich eine Begehung der ehemals besetzten Häuser stattgefunden, um den weiteren notwendigen Instandsetzungsbedarf zu erfahren und um eine realistische Vorstellung für die von den Mietern erbetene Nachverhandlung der Instandsetzungsauflagen zu erhalten.

Mit Schreiben vom 21.06.1994 hatte ich Ihnen einen ersten Zwischenbericht gegeben. Das Kurzgutachten des Büro "Poet", Leipzig, liegt mittlerweile vor und bestätigt, daß bis auf das Haus Ernestistraße 8 eine Instandsetzung mit relativ geringen Mitteln möglich ist. Auch die notwendige Dachreparatur des Hauses Stöckartstraße 9 könnte nach Auffassung meines Amtes im Rahmen der Notgeschäftsführung ausgeführt werden.

Leider muß ich Ihnen heute mitteilen, daß die Geschäftsführung der LWB, LWB ist Verfügungsberechtigte der untersuchten Häuser, nicht bereit ist, auf die Bitte der Bewohner nach Neuverhandlungen einzugehen. Dies betrifft nicht nur die Übernahme selbst geringer Instandsetzungsmaßnahmen, sondern auch die Umschreibung der befristeten Mietverträge in unbefristete. Nach der Rechtsauffassung meines Amtes genügt die Befristung der Verträge, dies gilt auch für die vom Jugendamt angemieteten Häuser, nicht den gesetzlichen Anforderungen, sodaß die Mieter im Grunde schon jetzt von unbefristet laufenden Mietverträgen ausgehen können. (Die LWB hätte sich mithin nicht viel vergeben, wenn Sie hier eingelenkt hätte. Dies gilt auch deshalb, da der Abschluß unbefristeter Wohnraummietverträge in restitutionsbehafteten Häusern möglich ist.

Sollte es bezüglich der Laufzeit der Verträge zu einem Rechtsstreit kommen, wird das Amt für Wohnungswesen die Mieter nach seinen Möglichkeiten, etwa durch Rechtsrat der Mietrechtsstelle, unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

T s c h e n s e
Amtsleiter

Wie in der Einleitung zum Leipzig-Teil schon angesprochen, ist die Zukunft für die ehemals besetzten Häuser in Leipzig ungeklärt. Hier wollen wir zum Abschluß noch einmal genauer darauf eingehen. Es ist zu 99,9% sicher, daß wir aufgrund der Rechtslage (falls sie zur Anwendung kommt!) 1997 unbefristete Mietverträge bekommen, denn RechtsanwältInnen oder anderweitig (Un)rechtskundige haben mittlerweile auch der Stadtverwaltung klargemacht, bei einem Rechtsstreit den kürzeren zu ziehen. Aber selbst unbefristete Mietverträge stellen für uns auf Dauer keine Sicherheit dar. Was haben wir gekonnt, wenn wir "Sozialmieten" von 8,50 DM den Quadratmeter bezahlen müssen und vom guten Willen der Stadt oder Privatbesitzern abhängig sind. Auch unbefristete Mietverträge sind kündbar. Deshalb bemühen wir uns zur Zeit, alles erdenkliche zu tun, um die Häuser in eine Selbstverwaltung (Genossenschaften) zu bekommen. Leider haben wir darin noch keine Erfahrungen, wie es z.B. mit den Finanzierungsmöglichkeiten aussieht. In diesem Punkt erhoffen wir uns vom BesetzerInnenkongreß sehr viel. Von den Stadtoberen gibt es die eindeutige Zusage, alles nach ihren besten Kräften zu tun, um die bestehenden Projekte und Häuser zu fördern und zu unterstützen - so jedenfalls der Text einer offiziellen Verlautbarung, der unter dem Druck der "Leipziger Frühjahrs-Unruhen" enstand und anläßlich einer Pressekonferenz zur Distillery verteilt wurde. Auch trat eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe der Stadtverwaltung Leipzig (AG Connewitz Nr. 2), die sich seit November 1994 mit der Problematik in Connewitz beschäftigt, an die Connewitzer Projekte heran. Leider war ein Treffen wenig informativ, um Klarheit über unsere Zukunft zu erlangen. Es wurde ein Vertrauen in eine good-will-Politik der Stadt vorrausgesetzt, was den tatsächlichen Ereignissen der Vergangenheit Hohn spricht.
Es bleibt abzuwarten, inwieweit die vielfältigen Versprechungen der Stadtregierung nur lose Lippenbekenntnisse sind und sie in Wirklichkeit eine von anderen Interessen bestimmte Hinhaltetaktik und Befriedungspolitik fährt - bzw. inwieweit wir unsere Interessen so kräftig einbringen können und sie auf ihre Versprechungen festnageln, daß die Stadt Kompromisse eingehen muß. Eins ist klar, für dumm verkaufen und einlullen lassen wir uns nicht.
Vor kurzem las ich in einer Infomappe über die Häuserkämpfe in Westberlin 1981 folgenden Satz "Wieviel aus meiner Zurückhaltung, meiner Distanz, meiner politischen Vernunft resultiert nur aus Angst." - Angst hab ich keine, aber schnelle Beine.
Ich werde kämpfen!

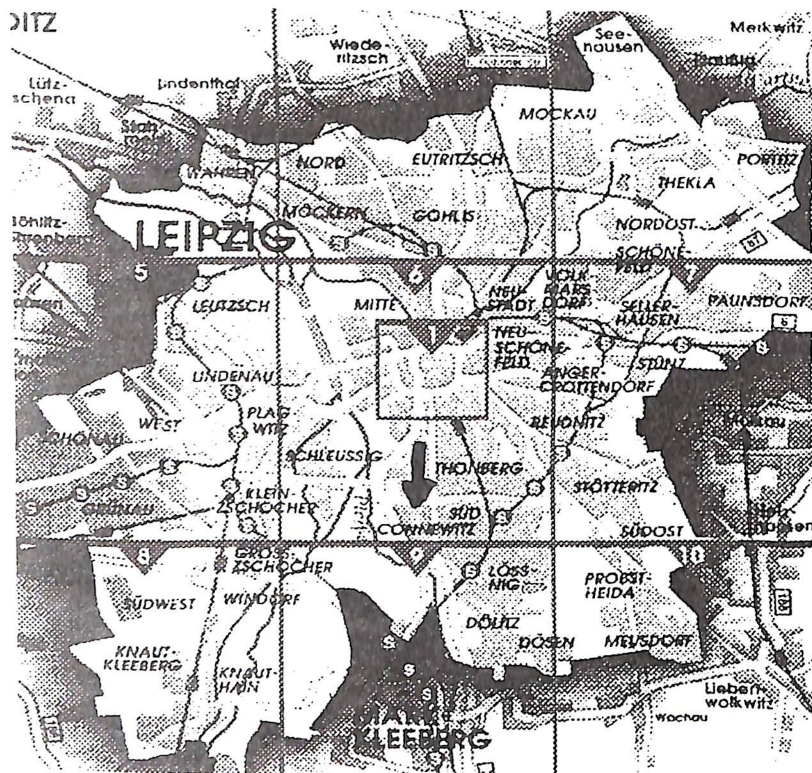
Stellungnahme des Connewitzer HausbewohnerInnen - rates zum Gespräch mit der ämterübergreifenden Arbeitsgruppe zur Schaffung von Rahmenbedingungen für kulturell-soziale Jugendarbeit in Leipzig

Wir begrüßen es, daß Vielfalt und Probleme selbstbestimmter Jugendprojekte die Stadtverwaltung veranlaßt haben, eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe zu bilden.
Es wäre wünschenswert, daß sich damit nicht nur die Koordination der Ämter untereinander, sondern auch die Weitsicht und das soziale Verantwortungsbewußtsein der kommunalen Entscheidungsträger verbessert.
Wir befürworten ebenfalls die Initiative zur Errichtung eines Jugendbauträgers für die Stadt Leipzig.
Die von der Arbeitsgruppe erstellte Oberbürgermeistervorlage für die Connewitzer Projekte können wir aus folgenden Gründen nicht unterstützen:

1. In die Erarbeitung der Rahmenbedingungen wurden keine Vertreter der betroffenen Connewitzer Projekte einbezogen.
2. Die ämterübergreifende Arbeitsgruppe war nicht bereit, uns Einblick in die Konzeption zu gewähren.
3. Aus dem Gespräch entnahmen wir, daß einige schon länger existierende alternative Wohnprojekte in Connewitz entweder keine Berücksichtigung in der Konzeption fanden oder nur in der Anlage erwähnt werden.
4. Wir befürchten, daß übliche kommunale Finanzierungsstandarts eingeplant werden, die im Sinne unserer Bedürfnisse unangepaßt, überteuert und verschwenderisch sind.

Nochmals möchten wir die Stadtverwaltung dazu auffordern, ihr Vorkaufsrecht für das Grundstück Stöckartstr.11/Bornaische Str.32 wahrzunehmen und daran erinnern, daß die gesetzlich vorgegebene Frist so gut wie abgelaufen ist.
In der kürzlich veröffentlichten Presseerklärung der Beigeordneten G.Girardet, W.Tiefensee, H.Tschense wurde mitgeteilt, daß die bestehenden Connewitzer Projekte nach besten Kräften von der Kommune begleitet und gefördert werden. Diese Zielsetzung praktisch umgesetzt bedeutet, daß die Stadt die Projekte vor Grundstücksspekulationen bewahren müßte. Wir sehen keine langfristige Zukunftssicherung für unsere alternativen Projekte, wenn ein privater Investor mit kommerziellem Interesse das jeweilige Grundstück erwirbt.
Auch für die Stadt sollten bei Investorzusagen nicht nur die finanziellen Vorteile bedeutsam sein.
Dies gilt auch für die Häuser Hermannstr.4 und Auerbachstr.2a. Die Projekte möchten sich gern die Möglichkeit der teilweisen oder vollständigen Selbstverwaltung offen halten.

Als mündige Bürger und als Vertreter selbstbestimmter Projekte wünschen und erwarten wir, daß wir künftig als gleichberechtigte Partner in die Gespräche zur Zukunftsgestaltung von Connewitz mit einbezogen werden.



CONNEWITZ
(zu LEIPZIG)
Das Streitholz
Tennis-pl.
Wald-Sport-platz
Reitweg
Der Stempel
Haken-brücke
Mühlholz-steg
Filter-steg
Das Mühlholz
Radweg
Unterstell-pilz
Wildparkgastst.
Ponyreitbahn
Conne Island
Naherholungsgebiet
Wildpark
Waldbad L.-Connewitz
Rasch-witzer Brücke
Koburger Brücke
Arno-Nitzsche-Str.
Bornaische Str.
Wolfg.-Heinze-Str.
Prinz-Eugen-Str.
Meusdorfer Str.
Leopold str.
Hildebrandstr.
Probst-heidaer Str.
Schwimmh. Süd I
Kleingtn.
L.-Marienbrunn
Zauberweg
Friedh. Connewitz
Kleingärten
St. Elisabeth-Krhs.
Krhs. Bethanien
L.-Connewitz
Liechtensteinstr.
K.-Jungbluth-Str.
Lobstädter Str.
Rembrandtplatz
Siegfried-str.
Gerstersstr.
Fachsch. f. Bauwesen

VORLÄUFIGES

Programm des BesetzerInnenkongresses

TAG UND ZEIT		ORT
Freitag, 12.Mai		
14 - 18 Uhr	**Anreise** und Anmeldung*	Organistationsbüro in der Stöckarstr (ausgeschildert)
bis 22 Uhr	Essen	Volxküche in der Stöckartstr.
20 Uhr bis ca. 23 Uhr bis 24 Uhr	**Eröffnungsveranstaltung:** - Organisatorisches (Ablauf, Fragen usw.) - Einleitungsreferat(e) zu * Geschichte der BesetzerInnenbewegung - Kritik und Analyse * Stand und Perspektiven der BesetzerInnenbewegung - Diskussion - Kurzvorstellung der Arbeitsgruppen für den Sonnabend + Bildung zusätzlicher Arbeitsgruppen	Stöckartstr. Hinterhof der Häuser 7 und 9
abends/ in der Nacht	und dann: - Benefizparty für die EZLN/Mexiko mit Jerrys Percussion und Tanzgruppe + Salsa/Reggea-Disco - Konzert Düsseldorfer Kulturguerilla - Dance-Party	- Lichtwirtschaft, Stöckartstr. 11 - Zoro, Bornaische Str. 54 HH- - Könich Heinz, Auerbachstr. 2
ab 24 Uhr	- **Filme** aus der Geschichte der HausbesetzerInnenbewegung	- Stöckartstr. Innenhof
Sonnabend, 13. Mai		
10.00 bis 13. 30 Uhr	**Arbeitsgruppen** - die feststehenden (siehe Einladungspapier) und die spontan enstehenden	Stöckartstr. Zoro, Schellenberghaus, Lichtwirtschaft, Conne Island, Könich Heinz
13.30 bis 14. 30 Uhr	Mittag	Volxküche und Conne Island (Koburger Str. 3)
14.30 bis 17.30 Uhr	zweite Runde der **Arbeitsgruppen** **	siehe Vormittag
ab 18.00 Uhr	Essen	Volxküche und so
ab 20.00 Uhr	Vorbereitungstreffen für die Abschlußveranstaltung***	(Conne Island)
22.00 Uhr	-Dance-Night (Sound System) - Konzerte, Filme, Kneipe und Party	-Conne Island - überall im "Kiez"
Sonntag, 14. Mai		
10-12 Uhr	**Abschlußveranstaltung** - eventuell Vorstellung des Abschlußdokumentes und Diskussion	Stöckartstr. Innenhof
13.00 Uhr	**Demo**	Connewitzer Kreuz

* ist auch noch später möglich, aber aufgrund der Anfangsveranstaltung bitten wir um rechtzeitige Anreise
** die themenspezifischen Arbeitsgruppen werden wiederholt, d.h. jedeR kann an zwei verschiedenen AG's teilnehmen (es besteht natürlich weiterhin die Möglichkeit, neue AG's spontan ins Leben zu rufen)
*** VertreterInnen aus den AG's (und Städten) bereiten die Abschlußveranstaltung vor (eventuell Abschlußdokument) + Demoinfos

- tagsüber gibt's 'ne **Kinderbetreuung**
- **Frauenschlafräume** sind vorhanden
- **rollstuhlgerechte Räume** sind in den besetzten Häusern nicht so recht vorhanden, aber wir würden das noch regeln (bitte vorher anmelden!)
- bei allen möglichen Fragen während des Kongresses wendet euch an's **Infobüro in der Stöckartstr. 9, Tel: 0341-4778676** (diese Tel.nr. gilt nur während des Kongresses, davor & danach tel & fax: **0341-311044**)
- die **Pennplatzbörse** befindet sich den Kongreß über im Infobüro

Also auf, zur Pilgerfahrt...

("Lieber HausbesetzerInnenmekka als christliche Fundamentalisten")

CDU-FRAKTION
IM STADTRAT DER STADT LEIPZIG

Martin-Luther-Ring 4-6, 04109 Leipzig
Postfach ... 007 Leipzig
Telefon: 0341 - 1 23 / 21 20 und 21 29
Telefax: 0341 - 1 23 / 21 25

OBM	Büro für Ratsangelegenheiten	
	30. MRZ. 1995	
Dez. I	Reg.-Nr.: 839	
Dezernat	Fraktionen d. Stadtrats	Interner Dienst

Anfrage an den Oberbürgermeister zur Ratsversammlung am 26.April 1995

Bundeskongreß von "HausbesetzerInnen" in Leipzig

Im PDS-Organ "Leipzigs Neue" Nr.6/95 wird zu einem "Bundesweiten BesetzerInnenkongreß" in Leipzig vom 12. bis 14.Mai 1995 aufgerufen.
Im Aufruf heißt es zur Begründung:
"Die 'Alt-Besetzer' wurden im Zuge der Straßenschlachten vom November 1992 in Leipzig-Connewitz bis auf wenige Ausnahmen zu Mietvertragsabschlüssen gezwungen... BesetzerInnen streiten sich,ob sie mit Besitzenden und Behörden verhandeln oder ihnen die nackte Stirn bieten sollen.BesetzerInnen grenzen sich von ihren Nachbarn ab oder wollen mit ihnen gemeinsam leben...
Wir haben uns überlegt,einen bundesweiten BesetzerInnen-Kongreß durchzuführen,um mit möglichst vielen Leuten von außerhalb ... Handlungsstrategien zu diskutieren."
Abschließend heißt es unter Verweis auf ein Spendenkonto bei der Sparkasse:"Nach wie vor treffen wir uns jeden Dienstag im Conne Island 2o Uhr..."

Offenbar wird versucht,Leipzig zum Mekka der deutschen Hausbesetzerszene zu erheben. Wir meinen,daß die Stadt Leipzig auf eine derartige Rolle verzichten sollte.
Wir fragen daher an:

1. Ist die Stadtverwaltung über die Vorbereitung dieses "Kongresses" informiert und wie bewertet sie dieses Vorhaben ?
2. Ist der Stadtverwaltung das o.g. regelmäßige Treffen von Hausbesetzern im "Conne Island" bekannt ?
3. Muß die Stadt ihre Zustimmung erteilen,wenn der "Kongreß" in Einrichtungen,deren Eigentümer/Hauptmieter die Stadt ist (wie z.B. "Zoro" oder "Conne Island"), stattfindet ?
4. Besteht die Gefahr,daß städtische Zuschüsse für Projekte der alternativen Jugendkultur in Connewitz zur Unterstützung und Förderung von Hausbesetzungen zweckentfremdet werden ?

W. Wojcik
Vorsitzender

3o.März 1995

Literaturhinweise:

Sachschaden. Häuser und andere Kämpfe; taz-Journal Nr. 3, Frankfurt: 1981, 205 S.
- aus der Zeit, wo die taz noch 'ne gute Zeitung war und es noch Häuserkämpfe gab, für 4 DM bei: Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Mainzer Straße. 12.-28 November, 40 S.

Häuserkampf gegen Umstrukturierung. Textsammlung zum Hamburg-Treffen 22.-25.6.90, 45 S.
- kurze Analyse zur Umstrukturierung als sozialpolitische Maßnahme

Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen; Geronimo, Edition ID-Archiv, Berlin: 1990, 250 S.
- ausführliche Passagen zur HausbesetzerInnenbewegung

Feuer und Flammer 2; ...
- Abschnitt zur Mainzer Str.

Häuserkampf in Köln; Anarchistisches Plenum, in: Schwarzer Faden Nr. 31, S. 28-37

Bewegungslehre. Botschaften aus einer autonomen Wirklichkeit; Agentur Bilwet, Edition ID-Archiv, Berlin: 1991, 185 S.
- die unbeschwerte Leichtigkeit des Hausbesetzens in Amsterdam

Handbuch für Hausbesetzer; undatiert, 85 S.
- wieviel Stacheldraht brauche ich zum Bau eines Spanischen Reiters und warum ergeben sich auch HäuserkämpferInnen („die Genossen") mit weisen Fahnen

Ruhestörung. Jugendzentrum Stetten 1976-93 - Rebellion in der Provinz, Teil 2; F. Kamann/E. Kögel, Trotzdem-Verlag, Grafenau: 1994, 305 S.
- ausführliches Kapitel über die Hausbesetzung in Stetten

BZ. Zeitung für die besetzte Zone
- leider eingegangene HausbesetzerInnenzeitung aus dem Osten, einmalige Nachfolgerin war die Zweite Zeitung der besetzten Zone (ZZ BZ); Kontakt: JWD, Jessner Str. 41, 10247 Berlin

Spaßguerilla; unrast, Münster: 1994, 250 S.
- u.a. Häuserkämpfe in Berlin

Autonomie. Neue Folge 3/80

Projektil: Schwerpunktnummer Häuserkampf; Nr 13, Jan. 1991
- eine der wenigen guten Analysen zum Thema aus jüngerer Zeit, für 2 DM noch zu haben bei: Unrast, PF 8020, 48043 Münster

zur Öffentlichkeitsarbeit;

medienrandale. die macht der medien - ohnmacht der linken?; autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe (Hrsg.), trotzdem-verlag, Grafenau: 1994, 160 S.

zu Kiezpolitik:

Der Werra-Block - Konturen eines geometrischen Mißverständnisses?, interim Nr. 89, 8.2.90
Mietenreport. Alltag, Skandale und Widerstand; Uwe Rada, Ch. Links, Berlin: 1991

Leipzig:

klarofix (monatlich), mse, frente (antifa jugendfront) c/o Infobüro, Peterssteinweg 13, 04107 Leipzig

AUFRUF ZUR DEMONSTRATION IM RAHMEN DES BESETZERiNNENKONGRESSES AM 14.5.1995 IN LEIPZIG

TREFF: 13.00Uhr Connewitzer Kreuz

Der vom 12. bis 14. Mai 1995 in Leipzig stattfindende BesetzerInnenkongreß soll nach unserer Vorstellung die Möglichkeiten und Perspektiven von Besetzungen als Interventionsmittel autonomer Politik klären helfen.

Die Demonstration soll unsere Forderung nach Akzeptanz des Rechtes auf Besetzung deutlich machen. Die jetzigen Situation in der BRD und der EG ist gekennzeichnet durch ein immer schärferes Vorgehen gegen alles, was nicht in die Normvorstellungen der herrschenden Eliten paßt, einerseits und dem Wegbrechen sozialer Absicherungen für die gesamte Bevölkerung andererseits. Diese Situation macht Besetzungen zugleich schwieriger und wichtiger.



In allen Großstädten der BRD wird inzwischen alles getan, um Räume, die sich staatlichem Zugriff entziehen, zu bekämpfen. Leipziger, Berliner, Hamburger usw. Linien wurden verabschiedet, hinter die sich die kommunal Verantwortlichen zurückziehen können, ohne sich mit konkreten Gegebenheiten, wie sozialen Strukturen, kultureller Verflechtung etc. auseinandersetzen zu müssen. Diese „Linien" können nur durchbrochen werden, wenn über die direkt beteiligten BesetzerInnen hinaus eine breite Solidarisierung stattfindet. Nur die wenigsten Städte verfügen aber über eine so breite Szene, daß diese aus sich heraus, die Forderung nach Räumen in ausreichendem Maße durchsetzen kann. Auf der anderen Seite ergeben sich mögliche Bündnisse mit MieterInnen, deren Lebensgrundlage durch Umstrukturierungen genauso bedroht werden, wie die der BesetzerInnen durch Räumungen.

Besetzungen stehen für uns in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext. Auf ihrer Basis wird eine politische Praxis gegen das Herrschende genauso möglich wie das Herstellen einer Gegenöffentlichkeit oder die Entfaltung alternativer kultureller Konzepte. Besetzungen machen deutlich, daß es möglich ist, dem gesellschaftlich Gegebene eigene Politik entgegenzusetzen. Sie behindern, da wo sie sich etabliert haben, die Luxussanierungen als Grundlage der Umstrukturierungen, die soziale Strukturen zugunsten anonymer Schlafstädte zerstören. Der Bauboom, den der Osten zur Zeit erlebt, ist dadurch zwar nicht aufzuhalten, aber der Aufhebung, die die über 40 Jahre gewachsene relative soziale Gleichverteilung in der DDR rückgängig machen soll, kann in den jeweiligen Stadtteilen gemildert werden

In den letzten zwei Jahren hat sich auch für uns in Leipzig gezeigt, daß die Herrschenden nicht länger akzeptieren wollen, wenn wir uns die Räume nehmen, die wir brauchen. Zur gleichen Zeit sehen wir, daß die sich privatwirtschaftlich gebenden Wohnungsbaugesellschaften nicht in der Lage sind, den ihnen anvertrauten kommunalen Besitz angemessen zu verwalten. Trotz steigender Obdachlosenzahlen stehen allein in Leipzig 40.000 Wohnungen leer. Häuser und Projekte werden zu Mietverträgen erpreßt, die Sicherheitsexperten den Wohnbaugesellschaften diktieren oder werden geräumt. Neue Projekte will die Sadtverwaltung nicht zulassen.

Die Situation in anderen Städten ist ähnlich. Erst wird kriminalisiert und geräumt, dann stellt sich heraus, daß juristische und politische Grundlagen nicht gegeben waren.

Leipzig bietet sich aus unserer Sicht als Ort des bundesweiten Kongresses und der Demonstration an. Leipzig besitzt Strukturen, die eine Durchführung des Kongresses und der Demonstration ermöglichen. Als Stadt im Gebiet der ehemaligen DDR zeigen sich hier viele Probleme in zugespitzter Form.

Wir hoffen auf Euch, um deutlich machen zu können, daß wir die „Linien" wo auch immer sie beschlossen wurden nicht hinnehmen werden!

SCHLUSS MIT DER KRIMINALISIERUNG VON BESETZERiNNEN!
KEINE RÄUMUNGEN UNSERER HÄUSER!
GEGEN DIE ERPRESSUNG VON VERTRÄGEN!
RÄUME FÜR DEN ERHALT UND
DIE ENTSTEHUNG UNSERER PROJEKTE!
GEGEN LUXUSSANIERUNG UND UMSTRUKTURIERUNG,
FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM IN ALLEN STADTTEILEN!